HELMUT SÜNDERMANN

DAS ERBE DES FALSCHEN PROPHETEN

Moskaus Kampf um Deutschland,

von Lenin bis heute – und morgen?



Marx-Grabstätte im Londoner Highgate Cemetery

HELMUT SÜNDERMANN

DAS ERBE DES FALSCHEN PROPHETEN

MOSKAUS KAMPF UM DEUTSCHLAND, VON LENIN BIS HEUTE – UND MORGEN?

DRUFFEL-VERLAG

LEONI AM STARNBERGER SEE

Bilder:

dpa Deutsche Presse-Agentur Hamburg, Historisches Bildarchiv Handke Bad Berneck, Paul Popper Ltd. London, Ullstein-Bilderdienst Berlin

1957

 · Satz, Druck und Bindearbeiten: Dr. F. P. Datterer & Cie. - Inhaber Sellier - Freising · Printed in Germany

Eine verwickelte, oft dramatische und noch nicht ganz abgeschlossene Geschichte

wird in diesem Buch berichtet. Das Schicksal Deutschlands (und Europas, wie mancherorts verspätet erst jetzt begriffen wird) vollzog sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zwischen England und Rußland. Vor einigen Jahren hat es der Autor unternommen, den britischen Hintergrund des Geschehens zu beleuchten, nun sucht er einen Weg durch den Irrgarten russisch-deutscher Beziehungen im Verlauf von vier allzu ereignisreichen Jahrzehnten.

Sein England-Buch hatte der Verfasser ausdrücklich ein „journalistisches" genannt. Auch für den vorliegenden Band soll diese Kennzeichnung beibehalten werden — nicht etwa um Ungenauigkeit zu entschuldigen (die berichteten Tatsachen sind mit Sorgfalt geprüft, alle erreichbaren Unterlagen einschließlich der in ihrer Reichhaltigkeit unvergleichlichen Bibliothek des Britischen Museums in London wurden zu Rate gezogen), wohl aber um eine literarische Methode zu bezeichnen, die sich nicht nur um die Vergangenheit, sondern auch um die verworrene Gegenwart und um eine klarere Zukunft bemüht.

Ein Rat an den Leser: wem die Besprechung der russischen Ereignisse 1917, des Lebens und der Ansichten des Karl Marx, der deutschen Entwicklung 1918–23 allzu weit entfernt und ermüdend erscheint, der beginne getrost die Lektüre in der Mitte des Buches – er wird das Versäumte noch nachholen. Wir haben es mit einem Abschnitt der Weltgeschichte und Weltpolitik zu tun, dessen Einleitung das meiste Spätere erklärt.

*

Der Sturz des Zaren Nikolaus und Lenins Fahrt durch Deutschland

Es war knapp sechs Wochen nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges. Erstmals in der ganzen Geschichte der beiden Nationen – wenn wir vom Zwischenspiel des Streites der Zarin Elisabeth mit Friedrich dem Großen absehen – standen sich russische und deutsche Armeen im Kampf gegenüber, nachdem sie ein Jahrhundert lang in nützlicher Freundschaft verbündet gewesen waren.

Genau schrieb man den 12. September 1914, als der damalige französische Botschafter in St. Petersburg, Maurice Paléologue den Besuch des ehemaligen, im Jahre 1906 aus seinem Amt entlassenen russischen Ministerpräsidenten Graf Witte empfing, der nach einigen höflichen Einleitungsworten unumwunden seine Sorgen aussprach. „Dieser Krieg“ erklärte Witte dem überraschten Diplomaten „ist ein Wahnsinn. Er wurde der Weisheit des Kaisers durch ebenso ungeschickte als kurzsichtige Staatsmänner aufgezwungen; er kann für Rußland nur unheilvoll sein. Nur Frankreich und England können einzig und allein irgendeinen Nutzen vom Siege erhoffen ...“ Als Paléologue einwendete, der Krieg sei doch „um einer vornehmlich slawischen Sache willen“ ausgebrochen, wurde Graf Witte geradezu heftig: „Sie machen wohl Anspielung auf unser Ansehen am Balkan, auf unsere fromme Pflicht, unsere Rassenbrüder zu beschützen, auf unsere geschichtliche, heilige Sendung im Orient. Aber das ist ein romantisches, altmodisches Wahngebilde. Niemand hier, kein ernst Denkender interessiert sich noch für diese unruhigen, eitlen Balkanvölker, die gar nichts Slawisches an sich haben, die nichts anderes sind als schlecht getaufte Türken. Man mußte die Serben der Züchtigung überlassen, die sie verdient haben... Das wären also die Ursachen dieses Krieges! Sprechen wir jetzt von den Vorteilen und Belohnungen, die er uns vorbehält. Was hofft man zu erreichen? Gebietszuwachs? Herrgott, ist denn das Reich Seiner Majestät nicht ausgedehnt genug? Gibt es denn nicht in Sibirien, in Turkestan, im Kaukasus, in Rußland selbst

ungeheuere Gebiete, die noch gar nicht bewirtschaftet sind?" (Maurice Paléologue „Am Zarenhof während des Weltkrieges", München 1925, Band 1, Seite 112).

Diese Fragen des russischen Staatsmannes führen unmittelbar zum Kern des Problems, dem wir Deutschen uns schon seit dem Beginn des gegenwärtigen Jahrhunderts gegenübersehen, wenn wir nach Osten zum großen russischen Nachbarvolk blicken und die Entwicklungen prüfen, die dort stattgefunden haben.

*

„Den Zarenadler auf der Hagia Sophia in Konstantinopel aufzupflanzen" – welches russische Herz mußte nicht mitgerissen werden von diesem Gedanken!

So meinten jedenfalls, wenn auch nicht der damals noch amtierende Graf Witte, so doch andere Ratgeber des Zaren Nikolaus II., als sie nach der Niederlage im russisch-japanischen Krieg (1904/05) vor der Frage standen, was nun zu tun sei.

Das große russische Reich konnte zwar zweifellos ohne Korea, Port Arthur und die Insel Sachalin auskommen, aber für unruhige Menschen ist das kein Argument. Eine Woche nach der Kapitulation Port Arthurs hatte sich die Zarenregierung einer Aufstandsbewegung gegenüber gesehen, die in Petersburg begann und daraufhin monatelang das ganze Reich beunruhigte.

Innenpolitisch beschlossen die Minister des Zaren unter dem Eindruck dieser Ereignisse zunächst, gegenüber den Forderungen der Liberalen nachzugeben, Rede-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit sowie die Einberufung eines Parlamentes anzukündigen, gleichzeitig aber im Lande polizeilich scharf durchzugreifen. Es gelang, den Gehorsam im Heer, die Ordnung im russischen Dorf wieder herzustellen. Aber die leitenden Köpfe waren sich klar darüber, daß das auf die Dauer nicht genügen konnte, um den beschädigten Nimbus des Zarenreiches wieder herzustellen.

Schon seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts, seit Bismarck auf dem Berliner Kongreß die Ausdehnung Rußlands auf dem Balkan verhindert hatte, war das Verhältnis Petersburgs zu Berlin getrübt. Die Jahrhundertwende stand bereits ganz im Zeichen der französisch-russischen Annäherung; damals war sie

vielleicht nur als eine Art Rückversicherung gedacht, falls die zaristische Politik ihre Blicke wieder gründlicher auf den Balkan und bei passender Gelegenheit auf Österreich-Ungarn richten würde. Freilich – viel Lorbeer war in dieser Richtung nicht zu erhoffen, und so konnte es zum Zwischenspiel von Björkoe kommen; fast wäre es bei diesem Zusammentreffen der beiden Monarchen dem Kaiser Wilhelm II. gelungen, den Zaren auf ein neues Bündnis mit Deutschland festzulegen. Im letzten Augenblick griffen die russischen Minister ein – rechtzeitig genug, um bald darauf, im Mai 1906, den neuen britischen Botschafter Sir Arthur Nicolson mit offenen Händen empfangen zu können. Nicolson hatte kurz vorher die britisch-französische „Entente" zustande gebracht und schickte sich nun an, das Werk der politischen Einkreisung Deutschlands zu vollenden. Nicolson enttäuschte die in Petersburg auf ihn gesetzten Erwartungen nicht; als Vertreter gerade *der* Macht, die bisher überall Rußland in den Weg getreten war, deutete er ein verlockendes Ziel an: als Preis eines zukünftigen gemeinsamen Erfolges gegen Deutschland erschien vor der Phantasie der Regierenden die Erfüllung einer alten Sehnsucht, Rußlands Herrschaft über die Dardanellen, ein offenes Tor ins Mittelmeer!

Das war der große Traum, mit dem Nikolaus II. in den Ersten Weltkrieg gelockt wurde.*

Daß Seine Majestät freilich auch an Eroberungen im deutschen Raum dachte, darüber berichtet der bereits erwähnte französische Botschafter in Petersburg, Maurice Paléologue, anschauliche Einzelheiten.

Am 21. November 1914 war er in den Palast nach Zarskoje Selo beschieden worden, wo ihm der Zar im Verlauf einer intimen Teestunde seine allerhöchsten Gedanken über die Kriegsziele anvertraute; „mit gerunzelten Brauen und halbgeschlossenen Lidern, als spräche er sich innerlich vor, was er mir sagen wird" erklärte Nikolaus II. damals dem französischen Botschafter:

> „Hauptsächlich ist es in Deutschland, daß sich große Veränderungen vollziehen werden; wie ich es Ihnen schon sagte, wird Rußland die Gebiete des früheren Polens und einen Teil Ostpreußens annektieren. Frankreich wird sich Elsaß-Loth-

* Einzelheiten über die britische Rußlandpolitik in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg siehe bei Sündermann „Alter Feind – was nun?" Seite 27 ff.

ringen zurücknehmen und sich vielleicht sogar bis über die Rheinprovinzen ausdehnen. Belgien wird in der Gegend von Aachen einen bedeutenden Gebietszuwachs erhalten; es hat ihn wahrlich wohl verdient. Was die deutschen Kolonien betrifft, so werden sie sich Frankreich und England nach Gutdünken untereinander aufteilen. Endlich wünsche ich, daß Schleswig mit Einschluß der Kieler Kanalzone an Dänemark zurückerstattet werde" (Paléologue: a. a. O. Seite 189f.).

Was aus diesen Träumereien am Teetisch von Zarskoje Selo in Wirklichkeit wurde, ist bekannt: Nachdem die gegen Ostpreußen und Galizien in Gang gesetzte russische „Dampfwalze" im Winter 1914–15 endgültig zum Stehen gekommen war, warfen sich die Engländer – von Churchill angefeuert – in die Bresche, landeten im Februar 1915 auf der Halbinsel Gallipoli, um nun ihrerseits die Dardanellen für den Zaren zu erobern. Fast ein Jahr lang, bis zum 9. Januar 1916, dauerten die blutigen Kämpfe dieses Abenteuers – dann war es zu Ende (und mit ihm Churchills damalige Stellung als britischer Marineminister).* Von diesem Zeitpunkt an war es für das russische Kabinett klar, daß weder in Königsberg noch in Konstantinopel die Zarenflagge gehißt werden würde.

Ein neuer Silberstreifen tauchte am russischen Horizont auf, als am 27. August 1916 Rumänien an Österreich und Deutschland den Krieg erklärte. Auch diese Hoffnung wurde bald bitter enttäuscht; bereits am 6. Dezember 1916 marschierte der deutsche General Mackensen als Sieger in Bukarest ein.

Es ist kein Wunder, daß es angesichts dieser Kriegsentwicklung manche Kreise in Petersburg gab, die an einen Sonder-

---

* Fast dreißig Jahre später, am 10. Februar 1945, kam es auf der Jalta-Konferenz zu folgender Diskussion zwischen Churchill und Stalin (zitiert nach: Die Offiziellen Jalta-Dokumente, Deutsche Ausgabe, Wien 1955, Seite 307):

Premierminister (Churchill): „Ich versuchte vor einiger Zeit durch die Dardanellen durchzukommen (lächelnd) und die frühere russische Regierung hatte zwei Armeekorps bereit, um mir am anderen Ende zu helfen. Es gelang uns jedoch nicht, uns die Hände zu reichen. Ich habe infolgedessen eine gewisse Empfindsamkeit in dieser Frage."

Stalin: „Sie waren in zu großer Eile, ihre Truppen abzuziehen. Vielleicht hätten Sie in einer Woche gewonnen, da die Deutschen und die Türken den Rückzug vorbereiteten."

Premierminister: „Ich hatte nichts mit dieser Entscheidung zu tun. Ich war bereits aus der Regierung draußen."

frieden mit Deutschland dachten. Andere freilich – vor allem die Repräsentanten jener liberalen Schicht, die seit vielen Jahren ihre Hoffnungen auf England gesetzt hatten – sahen mit dem zu erwartenden Kriegseintritt der Vereinigten Staaten von Amerika eine neue Hoffnung vor Augen, sie vertrauten deshalb fest auf den alliierten Sieg und waren entschlossen, den russischen Anteil an der Beute keinesfalls fahren zu lassen; sie witterten Kompromißbereitschaft am Zarenhof und sie hatten vor allem den seltsamen Mönch Rasputin im Verdacht, für einen deutsch-russischen Friedensschluß zu wirken. Dieser Rasputin war eine von den Gestalten, die wir Nicht-Slawen wahrscheinlich nie begreifen werden. Ein Säufer – aber auch ein Seher! Er ahnte seinen Tod und er prophezeite den Untergang des Zaren, wenn er, Rasputin, stürze. In Rußland wird auch liberale Politik mit asiatischen Methoden getrieben – in der Nacht zum 30. Dezember 1916 lockte man den seltsamen Mönch in das Haus des Fürsten Jussupoff und gab ihm einen Giftbecher zu trinken. Als Rasputin sich trotzdem wieder erhob, schoß man ihn nieder; wankend stand er nochmals auf; schließlich ertränkte man den zuckenden Körper unter dem Eise der Newa.* In der elften Woche nach Rasputins Ermordung unterzeichnete Zar Nikolaus II. die Abdankungsurkunde . . .

Einen Monat vorher hatten die Vereinigten Staaten von Nordamerika ihre Beziehungen zu Deutschland abgebrochen, ihr Kriegseintritt stand unmittelbar bevor. Was sollte noch ein Zar nützen, der ein Vetter Wilhelm II. war und der – wenn auch unbegründet – im Verdacht stand, einen Sonderfrieden mit Deutschland in Erwägung zu ziehen?!

Eine gründliche Geschichte der russischen Märzrevolution 1917 und ihrer Hintergründe ist noch nicht geschrieben wor-

---

* Der damals in Petrograd tätige englische Diplomat Sir Samuel Hoare widerspricht in seinem bekannten Buch "The Fourth Seal" (London 1930, Seite 156) den damals kursierenden „wilden Gerüchten" über eine britische Beteiligung an der Ermordung Rasputins. Hoare gibt aber zu, daß einer der Verschwörer in Verbindung mit ihm stand und ihm schon im November 1916 ankündigte, „die Affäre Rasputin würde liquidiert werden" (a. a. O. Seite 68). Daß die Beseitigung Rasputins der britischen Botschaft nicht unerwünscht war, wird aus den Memoiren des damaligen britischen Botschafters Sir George Buchanan ("My Mission to Russia", London 1923) deutlich genug. Buchanan erklärt, Rasputin sei finanziert worden von „gewissen jüdischen Bankiers", die „deutsche Agenten" gewesen seien. Es hat sich seither nicht der geringste Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung ergeben.

den. Über manche Zusammenhänge werden wir besser Bescheid wissen, wenn das einmal der Fall sein wird. So bleibt uns nur das Staunen über die Schnelligkeit, mit der ein jahrhundertealtes Regierungssystem innerhalb einer Woche gestürzt wurde.

Am 8. März 1917 begann die offenbar gut vorbereitete Ereigniswelle mit Streiks und Unruhen in Petrograd (nach Kriegsbeginn war die alte deutsche Bezeichnung „St. Petersburg" in die slawische „Petrograd" umgeändert worden), dann kam es zu einem dramatischen Frontwechsel der in die Hauptstadt zusammengezogenen Truppen, sie gingen zu den Aufständischen über, schließlich wurde eine „Provisorische Regierung" unter dem Fürsten Lwow gebildet; sie zwang am 15. März den Zaren zur Abdankung und ordnete seine Verhaftung an.

Die Urheber und Organisatoren dieser Revolution – auch ein Teil des Offizierskorps war nicht unbeteiligt an dem schnellen Wandel der Dinge – fühlten sich wahrscheinlich beruhigt in dem Gedanken, daß Rußland nun doch noch seinen Anteil am alliierten Kriegsgewinn bekommen würde. Ein kommunistischer Schriftsteller (Arthur Rosenberg in „Geschichte des Kommunismus" Berlin 1932, Seite 87) hat die Stimmung des damals siegreichen „liberalen Großbürgertums" vermutlich richtig gezeichnet, wenn er schreibt:

> „Man wollte nicht im Hafen scheitern, sondern an der Seite der Westmächte bis zum sicheren Sieg der Entente ausharren, um endlich Konstantinopel und den Ausgang zum Mittelmeer zu gewinnen. Wenn nun der Zarismus Landesverrat plante und aus feudal-dynastischen Gründen den russischen Sieg hingab, dann wollte das Bürgertum lieber die Dynastie stürzen."

Es kam – wie wir wissen – anders, aber es *mußte* nicht anders kommen. Wieder einmal wie so oft in der Weltgeschichte gab das persönliche Eingreifen eines ungewöhnlichen Mannes der Entwicklung eine unerwartete Wendung.

*

Wir wissen nicht das genaue Datum, aber wir besitzen Schilderungen der Szene: An jenem Märztag 1917, an dem die ersten Nachrichten von den Petrograder Ereignissen in der Schweiz

eintrafen, stürzte ein aufgeregter Russe die zwei Treppen des Hauses Spiegelgasse 14 in Zürich empor, um dem dort wohnenden Emigranten-Ehepaar Lenin-Uljanow die interessante Neuigkeit mitzuteilen. Wladimir Iljitsch – die Russen nennen sich untereinander gern mit Vor- und Vatersnamen – ist gerade dabei, zum gewohnten täglichen Gang in den Lesesaal einer Bibliothek aufzubrechen und wird durch die überraschende Nachricht völlig verblüfft. Noch kurz vorher – am 22. Januar 1917 – hatte er als Gast auf einem Sprechabend junger Schweizer Arbeiter resigniert erklärt: „Wir, die Alten, werden vielleicht die entscheidenden Kämpfe dieser kommenden Revolution nicht erleben“ (Rosenberg a. a. O. Seite 84) – jetzt soll auf einmal in seiner Heimat Rußland der Traum seines Lebens erfüllt, der Zar gestürzt sein?!

Lenin war noch nicht so „alt“, wie er sich in dieser Rede gegeben hatte – er stand, geboren am 22. April 1870, genau am Ende seines siebenundvierzigsten Lebensjahres. So glauben wir den Berichterstattern die Eile, mit der er an jenem Märzmorgen 1917 aus dem Hause in der Züricher Spiegelgasse davonhastete, um den verworrenen mündlichen Bericht schwarz auf weiß bestätigt zu erhalten. Vergeblich kauft Lenin-Uljanow die Morgenzeitung – noch ist die Neuigkeit nicht gedruckt. Aber unten am Züricher See hängen an einem kleinen schwarzen Brett unter einem Wetterdach die neuesten Telegramme aus (vgl. Valeriu Marcu: Lenin, Leipzig 1927, Seite 205). Hier findet Lenin was er sucht:

> „Nach einer kurzen Revolution in Petrograd, getragen von den vereinigten Kräften der Duma und der Armee, hat Kaiser Nikolaus II. abgedankt... Die Vertreter der Nation, an ihrer Spitze Herr Rodzianko, Präsident der Duma, und eine provisorische Regierung mit zwölf Mitgliedern haben die neue Ordnung hergestellt. Der Erfolg der Revolution wurde gesichert durch die Mitwirkung der Garderegimenter und durch die aktive Unterstützung durch Moskau. Bei der Ankündigung der Abdankung des Zaren im Britischen Unterhaus erklärte Mr. Bonar Law gestern abend, daß die Revolution, die zu diesem Ergebnis führte, nicht etwa einen Versuch bedeute, Frieden herbeizuführen, sondern die Unzufriedenheit mit der bisherigen Regierung zum Ausdruck bringe, weil diese den Krieg nicht mit Erfolg und Energie geführt habe.“

Dies ist der von der Londoner „Times“ am 16. März 1917 veröffentlichte Nachrichtentext. Man darf annehmen, daß in der neutralen Schweiz zunächst Reuter-Meldungen ähnlicher Formulierung zum Aushang gebracht wurden.

Die sowjetische Propaganda verbreitet seit Jahrzehnten viele rührende Darstellungen Lenins. Dieses einprägsame Bild aber hat noch kein Sowjetkünstler gezeichnet: Der Held der „glorreichen Oktoberrevolution“ liest die Nachricht vom Zarensturz am Anschlagbrett der Züricher Seepromenade ...

*

Um den Lenin der Zeit vor 1917 in die Schilderung der Ereignisse einzuführen, genügen einige Striche; sie sind freilich nicht unwichtig, wenn wir den Mann begreifen wollen, der uns nun in historischem Format gegenübertritt.

Eine nicht sehr bekannte, von den Biographen meist ganz nebensächlich behandelte Tatsache ist, daß Lenins Mutter, eine geborene Blank, zweifellos deutscher Abstammung war. Meist heißt es, sie sei „teilweise deutsch erzogen“ worden. Wer sich für biologische Zusammenhänge interessiert, wird die Tatsache nicht unbeachtlich finden, daß wir in Lenin einen Mann vor uns haben, in dessen Wesen sowohl tatarische wie auch germanische Erbströme wirken! Lenins Vater, Ilja Nikolajewitsch Uljanow, ein Distrikts-Schulinspektor in Simbirsk, starb, als der junge Wladimir knapp sechzehn Jahre alt war. In diesem hinterließ freilich einen noch stärkeren Eindruck ein Ereignis, das ein Jahr später, im März 1887, einen bestimmenden Schatten auf sein Leben warf. Während der Siebzehnjährige noch das Gymnasium in Simbirsk besuchte, studierte sein älterer Bruder Alexander in St. Petersburg und befaßte sich dabei mit der in jenen Jahrzehnten nicht ungewohnten Beschäftigung russischer akademischer Jugend: in Verschwörungen einzutreten und ein Bombenattentat vorzubereiten. Ironisch bezeichnete man damals den russischen Staat als eine „Autokratie, die durch Zarenmord gemildert wird“. 1881 war der Zar Alexander II. von einer Bombe zerrissen worden, nun plante der junge Uljanow, dem Zaren Alexander III. genau sechs Jahre später auf derselben Straße zur gleichen Zeit das nämliche

Schicksal zu bereiten. In diesem Fall war die Polizei schneller. Am gleichen 1. März 1887, an dem die Bombe gegen den Zaren geworfen werden sollte, wurde Alexander Uljanow mit seinen Freunden verhaftet. Der Fall war klar und wurde von der Justiz rasch erledigt. Eine Woche später wurden fünf von den fünfzehn Verurteilten – das Gericht hatte Gnade empfohlen und sie war zum Teil gewährt worden – in der Festung Schlüsselburg hingerichtet; unter den Exekutierten war Lenins Bruder der erste, der das Schaffott besteigen mußte.

Die Rache des überlebenden Wladimir ließ zwar einunddreißig Jahre auf sich warten und sie erreichte auch nicht mehr den starken Alexander III., sondern nur seinen schwachen Sohn Nikolaus II.; aber dafür war das Gemetzel im Keller des Ipatjewschen Hauses in Jekaterinburg am 17. Juli 1918 um so blutiger* ...

* In der Lenin-Biographie von David Shub (Deutsche Ausgabe, Wiesbaden 1957, Seite 369) wird unter Zitat einer authentischen Schilderung des an der Ermordung des Zaren beteiligten Kommissars P. Bijkow die folgende Darstellung gegeben:

Am 16. Juli 1918 versammelten sich die zur Vollstreckung des Urteils gewählten Personen im Büro des Kommandanten des Hauses von Ipatijew, in dem die Zarenfamilie gefangen war. Es wurde beschlossen, die ganze Familie in den Keller zu bringen und dort das Urteil zu vollstrecken. Bis zum letzten Augenblick wußten die Romanows nicht, daß sie hingerichtet werden sollten. Nab weckte sie um Mitternacht, befahl ihnen, sich anzuziehen und hinunter in den Keller zu gehen. Um sie nicht mißtrauisch zu machen, wurde ihnen gesagt, daß man in dieser Nacht einen Angriff der „Weißen" auf das Haus erwarte. Alle anderen Bewohner des Hauses mußten sich ebenfalls im Keller einfinden. Nachdem alle versammelt waren, wurde das Urteil verlesen, und elf Mitglieder der Familie Romanow, Nikolaus, seine Frau, sein Sohn Alexei, seine vier Töchter und die Mitglieder seines Gefolges wurden auf der Stelle erschossen.

Die Leichen wurden in Decken gewickelt, auf einen Lastwagen geladen und zu einem stillgelegten Grubenschacht, einige Kilometer außerhalb der Stadt, gefahren. Dort wurden sie vorerst abgeladen. Am nächsten Morgen wurde das Zerstörungswerk begonnen. Erst am Nachmittag des 18. Juli war es vollendet.

Der Auftrag wurde von einem Truppenteil lettischer Tschekisten ausgeführt unter dem Kommando von Jurowski, einem Mitglied der Ural-Sowjets. Die Körper wurden mit Äxten zerhackt, mit Benzin und Schwefelsäure übergossen und verbrannt. Die verkohlten Reste wurden dann in einem Sumpf in einiger Entfernung von der Grube versenkt, die schlammige Erde aufgeharkt und mit Moos und Blättern bedeckt, um alle Spuren zu verwischen.

„Die Sowjetmacht" schrieb Bijkow später, „liquidierte die Romanow-Familie auf außergewöhnliche Weise. Bei dieser Gelegenheit bewies sich die Sowjetmacht als *besonders demokratisch*. Sie machte keine Ausnahme für den All-Russischen Mörder und erschoß ihn, wie man einen gewöhnlichen Banditen erschießt."

Mit dem Henkertod Alexanders war auch der Lebensweg Wladimir Uljanows festgelegt. Natürlich wurde der Bruder eines wegen versuchten Zarenmordes Hingerichteten von der zaristischen Polizei überwacht. Schon dreißig Tage nachdem Wladimir Iljitsch als Student die Universität Kasan bezogen hatte, fand das Rektorat es angezeigt, den Jungen – er war mit seinen siebzehn Jahren wirklich noch ein Knabe – auf zwei Jahre in ein Dorf zu verbannen. An der Weisheit dieser Maßnahme darf man zweifeln. Uljanow – dessen Fleiß schon während der Schuljahre gerühmt wurde – benützte die Zeit, um „*im* ‚Kapital' von Karl Marx zu lesen" wie ein Lenin-Biograph (Marcu a.a.O. Seite 13) sich zurückhaltend ausdrückt.

Es soll an dieser Stelle noch nicht das Kernproblem dieses Buches erörtert werden – inwieweit die Theorien des Karl Marx die russische Entwicklung beeinflußt und verzerrt haben – es sei nur das Wort eines kommunistischen Schriftstellers über Lenins ursprüngliche Beziehung zu Marx zitiert, als Kennzeichnung für den geistigen Entwicklungsgang des jungen Lenin:

> „Die große Leidenschaft, die Lenins Leben erfüllte, war es, *Rußland vom Zaren zu befreien.* Die Lehre von Marx hatte ihm die Waffen geliefert, die er dazu brauchte. Lenin sah die russische Revolution in dem größeren Rahmen der Weltrevolution, aber sein eigentliches Lebenswerk lag auf dem russischen Boden" (Rosenberg a.a.O. Seite 169).

Das sind die beiden Uljanows: Alexander wollte den Zaren nur ermorden – Wladimir träumte davon, ihn zuerst zu stürzen.

Gutbürgerlichem Hause entstammend, nach dem Tode des Bruders verständlicherweise von der Mutter mit jeglicher Unterstützung versorgt, begann Lenin seinen Weg als intellektueller Revolutionär oder besser gesagt: als revolutionärer Intellektueller. Zunächst besucht er nach der Rückkehr aus der ersten Verbannung die Vorlesungen der Universitäten, später sind die Lesesäle der großen Bibliotheken (nicht nur Rußlands, auch in der Münchener Staatsbibliothek, im Londoner Britischen Museum, in Berlin und Wien finden wir ihn!) seine Arbeitsstätte. Bis zu der Stunde an der Züricher Anschlagtafel übt er nie eine Tätigkeit aus, die man einen Beruf nennen könnte. Trotzdem ist Lenin nach allen Berichten kein Faulpelz gewesen. Ja, er war so gründlich, daß er sich sogar – im Gegensatz zu den mei-

sten marxistischen Intellektuellen und zu Karl Marx selbst – über das wirkliche Leben der Arbeiterschaft unterrichtet hat. Seine spätere Frau N. K. Krupskaja erzählt, wie Lenin sie – die als Lehrerin mit Petersburger Arbeitern in persönliche Berührung kam – mit unstillbarer Wißbegierde ausfragte.

„Wladimir Iljitsch interessierte sich für jede kleine Einzelheit der Lebensweise des Alltagslebens der Arbeiter. Er suchte sich an Hand der einzelnen Züge ein Gesamtbild vom Leben der Arbeiter zu machen und die Stelle zu entdecken, bei der man ansetzen mußte, um mit der revolutionären Propaganda besser an die Arbeiter heranzukommen" (Krupskaja: Erinnerungen an Lenin, Wien 1929, Seite 14).

Von noch beträchtlicherem Wert für seine politische Tätigkeit wurden kriminalistisch-technische Kenntnisse, die er sich aneignete:

„Von allen Mitgliedern unserer Gruppe verstand sich Wladimir Iljitsch am besten auf konspirative Arbeit: Er kannte sämtliche Durchgangshöfe und verstand es ausgezeichnet, die Spitzel irrezuführen. Er lehrte uns die Methode, sich durch Punkte und Zeichen, die mit unsichtbarer Tinte in Bücher zwischen die Zeilen geschrieben wurden, zu verständigen und erfand alle möglichen Decknamen" (Krupskaja a.a.O. Seite 16).

Noch 1956 kaufte, Pressemeldungen zufolge, die sowjetische Botschaft in Washington ein seinerzeit von Lenin entworfenes Spielzeug, das zum Transport illegalen Schrifttums verwendet wurde, von einem Amerikaner zu Museumszwecken an.

Damals freilich halfen die Kunstgriffe nicht lange. Der nach bürgerlichen Begriffen Beschäftigungslose, der schon 1895 eine größere Auslandsreise nach Berlin und in die Schweiz unternahm, war der zaristischen Polizei unvermeidlich verdächtig. Lenins „Kampfverband" (eine kleine Gruppe in Petersburg, die – wie Marcu a.a.O., Seite 50, berichtet – unter *zehn* Intellektuellen *einen* Arbeiter umfaßte) gelang es, durch illegale Flugblätter einen Streik auszulösen; im Zuge der polizeilichen Gegenmaßnahmen wurde Lenin – obwohl man ihm nichts nachweisen konnte – auf mehrere Jahre nach Sibirien verbannt. Wenn wir den Berichten der Krupskaja, die als Braut die Verbannung Lenins teilte, Glauben schenken, dann war dieser

sibirische Zwangsaufenthalt kein allzu grausames Schicksal. Als sie Lenin in das Dorf Schuschenskoje nachreiste, befand sich bei ihrer Ankunft der Verbannte gerade auf der Jagd; seine Tätigkeit bestand u. a. darin, die Bauern des dortigen Kreises juristisch zu beraten. „Es war damals eine liberale Zeit im Kreise Minnusinsk. Faktisch bestand überhaupt keine Aufsicht" (Krupskaja a. a. O. Seite 36).

Trotzdem war Lenin nach Rückkehr aus der sibirischen Verbannung Rußlands überdrüssig. Seine Wohnquartiere schlug er nun im Ausland auf, seine Flugzettel erweiterten sich zu Zeitschriften, die außerhalb Rußlands gedruckt und illegal über die Grenzen gebracht wurden. Ein knappes Jahrzehnt, bevor Hitler von Wien kommend ein Gleiches tat, ließ Lenin sich zunächst in *München* nieder. Er lebte hier unter dem in Deutschland bekanntlich weit verbreiteten Namen Meier und ließ hier die erste Nummer seiner Zeitschrift „Iskra" („Der Funke") erscheinen. Die Krupskaja schildert, wie sie bei ihrer Ankunft diesmal Lenin in einer Münchener Bierwirtschaft antraf. Ungeklärt ist, was den beiden in München mißfiel (die Krupskaja tadelt die vielen Mehlspeisen, die sie damals essen mußten), jedenfalls verlegte das Paar nach einiger Zeit seinen Wohnsitz nach London, wo Lenin, wie wir erfahren, gerne auf dem Dach eines Omnibusses kreuz und quer durch die Stadt fuhr, um sie zu studieren.

Es lohnt nicht, dieses typische Emigrantendasein Schritt für Schritt zu verfolgen. Es bewegte sich in den üblichen Bahnen – viel grundsätzlicher Streit, Kampf um die Herrschaft über kümmerliche Zeitschriften-Redaktionen, Konferenzen, Parteitage, Hoffnungen und Enttäuschungen, finanzielle Schwierigkeiten – das füllt die Jahre. Der Geldmangel war für lange Zeit beseitigt, als Stalins Tifliser Banküberfall Erfolg gehabt hatte.*

---

* Eine ausführliche Schilderung dieses abenteuerlichen Vorganges findet sich in einer während des Zweiten Weltkrieges erschienenen Propagandabiographie des Kommunisten Windecke: „Wie Stalin wurde – Vom Priesterseminar zum Kreml" (Bern 1943, Seite 29ff.).

Danach „beschloß Lenin, getreu dem Grundsatz, daß der Zweck alle Mittel heiligt, zu dem radikalen Mittel der gewaltsamen Expropriation zu schreiten, ... um endlich für längere Zeit die drückenden Geldschwierigkeiten, die die illegale Arbeit der Partei so außerordentlich hemmten, zu beseitigen". Nach Windecke fiel Lenins Wahl „sofort auf Stalin". Dieser schlug einen bewaffneten Überfall auf einen der regelmäßig von St. Petersburg an die Tifliser Filiale der Staatsbank abgehenden Geldtransporte vor. „Durch geeignete

London wird mit Genf vertauscht, Genf mit Krakau, dazwischen liegt einmal ein illegaler Aufenthalt im Rußland von 1905 – die damalige Hoffnung auf Revolution wird enttäuscht. Das ist das wechselreiche und doch letztlich inhaltslose Leben des Mannes, der sich vorgenommen hat, den Zaren zu stürzen und der dann an einer Anschlagtafel lesen muß, daß andere das besorgt haben.

*

Genauer als über die Vorgeschichte der russischen Märzrevolution 1917 sind wir über die seltsame Episode unterrichtet, die sich ihr anschloß und die schließlich weltgeschichtliche Bedeutung erlangt hat. Mit fast protokollarischer Genauigkeit können wir die einzelnen Umstände verfolgen, die dazu geführt haben, daß Lenin knapp vier Wochen nach jenen ersten Meldungen über den Sturz Nikolaus II. bereits im Kaiserzimmer des Finnischen Bahnhofs in Petrograd empfangen wurde.

Ein kurzer Hinweis auf die sonst nicht allzu wichtigen Streitereien unter den im Ausland lebenden russischen Emigranten ist dabei aufschlußreich:

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges hat alle die Kreise, die in den Jahrzehnten vorher an die Lehre des Karl Marx geglaubt

---

Mittelspersonen und Vertrauensleute" erfuhr Stalin das Datum des nächsten Geldtransportes und bereitete dann den Überfall vor, dessen Verlauf bei Windecke wie folgt beschrieben wird:

„In demselben Augenblick, als der Geldtransport an dem Palais des Fürsten Sumbatow vorbeifuhr, flog vom Dach des Palastes eine Bombe mitten in den Zug hinein. Sie explodierte mit ohrenbetäubendem Krachen. Durch den gewaltigen Luftdruck wurden sämtliche Fenster in weitem Umkreis zersplittert. Andere Detonationen von Bomben folgten Schlag auf Schlag. Sie wurden von den Bürgersteigen aus auf die Kosaken geschleudert. Revolverschüsse knallten, Pferde und Reiter wälzten sich in ihrem Blut oder galoppierten davon. Der Kassierer und der Buchhalter wurden bei der ersten Explosion durch den Luftdruck in weitem Bogen aus dem Wagen auf das Straßenpflaster geschleudert, wo sie schwer verletzt liegen blieben. Die Pferde, die wie durch ein Wunder unverletzt geblieben waren, rasten mit dem Wagen, in dem aber noch der Geldsack lag, weit über den Eriwanskaja-Platz, wo ihnen ein Mann entgegentrat und ihnen eine Bombe zwischen die Beine schleuderte. Wieder ein dröhnendes Krachen und eine schwarze Wolke von Rauch, die den zerschmetterten Wagen und die zu Boden gestürzten Pferde einhüllte. In diesem Moment kam eine Droschke über den Platz herangejagt, aus der ein Offizier in Uniform heraussprang, auf die Trümmer des Wagens zustürzte, den Geldsack packte und dann in

hatten, nach der die Weltgeschichte vor allem, ja geradezu ausschließlich ein Kampf ökonomischer Interessen sei, in einige Verwirrung gebracht. Die Augusttage 1914 offenbarten in Rußland wie in Deutschland, in Frankreich wie im nüchternen England nationalistische Leidenschaften, die sowohl das liberale Bürgertum, wie noch mehr die im Glauben an den „historischen Materialismus“ gedrillten Arbeiterparteien völlig überraschten. Von der jahrzehntelang gepredigten „internationalen Solidarität der Arbeiterklasse“ war weder in Paris noch in Berlin, noch in St. Petersburg in den Tagen etwas zu verspüren, in denen jubelnde Menschenmassen nichtsahnend über das Bevorstehende durch die Straßen wogten und zu den Fahnen eilten, völlig hingerissen von nationalen Empfindungen, die durchwegs nichts mit wirtschaftlichen Erwägungen zu tun hatten. Da sammelte sich die bürgerliche und die proletarische Jugend gleich begeistert in den Kasernen und der französische Arbeiter dachte nicht entfernt daran, im deutschen Klassengenossen etwa einen Freund und im französischen Bourgeois den Todfeind zu sehen, wie ihm das bisher im Geiste des Karl Marx gepredigt worden war. Der französische Sozialistenführer Jean Jaurés wurde am 31. Juli 1914 auf offener Straße niedergeschossen, weil man ihn für einen Kriegsgegner hielt; die französischen Arbeiter kümmer-

---

der Droschke davonjagte, indem er aufs Geratewohl nach allen Seiten Schüsse aus seinem Revolver abfeuerte, so daß niemand wagte, ihn zu verfolgen ...

Wilde Panik hatte die am Tatort Weilenden gepackt. Wer von den Bombensplittern nicht getroffen war, flüchtete in die Hauseingänge. Frauen sanken ohnmächtig zu Boden, Kinder schrien, Verwundete stöhnten vor Schmerz. Kurz nachdem alles vorüber war und die Rauchschwaden sich verzogen hatten, eilten Polizeibeamte herbei, erschienen Sanitätswagen und Ärzte auf dem Schauplatz des Verbrechens. Nicht weniger als fünfzig Personen, Männer, Frauen und Kinder, fast alles harmlose Passanten, die sich zu ihrem Unglück zufällig auf dem Eriwanskaja-Platz befunden hatten, waren dem Attentat zum Opfer gefallen. Mehrere von ihnen waren tot, die meisten schwer verwundet.“

Während dieser aufregenden und blutigen Ereignisse hatte sich Stalin auf dem Dach des Palais des Fürsten Sumbatow aufgehalten und die Durchführung seiner Anordnungen überwacht. Anschließend kümmerte er sich mit Erfolg darum, daß sämtliche Spuren verwischt und das erbeutete Geld – 341000 Rubel in 500-Rubelscheinen – sichergestellt und später zu Lenin geschafft wurde. Windecke berichtet, daß die polizeiliche Untersuchung nicht den geringsten Anhaltspunkt ergab. „Nicht einmal Verdachtsmomente bestanden, so daß nicht eine einzige Person verhaftet wurde. So vorzüglich hatte Stalins Regie geklappt.“

ten sich nicht um diesen Mord, sie jubelten „à Berlin, à Berlin". Es ist später bekannt geworden, daß der französische Generalstab vor 1914 unter dem Eindruck der marxistischen Propaganda in der Arbeiterschaft mit etwa zehn Prozent Deserteuren bei Beginn des Krieges gerechnet hatte. In Wirklichkeit trat das genaue Gegenteil des Erwarteten ein. Es waren weniger als ein Prozent der französischen Wehrpflichtigen, die sich dem Kriegsdienst entzogen!

Lenin wohnte seit 1912 im österreichischen Galizien, von wo aus er Artikel für die in Petersburg damals legal erscheinende „Prawda" schrieb. Bei Kriegsausbruch wurde er von den österreichischen Behörden zunächst verhaftet, die in ihm einen zaristischen Spion vermuteten. Nun, das war Lenin wirklich nicht, und so gelang es ihm, die Abschiebung in die neutrale Schweiz durchzusetzen. Dort stand er nun vor der Aufgabe, das in der marxistischen Theorie nicht vorgesehene Ereignis des unter leidenschaftlichem Anteil der Arbeitermassen begonnenen Weltkrieges in dem kleinen Wirkungskreis, der ihm verblieben war, zu kommentieren. Auf dem 7. Internationalen Sozialistenkongreß, der 1907 in Stuttgart stattgefunden und an dem Lenin teilgenommen hatte, war auf seinen Antrag hin in Bezug auf den sich aus der politischen Einkreisung Deutschlands bereits abzeichnenden kommenden Krieg beschlossen worden: „Mit allen Kräften die ökonomische und politische Krise, die durch den Krieg geschaffen wird, auszuwerten, das Volk aufzurütteln" (vgl. Ruth Fischer: Stalin und der deutsche Kommunismus, Frankfurt 1950, Seite 25).

Dieser Beschluß, einen nationalen Krieg für die internationale Revolution auszunützen, war in der Lage von 1914 zunächst zu einer krassen Utopie herabgesunken. Alle großen sozialdemokratischen Parteien der kriegführenden Länder bewilligten nicht nur in den Parlamenten die Kriegskredite, sondern sie fanden sich auch zum Prinzip des „Burgfriedens" mit den bürgerlichen Parteien bereit – gewiß nicht ohne zweifelnden Blick auf ihren Propheten Marx, aber ohne Ausweichmöglichkeit: Sie *mußten* sich einfach so verhalten, weil sich sonst ihre Gefolgschaft von ihnen losgesagt hätte. In Italien (das erst 1915 in den Krieg eintrat) versuchte die Linke eine andere Taktik, sie verweigerte Kriegskredite und Burgfrieden. Daraufhin sagte

sich von ihr einer ihrer wichtigsten jungen Führer los – er eilte als Bersagliere aus der marxistischen Redaktionsstube in den Schützengraben und hat später noch viel von sich reden gemacht. Der leidenschaftliche junge Mann, dem sich viele Gleichgesinnte anschlossen, hieß Benito Mussolini!

Lenin, in der Schweiz weitab von den russischen Massen, befand sich in einer günstigeren Lage als jene Arbeiterführer, die an Ort und Stelle ihren Anhängern über Krieg und Kriegsdienst Rede und Antwort stehen mußten. Er konnte es sich leisten, am Beschluß des Stuttgarter Kongresses festzuhalten und die Parole: „Nützt den Krieg aus zum Umsturz in der Heimat" in sicherer Ruhe unbeachteten Artikeln anzuvertrauen. Aber nicht einmal in der neutralen Schweiz blieb er ganz verschont von der Welle der Leidenschaften, die die Völker damals erfüllte. So pries am 12. Dezember 1914 in einem Artikel der damals in Zürich erscheinenden russischen Zeitung „Sozialdemokrat" den „Nationalstolz der Großrussen" und bekannte sich in Worten dazu, die wir getrost überschwenglich nennen dürfen:

> „Wir, die großrussischen Arbeiter, die wir vom Nationalstolz erfüllt sind, wollen durchaus ein freies und unabhängiges, demokratisches, republikanisches und stolzes Großrußland!" (Vgl. Rosenberg a.a.O. Seite 53.)

Natürlich gab Lenin auch zu dieser Zeit nicht die Parole des Zarensturzes preis – zu einem solchen Zugeständnis hatte er in Zürich keinen Anlaß – aber die Formel vom „stolzen Großrußland" zeigte doch, daß auch dieser international-marxistische Berufsrevolutionär eine national-romantische Ader hatte . . .

Mit dem weiteren Fortgang des Krieges wurde Lenin wieder nüchterner. Nach dem Urteil des Kommunisten Arthur Rosenberg propagierte Lenin nun „die Niederlage seiner Regierung, der Zarenregierung, nicht weil sie schlecht war oder weil ihr Krieg schlecht war, sondern nur weil es sonst nicht zur Revolution kommen konnte" (a.a.O. Seite 53). Rosenberg fügt erklärend – und zweifellos richtig – hinzu: „Wenn eine Partei in einem kriegführenden Lande die Parole vertritt ‚Niederlage der eigenen Regierung' *ohne zugleich die Kraft und den Willen zur Revolution zu haben*, so ist das einfach sinnlos". Es ist das ein Themenkreis, der bekanntlich in beiden Weltkriegen auch in Deutschland von Bedeutung gewesen ist.

Nachdem der Erste Weltkrieg bereits längere Zeit im Gange war, kam es in der Schweiz im September 1915 (in Zimmerwald) und Ostern 1916 (in Kienthal) zu zwei nicht uninteressanten Zusammenkünften von Delegierten marxistischer Gruppen aus verschiedenen Ländern. Sie repräsentierten nur oppositionelle Teile der großen marxistischen Parteien – jene Oppositionellen, die Gegner der „Burgfriedens"-Politik in den kriegführenden Ländern waren; aus Deutschland kamen nach Zimmerwald zehn Delegierte, darunter die späteren Führer der sogenannten „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei" Ledebour und Adolf Hoffmann, aus Frankreich waren zwei Delegierte erschienen, aus England keiner. Die Russen waren durch Emigranten dreier verschiedener Richtungen vertreten. In ihrer Mehrheit bekannten sich die „Zimmerwalder", wie man sie später nannte, zu einer prinzipiellen Kriegsgegnerschaft; nur Lenin stellte sich dieser humanitären Formel entschieden entgegen. Er forderte unbeirrt: „Aus dem imperialistischen Krieg muß ein Bürgerkrieg werden". Dieses Programm, das leichter aufgestellt als erfüllt war, fand wenig Anhänger. Sogar die Delegierten des deutschen Spartakus-Bundes der Rosa Luxemburg wandten sich damals gegen Lenin, der von den dreißig Delegierten nur sieben Stimmen erhielt – seine eigene, die fünf seiner Gruppe und als einzigen Gewinn die Stimme eines gewissen Karl Sobelsohn; wir werden von diesem Manne noch hören – er nannte sich „Radek" und war der Rosa Luxemburg untreu geworden, weil sie ihm nicht radikal genug erschien.

Ein halbes Jahr später, bei der Wiederholung dieser seltsamen Konferenz in Kienthal, bot sich ein ähnliches Bild, nur daß Lenin, „der eine Minorität innerhalb der Minorität von Zimmerwald" vertrat (wie die Kommunistin Ruth Fischer sich ausdrückt, a.a.O. Seite 14) immer schärferen „Kampf und persönlichen Haß" gegen alle richtete „die zwar die Kriegspolitik ablehnten, aber keine Revolution und Spaltung organisieren wollten" (Rosenberg a.a.O. Seite 83).

Dies war der Stand der Dinge als fern von Zürich der Sturz des Zaren für die russischen Emigranten eine ganz neue Lage schuf: In Petersburg hatte die neue Provisorische Regierung eine politische Amnestie erlassen, und so stand der Rückkehr juristisch nichts mehr im Wege, wohl aber geographisch. Ruß-

land befand sich mit Deutschland, Österreich und der Türkei nach wie vor im Kriege, russische Reisende konnten also bestenfalls über Frankreich–England–Dänemark–Schweden nach Hause reisen. Es stellte sich bald heraus, daß die französische und englische Regierung zwar bereit waren, solche Durchreisen zu gestatten – aber sich eine Personenauswahl vorbehielten. Reiseerlaubnis erhielten nur solche Emigranten, von denen gewiß war, daß sie in Rußland für eine energische Weiterführung des Krieges gegen Deutschland eintreten würden. Das aber war jedenfalls bei den „Zimmerwaldern“ – gleich welcher Gattung – nicht der Fall. Es gab also eine „schwarze Liste“, auf der natürlich auch Lenins Name stand.

Dieser hatte vom ersten Augenblick der freudigen Überraschung an nur noch an die eilige Heimkehr auf möglichst direktem Wege gedacht. Er erwog – wie uns die Krupskaja schildert – zunächst, sich als „Konterbande“ in einem Koffer nach Schweden schmuggeln zu lassen. Der Plan scheiterte daran, daß alle Schmuggelverbindungen aus der Schweiz in Berlin endeten. Dann wurde an ein Flugzeug gedacht (Geld war offenbar vorhanden), aber ein so langer Non-stop-Flug war damals technisch noch nicht möglich. Schließlich prüfte Lenin die Frage, ob er nicht als „stummer Schwede“ ,von seiner Frau begleitet, einfach mit der Bahn nach Schweden reisen könne. Aber die Gefahr der Entdeckung wurde bei aller gewährleisteten Qualität der falschen Pässe doch als zu groß bewertet. So blieb nichts anderes übrig als der Versuch, „offiziell“ zu reisen. Nach der von Lenin autorisierten Darstellung, die der Schweizer Kommunist Fritz Platten später veröffentlichte (Fritz Platten: Die Reise Lenins durch Deutschland, Berlin 1924) wurde die erste diesbezügliche Anfrage Lenins an die deutschen Behörden „auf Anregung Radeks“ über den damaligen Züricher Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ gerichtet. Der Journalist Maximilian Harden hat schon 1919 auf die Mitwirkung des Alexander Helphand, der sich Parvus nannte, hingewiesen. Obwohl Platten das als eine Verleumdung bezeichnet, ist nicht daran zu zweifeln, daß dieser Parvus-Helphand in der Angelegenheit eine wichtige Rolle spielte.*

---

* Alexander Helphand, der später den Decknamen „Parvus“ annahm und sich schließlich Parvus-Helphand nannte, wurde 1867 als Sohn eines jüdi-

In den ersten Apriltagen hatte Lenin die Mitteilung erhalten, die Deutsche Gesandtschaft in Bern sei zur Bespre-

---

schen Kaufmannes in Beresin (Rußland) geboren und lebte ab 1886 in der Schweiz und in Deutschland. Schon um die Jahrhundertwende stand er mit Lenin in persönlicher Beziehung. Aus der Münchner Zeit berichtet darüber die Krupskaja (a. a. O. Seite 77):

„Da wir uns streng konspirativ verhielten, standen wir mit deutschen Genossen überhaupt nicht in Verkehr. Nur mit Parvus kamen wir zusammen, der mit seiner Frau und seinem Söhnchen nicht weit von uns in Schwabing wohnte ... Parvus vertrat damals einen sehr linken Standpunkt, war Mitarbeiter der ‚Iskra' und interessierte sich für die russische Bewegung."

Bald darauf kehrte Parvus-Helphand nach Rußland zurück und spielte 1905 bei den Petersburger Unruhen eine Rolle im „Arbeiterrat". Er wurde dann verhaftet und nach Sibirien verschickt; von dort flüchtete er nach Konstantinopel, wo er von 1910 bis 1914 eine erfolgreiche kaufmännische Tätigkeit entfaltete. Als „Schiffsreeder und Industrieller" erwarb er schließlich – bei Kriegsausbruch nach Deutschland zurückgekehrt – „ein großes Vermögen" (nach „Der Große Brockhaus" Ausgabe 1932). Als Finanzmann war er in Berliner Regierungskreisen, wegen seiner gleichzeitigen publizistischen Tätigkeit als marxistischer Theoretiker auch bei den Sozialdemokraten beider Richtungen ein angesehener Mann. Später wandte er sich mehr der gemäßigten SPD zu, befreundete sich mit dem Reichspräsidenten Ebert und starb 1924 als wohlbekannte Erscheinung der damaligen Berliner Gesellschaft in seiner Villa am Wannsee.

In einem kürzlich erschienenen Zeitschriftenaufsatz nach erbeuteten deutschen Akten („International Affairs", London, Band 32, Seite 181 ff.) zitiert George Katkov einen Bericht des Grafen Brockdorff-Rantzau, damals deutscher Gesandter in Kopenhagen, aus dem hervorgeht, daß Parvus-Helphand die deutschen amtlichen Stellen schon 1916 auf den in der Schweiz lebenden Lenin hingewiesen hat. Als besondere Sensation publiziert Katkov außerdem einen Immediatbericht des Staatssekretärs Kühlmann an Kaiser Wilhelm II., in dem am 3. 12. 1917 kurz vor Beginn der Brest-Litowsk-Verhandlungen ausgeführt wird, daß die Bolschewiki „durch verschiedene Kanäle" deutsche Geldmittel erhalten hätten, um ihre Zeitung „Prawda" zu finanzieren. Katkovs These: die kaiserliche Regierung habe durch Förderung Lenins und seiner Gruppe bewußt „große Politik" betrieben und den bolschewistischen Umsturz gewissermaßen veranlaßt, wird durch diesen Immediatbericht Kühlmanns freilich eher widerlegt als gestützt. Wäre der Angelegenheit von der deutschen Regierung wirklich große Bedeutung beigemessen worden, so hätte es dieser späten Berichterstattung an den Kaiser im Dezember 1917 nicht mehr bedurft. Gewiß hat man die Hinweise des Parvus-Helphand im März 1917 beachtenswert gefunden und deshalb die Lenin-Reise genehmigt, die weitere deutsche Einflußnahme auf die innerrussische Entwicklung des Sommers 1917 dürfte aber höchst bescheiden gewesen sein, wenn sie überhaupt reale Formen annahm. Ernsthafte Beweise (etwa Mitteilungen und Abrechnungen der deutschen Gesandtschaft in Stockholm, die allein für Geldzuweisungen in Betracht kam) hat Katkov offenbar in den Akten nicht gefunden, sonst hätte er sie herangezogen. Gewiß hat Platten nach seiner Rückkehr von der Fahrt mit Lenin durch Deutschland dem deutschen Gesandten Romberg in Bern über den Verlauf berichtet und über die finanziellen

chung der Angelegenheit bereit, am 4. April überreichte Platten die Vorschläge Lenins und seiner Gruppe.*

Zwei Tage, nachdem Platten seine acht Punkte dem deutschen Gesandten übergeben hatte, erhielt er in Zürich – am 6. April mittags 1.35 – bereits das Telegramm: „Angelegenheit im gewünschten Sinne geordnet".

Es lohnt sich, daran zu erinnern, daß zwischen diesen beiden Tagen ein weltpolitisches Datum lag. Am 5. April 1917 erklärten die Vereinigten Staaten von Nordamerika ihren Krieg gegen das kaiserliche Deutschland!

Schwierigkeiten geklagt, mit denen die Rückkehrer in Petrograd zu tun hätten, aber das hat nur zu einer Anfrage Rombergs in Berlin geführt, auf die er offenbar keine Antwort erhielt. Natürlich ist es trotzdem nicht ausgeschlossen, daß Lenin auf Umwegen einige finanzielle Unterstützung nach Petrograd erhielt (Katkov vermutet, daß ein gewisser Fürstenberg-Haniecki, ein Intimus Parvus-Helphands, der Mittelsmann war), doch ist es nach allen Unterlagen sehr unwahrscheinlich, daß die etwa aufgewendeten Mittel beträchtlich waren und den Gang der Ereignisse ernstlich beeinflußt haben.

* Diese Vorschläge hatten folgenden Wortlaut:

1. Ich, Fritz Platten, führe unter voller Verantwortung und jederzeitiger persönlicher Haftbarkeit den Wagen mit politischen Emigranten und Legalen, die nach Rußland reisen wollen, durch Deutschland.
2. Dem Wagen wird das Recht der Exterritorialität zuerkannt.
3. Eine Paß- oder Personenkontrolle darf weder beim Eingang noch Ausgang in Deutschland ausgeübt werden.
4. In den Wagen werden Personen absolut ohne Rücksicht auf die politische Richtung und ihre Stellung zur Kriegs- und Friedensfrage aufgenommen.
5. Für die Fahrenden löst Platten nach den normalen Tarifen die Fahrkarten.
6. Wo immer möglich, soll der Transport ohne Unterbrechung in durchgehendem Zuge erfolgen. Ein Verlassen des Wagens darf weder angeordnet noch aus eigener Initiative stattfinden. Es darf keine Fahrtunterbrechung ohne technische Notwendigkeit erfolgen.
7. Die Erlaubnis zur Durchfahrt erfolgt auf der Grundlage des Austausches der Fahrenden gegen deutsche und österreichische Gefangene und Internierte in Rußland. Der Vermittler und die Fahrenden verpflichten sich, in der Öffentlichkeit und besonders unter der Arbeiterschaft dafür zu wirken, daß dieses Postulat verwirklicht wird.
8. Der möglichst schnelle Zeitpunkt der Abreise von der Schweizer Grenze bis zur schwedischen Grenze sowie die technischen Einzelheiten werden sofort vereinbart.

Bern-Zürich, den 4. April 1917. gez.: Fritz Platten

Wie uns Platten glaubhaft versichert, gelang es ihm, bei der Formulierung der Punkte den deutschen Gesandten insofern zu überlisten, als es möglich wurde, auch Radek, der staatsrechtlich gar kein Russe, sondern wehrdienstpflichtiger Österreicher war, in die Reisegesellschaft aufzunehmen („Lenin drückte sehr ernsthaft auf die Mitnahme Radeks").

Die endgültige, von Lenin persönlich zusammengestellte und überprüfte Reisegesellschaft bestand aus 32 Personen. Bereits am 9. April mittags $2^1/_2$ Uhr „bewegte sich vom Restaurant ‚Zähringer Hof' in echt russischer Reiseaufmachung – mit Kissen, Decken und wenigen Habseligkeiten beladen – das Emigranten-Trüppchen zum Bahnhof Zürichs," so berichtet Platten. In Gottmadingen warteten dann die zwei deutschen Eisenbahnwagen, deren Türen verschlossen und plombiert waren, mit Ausnahme eines Durchganges für das technische Personal. „Ein Kreidestrich auf dem Boden des Ganges begrenzte das Hoheitsgebiet der Deutschen einerseits und das der Russen andererseits". Die Reise verlief ohne Zwischenfall und führte nach Sassnitz, wo die Mitreisenden wieder nur einfach gezählt wurden und dann mit der Fähre nach Schweden weiterreisten. Sorge machten während der Fahrt dem Reiseleiter Platten nur einige Reiseteilnehmer, die „sich nicht bezähmen konnten", die Marseillaise und andere französische Lieder sangen, was keine Höflichkeit gegenüber den in den anschließenden Wagen zur Begleitung mitreisenden deutschen Offizieren bedeutete.

Die Stimmung stieg, als bei einem Zugaufenthalt in Frankfurt, „abgemagerte, müde Menschen mit matten Augen sich in langem Zuge vor unserem Wagen vorbeibewegten". Platten bemerkt: „Blitzartig beleuchtete dieser Trauerzug die Lage in Deutschland und ließ die Hoffnung in den Herzen der mitreisenden Emigranten erwachen, daß Deutschlands Stunde zur Erhebung der Volksmassen gegen die Herrschenden nicht mehr ferne sein könne."

Von dieser „Hoffnung" wird in diesem Buche an mancher Stelle zu sprechen sein; die Ruth Fischer meint: *„Lenins Vorstellung von Deutschland ist ein wichtiges Kapitel in der Geschichte der russischen Revolution, das niemals entsprechend behandelt worden ist."*

Russischer Sommer 1917 und zum Schluß ein Putsch, später „glorreiche Oktober-Revolution" benannt

Mit der Reise in den plombierten deutschen D-Zug-Wagen war das Abenteuer der Rückkehr nach Rußland noch nicht beendet – jetzt begann es erst spannend zu werden. Lenin war kaum aus Gottmadingen an der Schweizer Grenze abgefahren, als bereits Nachrichten eintrafen, die neue russische Regierung beabsichtige, alle Emigranten, die über Deutschland nach Rußland zurückkehren würden, wegen Hochverrats vor Gericht zu stellen. Diese Ankündigung paßte in das Programm des „Progressiven Blocks", der die Macht in Petrograd in der Absicht erstrebt und übernommen hatte, den Krieg schärfer fortzuführen, als es bisher geschehen war.

In der Nacht vom 15. zum 16. April 1917, als er mit seiner Reisegruppe im Schlitten von der letzten schwedischen Station Torneo über das Eis des zugefrorenen Meerbusens zur gegenüberliegenden russischen Grenzstation fuhr, rechnete Lenin mit Festnahme; es sah zunächst so aus, als habe er richtig kalkuliert, denn er und seine Gruppe wurden von einer Wachmannschaft erwartet, die von der Regierung beauftragt war, die Fahrt der Emigranten bis Petrograd zu überwachen. Sinowjew berichtet lebhaft („Die Ankunft W. I. Lenins in Rußland", Anhang zu Platten a.a.O. Seite 70), daß alle Reiseteilnehmer – je näher der Zug sie zur russischen Hauptstadt brachte – um so fester davon überzeugt waren, bei der Ankunft verhaftet zu werden. Erst in Bjelostrow, einer größeren Station vor Petrograd, wurde diese Sorge behoben – die Reisenden wurden dort von den Behörden „genügend zuvorkommend empfangen"; außerdem stiegen einige der „nächsten Freunde", unter denen Sinowjew auch Stalin erwähnt, in den Zug.

Zum Verständnis dessen, was dann bei der Ankunft in Petrograd geschah, muß verzeichnet werden, daß die um den neuen Regierungschef Fürst Lwow versammelten Liberalen zwar die wichtigsten Organisatoren, keineswegs aber die einzigen Nutznießer des Zarensturzes gewesen sind. Mehrere weiter links ste-

hende Parteien, insbesondere die sogenannten „Sozialrevolutionäre“, forderten ihren Anteil an der Macht. Bereits Mitte März hatten sie durchgesetzt, daß nicht – wie ursprünglich vorgesehen – ein Bruder Nikolaus II. zum Zaren ausgerufen wurde, dann gelang es ihnen, den Petrograder „Arbeiter- und Soldatenrat“, der in den Umsturztagen zur Lenkung der Unruhen gebildet worden war, zu einer dauerhaften Nebenregierung auszubauen. Wahrscheinlich haben die Verhaftungsankündigungen der „Provisorischen Regierung“ diesen Petrograder „Sowjet“ angeregt, die Ankunft der ersten zurückkehrenden Emigranten zu einer Demonstration zu benützen. In ihr sollten nicht nur die Ankömmlinge gefeiert, sondern auch gezeigt werden, wer eigentlich Herr im Hause der russischen Hauptstadt war. So ließ man Ehrenkompanien am Bahnhof aufmarschieren, tausende von Arbeitern auf dem Platz vor dem Finnischen Bahnhof antreten, Scheinwerfer aufleuchten und Musikkapellen spielen. Der Zarensalon wurde geöffnet, und der Präsident des Petrograder Sowjet (in dem die Leninsche Partei der Bolschewiki* eine Minderheitsgruppe bildete) kam, um Lenin und seine Reisegefährten zu begrüßen. Lenin zeigte sich der Überraschung gewachsen. Er antwortete – wie Sinowjew berichtet – „mit einer kurzen Rede, die vom ersten bis zum letzten Wort der ‚ehrenwerten Demokratie‘ wie mit der Peitsche ins Gesicht schlug“.

*

Unter dem eifrigen Zuspruch der westlichen Bundesgenossen, die das Erlahmen der russischen Front vor Verdun zu spüren bekamen, hatte man in Rußland das getan, was man gemeinhin

---

* Auf einem Londoner Kongreß der russischen sozialdemokratischen Partei, der 1903 in der Emigration abgehalten wurde, war es unter den etwa 50 Teilnehmern zu theoretischen Streitigkeiten gekommen, die eine Spaltung zur Folge hatten. Die „Majorität“, die damals Lenin unterstützte – es waren etwa 27 Delegierte – nannte sich nach der Spaltung die „Bolschewiki“ (nach bolschinstwo, dem russischen Wort für Mehrheit), während die gegen Lenin stehenden restlichen 23 und ihr Anhang „Menschewiki“ genannt wurden (nach dem russischen menschinstwo – Minderheit). Von einiger späterer Bedeutung waren der Streit und die Spaltung deshalb, weil es bereits damals um das Problem der straffen disziplinierten Organisation der Partei ging, die Lenin forderte, während seinen Gegnern vorgeworfen wurde, nach dem Sturz des Zarismus „den Kampf vollständig im Rahmen der bürgerlichen Demokratie fortsetzen“ zu wollen.

das „Wechseln der Pferde im Strom“ nennt. Die bisherige Autorität des Zaren war beseitigt worden, nun ging es darum, eine andere zu begründen. Die neuen Herren sagten sich, ihre Regierung werde am besten durch militärische Erfolge gesichert. Ihre Hoffnung, daß solche nach mehrjährigen Niederlagen noch errungen werden könnten, stützte sich einerseits, wie erwähnt, auf den Kriegseintritt Amerikas, andererseits auf die Meinung, das bisherige Versagen der „russischen Dampfwalze“ sei vor allem den mangelnden Führungsqualitäten des Zaren zuzuschreiben. Sie verschlossen sich der näherliegenden Ansicht, daß das russische Volk den Sinn des Krieges gegen Deutschland nicht begriff. In westlicher Richtung waren in der Tat keine russischen Ziele zu erkennen. Die Konstruktion der Entente, die die Russen aufforderte, Konstantinopel in Berlin zu erobern, war zu kompliziert, um zu überzeugen.

Während die Regierung ihre ganze Energie darauf verwendete, mit einer Armee, die den inneren Halt jahrhundertelanger Tradition verloren hatte, eine neue Offensive gegen Deutschland vorzubereiten, betritt Lenin festeren Boden, indem er die Beendigung dieses den meisten Russen unverständlichen Krieges forderte. Schon wenige Tage nach seiner Rückkehr veröffentlichte er seine Thesen in der „Prawda“; sie waren scharf auf die augenblickliche Lage in Rußland gezielt:

„*Alle Macht den Räten*“ (er hatte bisher nicht viel von den „Arbeiterräten“ gehalten, wie sie erstmals 1905 in Erscheinung getreten waren. Aber in dem nun entwickelten Machtdualismus zwischen der Provisorischen Regierung und dem Petrograder Sowjet war es klar, daß er an die Hilfe des einen appellierte, um die andere zu stürzen).

„*Enteignung der Großgrundbesitzer, Verteilung des Landes an die Bauern*“ (das war die Forderung der alten „Narodniki“, der „Nationalen“ gewesen, denen Lenins Bruder angehört hatte, und sie sprach aus, was Millionen russischer Bauern mit Recht ersehnten).

Lenins unmittelbare und wirkungsvollste Tagesforderung aber war: „*Sofortige Kriegsbeendigung, Heimkehr der Soldaten*“.

Nach der Angabe der sowjetamtlichen „Bolshaja Sovietskaja Enziklopedja“, die in diesem Punkte sicher nicht unzuverlässig ist, verfügte Lenins Partei im März 1917 im ganzen riesigen Ruß-

land nur über 23600 Mitglieder. Es war klar, daß er auch mit noch so wirksamen Parolen nahezu unbemerkt bleiben mußte, wenn nicht seine Gegner für ihn arbeiteten. Zunächst sah es nicht so aus, als ob er die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich lenken könnte. Die Kampfstimmung zwischen dem Petrograder Sowjet und der „Provisorischen Regierung“ milderte sich, als im Mai Kerenski – ein „Sozialrevolutionär“ – der starke Mann der Regierung wurde und von den Linksparteien auch noch die „Menschewiki“ in die Regierung eintraten. Diese beherrschten zusammen mit den Sozialrevolutionären sowohl den Petrograder wie auch die inzwischen im ganzen Lande gebildeten „Arbeiter- und Soldatenräte“; die Bolschewiki waren überall – wenn überhaupt vertreten – in der Minderheit.

Es war keineswegs mehr die bürgerliche Regierung liberaler Monarchisten, die Nikolaus II. und „die Deutsche“ (die Zarin) gestürzt und verhaftet hatten, sondern eine große Koalition der mittleren und Links-Parteien, die die berühmt gewordene Brussilow-Offensive vom 30. Juni bis 11. Juli 1917 gegen die deutsche Front führte und sie vergeblich zu erschüttern suchte. Innenpolitische Begleitmusik der aussichtlosen, aber mit bemerkenswert starken Kräften geführten militärischen Unternehmung war eine lebhafte Propaganda gegen Lenin und die Bolschewiki, die als „deutsche Spione“ verdächtigt und nach einigen örtlichen Zusammenstößen im Juli 1917 als Partei verboten wurden. Eine Reihe von Mitarbeitern Lenins – darunter Trotzki – wanderten in Kerenskis Gefängnisse. Lenin selbst mußte in Verkleidung vom gleichen Finnischen Bahnhof aus, in dessen Zarensalon er drei Monate früher feierlich begrüßt worden war, unerkannt Petrograd wieder verlassen und sich auf dem Lande verborgen halten.

Die Sowjetenzyklopädie verheimlicht nicht, daß diese Maßnahmen der provisorischen Regierung eine beträchtliche Wirkung auch auf die Bolschewiki ausübten. War deren Mitgliederbestand im April 1917 auf 40000 angestiegen, so sank er im August 1917 auf 20000 ab – in ganz Rußland mit seinen 120 Millionen Einwohnern!

Der kommunistische Schriftsteller Arthur Rosenberg (a.a.O. Seite 99) nennt bei seiner kritischen Würdigung jenes entscheidungsreichen Sommers 1917 drei Gründe dafür, daß es Lenin

schließlich doch noch gelang, die Macht an sich zu reißen. Rosenberg bezeichnet – sicher mit Recht – den Offensive-Entschluß der Kerenski-Regierung „bei der damaligen Geistesverfassung der russischen Soldaten“ als einen „ungeheueren psychologischen Fehler“. Bei ihrer Vorbereitung und Durchführung habe die Provisorische Regierung „ihre moralische Kraft verbraucht“ und politisch und militärisch auf russischer Seite einen Trümmerhaufen hinterlassen. Schließlich begingen die Sozialrevolutionäre – die Partei Kerenskis – „den weiteren geradezu unglaublichen Fehler, daß sie den Zusammentritt der allrussischen Nationalversammlung verschleppten“. Diese sollte nach dem Sturz des Zarentums eine neue Grundlage für die Regierung schaffen, aber die Wahl wurde immer wieder hinausgeschoben.

Rosenberg läßt durchblicken, daß er den letzteren Umstand für noch bedeutender ansieht als die beiden erstgenannten:

„Hätten die regierenden Sozialrevolutionäre rechtzeitig die Nationalversammlung wählen lassen, dann hätten sie sich eine wirkliche reale Autorität verschafft und dann hätten sie sich wahrscheinlich behauptet.“

Es muß – um das Bild dieses turbulenten russischen Sommers 1917 abzurunden – noch erwähnt werden, daß angesichts des völligen Versagens der Provisorischen Regierung im September der zaristische General Kornilow mit einigen Regimentern den Versuch unternahm, Petrograd zu besetzen und Kerenski zu stürzen. Lenin, der in Finnland „untergetaucht“ war, erkannte sofort seine Chance: er gab seinen illegalen Gruppen die Weisung, in diesem Falle für die Regierung und gegen Kornilow zu wirken. Das war zwar für den Zusammenbruch des Putsches nicht von ernstlicher Bedeutung, aber es kam zu einer Lockerung des Parteiverbotes; Trotzki wurde aus der Haft entlassen und die Bolschewiki gewannen wieder einige Bewegungsfreiheit. Lenin freilich mußte sich weiterhin verborgen halten, aber er kehrte illegal Anfang Oktober 1917 nach Petrograd zurück.

*

„Wladimir Iljitsch war mit meinen Beweisgründen nicht einverstanden und erklärte kategorisch: ‚Wir fahren zum Smolny‘ (damals Sitz des Petrograder Sowjets). Der Sicher-

Ich bestätige,

1) dass die eingegangenen Bedingungen, die von Platten mit der deutschen Gesandtschaft getroffen wurden, mir bekannt gemacht worden sind;

2) dass ich mich den Anordnungen des Reiseführers Platten unterwerfe;

3) dass mir eine Mitteilung des "Petit Parisien" bekanntgegeben worden ist, wonach die russische provisorische Regierung die durch Deutschland Reisenden als Hochverräter zu behandeln drohe;

4) dass ich die ganze politische Verantwortlichkeit für diese Reise ausschliesslich auf mich nehme;

5) dass mir von Platten die Reise nur bis Stockholm garantiert worden ist.

Bern - Zürich, 9. April 1917.

1 Lenin.
2 Frau Lenin
3 Georg Safaroff
4 Valentina Safaroff - Mortotchkine
5 Gregor Ussijevitch
6 Helene Kon
7 Inès Armand
8 Nikolai Boitzow.
F. Grebelsky
8 A. Konstantinowitsch
E. Mirinhoff
M. Mirinhoff
9 A. Skowno
10 G. Zinowiew
11 Z. Radomyslski (und Sohn)
12 D. Slussareff
12 B. Eltchaninoff.

9. Brilliant
13 M. Harittonow
D. Rosenblum
14 A. Abramowitsch
S. Scheinessohn
M. Khar.
M. Gobermann
15 A. Linde
M. Aisenbud
Pogowskaja
Soulachvili
16 Ravitsch
Chantouff

Faksimile der von Lenin und seinen Begleitern unterzeichneten Erklärung zur Durchreise durch Deutschland, April 1917

heit halber beschlossen wir immerhin, uns zu maskieren. Soweit es möglich war, änderten wir Lenins Kleidung, verbanden ihm eine Backe mit einem reichlich schmierigen Tuch und stülpten ihm eine verbeulte Mütze auf den Kopf. In der Tasche hielt ich für alle Fälle zwei Passierscheine in den Smolny bereit. Sie waren aber aufs Gröblichste gefälscht... es war bereits gegen 8 Uhr abends, als wir das Haus verließen und die Richtung zum Samsoniewski-Prospekt einschlugen. Nach etwa 10 Minuten holte uns gerade an der Haltestelle eine Straßenbahn ein, die zum Depot fuhr. Der Wagen war fast leer. Wir kletterten auf die hintere Plattform des Anhängewagens und erreichten wohlbehalten die Ecke der Botkin-Straße, wo der Wagen abbog, um ins Depot zu fahren. Zu Fuß ging es weiter... Wir hatten bereits eine bedeutende Strecke auf der Spalernja-Straße zurückgelegt, als uns plötzlich zwei Junker entgegengeritten kamen. Kaum hatten sie uns erreicht, so kommandierten sie: „Halt! Passierscheine vorweisen!" Ich flüsterte Wladimir Iljitsch zu: „Gehen Sie weiter, ich werde mit ihnen schon fertig werden". In der Tasche hatte ich zwei Revolver. Ich begann in grober Weise mit ihnen zu streiten... Unterdessen hatte Wladimir Iljitsch sich unbemerkt von uns entfernt. Die Junker bedrohten mich mit ihren Reitpeitschen und wollten mich abführen. Ich weigerte mich entschieden, ihnen zu folgen. Aber allem Anschein nach hatten sie keine Lust, mit uns, die wir ihnen wie Landstreicher erschienen, anzubinden. Unserem Aussehen nach boten wir tatsächlich den Anblick typischer Landstreicher. So ritten sie schließlich davon. Ich holte Wladimir Iljitsch ein, der mittlerweile bereits eine große Strecke zurückgelegt hatte, und wir gingen gemeinsam weiter. Wir kamen zum Smolny. An den Eingängen herrschte lebhaftes Gedränge. Und nun stellte sich heraus, daß die ehemals weißen Passierscheine der Mitglieder des Petrograder Sowjets durch rote ersetzt worden waren. Das war ein viel schlimmeres Hindernis... Ich bekundete meine Empörung lauter als alle anderen, während ich mit den gefälschten Passierscheinen in der Luft herumfuchtelte... Nach dem Vorbild von Taschendieben verursachte ich eine Drängelei, durch die die Kontrolleure buchstäblich zurückgeworfen wurden. Wir drangen in den Smolny ein und begaben uns in ein neben der Aula gelegenes Zimmer. Aus der Aula, wo gerade eine Sitzung des Sowjet stattfand, traten drei Männer in unser Zimmer ein – es waren dies die Blüte der Menschewiki, die Führer ihrer Partei: Dan, Libr und, wenn ich mich

nicht irre, Gotz. Einer von ihnen entnahm der Tasche eines dort hängenden Mantels ein Päckchen und forderte die ihn begleitenden Subjekte auf, einen Imbiß zu sich zu nehmen, da er Buttersemmeln mit Wurst und Käse habe. Das der Manteltasche entnommene Paket wurde am anderen Ende des Tisches ausgepackt, an dem Wladimir Iljitsch saß. Derjenige, der das Paket auswickelte, hob plötzlich den Kopf und erkannte Wladimir Iljitsch trotz der verbundenen Backe. In allergrößter Verlegenheit packte er seine Leckerbissen wieder zusammen, und alle drei liefen wie gejagt in die Aula zurück...“

Diese lange Schilderung ist nicht das Bruchstück eines schlechten Kriminalromans, sondern die authentische Schilderung eines gewissen R. Rachja aus der 1934 in Moskau erschienenen Schrift „Lenin in den ersten Tagen der Sowjetmacht“ (S. 10ff.) und schildert drastisch eine entscheidende Szene der „Oktoberrevolution“ am Vorabend von Lenins Machtergreifung im russischen Reich.

Als Lenin aus Wyborg, wo er sich verborgen gehalten hatte, nach Petrograd zurückgekehrt war, fand er Unterschlupf in der Wohnung eines Straßenbahn-Angestellten, wo er von denjenigen besucht werden konnte, die das verabredete Klopfzeichen kannten. In seiner Abgeschiedenheit war Lenin zu dem Entschluß gekommen: „Jetzt oder nie“. Der Sinn seiner Rückkehr nach Petrograd war, die schwankenden Kräfte seiner kleinen Partei zu einem kühnen Vorstoß vorzutreiben.

Am 10. Oktober* versammelte sich das „Zentralkomitee“ der Bolschewiki im geräumigen Speisezimmer eines gewissen Suchanow, der keine Ahnung hatte, was da gespielt wurde. Sokolnikow berichtet in der bereits erwähnten sowjetamtlichen Schrift (a.a.O. Seite 16ff.), daß die Mitglieder des Zentralkomitees der nach wie vor verbotenen Partei „unter Beobachtung sämtlicher durch die konspirativen Bedingungen gebotenen Vorsichtsmaßregeln“ sich versammelten und nicht ohne Spannung Lenins Ankunft erwarteten, den sie seit Juli nicht mehr gesehen hatten. Das „sensationelle“ äußere Erscheinungsbild Lenins, das uns schon Rachja geschildert hatte, wird von Sokolnikow noch ergänzt durch den Hinweis, daß Lenins Spitzbart und Schnurr-

* Die Daten sind durchwegs nach neuer Zeitrechnung angegeben; danach ist die auf den altrussischen Kalender gestützte Bezeichnung „Oktoberrevolution“ gegenstandslos. Der Petrograder Putsch fand am 7. und 8. November 1917 statt.

bart fortrasiert waren, und er eine graue Perücke trug, die „durchaus kein Meisterwerk der Friseurkunst“ war und die Eigenschaft besaß „in den allerungeeignetsten Momenten vom Kopf zu rutschen“.

Es herrschte allgemeine Heiterkeit über Lenins „Evangelistenaussehen“. Ein großer Samowar kochte auf dem Tisch und „sonstiges Zubehör der Zeremonie des Teetrinkens“ sollte eine friedliche Abendunterhaltung vortäuschen, falls ungeladene Gäste zufällig in der Wohnung auftauchen würden.

Knapp einen Monat vor jener abenteuerlichen Wanderung zum Smolny fand diese entscheidende Geheimsitzung statt. Lenins einziges Anliegen war die sofortige Vorbereitung der Machtübernahme, sein Argument: „je später desto geringer die Aussichten auf den Erfolg“. Lenin dachte dabei zweifellos an die nun endlich für Ende November ausgeschriebenen Wahlen zur Nationalversammlung, bei denen seine Partei keinesfalls auf große Erfolge rechnen durfte. Noch ein weiterer Umstand bestimmte den Zeitplan: für den 7. November – also noch vor den Wahlen – war ein „Allrussischer Rätekongreß“ einberufen worden, der den bisher in der Hauptstadt fast allein herrschenden Petrograder Sowjet ergänzen sollte. Auch diesen Kongreß wollte und konnte Lenin nicht gelten lassen, denn auch hier waren seine Gegner weit in der Überzahl. Schließlich wurde genau der Tag, für den dieser Allrussische Rätekongreß einberufen war, als Stichtag für die gewaltsame Machtübernahme in Petrograd festgesetzt.

Lenins Plan stieß bei zwei einflußreichen Mitgliedern des „Zentralkomitees“ seiner eigenen Partei, Kamenew und Sinowjew, auf Widerspruch. Gegen diese zwei Stimmen aber beschloß man im Eßzimmer des Herrn Suchanow beim brodelnden Samowar „die Revolution und Rußland zu retten“, indem man einen Staatsstreich vorbereitete „mit dem Ziel, die ganze Regierungsgewalt in die Hände der Sowjets zu übergeben“. Dies war eine geschickte Formel und sie erwies sich als zugkräftig an dem Punkte, auf den es bei dem Vorhaben allein ankam: bei den Truppen der Petrograder Garnison.

Die Einwände der Kamenew und Sinowjew waren nicht unbegründet; sie sahen eine Katastrophe herankommen, weil sie nur an die Arbeiterschaft und an den geringen tatsächlichen Ein-

fluß dachten, den die Bolschewiki dort ausübten.* Auf diese Karte aber setzte Lenin nur in zweiter Linie. Seine Parole „Schluß mit dem Krieg" mußte, – wie er richtig rechnete – nach dem Mißerfolg der Brussilow-Offensive in Garnison-Regimentern und vor allem bei den Matrosen der vor Petrograd liegenden Kronstadter Flotte ihre Wirkung ausüben.

Wir wissen nicht, ob Lenin bei seinen langjährigen Studien in europäischen Bibliotheken jemals kriegswissenschaftliche Werke durchgearbeitet hat – jedenfalls erwies er sich in den nun folgenden Wochen als ein strategisches und taktisches Genie. Mit einem Minimum von Kräften, die er gewissenhaft an den entscheidenden Punkten ansetzte, wußte er ein Maximum von Erfolg zu erzielen und so den Idealfall einer gelungenen militärischen Operation in die Tat umzusetzen.

Der beschlossene Aufstand begann Form zu gewinnen, als sich Ende Oktober 1917 ein „Revolutionäres Militär- und Marinekomitee" in Petrograd bildete, das (angebliche oder wirkliche) Befehle der Kerenski-Regierung zum Abtransport mehrerer Regimenter an die Front zum Anlaß einer Erklärung nahm, in Zukunft nur noch Befehle des Sowjets, nicht mehr solche der Regierung auszuführen. Es war Trotzki gelungen, auf die Beschlüsse dieses Komitees entscheidenden Einfluß zu gewinnen, und so war alles andere nur noch eine Frage des Vorwärtstreibens und des richtigen Kräfteansatzes. Die Kerenski-Regierung verhielt sich zunächst nicht so kopflos, wie man aus dem Endergebnis schließen möchte; sie war sich des Ernstes der Lage bewußt und erwartete den Schlag der Aufständischen an dem Tag, an dem er tatsächlich erfolgte. Dem Revolutionären Militär- und Marinekomitee folgten keineswegs sämtliche Petrograder Truppen, aber doch genügend, um die von der Regierung befohlenen taktischen Maßnahmen zu durchkreuzen. (So gelang

* Noch bis in die letzten Tage vor dem Losschlagen mußte sich Lenin gegen solche Bedenken durchsetzen. So heißt es in einem Brief, den er am 6. November 1917 an das Zentralkomitee richtete, geradezu beschwörend: „Die Angelegenheit muß heute abend oder heute nacht beschlossen werden ... *Die Machtergreifung ist eine Sache der Rebellion; der politische Zweck wird nach der Ergreifung offenbar werden.* Es wäre katastrophal oder eine leere Formalität, das schwankende Wahlresultat des 7. (nach neuer Zeitrechnung: 25.) November abzuwarten" (zitiert bei Shub a. a. O. Seite 280). Diese Äußerung zeigt treffend, daß ein wichtiger Grund für den eiligen Putsch die Absicht war, dem Zusammentritt der Nationalversammlung zuvorzukommen.

es Kerenski nicht, wie beabsichtigt, die Brücken über die Newa zu unterbrechen und damit die auf der Wyborger Seite liegenden aufständischen Truppenteile zu isolieren.)

Während die Sicherungsmaßnahmen der Regierung nur teilweise durchgeführt wurden, gelang Lenins wohlüberlegter erster Schlag: Er ließ zunächst durch eine Gruppe von Aufständischen das Petrograder Telegrafenamt militärisch besetzen. Bereits Wochen zuvor – noch aus seinem finnischen Geheimaufenthalt – hatte Lenin an seine Parteigänger in Petrograd geschrieben (Shub: Lenin, Deutsche Ausgabe, Wiesbaden 1957, S. 270):

„Wir müssen sofort die Telegrafen- und Telefonstationen besetzen, *unseren* Generalstab des Aufruhrs in die Haupttelefonstation einquartieren und ihn telefonisch mit allen Fabriken, Ämtern und Schauplätzen des Kampfes usw. verbinden."

Für den Erfolg des Putsches war die Besetzung des Telegrafenamtes in der Tat von hervorragender Bedeutung – nach dem damaligen Stand der Technik war das Telegrafenamt der Hauptstadt der wichtigste Sammelpunkt der Regierungstätigkeit. Von hier und nach hier liefen alle Drähte, die das riesige Reich und die kämpfenden Fronten zusammenhielten ...

Dieser gelungene Handstreich auf das Petrograder Telegrafenamt vollzog sich etwa um die gleiche Zeit, in der sich Lenin, wie uns berichtet wurde, verkleidet zum Gebäude des Sowjets schlich, um Haaresbreite von einer Patrouille aufgegriffen worden wäre und „wie ein Taschendieb" dort erschien, wo er tags darauf die Nachfolgeschaft der Zaren antrat.

Nachdem der erste und praktisch wichtigste Schlag gelungen war, galt es den Putsch politisch zum Siege zu führen und vom Allrussischen Sowjetkongreß, der in der Aula jenes Smolny-Institutes tagte, die Anerkennung des Aufstandes zu erhalten. Die Mehrheit des Sowjets setzte sich – wie wir wissen – aus Sozialrevolutionären und Menschewiki zusammen, die beide an der Regierung Kerenski beteiligt waren. Von den Menschewiki war es klar, daß sie Lenins Feinde bleiben würden – zu eingefressen war der alte Emigrantenhaß. Wie es scheint, hat sich Lenin in jenen spannungserfüllten Stunden gar nicht ernstlich um sie bemüht. Anders stand es mit der Partei Kerenskis selbst: Sie war durch das Versagen ihrer eigenen Politik während der Sommermonate in Verwirrung geraten. Sie stand ganz unter dem

Eindruck der moralischen Auflösung der Armee, wie sie sich allein in der Existenz des „militärrevolutionären Komitees" deutlich genug ausdrückte. Immerhin genügten die paar nächtlichen Schießereien und die Einnahme des Telegrafenamtes noch nicht, um die Schwankenden zu Lenin zu bekehren; etwas Sichtbareres mußte geschehen und Lenins Verlangen in jener Nacht ging auf die Besetzung des Winterpalais, in dem Kerenski seinen Sitz aufgeschlagen hatte. Es gab einige unruhige, zweifelerfüllte Stunden an diesem 7. November. „Iljitsch drängte sehr zur Besetzung des Winterpalastes und setzte allen und jedem zu, als keine Nachrichten über den Verlauf des Angriffes eintrafen" (berichtet von A. Bubnow in „Lenin in den ersten Tagen der Sowjetmacht", Seite 22).

Als die so dringend erwartete Erfolgsnachricht schließlich doch noch eintraf, eilte Lenin in die Aula des Hauses; obwohl er gar nicht Mitglied des Allrussischen Rätekongresses war, bildete sein Erscheinen unter diesen Umständen nun ein entscheidendes Ereignis; die „Menschewiki" verließen den Saal, ein Teil, aber eben nur ein Teil der Sozialrevolutionäre schlossen sich ihnen an. Der andere Teil blieb und bildete mit den Bolschewiki die erste Sowjetregierung, den „Rat der Volkskommissare", wie sie sich nannte.*

Der Putscherfolg der Bolschewiki erschien so unglaubhaft, daß ihn in Petrograd zunächst niemand ernst nahm. In den ersten Tagen nach der Machtergreifung Lenins setzten die russischen Ministerien (wie uns die damalige „Volkskommissarin", spätere sowjetische Botschafterin Kollontay amüsant berichtet, „Lenin in den ersten Tagen der Oktoberrevolution" S. 81) „ihre Tätigkeit fort, als ob nichts vorgefallen wäre. Rapporte liefen die ministerielle Dienstleiter auf und ab und die Chefs der De-

* Bemerkenswert ist der Text des Dekretes über die Einsetzung des Rates der Volkskommissare vom 10. November 1917. Es beginnt mit der Feststellung: „Zur Regierung des Landes ist *bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung* eine *zeitweilige* Arbeiter- und Bauernregierung zu bilden, die der Rat der Volkskommissare genannt wird" (Voller Text bei Giterman: Geschichte Rußlands, 3. Band, Hamburg 1949, Seite 637). Unter den ernannten „Volkskommissaren" sucht man natürlich vergebens nach einem Arbeiter oder Bauern. Interessant aber ist, daß durchwegs noch die bürgerlichen Namen mit aufgeführt werden: „*Uljanow* (Lenin) als Vorsitzender, *L. D. Bronstein* (Trotzki) für Auswärtige Angelegenheiten, *Dschugaschwili* (Stalin) für Nationalitäten."

partements unterzeichneten noch immer im Namen der Provisorischen Regierung". Als dann die von Lenin ernannten Volkskommissare erschienen, um die Leitung zu übernehmen, „leerten sich im selben Augenblick sämtliche Räume. Nur das technische Personal und 2 oder 3 Angestellte, die mit den Bolschewiki sympathisierten, blieben auf ihren Posten". Auch die Kollontay „irrte zunächst tagelang durch das verödete Gebäude unseres Ministeriums".

Lenin hatte zunächst wichtigere Sorgen als die Ingangsetzung behördlicher Funktionen: Kerenski hatte seine Sache noch keineswegs aufgegeben. Er war nach Zarskoje Selo geflüchtet und zog Regimenter zusammen, um Petrograd wieder zu besetzen. M. Wrachomejiew, der damalige Vorsitzende des Revolutionären Militär- und Marinekomitees hatte „täglich Iljitsch Bericht zu erstatten", der sich im Amtsgebäude des Oberbefehlshabers des Petrograder Militärbezirks niedergelassen hatte, am Schreibtisch des Generals saß und stets eine Karte von Petrograd und Umgebung vor sich hatte. Als entscheidend erwies sich das artilleristische Eingreifen einiger Flotteneinheiten in die Landkämpfe, und es wird berichtet, daß Lenin selbst beobachtete, wie die dafür vorgesehenen Kronstadter Schiffseinheiten die Newa hinauffuhren.

Es gelang schließlich den Gegenstoß Kerenskis aufzuhalten. Damit war die Anekdote zur Geschichte, der Putsch zum Umsturz geworden.

In den folgenden Wochen herrschten in Petrograd allenthalben turbulente Zustände, und es konnten sogar noch heftige Kritiken gegen die neuen Machthaber in den Zeitungen erscheinen. So schrieb am 21. November 1917 Maxim Gorki – der berühmte linksorientierte Dichter, der während der Emigrationsjahre sogar mit Lenin befreundet war – in seiner Zeitung Nowaja Shisn (zitiert nach Shub a.a.O Seite 308):

> „Man muß sich darüber klar sein, daß Lenin kein allmächtiger Zauberer ist, sondern ein berechnender Betrüger, der weder für das Leben noch die Ehre des Proletariats irgendein Gefühl kennt."

Es ist nicht unsere Sache nachzuprüfen, inwieweit Gorki Recht hat, wenn er Lenin „einen berechnenden Betrüger" nennt

– Schimpfworte sind immer mißlich, wenn sie sich gegen einen Mann richten, der schließlich Weltgeschichte gemacht hat. In einem Punkt aber irrte Gorki gewiß (und deshalb wurde auch die Freundschaft zwischen den beiden wieder hergestellt): Lenin *war* ein „allmächtiger Zauberer“ und so steht der Putsch von Petrograd am Anfang einer neuen Epoche der gesamtrussischen Entwicklung.

Karl Marx: von Trier nach London, von London nach Moskau

Mancher Leser mag in den beiden vorhergegangenen Skizzen Erörterungen über „Marxismus“ und „Leninismus“ erwartet haben. Noch brauchte freilich davon nicht die Rede zu sein, denn in der Szenenfolge der beiden russischen Revolutionen des Jahres 1917 war von den Theorien, mit denen die Sieger vorher und nachher so wortreich argumentierten, keine ernsthafte Spur zu entdecken.

Wenn Lenin „Kriegsbeendigung“ und „Bodenverteilung“ zur ersten Parole seiner Machtübernahme machte, so hatte er zwar die richtigen Schlagworte gewählt, um Kerenski den Wind aus den Segeln zu nehmen, aber mit Marx hatten diese Parolen nichts zu tun; das haben entschiedene Marxisten auch bald erkannt.*

Der weitere Verlauf der russischen Geschichte unseres Jahrhunderts wird seither freilich so sehr von der Gestalt des Karl Marx überschattet, daß wir nicht umhinkönnen, dieser in mancher Hinsicht merkwürdigen Erscheinung unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

*

Schon seine Abstammung wies jenen Karl Marx, der am 5. Mai 1818 in Trier als Sohn eines Advokaten geboren wurde, auf intellektuelle Leistungen hin. Wie uns sein neuester Biograph Leopold Schwarzschild („Der rote Preuße“, Stuttgart 1954, S. 15) aufschlußreich berichtet, waren von den beiden Großvätern des Karl Marx angefangen alle nachweisbaren männlichen Vorfahren sowohl väterlicher- wie mütterlicherseits israelitische Rabbiner gewesen – darunter hochangesehene wie Joseph ben Gerson Cohen, der Ende des 16. Jahrhunderts der Rabbi von Krakau war, und Meir Katzenellenbogen, der 1565

* Die bekannte, im Januar 1919 ermordete Kommunistin Rosa Luxemburg hat schon im Herbst 1918 „die Ausnutzung der Bauern und der nationalen Idee durch Lenin“ kritisiert und sein Regierungssystem eine „Cliquenwirtschaft“ genannt, „eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. die Diktatur im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobiner-Herrschaft“ (zitiert bei Rosenberg a. a. O. Seite 130).

als Rabbiner von Padua starb und den die dortige Universität zu ihren fähigsten Köpfen gezählt hatte.

Erst der Vater von Karl Marx, Herschel Marx, wählte einen weltlichen Beruf und tat den weiteren Schritt, sich taufen zu lassen. Die Mutter zögerte, die Kinder blieben zunächst ungetauft; erst als Siebenjähriger wurde der spätere leidenschaftliche Atheist zusammen mit sechs Geschwistern in die evangelische Kirche aufgenommen, die Mutter folgte ein Jahr später. Schwarzschild hebt – sicher mit Recht – hervor, daß diese demonstrative Taufaktion im streng katholischen Trier ein Bekenntnis des Vaters Herschel nicht nur zur Religion Luthers, sondern auch zum protestantischen Preußentum bedeutete, das erst kurz vorher zur Staatsmacht der Trierer Lande geworden war. Der kritische Biograph geht so weit, den Sohn Karl Marx und seinen weiteren Lebenslauf mit dem Vermerk „roter Preuße“ zu versehen, was immerhin eine recht eigenartige Auslegung des „Preußen“-Begriffes in sich schließt.

Zum Lebensgang des jungen Karl Marx gibt es nicht viele erfreuliche Anmerkungen zu machen. Auf verbummelte Studentenjahre in Berlin und Bonn mit Kaffeehausbeziehungen zu einem Kreis junger Bewunderer des Philosophen Hegel folgte ein journalistisches Debut an der liberalen „Rheinischen Zeitung“ in Köln. Die spätere Denkrichtung wird damals noch nicht erkennbar – im Gegenteil, als vierundzwanzigjähriger Chefredakteur macht sich Marx in der „Rheinischen Zeitung“ mit starken Worten anheischig, den „Kommunismus in seiner ganzen ungewaschenen Nacktheit dem Publikum vorzustellen“, denn dieser sei „die eigentliche Gefahr“. Trotz solcher bombastischer Anerbieten, dem Staatswohl zu dienen, erlitt die Zeitung schließlich Schiffbruch und zwar wegen einer Kritik, die Marx an einem vom preußischen König beabsichtigten Ehescheidungsgesetz geübt hatte. Der junge, noch unverheiratete Hitzkopf warf Seiner Majestät entrüstet die Absicht vor, „das Christentum wieder unmittelbar in den Staat einzuführen, die Gesetze des Staates wieder nach den Gesetzen der biblischen Moral einzurichten“. Da dieses in der Tat das Bestreben der Regierung war, fand man die „Rheinische Zeitung“ blasphemisch und sie erhielt die „Lizenz“ entzogen, wie man sich in der Sprache unseres Jahrhunderts ausdrücken würde.

Diese Maßregel des damaligen preußischen Innenministers hat Folgen gezeitigt, die von der Berliner Behörde weder vorhergesehen noch geahnt werden konnten: der junge Mann, der durch das Verbot der Zeitung aus seiner hoffnungsvoll begonnenen Laufbahn verdrängt war, hielt umsichtig nach Mitteln der Rache Ausschau und entdeckte dabei erneut die in einigen Zirkeln der akademischen Jugend gepflegten „sozialistischen" Ideen: sie erschienen ihm jetzt nicht mehr so „ungewaschen nackt" wie kurz vorher.

Arthur Rosenberg, selbst Marxist und jahrelang kommunistischer Reichstagsabgeordneter, schildert (a.a.O. Seite 12) die damalige innere Wandlung des jungen Marx zum späteren Propheten sehr subtil:

> „Marx ging nicht etwa vom Proletariat aus, von dessen Not und Elend, von der Notwendigkeit, es zu befreien und fand dann als einzigen Weg zur Rettung des Proletariats die Revolution, sondern er ging gerade umgekehrt. Marx *ging von sich selbst aus*, von seinen eigenen geistigen und seelischen Nöten, von der Hölderlin-Stimmung des jungen deutschen Intellektuellen im Vormärz."

An anderer Stelle urteilt Rosenberg – bereits unter Berücksichtigung alles dessen, was Marx dann nach seiner Emigration (die ihn 1844 nach Paris, später nach Brüssel und schließlich nach London führte, wo er neununddreißig Jahre später am 14. März 1883 starb) tat und schrieb – mit bewunderungswürdiger Prägnanz: *„Der Marxismus ist wie ein grundgelehrtes Buch, dessen Schlußkapitel der Aufstand ist."*

So ist es in der Tat; das ganze „grundgelehrte Buch" aber wäre vermutlich nie begonnen und nicht geschrieben worden, hätte das preußische Staatsministerium die kritischen Bemerkungen der „Rheinischen Zeitung" über das königliche Ehescheidungsgesetz milder beurteilt und hätten nicht die Rabbinerahnen im Blut des Karl Marx rumort: „Aug um Aug, Zahn um Zahn".

*

Das Anliegen des Schriftstellers Karl Marx war nicht die Erforschung der Vergangenheit oder die Diagnose der Gegenwart, obwohl er darin einiges Beachtliches leistete, sondern die Zu-

kunft und die Prophezeiung. Aber er steigt nicht auf die Barrikade und er spricht nicht zu den Massen, er schmiedet seine Waffen im Halbdunkel von Bibliotheken und nimmt den Mantel der Wissenschaft für sich in Anspruch. Daß nur wenige seine Schriften überhaupt zu lesen verstehen, beunruhigt ihn nicht, die künftige Welt, die er vorhersagt, soll ruhig „Schriftgelehrte“ benötigen.

Diese Drapierung hat inzwischen verwirrend genug gewirkt; sie veranlaßte einerseits gründliche deutsche Professoren, logisch und statistisch zu „widerlegen“, was Marx selbst (während der jahrelangen Arbeit an seinem Hauptwerk „Das Kapital“) mehrmals schlicht seine „ökonomische Scheiße“ (u. a. im Brief an Engels vom 2. April 1851) genannt hat; andererseits, weil es weniger gründlich denkende Professoren dazu verführt hat, Marx zu folgen und schließlich in einem philosophischen circulus vitiosus anzukommen, in dem jegliche Erscheinungsform der Natur als „Produkt ihrer Umwelt“ auftritt.

Alle diese wissenschaftlichen Bemühungen zielen am wirklichen Marx, wie er gelebt und gestrebt hat, deshalb vorbei, weil es ihm im Kern der Sache gar nicht um Erkenntnis, sondern um Umsturz zu tun war. Seine Rolle war nicht die des Forschers sondern die des Verkünders – und er ordnete sich selbst jenem stets besonders erfolgreichen Prophetentyp zu, der dem Menschen eine Zwangsläufigkeit der Entwicklung vor Augen führt und ihnen weissagt, daß, wer ihnen folge, sich auf den vorgezeichneten Bahnen geschichtlicher Notwendigkeit bewege ...

Aus seinen journalistischen Anfängen besaß Marx den Blick für Aktualität; und das Thema, das er sich stellte, war zu dieser Zeit von brennender Bedeutung. Der „Liberalismus“, ursprünglich eine geistige Bewegung, die sich gegen die Herrschaft von Dogmen wandte, hatte eine extreme Entwicklung seit der Erfindung der Dampfmaschine erlebt. Die Forderung nach „freiem Spiel der Kräfte“ führte – kritiklos auf die neuen wirtschaftlichen Verhältnisse angewandt – in den schnell wachsenden europäischen Industriebezirken bald zu grotesken, menschenunwürdigen Zuständen. Die wie die Pilze emporschießenden Fabriken zogen die Menschen magnetisch aus den Dörfern in die Städte, aber die Entwurzelten sahen sich bald in trostloser Lage. Die

„liberalen“ Fabrikherren konnten – befangen in ihren Theorien – in der ihnen angebotenen Arbeitsleistung nichts anderes erkennen, als eine Art Ware, deren Preis ausschließlich nach den Regeln von Angebot, Nachfrage und Gestehungskosten sich bemesse. Um das Angebot zu vermehren und den Preis dann zu senken, zog man – immer nach dem Rezept des „freien Spieles der Kräfte“ – sogar die zehnjährigen Kinder in die Fabriken und verschwendete keine Überlegung auf den Gedanken, daß dieser Druck notwendigerweise Gegendruck erzeugen mußte. Natürlich galt damals genau so wie heute, daß der „Lohnanspruch“ des schaffenden Menschen nicht so einfach zu berechnen ist, wie der Preis eines Stückes Seife. Er regelte sich damals und regelt sich heute nicht nur vom Einzelnen, sondern auch von der Gemeinschaft her, mit der der Schaffende über seine Tätigkeit hinaus unvermeidlich verbunden ist. Jeder trägt ihr politisches Risiko mit, jeder nimmt an ihren Krisen teil, also ist es angemessen, daß sich im Bereich des Einzelnen – und wenn er niedrigste Arbeit verrichtet – das widerspiegelt, was man gemeinhin als den „nationalen Lebensstandard“ bezeichnet. Es gehört ferner das Element der Sicherheit dazu: wer nur seine Leistungskraft besitzt, wird durch Arbeitslosigkeit enteignet; auch hier besteht ein unvermeidlicher Anspruch des einzelnen an die Gemeinschaft, deren Schicksal er teilt. Solche Gesichtspunkte waren dem Liberalismus völlig fremd, seine Abirrung von der Linie des Gemeinschaftsinteresses war in jedem der damals sich entwickelnden Industriestaaten eklatant und die unvermeidliche staatliche Korrektur setzte vielfach allzu zögernd ein. Immerhin ist alles, was wir seit der englischen „Fabrikgesetzgebung“ der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts bis zu den neuesten europäischen Altersrentenregelungen an sog. „Sozialmaßnahmen“ erlebten und erleben, ein Prozeß, der den extrem liberalistischen Begriff von der Arbeit als „Ware“ auflöst und die „Rechte“ vermehrt, die der Schaffende ohne Rücksicht auf den geldlichen Wert seiner augenblicklichen Tätigkeit ganz einfach dadurch erwirbt, daß er an der Gesamtleistung einer Nationalwirtschaft aktiven Anteil nimmt.*

---

* Vermutlich kommt man den tatsächlichen Verhältnissen nur auf den Grund, wenn man berücksichtigt, daß jede Art Arbeit – und sei sie die geringste – ein Beitrag zur volkswirtschaftlichen Gesamtleistung und diese

Marx, dem es nicht auf Entwicklung, nicht auf Reform, sondern auf „Weltrevolution" ankommt, verzichtet völlig darauf, der liberalistischen „Arbeits"-Formel entgegenzutreten; er macht sie sich im Gegenteil zu eigen, denn sie bietet für ihn einen sehr brauchbaren Ausgangspunkt zu dem Kernsatz seiner Umsturztheorie: Es ist die Lehre vom sogenannten „Mehrwert". Sie besagt, daß der Wert jedes wirtschaftlichen Erzeugnisses durch die manuelle Arbeit bestimmt werde, die in ihm steckt, und daß der Unternehmer nur einen Teil dieses entstehenden Wertes dem Lohnarbeiter weitergebe, den Rest als Profit für sich kassiere, die Profite ansammle, Kapital daraus bilde, dieses Kapital zu neuer Profitproduktion einsetze usw. Insgesamt eine nicht unrichtige Betrachtung für Zustände, wie sie im extrem liberalistischen Bereich tatsächlich vorkommen können – immer vorausgesetzt, es herrsche ungebrochen und uneingeschränkt das Prinzip des Handels mit Arbeit, als sei sie

---

wieder der wesentlichste Teil des Nationalvermögens ist – wichtiger noch als die Produktionsmittel. Deren Ausfall kann, wie sich in Kriegs- und Nachkriegszeit gezeigt hat, notfalls überwunden werden, wenn Initiative und Arbeitskraft entschieden zusammenwirken.

Die Annahme, daß der wichtigste Teil des Nationalvermögens dynamischer Natur sei und sich in der Leistungsfähigkeit aller Tätigen ausdrücke, führt zu einer Reihe von Konsequenzen. Die Bedeutung sowohl der wissenschaftlichen (erfinderischen) wie der organisatorischen (unternehmerischen) Pionierleistung, aber auch der „Vollbeschäftigung" aller Leistungsfähigen wird deutlich. Es wird begreiflich, warum eine Volkswirtschaft so sehr geschwächt wird, wenn die Gesamtarbeitsleistung sich durch Massenarbeitslosigkeit (wie im allzu liberalistischen Deutschland 1930–33) oder durch Ausschaltung der individuellen Initiative (wie in der marxistisch dirigierten Wirtschaft) vermindert.

Besondere Verwirrung hat Marx dadurch gestiftet, daß er (auch hierin in Übereinstimmung mit dem radikalen Liberalismus) keinen Unterschied kennt zwischen unternehmerischer Leistung und kapitalistischer Spekulation und damit volkswirtschaftlich antreibendes und volkswirtschaftlich schädigendes Wirken in einen Topf wirft. Natürlich hat auch der volkswirtschaftliche Nutzen der Privatinitiative seine Grenzen. Es gibt Aufgaben, die ihren Rahmen übersteigen. Hätte man auf die (in diesen Fällen überforderten) privaten Unternehmer gewartet, dann gäbe es heute keine Autobahnen in Deutschland, und keinen Volkswagen, auch nicht die Industriereviere von Salzgitter-Watenstedt und in Oberösterreich u. a. m. Doktrinärer Liberalismus ist ebenso sinnlos wie doktrinärer Marxismus. Die Erhaltung und Vermehrung nicht nur des statischen, sondern auch des dynamischen Nationalvermögens ist der einzige Gesichtspunkt, der sich „grundsätzlich" vertreten läßt.

Ein weiterer Hinweis, der sich in diesem Zusammenhang ergibt: Wenn Marx die Trennung des Handarbeiters von den Produktionsmitteln als einen entscheidend-negativen Faktor der modernen Entwicklung ansieht – eine

eine Ware und ihr Preis bestimme sich allein nach Angebot, Nachfrage und „Herstellungskosten". Marx wünscht sich nicht nur die Fortsetzung, sondern auch die Überspitzung dieses spekulativen Prinzips, denn er sieht daraus entstehen, worauf es ihm ankommt: Die Reichen (also diejenigen Unternehmer, denen es nur auf den Profit ankommt und die ihn, da sie ihn gar nicht verbrauchen können, zu immer größeren Pyramiden wirtschaftlicher Macht aufbauen) „werden immer reicher, die Armen immer ärmer". Gleichzeitig schmilzt nach dieser Ansicht die Gruppe der „Kapitalisten", weil einer den anderen wirtschaftlich umbringt und nur die stärksten übrigbleiben, während die Masse der Ausgebeuteten wächst; so kommt es zum Zusammenstoß der wenigen Mächtigen mit der gewaltigen Überzahl der Entrechteten, die „Expropriateure" werden nun selbst „expropriiert" und die „komunistische Gesellschaftsform" entsteht, in der die Produktionsmittel nicht mehr dem einzelnen sondern der Gemeinschaft gehören, in der es keinen Mehrwert und keinen Profit mehr gibt, die Produktion nach dem Bedarf geregelt wird und – erstaunlichste aller Prophezeiungen – der Staat sich selbst überlebt hat, da die „klassenlose Gesellschaft" ihn nicht mehr braucht. Bis zuletzt aber bleibt die Arbeit eine Ware – so sehr, daß für Marx im Endstadium jeder nach Belieben alles tun kann: Am Vormittag mag er Maurer sein, am Nachmittag Architekt . . .

---

nicht uninteressante, aber auch nicht sehr wichtige Bemerkung –, dann müßte er eigentlich Befürworter eines Prozesses sein, der die unmittelbarbesitzmäßige Verbindung des Handarbeiters mit den von ihm benützten technischen Einrichtungen unter modernen Verhältnissen wiederherstellt. Das ist – jedenfalls für krisengesicherte Großbetriebe, die der unternehmerischen Persönlichkeit eher entraten können, als der Mittel- oder gar der Kleinbetrieb – kein unerfüllbares Anliegen. Es liegt nahe, an Arbeiter-Aktiengesellschaften oder an ähnliche genossenschaftliche Formen zu denken, die vielfach bereits entwickelt sind und sich als lebensfähig erwiesen haben. Für Marx sind solche Zielsetzungen (die allein wirklich „sozialistisch" sind, d. h. Einzelinteressen vom Gesichtspunkt des Gemeinwohls regeln) natürlich ganz unannehmbar. Jede Methode, die nicht zum Umsturz aller Verhältnisse führt, ist für ihn der typische „Revisionismus", den er grundsätzlich ablehnt, auch wenn ganz offenkundig ein richtiger Weg gewiesen wird. Der Gedanke des Besitzanteil-Erwerbs durch Arbeitsleistung wird, daran ist kaum zu zweifeln, im Zuge der weiteren Entwicklung immer mehr in den Vordergrund treten. Die Arbeiterschaft von Großunternehmungen entwickelt natürlich die Tendenz zur *betrieblichen* Gemeinschaftsbildung, und der Kampf um den Besitzanteil und die Sicherung der Betriebsrentabilität wird deshalb zweifellos den bisherigen reinen Lohnkampf ablösen.

Diese Utopie ist freilich nicht das Wichtige für den Propheten, er ist überhaupt sehr wortkarg in diesem Punkt. Entscheidend ist und bleibt ihm nur die Entwicklung, die zum Zusammenstoß führen soll. Nicht die Milderung eines tatsächlich festgestellten Unrechts ist sein Anliegen, sondern das Gesetz einer unausweichlichen Verelendung ist seine Parole. Die strikte Aufrechterhaltung der eigensüchtigen Fabrikantenforderung „Arbeit — Ware" ist dabei geradezu eine Voraussetzung der Marx'schen Prognose. Seine wissenschaftliche Grundlage ist das sog. „Manchestertum". Mit den Tatsachen- und Zahlenbeispielen, die ihm dieses britische Textilzentrum (das als fanatisierte Hochburg des wirtschaftlichen Liberalismus der Mitte des vorigen Jahrhunderts in die Geschichte eingegangen ist) bot, demonstrierte Marx im „Kapital" seine ökonomischen Theorien. Man hat festgestellt, daß er auch dabei oberflächlich verfahren ist und allein schon aus der gründlicheren Auswertung und aus der Fortsetzung seiner Statistiken wissenschaftlich widerlegt werden kann – aber dieses örtliche Zusammentreffen von Liberalismus und Marxismus im betont kapitalistischen England des 19. Jahrhunderts ist von mehr als zufälliger Bedeutung*; die beiden Theorien kennzeichnen zusammen *ein und dieselbe Abweichung von der Normalentwicklung einer Volkswirtschaft*. Beide treffen sich in der Praxis eines organisierten Klassenkampfes, der – ob er von oben oder von unten geführt wird – stets eine fiebrige Erkrankung des Volkskörpers darstellt. Beide übersehen – in der Annahme, daß der Profit, seine Erzielung und seine Verteilung, der menschliche Hauptlebensinhalt sei –, die stärkeren Triebkräfte, die die Menschen in Wirklichkeit bewegen und ihr Schicksal bestimmen.

Während Marx seiner „Mehrwert"-Theorie jahrelangen Fleiß widmet, deutet er die zweite These seiner Prophezeiung nur gelegentlich an. Wenn die Liberalisten die Philosophie predigen, „die Wirtschaft sei das Schicksal", ohne sich dabei in tiefgründige Untersuchungen zu verstricken, so will Marx auch dies als „Gesetz" proklamiert wissen. Von Anbeginn an sei für den Menschen die Suche nach Nahrung, Kleidung usw. das

* „In *England* ist der Umwälzungsprozeß mit Händen greifbar. Auf einem gewissen Höhepunkt muß er auf den Kontinent rückschlagen" (Vorwort zur zweiten Auflage des „Kapital", Hamburg 1872).

entscheidende Motiv aller seiner Handlungen gewesen, die jeweils geltende Produktionsweise bestimme seine Existenz, und seine geistigen Entwicklungen seien nur ein sogenannter Überbau über der ausschließlich „ökonomisch" festgelegten Verhaltensweise.* Auch hier predigt Marx eine zwangsläufige Entwicklung: Die menschliche Gesellschaft habe in der Industrialisierung die Negation des vorhergegangenen Feudalismus erlebt und stehe nun – in der Mitte des 19. Jahrhunderts – vor einer neuen revolutionären Umwälzung, in der das kapitalistische Produktionssystem durch seine Negation, den Kommunismus, abgelöst werde.

Zugespitzt behauptet Marx (und er stimmt auch hier mit seinen angeblichen Widersachern, den Manchesterleuten, die als Puritaner den Wirtschaftserfolg romantisch als Belohnung Gottes empfinden, weitgehend überein): nicht der Mensch gestaltet die Verhältnisse, sondern die Verhältnisse bestimmen den Menschen. Er anerkennt keine anderen entscheidenden Triebkräfte, als jene, die wir als die materiellen empfinden** und die in jeder Brust mit den ideellen in polarem Gegensatz stehen.

---

* In seinem Nachruf erklärte Friedrich Engels am Grabe von Marx: „Wie Darwin das Gesetz der Entwicklung der organischen Natur, so entdeckte Marx das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte: die bisher unter ideologischen Überwucherungen verdeckte einfache Tatsache, daß die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können; daß also die Produktion der unmittelbaren materiellen Lebensmittel und damit die jedesmalige ökonomische Entwicklungsstufe eines Volkes oder eines Zeitabschnittes die Grundlage bildet, aus der sich die Staatseinrichtungen, die Rechtsanschauungen, die Kunst und selbst die religiösen Vorstellungen der betreffenden Menschen entwickelt haben, und aus der sie daher auch erklärt werden müssen." Diese Theorie – man darf sie, ohne polemisch zu werden, getrost als blutleer bezeichnen – hat später Stalin dazu verführt, sich ergänzend philosophisch zu betätigen, wenn auch nur in einem Aufsatz, in dem er den „dialektischen Materialismus" entwirft: wenn alle Verhältnisse auf äußeren Einflüssen beruhen, so folgert er, dann sind sie natürlich auch durchwegs erforsch- und erkennbar; es bedarf also nur intensiver dialektischer Bemühung, um zu jedem „Welträtsel" vorzustoßen. Es ist zu befürchten, daß es trotzdem ein Geheimnis bleibt, warum die Slawen Slawen, die Japaner Japaner, die Australneger Australneger sind und deshalb sich ihre geschichtliche Entwicklung so sehr voneinander unterscheidet, obwohl sie doch alle gleichmäßig „zuerst essen" bevor sie „Politik treiben".

** In seinem Nachwort zur 2. Auflage des „Kapital" schreibt Marx (S. 821f.): „Für Hegel ist der Denkprozeß, den er sogar unter dem Namen Idee in ein selbständiges Subjekt verwandelt, der Demiurg des Wirklichen, das nur seine äußere Erscheinung bildet. Bei mir ist es umgekehrt, *das Ide-*

Marx und alle diejenigen, die das wirtschaftliche Motiv als das allein bewegende Element der Weltgeschichte beurteilen, werden drastisch durch diese selbst widerlegt. Unter zehntausenden von historischen Konflikten, die wir überschauen können, läßt sich kaum ein „Klassenkampf" entdecken, wie er nach dem Rezept des Karl Marx ein Hauptmotiv aller historischen Entwicklung sein müßte. Zweifellos gibt es auch Zusammenballungen wirtschaftlicher Konfliktstoffe, aber in den geschichtlichen Raum treten sie nach aller Erfahrung erst ein, wenn ideelle Motive – die allein Volksmassen zu bewegen vermögen – sich mit ihnen verbinden. Nie hat es eine über die Grenzen eines Volkes hinausgehende Klassenbewegung gegeben, weder eine solche des Proletariats, noch eine solche der „Bourgeoisie". Auch das mittelalterliche Rittertum war nur im Anliegen der Kreuzzugsidee „international"; es ist schwierig, den frommen Drang, die heiligen Stätten in Palästina der Herrschaft des Sultans zu entreißen, „ökonomisch" zu erklären. Nur unter ex-

---

elle nichts anders als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle". Solche Ansichten halten einer gedanklichen Nachprüfung natürlich nicht stand; sogar die rein wirtschaftlich-technische Entwicklung wird nicht nur vom „Materiellen" her bestimmt, das jeweils Entscheidende sind Pionierleistungen, Forschungsdrang, Erfinderleidenschaft usw., wie sie sich meist unabhängig von Nützlichkeitserwägungen oder Gewinnstreben in überdurchschnittlichen Persönlichkeiten ausprägen. Solche Triebkräfte, die wir als Genialität begreifen, ohne sie erklären zu können, nur ein „im Menschenkopf umgesetztes und übersetztes Materielles" zu nennen, ist dürftig und überzeugt nicht.

Man kann auch in diesem Zusammenhang nicht an der sog. „Rassenfrage" vorbeigehen, die keine Frage mehr ist, seit die Naturwissenschaft uns darüber belehrt hat, daß die in den Menschen wirkenden Elementarkräfte, seien sie normal oder genial gesteigert, erbmäßig angelegt sind. Eine weltweite Propaganda bemüht sich, uns zu überzeugen, es sei doch gleichgültig, ob ein Gesicht weiß, gelb oder schwarz sei (das ist in der Tat belanglos) und sie will daraus schließen, daß „alle Menschen gleich" seien. Die christlichen Kirchen sind zurückhaltender, sie sagen, daß alle Menschen „vor Gott" gleich sind, was Unterschiede ihrer weltlich wirkenden Triebkräfte nicht ausschließt. Für den nüchternen Beobachter der tatsächlichen Verhältnisse gibt es keinen Zweifel darüber, daß die angeborene innere Einstellung zum Lebenssinn und damit die Gesamtrichtung der Aktivität etwa beim Durchschnitts-Engländer anders war, ist und bleiben wird als beim Durchschnitts-Chinesen oder Durchschnitts-Neger. Diese Bemerkung begründet zwar keinen britischen Herrschaftsanspruch über die letzteren, aber sie erklärt die Tatsache, daß die Engländer große Teile Afrikas und nicht die Neger Großbritannien zivilisiert haben. Eine rassische „Wertskala" oder gar Rassenhaß abzulehnen, wie jeder Verständige es tut, bedeutet nicht, die Rassen*wirklichkeit* zu übersehen.

tremen Verhältnissen, bei völligem Versagen gemeinschaftlicher Ordnung konnte und kann ein „Klassenbewußtsein" das natürlich begründete Volksbewußtsein überlagern und auch das erfahrungsgemäß nur innerhalb kurzer Fristen. Als völlig illusorisch hat sich Marx' Rede von einem „internationalen Klassenbewußtsein" erwiesen. Als der maximale Raum, innerhalb dessen die Ausbildung von Klasseninteressen und -gegensätzen überhaupt möglich ist und innerhalb dessen sie auch ausgeglichen werden müssen, hat sich der biologische, Sprach- und Schicksals-Körper gezeigt, den wir unter dem Begriff „Nation" verstehen.

Es wäre Unsinn, Marx entgegenzuhalten (wie es liberalistische Universitätsprofessoren gerne tun): „Es gibt überhaupt keine Ausbeutung". Natürlich gibt es in jeder Entwicklungsphase und in jeder Gemeinschaft immer wieder Versuche eigenwilliger Profitjäger, sich nicht durch Leistung, sondern durch spekulative Machenschaften auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. Die Antwort auf solche Experimente bleibt bei regsamen Völkern erfahrungsgemäß nicht aus. Ausbeuterisches Spekulantentum wird als Verstoß gegen das Gemeinschaftsinteresse empfunden, ohne dessen Vorrang weder ein Staat noch ein Volk noch eine Familie leben können; von hier aus setzt die Gegenaktion ein, die wiederum nicht nur von rein ökonomischen, sondern vom ideellen Ausgangspunkt des Ordnungsgedankens seine Kraft erhält.

So schwierig es sein mag, eine allgemein gültige Theorie der Menschheitsgeschichte zu entwickeln, so läßt sich als Erfahrungssatz doch erkennen, daß es ohne tatsächliches Übergewicht der ideell-gemeinschaftlichen über die materiell-eigenwilligen Triebkräfte kein lebensfähiges Staatswesen und auch nichts von dem gibt, was wir als kulturellen Fortschritt empfinden; dessen Motive sind Forschungsdrang, Erfindergeist, Organisationsleidenschaft – alles Pioniereigenschaften, die sich in der Brust bedeutender Einzelpersönlichkeiten entfalten, ganz gleichgültig, welcher Klasse sie angehören und ob sie Profit erhoffen dürfen. Vielleicht wird in der Entwicklung eine Polarität sichtbar: Verlagert sich das Interesse eines Volkes zu sehr auf die materielle Seite, so wird das Leben als richtungslos und unbefriedigend empfunden, die Vorstöße in das große Unbekannte erlahmen

gegenüber reinen Routineleistungen – nähert sich dagegen die allgemeine Empfindung zu entschieden dem idealistischen Extrem, dann gerät die Phantasie in Widerspruch zur Realität, die nüchterne Wirklichkeit stößt das Pendel des geschichtlichen Ablaufes hart zurück.

Nicht die Klassen, wie Marx meinte, sind die konstanten Kräfte in der Geschichte, sondern die Nationen, solange jedenfalls sie biologisch existieren. Die wirkliche Entwicklung der Weltgeschichte wird nicht vom Wechsel der Produktionsweisen bestimmt, sondern vom Bestand oder Niedergang temperamentvoller Völker. Es gibt historisch nur *einen* echten „Fortschritt", das ist das Leistungsstreben nationaler Gemeinschaften, und nur *ein* wirkliches Ende, das ist der Volkstod.

Hier ist der Punkt, an dem die Geister sich grundsätzlich scheiden: Indem Marx leidenschaftlich eine Revolution wünscht, die über die nationalen Bereiche hinausgreift, versucht er gewissermaßen eine „Abschaffung" der Völker; auf ihnen aber und auf den in ihnen wirkenden ideellen Triebkräften baut sich alle bisherige menschliche Geschichte und Entwicklung auf.

Auf den Kern reduziert: Gegen die Ausbeutung des Schaffenden durch den extrem-liberalen Spekulationskapitalismus leistet Marx wenig, im Gegenteil, er wünscht die Zuspitzung des Konflikts; nach der „Revolution" marxistischer Prägung tritt ganz offenkundig an die Stelle des Fabrikherrn eine nicht minder diktatorische, aber weniger unternehmerische Bürokratie; großzügig – wenn auch im Negativen – ist nur Marx' historisches Programm: die Welt zu veröden, indem er die Nationen auseinanderschlägt und ihre Bruchstücke durcheinanderwirft. Das Ziel, die natürlichen Lebenseinheiten auseinander zu trennen und aus ihren Teilen ein künstliches Neues, das „Weltproletariat" zu bilden, steht in solchem Kontrast zu den lebendigen Kräften der Menschheit, daß ein Wirken für dieses Programm nicht nur der List, sondern auch der Gewalt bedarf – das ist der praktische Gedanke, den Lenin später der marxistischen Theorie hinzugefügt hat.

Hätte Marx' eigenes Volk nach solchen Rezepten gehandelt, dann wäre es schon vor der Eroberung Jerusalems durch Titus untergegangen. Daß es im Gegenteil auch nach der gewaltsamen Zerstreuung unter zweitausendjährigen Verfolgungen unter-

schiedlichster Art seinen Typus bewahrte, indem es über alle Entfernungen, Gegensätze und Streitigkeiten hinweg sich doch stets das Bewußtsein der Gemeinschaft bewahrte – diese eindrucksvolle Tatsache zeigt geradezu eine Antithese zur selbstmörderischen Geschichtsvorstellung, die der aus dem Geleise geratene Rabbinerenkel anderen Nationen lehren wollte. (Es gibt sorgfältig begründete jüdische Kritiken an Marx, die sich sogar zu der Erklärung gesteigert haben, Marx sei „Antisemit" gewesen, weil er die Lebensprobleme seines eigenen Volkes völlig außer Acht gelassen hat.)

*

Für die praktische Wirksamkeit von Arbeiterbewegungen, wie sie im 19. Jahrhundert angesichts der Welle des Manchester-Liberalismus entstehen mußten und allenthalben entstanden sind, hatten die Theorien des Karl Marx gewichtige Vor- und Nachteile: Die Ankündigung einer geradezu zwangsläufig kommenden „Expropriation der Expropriateure" war faszinierend und konnte einer politischen Partei propagandistische Kraft verleihen. Andererseits aber führte die Verelendungs- und Katastrophentheorie zu dem bedenklichen Ergebnis, das jede praktische Wirksamkeit für die Arbeiterschaft, etwa der Kampf um Lohnerhöhungen, um Arbeitslosenhilfe und Alterssicherung, kurz alles das, was unter „Sozialpolitik" zu verstehen ist, die Entwicklung zum Klassenkampf abschwächt und den prophezeiten revolutionären Zusammenstoß verschiebt, wenn nicht aufhebt.

Der alternde Marx hat selbst noch gegen die „Reformisten" gepoltert, die er insbesondere in der deutschen Sozialdemokratie entdeckte: jene Leute, die nicht so sehr mit der Theorie der künftigen „Weltrevolution", als mit dem praktischen Alltag des deutschen Arbeiters zu tun haben wollten.

Besonders schlimm stand es in dem Lande, in dem Marx lebte und dessen ökonomischen Verhältnisse er als Musterbeispiel seiner Theorie herangezogen hatte. Sein „Kapital" wurde zu Marx' Lebzeiten zwar in die französische und russische, nicht aber in die englische Sprache übersetzt und die britische Arbeiterschaft formierte sich in Gewerkschaften, die sich vor allem den prakti-

schen Tagesfragen zuwandten und erst Jahrzehnte später in der „Labour-Party“ einen politischen Charakter entwickelten – und auch hier ohne ernsthafte Identifizierung mit dem Marxismus als Theorie. Schon im Jahre 1878 charakterisierte Marx in einem Brief an Engels (11. 2. 1878) die englischen Gewerkschaftsführer als „Bediente der Kapitalisten, als korrupte Jämmerlinge“. Damit war es nicht getan. Überall da, wo die Theorie in die Praxis von Arbeiterbewegungen umgesetzt werden sollte, trat das Problem beherrschend auf – die unmittelbare Vertretung der Arbeiterinteressen widersprach dem Ziel des vorzubereitenden Umsturzes, das die Verschärfung der Gegensätze erforderte und durch Milderungen unvermeidlich in die Ferne gerückt wurde.

Es gehört zu den interessantesten Erscheinungen der modernen Geschichte, daß gerade am Beispiel der politischen Resonanz des Marxismus sich besonders deutlich nationale Unterschiede widerspiegeln. In den Vereinigten Staaten z. B. haben die Prophezeiungen des Karl Marx (obwohl er den Generalrat seiner ersten „Internationale“ kurz vor ihrem Auseinanderfall 1872 nach New York verlegte) keinerlei Weg zu den Massen gefunden; ob es der vor allem auf praktischen Fragen gerichtete amerikanische Volkscharakter ist, der das Echo versagte? Eine Untersuchung, ob, wann und welchen Gebrauch die Linksparteien in Frankreich oder Italien von Marxschen Ideologien gemacht haben, müßte sich auf Einzelfälle beschränken. Sicher ist jedenfalls, daß die Pariser „Kommune“, die als Aufstand der Pariser Bevölkerung – nicht nur der Arbeiterschaft – im März 1871 ausbrach und sich gegen den Friedenschluß Thiers' mit Bismarck gegen die „Capitulards“ richtete, kein klassenkämpferischer Zusammenstoß war; Marx' seinerzeitige eilige Bemühung, sich die geistige Urheberschaft für dieses Ereignis anzudichten, darf man getrost als einen publizistischen Schwindel bezeichnen, wie man ihn sich im damaligen England gefahrlos leisten konnte.*

* Nachdem seine „Internationale Arbeiterassoziation“ nach dem Zusammenbruch der Pariser Kommune eine Sympathieerklärung publiziert hatte, die auf dem Umweg über Zürich und Paris auch in Londoner Zeitungen kurz zitiert worden war (vgl. „Times“, London 14. 6. 1871), erklärte Marx in einem Brief: „Ich habe die Ehre, in diesem Augenblick der bestverleumdete und meistbedrohte Mann in London zu sein. Das tut einem wohl

Ernster und bedeutender war der Widerhall, den Marx in Deutschland fand – bei einem Volk, das gerne nachdenkt und mit Wissenschaft auch dann beeindruckt werden kann, wenn sie fragwürdiger Art ist. Immerhin zeichnete sich auch in der Führung der deutschen Arbeiterbewegung ein Widerspruch zwischen einem „theoretischen“ und einem „praktischen“ Typus ab und spaltete sie sogar zunächst in die Lasalle-Anhänger und in die Gruppe Liebknecht; beide vereinigten sich erst Anfang der 70er Jahre zur Sozialdemokratischen Partei – sehr gegen den Willen von Marx, der mit dem „Gothaer Programm“ keineswegs zufrieden war. Zum ersten Male war das Problem der „Parteilinie“ gestellt – immer wieder und überall taucht es seither in allen marxistischen Parteien auf als wechselnder Ausdruck der unüberwindlichen Widersprüche zwischen den Verkündigungen des Propheten und den Forderungen der Wirklichkeit.

In der deutschen Sozialdemokratie sind die inneren Auseinandersetzungen bis auf den heutigen Tag nicht überwunden zwischen den Anbetern des Karl Marx, den Parolenträgern der „Weltrevolution“ einerseits und den Verfechtern der *Arbeiter* – und damit unvermeidlich der *nationalen* Interessen andererseits. Die einen konnten einen Karl Crispien in ihre Reihen wieder aufnehmen, der 1919 den ebenso aufreizenden wie törichten Satz proklamierte: „Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt“ (Leipziger Parteitag der USP 1919), die anderen fühlten und fühlen ihre Aufgabe, ohne sich von Marx verwirren zu lassen:

„Wir stehen in der härtesten Probe, die einer Partei auferlegt werden kann: als Widerspruch geboren und groß ge-

---

nach der langweiligen zwanzigjährigen Sumpfidylle“ (zitiert bei Mehring: Karl Marx, Leipzig 1918, S. 461). Das Aufsehen, das er erregt haben will, übertreibt Marx sehr stark. Außer der erwähnten kurzen Notiz findet sich in den damaligen Jahrgängen der Londoner „Times“ kein Hinweis auf Marx und seine „Internationale“, abgesehen von zwei Zuschriften, die Marx selbst an den Herausgeber der „Times“ richtete. Erst für später kann das Urteil Arthur Rosenbergs gelten, der schreibt (a.a.O. Seite 25), Marx habe „dem Marxismus eine wirkliche revolutionäre Tradition verschafft“, indem er „die Kommune von 1871 für sich annektierte“. In der Tat benutzt noch heute die bolschewistische Propaganda die Pariser Kommune (die sich „Kommune“ im Sinne von Gemeinde nannte und das ganze Volk von Paris – Arbeiter und Bürgerliche – darunter verstand) als historisches Requisit.

worden, sollen wir jetzt als Regierung *für das Ganze denken und handeln*“ (August Winnig über seine Ratschläge an die SPD-Führung 1918, wiedergegeben in „Heimkehr“, Hamburg 1935, Seite 199).

Und vom sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert wird – aus seiner letzten Lebenszeit – der Satz berichtet: „*Wenn Deutschland keine nationale Arbeiterbewegung bekommt, so wird es zugrundegehen*“ (zitiert bei Heidegger: Die Deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat, Göttingen 1956, Seite 382).

*

Das „Kapital“ des Karl Marx war – wie erwähnt – schon bald nach seinem Erscheinen in deutscher Sprache ins Russische übersetzt worden und in Petersburg als Buch erschienen. Bei den russischen Intellektuellen war die Wirkung der Marxschen Lehren und Prophezeiungen besonders tief – es bestand zwar zwischen den ökonomischen Verhältnissen des riesigen Bauernlandes Rußland und denen Englands, auf die Marx sich stützte, keinerlei Parallele, aber der Gedanke der Weltverbesserung ist dem russischen Charakter besonders zugänglich, und hier verband er sich gar mit einer verschwörerischen Komponente, die dem intelligenten Russen ebenfalls eingewurzelt ist.

Offenbar war die zaristische Zensurkommission recht leichtfertig gewesen, als sie entschied, daß ein Verbot des Marx-Buches unstatthaft sei, weil es sich um „eine streng mathematische wissenschaftliche Beweisführung“ handle. Zweifellos rechnete man damit, daß dieses so schwer verständliche literarische Produkt in Rußland nur wenig Leser finden würde. So war es gewiß, aber die Wirkung bei diesen Wenigen war tiefergreifend als irgendwo anders: Während nur wenig Engländer sich jemals ernsthaft mit Marx beschäftigten, während der lebhafte französische Geist ihn rasch ins Fach der in Frankreich beheimateten schillernden revolutionären Literatur einreihte, die Deutschen sich mit üblicher Gründlichkeit in weitschweifige Erörterungen vertieften, nahmen die russischen Intellektuellen die neue Botschaft in ihrer Weise auf: Sie glaubten an sie schlicht, innig und kritiklos. Der Schlaueste unter ihnen aber benutzte die „politische Ökonomie“ ganz einfach als theoretische

Fundgrube für seinen publizistischen Kampf gegen den Zaren und später als das, was in Rußland als Rückgrat jeglichen stabilen Regierungssystems unerläßlich ist: als Mythos und Religionsersatz. Die Unverständlichkeit und die inneren Widersprüche der Theorie waren dafür gerade recht. Marx, der „Orthodoxe, der Rechtgläubige", das war das richtige Idol für die propagandistische Untermauerung der neuen Herrschaft nach 1917.

Der „orthodoxe Marxismus", erklärte Lenin seinen Mitarbeitern (vergleiche Shub a.a.O. Seite 85), „erfordert *keinerlei Revision*, weder im Denkerischen noch in seiner Theorie der politischen Ökonomie oder in der These der historischen Entwicklung". Und noch kräftiger unterstreicht Lenin den „Heilscharakter" des Marxismus in seiner Schrift „Materialismus und Empiriokritizismus" (Moskau 1909, Seite 257):

> „Die Lehre von Marx ist *die objektive Wahrheit*. Folgen wir dieser Lehre, so werden wir der objektiven Wahrheit immer näher kommen... Man kann von der marxistischen Philosophie, die wie aus einem Guß gemacht ist, keinen einzigen wesentlichen Teil wegstreichen, ohne von der objektiven Wahrheit abzuweichen..."

Nun – Lenin hat nie einen Satz des Karl Marx wörtlich preisgegeben, insoferne war er ein Jünger des Propheten, wie er wünschenswerter nicht zu finden ist. Aber in der Praxis ist er von der „objektiven Wahrheit" nicht nur gründlich abgewichen, er hat sich in den entscheidenden Wochen seiner Machtergreifung nicht einen Deut um Marx gekümmert und nur so kam er zu seinem Erfolg.

Freilich darf Lenin sich auch dabei auf den Karl Marx berufen, denn diesem kam es ja gar nicht so sehr auf seine Theorie, sondern, wie wir längst gesehen haben, ebenso entscheidend wie Lenin auf die Tatsache des Umsturzes an. Rückte dieser in den Bereich der Wahrscheinlichkeit, dann wurde es recht gleichgültig, wie die Vorzeichen lauteten.

Der Linkskommunist Artur Rosenberg beleuchtet die Situation sehr treffend in folgender Schilderung:

> „In seinen letzten Lebensjahren hat Marx die revolutionäre Entwicklung in Rußland, die zur Ermordung Alexanders II. führte, mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt... Damals waren die Narodniki die Träger der Revolution, jene Intellek-

tuellen, die das russische Bauerntum befreien wollten... Sie sagten sich, daß ein russischer Bauernsozialismus, auf der Dorfgemeinde beruhend einmal an die Stelle des Zarismus treten würde... Marx ist in seiner letzten Lebenszeit öfters von russischen Revolutionären um ein Gutachten gebeten worden. Wäre Marx nur ein Theoretiker des Sozialismus gewesen, dann hätte er den Narodniki antworten müssen, daß ihre Ideen mit seinen nichts gemein haben. Aber Marx war nicht nur Wirtschaftstheoretiker sondern in erster Linie Revolutionär. Darum hat er die Bewegung der Narodniki freudig begrüßt" (Rosenberg a.a.O. Seite 175).

Wir erinnern uns: Einer jener „Narodniki" war der hingerichtete ältere Bruder Lenins, Alexander Uljanow ...

Das, was Lenin dem Marxismus hinzufügt, was schließlich als „Leninismus" gilt, hat ebenfalls mit der Theorie des Karl Marx nichts gemein, wohl aber viel mit dem, was ihr Urheber wirklich im Sinne hatte. Nach seiner Theorie mußte man bekanntlich meinen, daß die revolutionäre Situation sich aus den ökonomischen Verhältnissen ergebe, daß zumindest ein industrialisierter Zustand bestehen müsse als Voraussetzung für den Zusammenstoß zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten.

Für Rußland und im Kampf gegen den Zarismus war mit diesem Glaubensartikel auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht viel anzufangen. Rußland war damals ein noch fast rein bäuerliches Land. Die Industrie steckte in den Kinderschuhen, und vom „Proletariat" zu reden ging bestenfalls in einigen wenigen Städten an. Wer den Zarismus stürzen wollte, konnte sich auch als gläubigster Marxist nicht auf die Zeiträume einstellen, die der Prophet in Aussicht stellte, weil er nur die englische Wirtschaft vor Augen gehabt hatte.

Noch eine weitere Komponente, die für die westeuropäische Arbeiterbewegung von Bedeutung und, wenn sie auch nicht ausgesprochen marxistisch, so doch mit Marx' Lehren vereinbar war, ist zu erwähnen: das demokratische Prinzip. Wenn die Reichen immer reicher und zahlenmäßig immer weniger, die Armen immer ärmer und zahlreicher wurden, dann mußte die Forderung nach gleichem Wahlrecht und entscheidendem gesetzgeberischem Einfluß der Parlamente automatisch zum Sozialismus führen. „Der Glaube, die Kapitalisten übten irgend-

eine Macht bei der Wahl durch ihre Zahl aus, ist ein Aberglaube, der um so befremdender ist, als unsere Partei bisher sehr gut wußte, aus welchen Gründen sie für das allgemeine gleiche Wahlrecht als das Machtmittel des Proletariats eintrat" – so schrieb Karl Kautsky, einer der bedeutendsten marxistischen Schriftgelehrten der damaligen Zeit, noch 1919 in einer Schrift „Die Nationalversammlung und Räteversammlung".

Lenin, der sein Rußland genau kannte, hat sich während seiner ganzen politischen Laufbahn in diesem Punkte stets von allen anderen Marxisten abgesondert. Karl Radek hat bestimmt Lenins Gedanken ausgesprochen, wenn er schrieb: „Nur Schufte und Narren können glauben, daß das Proletariat die Mehrheit bei Abstimmungen ... erobern muß und dann erst die Macht erobern kann" (Radek: Entwicklung der deutschen Revolution und die Aufgabe der kommunistischen Partei, Hamburg 1920, S. 71).

So fanatisch Lenin den Marxismus predigte, so wenig hielt er von der „Automatik", die Marx theoretisch lehrte. Nicht nur daß nach Lenins Ansicht die Arbeiter aus Eigenem bestenfalls fähig sind, die Verbesserung von Lebensbedingungen zu verlangen, und man ihnen den Klassenkampf erst beibringen muß* – auch die Partei selbst bedarf straffster Organisierung und die Übertragung militärischer Disziplinbegriffe in den politischen Kampf. Es ist generalstabmäßiges Denken, das Lenin in seinen Theorien zur Parteiorganisation und über die Bedeutung der Elite in der Partei bereits um die Jahrhundertwende zum Ausdruck bringt. In den Folgejahren lag ihm stets mehr daran, über einige wenige, aber bedingungslos gehorchende Gesinnungsgenossen zu verfügen als über eine größere Gruppe von diskutierenden Mitläufern. Und die öffentliche Propaganda trat – so wenig er sie außeracht ließ – im Zweifelsfalle in den Hintergrund gegenüber der „streng konspirativen" Tätigkeit, deren glanzvolle Frucht er dann in den Oktobertagen 1917

* Schon Marx war der Ansicht, daß zur Handhabung seiner Theorie eine intellektuelle Zwischenschicht nötig ist, die die Arbeiterschaft mit Direktiven versorgt. Theoretisch nicht ausreichend gebildete Arbeiterführer bezeichnete Marx generell als „Straubinger", Engels nennt sie häufig die „Kerls" oder gar „die Esel". Lenin meinte später das gleiche, wenn er sich auch höflicher ausdrückte: „Das politische Klassenbewußtsein *kann* dem Arbeiter *nur von außen* beigebracht werden." In diesen knappen Satz ist in Wirklichkeit die ganze Problematik des Marxismus ausgedrückt.

pflücken konnte. Dieser „Leninismus“ war sicher das zweckmäßigste Rezept, um Kerenski wegzuputschen, und er bezeichnet – das muß der nüchterne Beobachter zugeben – zweifellos neben dem der militärischen Eroberung den einzig praktischen Weg, um so wirklichkeitsfremde Formeln, wie der Marxismus sie bietet, überhaupt irgendwo zur Staatsdoktrin zu erheben.

*

Der theoretische Widerspruch zwischen Marx und Lenin hinsichtlich der Demokratie trat schon kurz nach Lenins Machtergreifung im Bereich der praktischen Politik in Erscheinung. Noch am 28. November 1917, drei Wochen nach dem Petrograder Putsch, hatten in ganz Rußland nach dem allgemeinen Wahlrecht Wahlen zur Nationalversammlung stattgefunden. Das Ergebnis war für die Regierung der „Volkskommissare“ kläglich genug. Die Mehrheit der gewählten Abgeordneten waren Anhänger des gestürzten Kerenski, die Partei der Bolschewiki erhielt nur 168 von 703 Sitzen. Nach allen Regeln der Demokratie und nach ihrer eigenen Ankündigung vom Anfang November 1917 mußte die Lenin-Regierung nach dem Zusammentritt des neugewählten Parlamentes sich diesem vorstellen, eine Verfassung beschließen lassen und dann einer neuen Regierung weichen.

Lenin ließ sich auf solche Experimente garnicht erst ein. Er hatte die Wahlen dulden müssen – so wenig gefestigt war damals noch sein Regime – die Nationalversammlung duldete er nicht mehr. Zunächst verschob man den Termin des Zusammentrittes. Zum 10. Dezember 1917 hätte das Parlament einberufen werden sollen, am 18. Januar 1918 nachmittags 4 Uhr durften sich die Abgeordneten endlich im Taurischen Palais in Petrograd versammeln. Der Kommissar Swerdlow erwartete sie. Die Eröffnungssitzung fand unter Bewachung und Bedrohung statt*; trotzdem setzte die Versammlung eine Abstim-

* Shub berichtet (a.a.O. Seite 328f.) ausführlich die merkwürdige Geschichte dieses Parlamentszusammentrittes. Lenin traf dafür seine Vorkehrungen, die insbesondere im Antransport einer Abteilung lettischer Scharfschützen nach Petrograd bestanden. „Wir können uns nicht auf den russischen Bauern verlassen (d. h. auf den russischen Soldaten). Er würde wahrscheinlich zur Gegenseite überlaufen“ – so begründete er diese Maßnahme.

mung durch, die mit Zweidrittel-Mehrheit gegen die Regierung der Volkskomissare gerichtet war. Darauf wurde die Sitzung auf den nächsten Morgen vertagt.

Sie ist bis heute noch nicht wieder eröffnet worden. Als die Abgeordneten das Taurische Palais erneut betreten wollten, fanden sie das Lettische Schützenbataillon, das Lenin zu diesem Zwecke aufgeboten hatte, vor den versperrten Toren . . .

*

Mit der Auseinandertreibung der Nationalversammlung war zwar eine Oppositionsquelle beseitigt, aber die Festigung des Regimes noch nicht erreicht.

Als es 1907 darauf ankam, Geld zu beschaffen, stellte Lenin den Grundsatz auf: „Nur nicht zittern". Jetzt wurde diese Haltung für die Bekämpfung der „Konterrevolutionäre" zum Staatsgrundsatz erhoben.

Herr Sinowjew, der ursprünglich Apfelbaum hieß und zu Lenins Begleitern auf der Reise von Zürich nach Saßnitz gehört hatte, schilderte die Methode, mit der die Leninsche Herrschaft nunmehr durchgesetzt wurde, in einer Versammlung des Sow-

---

Lettische Einheiten wurden auch sonst von Lenin vorzugsweise zu schwierigen Aufgaben herangezogen, so zum Zarenmord (vgl. Seite 15 Anmerkung). Shub begründet das mit der Bemerkung: „Lenin wußte, daß die lettischen Truppen keinerlei gefühlsbedingte Beziehungen zum russischen Volk hatten und die ihnen gegebenen Befehle mit der Treue einer Prätorianergarde ausführen würden." Außer dieser lettischen Abteilung wurden noch Kronstädter Matrosen herangezogen, um den Taurischen Palast, in dem die Nationalversammlung tagen sollte, rechtzeitig zu besetzen. Außerdem wurde dafür gesorgt, daß die Eintrittskarten für die Zuschauertribüne nur an Bolschewiki ausgegeben wurden. „Der Taurische Palast bot einen seltsamen Anblick. Die Hallen und der Versammlungssaal waren gesteckt voll von schwerbewaffneten Matrosen und Soldaten. An jeder Tür verlangten mit Gewehr und Handgranaten bewaffnete Marinesoldaten und Rotgardisten in grobem Ton die Eintrittskarten." Als Lenin in Begleitung seiner Frau eintraf, sagte er mit schiefem Lächeln: „Da wir so töricht waren, zu versprechen, diese Versammlung einzuberufen, müssen wir sie heute eröffnen, aber über den Zeitpunkt ihrer Schließung schweigt die Geschichte noch." Im Hause selbst saßen die bolschewistischen Abgeordneten auf der äußersten Linken. Neben ihnen drängte sich die Masse der sozialrevolutionären Mehrheit, dann kamen die Menschewiken. Die Bänke der Rechten waren leer. Deren Abgeordnete waren bereits in der Mehrzahl verhaftet. Es kam sofort zu Tumulten, an denen sich auch die Tribünen und die im Saal anwesenden Soldaten beteiligten. Als es dem ältesten Abgeordneten während einer kurzen Unterbrechung endlich gelang die Worte zu sagen: „Die Sitzung der Konstituierenden Versamm-

jets des Ersten Stadtbezirks von Petrograd nüchtern sachkundig (18. 9. 1918, zitiert nach Shub a.a.O. Seite 375):

„Um unsere Feinde erfolgreich zu bekämpfen, müssen wir unseren eigenen sozialistischen Militarismus haben. Von den hundert Millionen Einwohnern Rußlands unter den Sowjets müssen wir neunzig für uns gewinnen. Was den Rest anbetrifft, so haben wir ihnen nichts zu sagen; *sie müssen ausgerottet werden.*"

Zweifellos hat Sinowjew, von dem wir noch verschiedentlich hören werden, da dieser Menschheitsbeglücker jahrelang Chef der „Kommunistischen Internationale" war, die Zahl der Opfer des sog. „Kriegskommunismus" mit zehn Millionen nicht übertrieben geschätzt – ob aber die am Leben Gebliebenen damit wirklich „gewonnen" wurden, mag hier unerörtert bleiben.

Nicht nur der Umfang der Mordkampagne des russischen „Kriegskommunismus" stellt alles in den Schatten, was die Weltgeschichte vorher und nachher jemals erlebte, ihre Besonderheit war auch, daß die wahllose Niederschießung aller mutmaßlichen Gegner ganz offiziell von Regierungsseite als wohlerwogene Politik proklamiert wurde:

„Arbeiter und Arme" so hieß es am 4. August 1918 in der offiziellen ‚Prawda', „greift zum Gewehr, lernt schießen ... Erhebt Euch gegen alle, die gegen die Sowjetmacht agitieren. Zehn Kugeln für jeden, der die Hand gegen sie erhebt ...

---

lung ist eröffnet", war „ohrenzerreißendes Pfeifen" die Antwort. „Danach stieg Swerdlow auf die Rednertribüne, schob den alten Mann beiseite und verkündete mit seiner lauten sonoren Stimme, daß er vom Zentralexekutivkomitee des Sowjets beauftragt sei, die Konstituierende Versammlung zu eröffnen." Er forderte, daß alle Staatsgewalt dem Sowjet übertragen werde und kündigte an, daß jeglicher Versuch einer Person oder Körperschaft, sich irgendwelche Funktionen der Regierung anzumaßen, als „konterrevolutionäre Tat" betrachtet und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, einschließlich Waffengewalt, unterdrückt werden würde. Mit erstaunlichem Mut setzte die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten trotz dieser turbulenten und drohenden Eröffnung die Sitzung bis tief in die Nacht hinein fort. Lenin zog sich zurück, die Bolschewisten verließen den Saal, die Tribünen leerten sich, schließlich drohten die lettischen Soldaten und die Matrosen, das Licht auszulöschen. Trotzdem wurden noch die Abstimmungen über eine Anzahl von Dekreten durchgeführt, in denen u. a. Rußland zu einer „föderativen Republik" erklärt wurde, „mit nationaler Autonomie für alle Völker, die zu dieser Föderation gehören". Die Mitternachtsstunde war vorüber, als die allrussische Nationalversammlung sich vertagte – zum ersten und zum letzten Mal.

Die Bourgeoisie ist unser ewiger Feind, der stets von innen heraus wühlt. Die Herrschaft des Kapitals wird erst *mit dem letzten Atemzug des letzten Kapitalisten, Adligen, Priesters und Offiziers* vorüber sein . . ."

„Es ist notwendig, eine besondere Truppe von ausgesuchten, zuverlässigen Männern zu organisieren. Diese müssen einen *unbarmherzigen Massenterror* gegen Kulaken, Geistliche und Weißgardisten durchführen . . ." (Befehl Lenins vom 9. August 1918, zitiert bei Shub a.a.O. Seite 371).

„Von nun an wird die Hymne der Arbeiterklasse die *Hymne des Hasses und der Rache* sein . . . Die Konterrevolution, dieser bösartige und teuflische Hund, muß ein für allemal vernichtet werden!" (Prawda, 31. August 1918.)

Wie es mit der „Konterrevolution" in Wirklichkeit bestellt war, darüber äußerte sich M. Latsis, einer der damaligen Chefs der „Tscheka", in Nummer 1 der Zeitschrift „Krasnij Terror" (1. 10. 1918) mit juristischer Genauigkeit zu seinen Beamten:

„Wir sind dabei, die Bourgeoisie als Klasse auszurotten. Sie brauchen *nicht* nachzuweisen, daß dieser oder jener durch Wort oder Tat gegen die Interessen der Sowjetmacht gehandelt hat. Das erste, was Sie einen Verhafteten zu fragen haben, ist: zu welcher Klasse gehört er, wo stammt er her, was für eine Erziehung hat er gehabt und was ist sein Beruf? *Diese Fragen sollen das Schicksal des Angeklagten entscheiden. Das ist die Quintessenz des roten Terrors.*" *

Auch Lenin meldete sich zu Wort. In einer Ansprache, die er danach vor Tscheka-Kommissaren hielt, drückte er sein Erstaunen aus, daß man von diesen Massenerschießungen soviel Aufhebens mache:

„Wenn ich die Taten der Tscheka betrachte und gleichzeitig die Kritik darüber höre, muß ich sagen, *daß das alles müßiges Geschwätz der Kleinbürger ist* . . . Die Hauptsache ist, daß die Tscheka der Diktatur durch Härte gerecht wird" (zitiert nach Shub a.a.O. Seite 378).

---

* Die prinzipielle Ähnlichkeit dieser Art von Justiz mit den nach 1945 in Deutschland durchgeführten „Entnazifizierungsverfahren" ist auffällig. Wenn hier auch nicht, wie seinerzeit in Rußland, über Tod und Leben entschieden wurde, so wurde doch ebenfalls einfach nach Zugehörigkeit und unter Wegfall einer Beweispflicht seitens der Anklagebehörde über das Schicksal der „Betroffenen" befunden. Vgl. dazu auch Seite 190 Anmerkung.

Das waren einprägsame Worte! Sie seien auch denen ins Gedächtnis gerufen, die in neuerer Zeit Lenins Nachfolger Stalin und Stalin allein als den „Blutsäufer“ hinstellen wollen. Nein – auch hier folgte der Schüler dem Lehrer.

*

Von solchen Dingen stand im „Kapital“ kein Wort. Trotzdem ist es erlaubt aus dem Gesamterscheinungsbild des Karl Marx und seiner Ziele den Schluß zu ziehen, daß er mit seinem Beifall nicht gekargt hätte. Über die Pariser „Kommune“, deren Höhepunkt die Erschießung von 64 „Geiseln“, mit dem Pariser Erzbischof Affre an der Spitze, bildete, hat er frohlockt, während die ganze Welt vor Entrüstung aufschrie. Da mochte nicht die Spur von Klassenkampf wirksam gewesen sein, und es war doch der Stil der Revolution, wie es sie sich erträumte.

Mit der Theorie des Karl Marx hatte die Pariser Kommune und hatte die Leninsche Machtergreifung nichts zu tun – wohl aber mit seiner Leidenschaft. Seine „Wissenschaft“ erfüllte sich nicht, wohl aber sein Haß; freilich geschah es nicht in Deutschland, von wo er ausging und nicht in England, wo er den Knotenpunkt der Verwicklung erwartete, sondern in jenem fernen bäuerlichen Rußland, dem erst die „Prawda“ umständlich aufzählen mußte, wer die „Klassenfeinde“ seien . . .

*

Im Frühjahr 1924 versuchte die Sowjetregierung vom damaligen britischen Ministerpräsidenten Macdonald die Genehmigung zu erhalten, die in einem Londoner Friedhof beigesetzten sterblichen Überreste von Karl Marx nach Moskau zu überführen. Diese Absicht wurde durchkreuzt durch den Einspruch Jean Longuets, eines französischen Enkels von Marx, der sich in einem Brief an den Herausgeber der Londoner „Times“ (2. 6. 1924) entschieden dagegen verwahrte. So können nun die russischen Muschiks, wenn sie staunend in die Hauptstadt kommen, sich nur vor den Särgen Lenins und Stalins bekreuzigen.

Dennoch läßt sich sagen, daß der Karl Marx, der einst von Trier ausgezogen war, um sich an der „Bourgeoisie“ zu rächen, in Moskau, nur in Moskau, zum Ziele gelangt ist.

„Ich pfeife auf Rußland" – die Geschichte eines mißratenen Friedens

Noch saß Lenin über den Landkarten der Umgebung von Petrograd, um Kerenskis Offensive abzuwehren, als schon die Funkstationen der russischen Hauptstadt in alle Welt den Aufruf sandten, den der neue „Rat der Volkskommissare"* beschlossen hatte:

„An Alle! Der Rat der Volkskommissare, dem durch den Willen des Kongresses der Generalräte die Macht in Rußland übertragen ist, sieht sich verpflichtet, allen kriegführenden Ländern und deren Regierungen an allen Fronten Waffenstillstand vorzuschlagen und zu Friedensverhandlungen zu schreiten."

Noch lebte man nicht im Zeitalter des Sprechfunks, die Botschaft mußte im Morseverfahren verbreitet und von den Fachleuten entziffert werden.

Es ist klar, daß Rußland nach Lenins Machtergreifung Waffenstillstand und Frieden mit Deutschland schließen wird – das war die Parole, mit der Lenin die Truppen für sich gewinnen und Kerenski überwinden konnte. Nachdem Deutschland an seiner Westfront seit drei Jahren in schwerem Kampf stand, der Eintritt der Vereinigten Staaten auf Seiten Englands und Frankreichs die Lage zu seinen Ungunsten verschoben hatte, durfte erwartet werden, daß jeder vernünftige Vorschlag der neuen russischen Regierung verständiges Echo bei den Mittelmächten finde.

Mehr noch: Die Möglichkeit einer neuen Weltlage zeichnete sich deutlich ab. Waren nicht die Rolle des Todes der Zarin Elisabeth im Siebenjährigen Krieg, das preußisch-russische Bündnis von Tauroggen historische Fingerzeige, mußte nicht die Erinnerung an Bismarcks Rußlandpolitik in vielen Überlegungen neue Bedeutung gewinnen – nun da in Rußland andere

* „Sowjet der Volkskommissare? Das ist prachtvoll und klingt stark nach Revolution" urteilte Lenin, als ihm am Abend des 8. November 1917 diese Bezeichnung vorgeschlagen wurde (Shub a.a.O. Seite 294).

Männer an die Spitze getreten waren, die sich weder an die panslawistischen Ziele noch an die Entente gebunden fühlten? Was lag näher, als eine entschiedene Umkehr der politischen Verhältnisse des europäischen Ostens durch die Verwandlung des sinnlosen russisch-deutschen Krieges in eine sinnvolle russisch-deutsche Verständigung?

Das im Kampf noch unbesiegte Deutschland brauchte keine Divisionen – diese konnte Lenin natürlich nicht bieten; zur kriegsentscheidenden Wende war nichts weiter erforderlich, als eine schnelle Ordnung der östlichen Verhältnisse, um die deutschen Truppen von dort nach dem bedrohten Westen werfen zu können, und es waren Lebensmittel, um die Wirkung der alliierten Hungerblockade aufzuheben.

Mit solchen starken Argumenten konnte Rußland den Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten entgegensehen; es mußte sie nur gebrauchen. Bald stellte sich heraus, daß Lenin gar nicht die Absicht hatte, russische Interessen-Politik dieser Art zu verfolgen. Schon in den ersten Wochen nach seiner Machtergreifung wurde grell das Kernproblem beleuchtet, das seit damals bis heute über dem deutsch-russischen Verhältnis lastet. Lenin hatte die Macht in Petrograd errungen, ohne die leiseste Anwendung marxistischer Theorien, ganz einfach so, wie Tatmenschen in außergewöhnlichen Situationen sich gelegentlich zu Herren eines Staates aufwerfen. Dann aber, als er die Staatsmacht in Händen hatte, meinte er im Stile des Karl Marx, er könne noch ein größeres Ziel erreichen und sich zum Beherrscher des ganzen Kontinents proklamieren – zu solchem Beginnen paßte kein deutscher Frieden.

G. Solomon, ein alter, etwas skeptischer Freund Lenins, berichtet ein Gespräch aus den Novembertagen 1917 (G. Solomon: Lenin und seine Familie, zitiert bei Shub a.a.O. Seite 311 f.):

„Sagen Sie mir, Wladimir Iljitsch, einem alten Genossen, was geht hier eigentlich vor? Setzen Sie wirklich alles auf die eine Karte, die Einführung des Sozialismus in einem Utopien? Ich verstehe es nicht ...“ „Es gibt kein Utopien“ sagte Lenin, „es handelt sich um den Versuch, einen sozialistischen Staat zu gründen. Von jetzt an wird Rußland der erste Staat sein, in dem ein sozialistisches Regime errichtet worden ist. Ich sehe, Sie zucken die Schultern. Nun hier ist noch eine Über-

raschung. Meine Herren, es handelt sich gar nicht um Rußland. *Ich pfeife auf Rußland ... das ist nur eine Phase, die wir durchmachen müssen auf dem Wege zur Weltrevolution.*“

„Ich pfeife auf Rußland ...“ – dieser erregt hingesprochene Satz ist zwar nicht der Schlüssel zu allem, was Lenin und der Bolschewismus in Rußland getan und gewirkt haben, aber es wird hier doch der zweite Pol deutlich, zu dem seither das russische Verhalten immer wieder hinschwankt. Zum ersten Male wirkte sich diese aus Marx geschöpfte Formel historisch in dem Verfahren aus, daß die Lenin-Trotzki wählten, um den Kriegszustand mit Deutschland zwar formell zu beenden, aber dennoch den Deutschen keine Atempause einzuräumen. Am treffendsten wird die Politik der Sowjets in jenen Wintermonaten 1917–18 mit dem Trotzki zugeschriebenen Wort bezeichnet: „*Wir wollen weder Krieg noch Frieden*“. Hätten sie als russische Staatsmänner gedacht und gehandelt, so wäre ihre Diplomatie durch die Chance der Verhältnisse fast vorgezeichnet gewesen, denn die Zwangslage der Mittelmächte sicherte ihnen geradezu einen günstigen Friedensschluß. Auf das Tatsächliche reduziert, ging es damals einfach um die Frage, ob, wann, inwieweit und unter welchem Bedingungen die von den deutschen und österreichischen Truppen besetzten ehemals zaristischen Landesteile geräumt würden. In einem Weltkrieg wird nüchtern gerechnet: Gewährleistete der Frieden nach Buchstaben und Geist eine Aufrechterhaltung und Erweiterung der östlichen Versorgungsbasis, dann war mit einer Räumung der besetzten Gebiete ohne weiteres zu rechnen; war eine überzeugende Verständigung nicht zu erzielen, dann mußte die deutsche Heeresleitung aus Gründen der Selbsterhaltung einen möglichst großen Bereich fest in der Hand behalten.

Für Lenin hatte das Friedensproblem ein ganz anderes Gesicht. Frei nach Marx interessierte er sich nur für die „kommende deutsche Revolution“ und so wünschte er natürlich keinesfalls eine irgendwie geartete Stärkung der Mittelmächte in ihrem Kampf mit dem Westen. Die Taktik, die er sich für die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen mit Deutschland zurechtgelegt hatte, beschrieb Lenin später – am 26. November 1920 – mit aller wünschenswerten Deutlichkeit und nicht ohne Behagen (Lenin: Ausgewählte Werke, Band VII, Seite 282/83):

„Es mochte so aussehen, als ob das Ergebnis eine Art Block zwischen der ersten sozialistischen Republik mit dem deutschen Imperialismus gegen einen anderen Imperialismus gewesen sei. Aber wir haben keinerlei Block gebildet ... Wir haben uns nur die Feindseligkeiten zwischen zwei Imperialismen derart zunutze gemacht, daß sie schließlich beide verloren. Deutschland hat aus dem Frieden von Brest-Litowsk nur ein paar Millionen Pfund Getreide gewonnen, dafür aber die Zersetzungskeime des Bolschewismus eingeschleppt."

*

War man so naiv oder glaubte man wirklich so inbrünstig an Marx? Jedenfalls wandte sich die neue Sowjetregierung schon am 13. November 1917 erneut an die Welt, diesmal aber nicht an die Regierungen, sondern ganz einfach direkt „an die Völker der kriegführenden Länder"!

„Die siegreiche Arbeiter- und Bauernrevolution in Rußland hat die Friedensfrage an die Spitze ihres Programms gestellt. Der Friede, den wir beantragt haben, soll ein Völkerfriede sein ... Die Antwort auf diese Frage muß sofort gegeben werden, eine Antwort nicht mit Worten sondern mit Taten. Am 1. Dezember werden die Friedensverhandlungen beginnen. Wir erwarten Eure Vertreter! Handelt! Verliert keine Zeit! Nieder mit dem Winterfeldzug! Fort mit dem Krieg! Es lebe der Friede und die Völkerverbrüderung!"

Auch dieser feurige Aufruf läuft über den Morsefunk und erreicht natürlich zunächst nur die Regierungskanzleien. In der Presse der Alliierten wird überhaupt keine Notiz davon genommen. Am 21. November berichten die Londoner „Times" erstmals von „Friedensgerüchten", die in Stockholmer diplomatischen Kreisen kursierten. Inzwischen ist aber Radek in Petrograd eingetroffen, ist zum Pressechef des Außenkommissariats ernannt worden und sorgt als erfahrener Propagandist dafür, daß der Aufruf wenigstens in Rußland gedruckt und als Flugblatt hinter den deutschen Linien abgeworfen wird.

In Berlin und Wien ist man natürlich bereit, Verhandlungen über einen sofortigen Waffenstillstand aufzunehmen. Der deutsche Reichskanzler Graf Hertling erklärt am 29. November 1917 vor dem Reichstag „daß in den bisher bekannten Vorschlägen

diskutable Grundlagen erblickt werden können. Ich bin bereit, in Verhandlungen einzutreten und hierzu bevollmächtigte Vertreter zu entsenden."

Bevor die Waffenstillstands-Delegationen zusammentreffen konnten, hatte es auf russischer Seite noch einen Zwischenfall gegeben: Der russische Oberkommandierende General Duchonin, der in Mohilew sein Hauptquartier hatte, weigerte sich kategorisch, Parlamentäre zu den deutschen Linien zu entsenden. Die Situation wurde dadurch geregelt, daß Lenin einen seiner Getreuen, den bisherigen Feldwebel Krylenko zum Oberbefehlshaber ernannte und nach Mohilew entsandte. General Duchonin wurde kurzerhand erschlagen. Der Weg zu den Verhandlungen war damit freigemacht, wenn auch in einer nicht sehr vertrauenerweckenden Art und Weise – da zu den Auseinandersetzungen zwischen Petrograd und Mohilew mehrfach der Funkweg benützt wurde, war das deutsche Hauptquartier genau unterrichtet.

Am 3. Dezember 1917 bleibt es schließlich soweit, daß eine russische Delegation von insgesamt 28 Mitgliedern in Brest Litowsk eintrifft. An ihrer Spitze stehen Adolf Abraham Joffé (dem wir ein Jahr später als Sowjetbotschafter in Berlin wieder begegnen), Leo Boris Kamenew und Grigori Jakob Sokolnikoff-Brillant.* Unter den zahlreichen weiteren Delegationsmitgliedern befinden sich nur wenige Offiziere, dafür eine Anzahl völlig unbekannter Gestalten, die in den Listen als „Bauer", „Matrose", „Soldat" u. ä. figurierten. Auch eine Frau Bizenko ist mit von der Partie; offenbar hält Lenin es für einen geschickten Schachzug, zunächst einmal eine verblüffende Wirkung auf den deutschen Oberbefehlshaber an der Ostfront, den bayerischen Prinzen Leopold und seine Offiziere auszuüben.

Von der ersten Stunde der Verhandlungen an wird klar, daß es den Russen nur auf Taktik, und zwar nicht auf politische, sondern auf propagandistische Taktik ankommt. Interesse zeigen die Joffé-Kamenew hauptsächlich für das Protokoll, das schriftlich angefertigt wird und späterer Veröffentlichung vorbehalten bleibt. Fast der ganze erste Tag vergeht damit, die

---

* Diese und weitere Angaben über die Brest-Litowsk-Verhandlungen – soweit nicht anders vermerkt – nach Theodor Kröger: Brest Litowsk, Berlin 1937.

Kamenewschen Reden über die Weltlage in diese Schriftstücke aufzunehmen. Der deutsche Verhandlungsführer General Hoffmann wird unvermeidlich ungeduldig, die Erörterung politischer Fragen ist nicht die Aufgabe von Waffenstillstandsverhandlungen, kategorisch fordert er, die diesbezüglichen russischen Vorschläge zu erfahren. Als diese dann endlich am nächsten Tage vorgetragen werden, glaubt man auf deutscher Seite den Ohren nicht zu trauen: auf sechs Monate sei der Waffenstillstand abzuschließen und in dieser Zeit seien die deutschen Truppen in voller Stärke an allen Frontabschnitten zu belassen, nachdem sie vorher die Inseln Ösel und Dagö geräumt hätten.

Da es für die deutsche Armee selbstverständlich der Hauptzweck eines Waffenstillstandes im Osten ist, Kräfte für die Westfront frei zu bekommen, stellen diese Vorschläge eine unverhüllte Provokation dar. Der deutsche General faßt sich, er bemerkt kurz: „Derartige russische Vorschläge hätten nur dann ihre Berechtigung, wenn Deutschland und seine Verbündeten militärisch vernichtet wären.“ Dann geht er zur Diskussion über, und der Bluff der Russen verflüchtigt sich. Mit ihrer Herausforderung ist es ihnen nur gelungen (und offenbar auch darum zu tun gewesen), die deutschen Verhandlungspartner zu verärgern. Diese werden nun sehr nüchtern und diktieren: Der Waffenstillstand wird auf 28 Tage befristet und verlängert sich jeweils um 7 Tage, wenn er nicht mit dieser Frist gekündigt wird. Das russische Verlangen auf Räumung der Ostsee-Inseln wird als „völlig indiskutabel“ verworfen.

Die sowjetische Delegation reist zurück nach Petrograd zum Smolny. Lenin hat keine Einwände – er hat den Waffenstillstand, den er dringend braucht, um sein Regime zu festigen, und gleichzeitig wird erreicht, daß die deutschen Armeen im Osten gebunden bleiben – auch wenn dies nicht im Text der Bedingungen steht. Nach den Eindrücken, die das deutsche Oberkommando gewonnen hat, kann es sich nicht erlauben, die Ostfront zu entblößen.

Dieser Erfolg ist zwar unsinnig vom Standpunkt russischer Interessen aus, aber durchaus logisch für einen Mann, der damit rechnet, nach der Vernichtung Deutschlands durch das Brandenburger Tor einzuziehen.

*

Am 15. Dezember 1917 wurde der Waffenstillstand unterzeichnet, am Tage darauf trat er mittags um 12 Uhr an der ganzen russisch-deutschen Front in Kraft.

Anschließend trat sofort die wichtige Frage in den Vordergrund, wie der endgültige Friede aussehen solle. Die 28 Tage, die die verbitterten Deutschen eingeräumt haben, sind eine kurze Zeitspanne. Jetzt geht es wirklich um politische Fragen und so gibt es für die Russen immer noch die Chance, ihre Taktik zu wechseln und einen „guten" Frieden zu erhandeln.

Schon wenige Tage nach dem Beginn des Waffenstillstandes treffen die bevollmächtigten Minister des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei in Brest Litowsk ein, um zusammen mit der russischen Delegation den Friedensvertrag vorzubereiten. Wir befinden uns diesbezüglich noch in der Atmosphäre des 19. Jahrhunderts. Versailles und Jalta stehen erst bevor: In Brest Litowsk soll – das ist die Absicht – nicht diktiert, sondern verhandelt werden. In diesem Fall ist es allerdings erstaunlicherweise der Besiegte, der keinerlei Wert auf Verhandlungen legt, sie durchkreuzt und zum Scheitern bringt.

Die Geschichte der wochenlangen Friedensverhandlungen von Brest Litowsk ist umfangreich und umständlich. Es würde ein eigenes Buch füllen, sie in allen Einzelheiten nachzuzeichnen. In größerem Maßstab wiederholt sich das Schauspiel der Waffenstillstands-Verhandlungen. Die sowjetische Taktik geht diesmal auf „Verzögerung um jeden Preis". Da werden öffentliche Sitzungen und Presseprotokolle gewünscht, da wird eine zehntägige Unterbrechung gefordert, eine Ersatzkonferenz in Stockholm vorgeschlagen, da wird in erstmaliger Entfaltung einer später oft wiederholten Konferenztaktik das Unwesentliche zum Gegenstand stundenlanger Debatten erhoben, das Wesentliche bewußt umgangen – und so auch unter den hier versammelten Diplomaten bald die gleiche, von Lenin so dringend gewünschte Atmosphäre unerträglicher Spannung erzeugt, die zur Explosion drängt. Anfang Januar 1918 erscheint Trotzki selbst als russischer Delegierter, seine erste Leistung ist die Erklärung: „Ich bestehe auf völliger Isolierung meiner Delegation von den Mitgliedern des Vierbundes. Das Mittagessen wird in den uns zur Verfügung gestellten Räumen stattfinden. Ich wünsche auch nicht dem Prinzen von Bayern vorgestellt zu werden."

Trotzkis schroffes Auftreten war wohl erwogen und hatte seine Hintergründe. Bald erfuhren die Deutschen sie auch: Am 28. Januar 1919 brach in Berlin ein Streik der Munitionsarbeiter aus, der offenkundig gut organisiert war und in Petrograd bereits erwartet wurde. Jedenfalls sammeln sich auf den Tischen der deutschen Funkempfangsdienste zur gleichen Zeit Petrograder Radiotelegramme, in denen das deutsche Heer zu Gehorsamsverweigerung und zum Aufstand aufgerufen wird.*

Auf der Seite der Deutschen und ihrer Verbündeten herrschten in Brest Litowsk unterschiedliche Auffassungen über die Bedingungen, die den Russen zu stellen seien. Da waren zunächst türkische Wünsche, die sich auf russische Kaukasusgebiete richteten. Sie wurden – wie es scheint – bereits in den Vorverhandlungen beiseite gestellt und den Russen gar nicht vorgetragen. Dann war als beherrschendes Motiv der dringende Wunsch der Wiener Regierung nach möglichst sofortigen Lebensmittellieferungen aus der Ukraine zu berücksichtigen. Dort aber herrschte noch Bürgerkrieg. Eine selbständige ukrainische Regierung war ausgerufen worden, und die Kämpfe zwischen ihr und den Bolschewisten dauerten an. Die Hauptstadt Kiew wechselte während der Brest-Litowsker Verhandlungswochen mehrfach den Besitzer. Und da war das Problem des Baltikums, das von deutscher Seite zwar nicht als Annexions-, aber doch als Interessengebiet in Anspruch genommen wurde; die Frontlinie verlief nach wie vor in der Gegend von Riga und Dünaburg.

Sowohl im deutschen wie im österreichischen Lager standen sich offenkundig zwei Ansichten gegenüber: die der Diplomaten (bevollmächtigt waren der deutsche Staatssekretär Kühlmann und der österreichische Außenminister Graf Czernin), die zu großem Entgegenkommen bereit waren und andererseits die der Militärs, die die besetzten Gebiete während des Krieges keinesfalls aufgeben und bis Kriegsende die Ukraine unter militärische Kontrolle nehmen wollten, um sie wirtschaftlich nützen zu können.

---

* „Die kommunistischen Führer in Petrograd und Brest-Litowsk ergaben sich sanguinischen Hoffnungen über die Chancen einer internationalen Revolution. Und ihre Hoffnungen schienen sich zu verwirklichen, als im Januar 1918 ein gewaltiger Massenstreik erst Ungarn, dann Österreich und schließlich Deutschland ergriff" (Borkenau a.a.O. Seite 27). Zum Munitionsarbeiterstreik vgl. auch Seite 78 Anmerkung.

Es ergab sich bald, daß die Russen nicht die geringsten Anstrengungen machten, um – wie es nahegelegen hätte – mit der Gruppe der deutschen und österreichischen Politiker in Brest-Litowsk in Kontakt zu kommen; die russische Spekulation auf die „bald ausbrechende deutsche Revolution" wurde so offen und herausfordernd zur Schau gestellt, daß schließlich auf der deutschen Seite nichts anderes übrig blieb, als auf die politischen Lösungen zu verzichten und den Generalen das Wort zu übergeben. Diese machten es dann wie bei den Waffenstillstandsverhandlungen: sie diktierten klar und nüchtern, wie man es einem Verhandlungspartner gegenüber tut, der ein Übereinkommen nicht zu erzielen wünscht.

Trotzki war tief befriedigt; er weigerte sich den Friedensvertrag zu unterschreiben, erklärte aber gleichzeitig für Rußland den Krieg als beendet. Dergestalt hatte er sein Programm erfüllt: „Weder Krieg noch Frieden".

Auf der deutsch-österreichischen Seite konnte diese Formel freilich in der gegebenen Lage nicht anerkannt werden; hier bedeutete die verweigerte Unterschrift, daß die im begonnenen Kriegsjahr 1918 so dringend nötigen Rohstoffe und Lebensmittel von den Armeen selbst geholt werden mußten. Am 18. Februar 1918 begannen die deutschen und österreichischen Truppen auf der ganzen Ostfront erneut ihren Vormarsch, die Ukraine wurde besetzt, das Baltikum bis Narwa von den Bolschewisten gesäubert, und es tauchte die Frage auf, ob die deutschen Truppen auch Petrograd nehmen würden.

Erst jetzt, da sein Regime bedroht wurde, entschloß sich Lenin – der deutsche Munitionsarbeiterstreik war längst zusammengebrochen – zu einer verspäteten Kehrtwendung: Am 1. März 1918 unterzeichneten die sowjetischen Unterhändler einen Vertrag, der ganz anders hätte aussehen können, wenn sie zwei Monate früher ernstlich daran gedacht hätten, mit Deutschland wirklich Frieden zu schließen.

*

In den vierzehn Tagen zwischen dem Beginn des deutschen Vormarsches und dem Friedensschluß vollzogen sich zwei nicht unwichtige Ereignisse. Um dem drohenden deutschen Vorstoß

nach Petrograd auszuweichen, verlegte Lenin seinen Regierungssitz aus dem Smolny nach dem Kreml in Moskau. Und am 25. Februar 1918 – zwei Tage nachdem die endgültigen deutschen Friedensbedingungen* eingegangen waren – ordnete er die Aufstellung einer „Roten Armee“ an, für die er die Losung ausgab, sie sei die „einzige und letzte Garantie des Sieges der europäischen Revolution“ (Fischer a.a.O. Seite 46). Oberbefehlshaber wurde der bisherige Außenkommissar Trotzki.

Lenin erläuterte seinen gegen manche Widerstände** durchgesetzten Entschluß, die deutschen Bedingungen nun doch zu unterzeichnen, mit den Worten, aus denen sowohl Enttäuschung wie Hoffnung spricht: „Die deutsche Revolution ist noch nicht herangereift. Das erfordert Monate.“

Offenbar hatte er kurz vorher nur noch mit Tagen und Wochen gerechnet . . .

*

Während der entscheidenden Tage hatte Lenin in einer Diskussion mit Sinowjew (bei einer Tagung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Rußlands am 21. Februar 1918) programmatisch erklärt – ein Wort, das „ich pfeife auf Rußland“ etwas vornehmer formuliert: „*Die deutsche Revolution ist unendlich wichtiger als die russische.*“

---

* Rußland mußte nun auch auf die nördlichen baltischen Provinzen verzichten, mit der selbständigen Ukraine Frieden schließen, alles ukrainische und finnländische Gebiet räumen, der Türkei die von ihr besetzten transkaukasischen Gebiete überlassen und außerdem „jegliche Agitation und Propaganda gegen die Regierung oder Staats- und Heereseinrichtungen“ auch in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten unterlassen. Auf Ersatz von Kriegskosten wurde ausdrücklich gegenseitig verzichtet, die unverzügliche Entlassung aller Kriegsgefangenen beiderseits festgelegt. Die später propagandistisch vertretene Behauptung, der Brest-Litowsker Friede sei eine Art Vorläufer des Versailler Diktates gewesen, entbehrt jeder Grundlage. Obwohl die Bedingungen härter waren, als sie sich bei normaler russischer Verhandlungsweise ergeben hätten, berührte keine der auferlegten Gebietsabtretungen russisches Kernland und es wurden keinerlei Forderungen gestellt, die den Wiederaufbau Rußlands als Großmacht beeinträchtigten.

** Aus Protest traten damals die „linken Sozialrevolutionäre“ aus der Regierung aus, die seither nur noch von der Kommunistischen Partei gebildet wird. Die „Sozialrevolutionäre“ wurden bald darauf verboten und unterdrückt, nachdem sie im Juli 1918 einen Aufstandsversuch unternommen hatten.

Einige Tage später, am 7. März 1918, hat er sich noch dramatischer ausgedrückt: „*Das ist eine Lehre, denn es ist eine absolute Wahrheit, daß wir ohne eine deutsche Revolution untergehen werden*“ (Lenin-Werke, Band 10, Seite 138).

Wie immer diese Sätze gemeint waren: Was in Deutschland vorbereitet wurde, sollte das Fiasko von Brest-Litowsk rechtfertigen.

Berlin November 1918: hie Liebknecht, hie Scheidemann

Zunächst schien Lenins Rechnung aufzugehen: als er durch seine Taktik von Brest Litowsk erreicht hatte, daß der militärische Zusammenbruch Rußlands nicht mit einem echten Frieden endete, war das Kriegsschicksal Deutschlands entschieden. Die Ereignisse des Frühjahrs und Sommers 1918 nahmen ihren Lauf. Die amerikanischen Divisionen erschienen in Frankreich, die Northcliffe-Propaganda tat ihr Werk in Österreich-Ungarn. Eigentlich brauchte Moskau nur zuzusehen, bis die Bedingungen des Friedensvertrages durch den Zusammenbruch Deutschlands annulliert würden. Lenins Ziele aber waren bekanntlich höher gestellt; deshalb beschloß man in Moskau, nicht nur zu warten, sondern selbst einzugreifen.

Der deutsche Diplomat Wipert von Blücher – damals junger Beamter im Berliner Auswärtigen Amt – schildert in seinem Buch „Deutschlands Weg nach Rapallo“ (Wiesbaden 1951, Seite 34ff.) folgende Szene aus den Berliner Herbsttagen 1918:

„Die russischen Umtriebe in Deutschland bildeten das Thema einer Ressortbesprechung der zuständigen Ministerien. In dieser verlangte der Vertreter des Generalstabs die Ausweisung der russischen Botschaft, aber er konnte kein stichhaltiges Belastungsmaterial vorbringen. Daraufhin erklärte Geheimrat Nadolny, der für das Auswärtige Amt der Sitzung beiwohnte, daß eine an den deutschen Generalkonsul in Leningrad adressierte Kiste neulich auf dem dortigen Bahnhof hingefallen und zerbrochen sei. Herr Nadolny schloß seine Ausführungen mit den Worten: ‚Hier geht natürlich nie eine sowjetische Kiste entzwei!‘

Diese Bemerkung blieb nicht ohne Wirkung. Als der nächste russische Kurier auf dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin ankam, ließen die Gepäckträger die größte und schwerste Kiste auf einer der Steintreppen des Bahnhofs fallen. Die Kiste brach programmgemäß auseinander, und eine Flut von blutrünstigen Aufrufen an die Arbeiter und Soldaten ergoß sich über die Treppenstufen. Jetzt hatten wir zum ersten Mal unwiderlegliches Beweismaterial gegen Herrn Joffé in der

Hand. Eine Anzahl von Exemplaren – eines mit der Überschrift ‚Schlagt die Junker tot' – wurde ins Auswärtige Amt gebracht und hier zur Grundlage einer Besprechung gemacht. Der Vertrauensmißbrauch mit den Privilegien des diplomatischen Kurierrechts war so flagrant, insbesondere da Herr Joffé vorher gewarnt war, daß beschlossen wurde, dem Reichskabinett vorzuschlagen, Herrn Joffé als persona ingrata mit seinem Personal nach Rußland abzuschieben. Das Reichskabinett erklärte sich damit einverstanden.

Darauf wurde Herr Joffé – es war am 5. November 1918 – zum Staatssekretär ins Auswärtige Amt gebeten. Dieser eröffnete ihm, was sich ereignet hatte, und ersuchte ihn, mit seinem Personal seine Abreise nach Rußland vorzubereiten. Herr Joffé trat bei dieser Gelegenheit sehr selbstbewußt auf. Er erklärte stolz: ‚100 000 Berliner werden mich zur Bahn begleiten'."

Das geschah, wie gesagt, am 5. November 1918. Vier Tage vor dem Novemberumsturz waren die kaiserlichen Behörden in Berlin noch im Besitze ausreichender Machtmittel, um das Konzept des Herrn Joffé zu durchkreuzen. Die russische Botschaft wurde polizeilich abgesperrt, ihre Telefonverbindung unterbrochen, und im Morgengrauen des 6. November sahen sich die sowjetischen Herren mit schnellfahrenden Autos durch menschenleere Straßen zu ihrem Sonderzug gebracht, der sofort mit Volldampf Richtung Osten abfuhr. In Borissowo – einer Station an der damaligen sowjetisch-deutschen Demarkationslinie – erreichten die telegrafischen Nachrichten von der Ausrufung der Republik in Berlin den Sonderzug. Blücher weiß auch von dieser Szene zu berichten:

„Herr Joffé verlangte darauf triumphierend, sofort mit seinem ganzen Personal nach Berlin zurückbefördert zu werden. Aber Legationssekretär Graf Saurma hielt sich an seine Instruktion und veranlaßte die Weiterreise. Dies hat Herrn Joffé sehr erbost, und er hat später entrüstet erklärt, es sei bezeichnend für eine deutsche Revolution, daß nach deren Ausbruch ein junger Graf dem russischen Botschafter die Reise nach Berlin verwehren könne."

*

Die Erinnerung an diese Szenen sei dem Kapitel vorangestellt, das erneut eine Frage untersucht, die in den Jahren der

Weimarer Republik die deutsche Öffentlichkeit leidenschaftlich beschäftigt hat: War die deutsche Niederlage 1918 „organisiert“, ist der damalige militärische Zusammenbruch auf einen „Dolchstoß“ zurückzuführen gewesen und welche Kräfte waren es, die hinter den Kulissen agierten?

Es gab über diese Fragen in den 20er Jahren aufsehenerregende politische Prozesse, sie förderten viele Einzelheiten zutage und haben doch das Schicksal aller politischen Justizschauspiele geteilt: die wahren Zusammenhänge wurden eher verschleiert, als enthüllt. Hauptanliegen der damaligen Rechtsparteien war es, die „Mehrheitssozialdemokratie“ – so genannt nach der 1917 erfolgten Abspaltung der „Unabhängigen Sozialdemokraten“ – mit dem Makel des Dolchstoßes zu behaften, die leidenschaftliche Gegenthese der Sozialdemokraten wurde in einem dieser Prozesse offiziell formuliert (vgl. Ewald Beckmann: Der Dolchstoßprozeß München 1925, Seite 13):

> „Die sozialdemokratischen Führer hatten bis zum Schluß des Krieges konsequent die Stellung zur Landesverteidigung vom 4. August 1914 festgehalten. Sie haben konsequent alles getan, um die Opposition der Liebknecht-Gruppe und der oppositionellen Gewerkschaftler zu bekämpfen. Die sozialdemokratischen Führer haben die Revolution weder planmäßig vorbereitet, noch ausgeführt, sondern erst im letzten Augenblick die unaufhaltsame Bewegung in die Hand genommen, um das Chaos zu verhüten.“

Hier ist nicht der Platz, jede Einzelheit dieser These zu den Novembervorgängen 1918 auf ihre exakte Richtigkeit zu untersuchen. Wir können nicht nachprüfen, ob die Mehrheitssozialdemokraten in den letzten beiden Kriegsjahren wirklich „konsequent alles getan“ haben, um das zu bekämpfen, was als die Opposition der „Liebknechtgruppe“ und als „unaufhaltsame Bewegung“ bezeichnet wird. Sicher ist aber, daß nach einigen unklaren Zwischenspielen (von denen ein sehr wichtiges der schon erwähnte Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918 war*)

---

* Die damalige organisierte Streikbewegung (vgl. dazu Seite 72) hatte Mitte Januar 1918 in Wien, Prag und Budapest begonnen und griff erst nach einigen politischen Zwischenspielen auf Berlin und weitere Städte des Reiches über. Den Bestrebungen, die Streikwelle auf Deutschland auszudehnen, haben die Mehrheitssozialdemokraten zumindest nicht widersprochen. Am 22. Januar „begrüßte“ Ebert sogar in einer Reichstagsrede „das Vorgehen

die Sozialdemokratische Partei unter der Führung Eberts und Scheidemanns die politische Strategie Lenins entschieden durchkreuzt haben.

Schon im Dezember 1917, wenige Wochen nach ihrer Machtergreifung, hatte die Sowjetregierung mit staunenswerter Offenheit „den Auslandsvertretungen des Kommissariats des Auswärtigen für die Bedürfnisse der internationalen revolutionären Bewegung" zunächst zwei Millionen Rubel zur Verfügung gestellt. In einer in der „Iswestja" vom 26. November 1917 veröffentlichten, von Lenin und Trotzki gezeichneten amtlichen Mitteilung erklärte die Sowjetregierung, daß sie es für angezeigt halte, „dem linken internationalen Flügel der Arbeiterbewegung aller Länder mit allen denkbaren Mitteln, einschließlich Geld, beizustehen, gleichgültig ob diese Länder im Krieg mit Rußland oder mit ihm verbündet oder neutral" seien (zitiert nach Shub a.a.O. Seite 394). Diese Verlautbarung läßt erkennen, daß man in Petrograd damals unerfahren in Regierungsgeschäften war; später wurde nur noch den Geheimakten anvertraut, was man damals mit entwaffnender Deutlichkeit in der regierungsamtlichen Zeitung verkündete.

Keinerlei Anhaltspunkte gibt es dafür, daß die sowjetischen Auslandsvertretungen – man hatte 1918 nur eine Botschaft in

---

des Proletariats in Österreich und Ungarn" und drückte ihm „volle Sympathie" aus. Scheidemann sprach sich in der gleichen Reichstagssitzung noch schärfer aus, indem er dem Reichskanzler zurief: „Vergessen Sie nicht, daß die Zustände bei uns denen in Österreich vor Ausbruch des Aufstandes gleichen." Drei Tage später, am 25. Januar, erwähnte Scheidemann auch offen den politischen Hintergrund: „Wenn Sie den Frieden mit Rußland nicht zustandebringen können, gehen Sie, bevor Sie hinweggefegt werden." Emil Barth (nach dem 9. 11. 1918 Volksbeauftragter) berichtet in seinen Erinnerungen „Aus der Werkstatt der Revolution" (Berlin 1919, S. 21f.), daß der Streik am Sonntag, den 27. Januar, in „Branchen-Konferenzen" für den nächsten Tag beschlossen wurde, nachdem am Mittwoch vorher eine Vorbesprechung stattgefunden hatte. Es gab eine organisatorische Panne, weil der kommunistische Spartakus-Bund „in frevelhafter Leichtfertigkeit, die von dem Bestreben diktiert war, sich die Urheberschaft zuschreiben zu können", bereits am 25. Januar Flugblätter verteilte, in denen zu einem Generalstreik am Montag aufgerufen wurde. Dadurch war das militärische „Oberkommando in den Marken" gewarnt und es hätte durch sofortige Verhängung des verschärften Belagerungszustandes den Streik überhaupt verhindern können. Diese von den Organisatoren befürchtete Maßnahme unterblieb jedoch zunächst. Der leitende Aktionsausschuß des Streikes, der beschlußgemäß am Montag, den 28. Januar, begann, bestand aus zehn Mitgliedern, darunter drei Vertretern der SPD (Ebert, Scheidemann und Braun). Barth erklärt, der baldige Zusammenbruch des Streiks sei darauf zurückzu-

Berlin und eine Gesandtschaft in Bern – eine irgendwie nennenswerte Tätigkeit in den Ententeländern entfaltet hätten. Die Völker dieser Staaten sahen die Stunde des Sieges herankommen und interessierten sich gewiß nicht für bolschewistische Propaganda. Wenn man damals in Petrograd vom „linken internationalen Flügel der Arbeiterbewegung" sprach, so meinte man nicht englische oder französische, italienische oder gar amerikanische Arbeiterparteien, sondern ausschließlich die von der deutschen Sozialdemokratischen Partei während des Krieges abgesplitterten Teile. Besondere Aufmerksamkeit widmete man dem ehemaligen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Karl Liebknecht, der wegen aufrührerischer Tätigkeit bereits am 22. August 1916 vom Reichsgericht zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Bereits am 1. Mai 1915 hatte Liebknecht (der Sohn des bereits erwähnten Liebknecht, der Jahrzehnte vorher die „marxistische" Gruppe der deutschen Arbeiterbewegung führte) öffentlich die Parole verkündet: „Der Hauptgegner steht in unserem eigenen Land" – es klang wie ein Selbstbekenntnis, aber es war klar, was gemeint war. Mit ähnlichem Interesse wie die Tätigkeit Liebknechts verfolgte man in Moskau das Wirken der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USP)", die sich am 30. März 1917 von der SPD abge-

führen gewesen, daß „die SPD und die Gewerkschaften die Bewegung sabotierten". Das stimmt mit einer im Dezember 1924 abgegebenen Erklärung Eberts überein, daß er an der Streikleitung nur teilgenommen habe, um die Aktion in begrenzten Bahnen zu halten. Allerdings sah sich das Oberkommando veranlaßt, den sozialdemokratischen „Vorwärts" auf drei Tage zu verbieten, weil er zum Streik aufgerufen hatte; nach seinem Wiedererscheinen am 1. Februar forderte der „Vorwärts" dann zur Mäßigung auf. So ergibt sich noch heute ein wechselvolles Bild. Sicher ist nur, daß der Berliner Munitionsarbeiterstreik mitten im Krieg natürlich Weltaufsehen erregte und die Kriegsgegner Deutschlands mit großen Hoffnungen erfüllte. Die „Times" (London 31. 1. 1918) sahen sich sogar veranlaßt, vor übertriebenen Erwartungen zu warnen, so sehr sie das Ereignis natürlich begrüßten: „Es würde gefährlich sein, die Bedeutung dieser Vorgänge zu überschätzen, aber es wäre doch unklug, sie zu ignorieren, denn – obwohl eine solche Bewegung aus internationalen oder innenpolitischen Gründen geduldet oder vielleicht sogar ermutigt sein kann – wird es wohl schwierig sein, sie unter Kontrolle zu halten, wenn sie einmal begonnen hat." Dieser Kommentar beleuchtet treffend das Risiko, das die Mehrheitssozialdemokraten mit ihrer damaligen Taktik auf sich genommen hatten. Jedenfalls war die baldige Beendigung des Streiks nicht ihrem „mäßigenden Einfluß" sondern dem Einschreiten des Oberkommandos in den Marken zu verdanken, das – wenn auch zu spät – den verschärften Belagerungszustand verhängte und damit die Wiederaufnahme der Arbeit in den Rüstungsfabriken durchsetzte.



Karl Liebknecht (links) im Berliner Tiergarten, Winter 1918/19

sondert hatte; sie übte auf die weitere innenpolitische Entwicklung insofern einen beträchtlichen Einfluß aus, als die Mehrheitssozialdemokraten den Einfluß der USP auf die Arbeiterschaft sehr hoch veranschlagten und sich in vielen Entscheidungen oft von den USP-Parolen erschrecken ließen. Der Sozialdemokrat Stampfer urteilt in seinem Buch „Die ersten 14 Jahre der Weimarer Republik“ (Offenbach 1947, Seite 60), daß „die alte Mehrheitspartei sich selber für viel schwächer und die radikalen Strömungen für viel stärker“ hielt, „als es sich später bei den Wahlen für die Nationalversammlung herausstellte“. Dies ist ein sehr aufschlußreicher und wichtiger Hinweis zum Verständnis der deutschen Ereignisse 1918–19.

Zu den vielen Unbegreiflichkeiten der deutschen Innenpolitik im Ersten Weltkrieg gehört es, daß die damalige Reichsführung Bildung und Betätigung der „Unabhängigen Sozialdemokraten“ überhaupt duldete; diese propagierten mitten im Kriege ganz offen die Niederlage und in kaum verhüllter Form riefen sie zur Desertion auf – in keinem der Entente-Staaten wäre eine solche Organisation zu einem Zeitpunkt zugelassen worden, in dem an allen Fronten um die Existenz des Landes gekämpft wurde.

Es war also für Lenin keine Frage, an welche Adresse er „alle denkbaren Hilfsmittel“, deren Bereitstellung er angekündigt hatte, in Deutschland zu richten hatte; das Ganze geschah mit einer Ungeniertheit, die sogar mit heutigen Maßstäben gemessen fast unglaublich erscheint: Der Petrograder Sowjet ernannte schon im Februar 1918 den im deutschen Zuchthaus einsitzenden Karl Liebknecht demonstrativ zu seinem Ehrenmitglied, kurz nach der Errichtung der Sowjetbotschaft in Berlin wurde bereits eine Maifeier veranstaltet, auf der die Führer der USP – Hugo Haase, Oskar Cohn und Rudolf Breitscheid – gefeierte Gäste waren und Haase einen Toast auf die Sowjetregierung ausbrachte (vgl. Fischer a.a.O. Seite 65). Auf offener Reichstagstribüne verkündete der USP-Abgeordnete Ledebour am 8. Juli 1918 mit drohender Dreistigkeit – als ob er berufen sei, für die deutsche Arbeiterschaft zu sprechen, die damals in den Schützengräben Frankreichs kämpfte:

„Sollten die bestehenden Einrichtungen in Rußland (die Sowjetregierung) unter dem Schutz der deutschen Truppen

gestürzt werden, so wäre es die heilige Pflicht aller deutschen Proletarier, alle Machtmittel aufzuwenden, um ein solches Verbrechen zu verhindern."

Hier klingt bereits das Motiv an, dem wir später noch vielfach begegnen werden: die „proletarische Idee" als politische Auslandshilfe für russische Bedürfnisse!

Schließlich mußten die deutschen Behörden feststellen, daß zwei Reichstagsabgeordnete der USP (Borchardt und Cohn) sogar ein Büro in der russischen Botschaft Unter den Linden unterhielten, wie der Abwehrmajor von Roeder im Münchner Dolchstoßprozeß 1925 aussagte (vgl. Beckmann a.a.O. Seite 23):

„Die Mithilfe der Russen ging so weit, daß fast mit jedem Kurier ganze Wagenladungen von Kisten kamen, die angeblich Kuriergepäck waren, die tatsächlich aber Propagandamaterial enthielten, sowie Waffen und Munition usw."

Der Ring der Ereignisse schließt sich: Wir sind wieder bei der Kiste am Bahnhof Friedrichstraße angelangt, die dem Botschafter Joffé zum Verhängnis wurde. Roeder bemerkt in seiner Aussage, daß die „Öffnung des Kuriergepäcks" bei dem geschilderten Zwischenfall „erst im letzten Moment, als die Verhältnisse unhaltbar wurden" durchgeführt worden sei.

Man neigt dazu, diese Aussage zu berichtigen. Der 5. November 1918 war zweifellos bereits *später* als der „letzte Moment".

*

Wenige Tage vor der peinlichen Kistenaffäre hatte der Botschafter Joffé zu Ehren des vorzeitig aus dem Zuchthaus entlassenen Liebknecht einen offiziellen Empfang veranstaltet und dann – unmittelbar vor seiner unfreiwilligen Abreise – händigte er noch dem Rechtsanwalt Cohn von der USP alle Bargeldbestände der Botschaft zur freien Verfügung aus (Cohn hatte sich bei der Absperrung der russischen Botschaft am Abend des 5. November im Botschaftsgebäude aufgehalten und war dort zunächst mit eingeschlossen gewesen*). In Anbetracht der be-

* „Der Dolchstoßprozeß", München 1925, Aussage Major Volkmann (S. 145) und Darstellung Major von Roeder (S. 212). Hermann Müller schreibt zu diesem Vorgang (a.a.O. Seite 13): „Oskar Cohn nahm das russische Regierungsgeld ruhig an, weil es nach seiner Auffassung das Geld einer gleich

sonderen Umstände wurde dieser Vorgang der Geldübermittlung aktenkundig, und das führte noch einige Wochen später zu einem Zwischenfall: Exzellenz Solf, der im Dezember 1918 unter Aufsicht des „Rates der Volksbeauftragten“ das Berliner Auswärtige Amt leitete, weigerte sich, dem USP-Volksbeauftragten Haase die Hand zu geben, nachdem er die finanziellen Hintergründe dieses merkwürdigen Staatsmannes amtlich festgestellt hatte. Der spätere Reichskanzler Hermann Müller berichtet in seinem Buch „Die Novemberrevolution“ (Berlin 1928, Seite 159) diese kleine Randszene aus turbulenter Zeit.

Man hat später ziemlich genau erfahren, welcher unmittelbaren Verwendung die russischen Rubel zugeführt wurden: Im deutschen Heer des Jahres 1918 gab es ein ernstliches Deserteurproblem. Die illegale Flugblatt-Propaganda, vor allem der Westmächte, war im Ersten Weltkrieg im wesentlichen auf die Truppe abgestellt und hatte einen, wenn auch nicht gewaltigen, so doch beträchtlichen Erfolg: Nach amtlichen deutschen Feststellungen waren bis August 1918 etwa 9000 Fahnenflüchtige (darunter viele Lothringer) in die Schweiz, etwa 15000 nach Holland übergetreten, wo sie in Internierungslagern untergebracht wurden. Diese Vorgänge waren für die weitere Entwicklung freilich nicht so wichtig, wie der Umstand, daß sich ein Vielfaches dieser Zahl fahnenflüchtig in der Heimat herumtrieb. Hier endete die praktische Wirksamkeit von Flugblättern; in einem kriegswirtschaftlich organisierten Lande kann man sich illegal nur aufhalten, wenn man versorgt wird – mit falschen Papieren und mit Geld. Im preußischen Kriegsministerium schätzte man im Herbst 1918 die Zahl der in Berlin „untergetauchten“ Deserteure auf etwa 20000, also mehr als insgesamt in den Niederlanden interniert waren (vgl. Ribbentrop: Zwischen London und Moskau, Leoni 1953, Seite 28). Offenkundig war Berlin ein Sammelpunkt von Deserteuren. Da es nach den Lehren der Leninschen Revolutionstaktik auf die Hauptstadt

---

der Unabhängigen Sozialdemokratie auf der Zimmerwalder Konferenz vertreten gewesenen Bruderpartei war! Er hatte auch keine Bedenken wegen des Zweckes: den Gedanken der Revolution in Deutschland zu verbreiten.“ Es ging in diesen Tagen freilich nicht mehr nur um den „Gedanken“ eines innenpolitischen Umsturzes, sondern um seine putschmäßige Organisation und es handelte sich gewiß auch nicht um den ersten Betrag, den Cohn in der russischen Botschaft in Empfang genommen hatte.

ankam, lag und liegt der Schluß nahe, daß bei der Organisation dieser Berliner Deserteurzentrale die Sowjetbotschaft und ihre Geldmittel eine wichtige Rolle spielten.

*

Es muß hier ein kurzer Hinweis auf die allgemeine Entwicklung der Ereignisse in jenen Wochen eingeschaltet werden.

Bekanntlich hatte Kaiser Wilhelm II. mit der Ernennung des Reichskanzlers Prinz Max von Baden am 3. Oktober 1918 die verfassungsrechtliche Umbildung des deutschen Kaiserreiches im Sinne der alten liberalen und sozialdemokratischen Forderungen begonnen. In Zukunft sollte eine rein parlamentarische Regierungsform gelten; entsprechend dieser Zielsetzung traten Vertreter der Mehrheitsparteien, unter ihnen Scheidemann von der SPD als Staatssekretäre in die Regierung ein. Diese Änderungen standen im Zusammenhang mit der Forderung der Obersten Heeresleitung, sofortige Waffenstillstandsverhandlungen mit der Entente aufzunehmen. Es war eine klare Lage: Die Gegner mußten wissen, daß sie es bei Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen mit ganz Deutschland zu tun hatten, wenn ein einigermaßen erträglicher Abschluß des großen Kampfes erreicht werden sollte. Wir wissen heute, daß bei den Verhandlungen der Alliierten über die Waffenstillstandsbedingungen im Oktober und Anfang November 1918 noch sehr ernstlich daran gedacht wurde, daß „die Deutschen" einheitlich gegen überscharfe Forderungen auftreten könnten.* Man hat auf Seiten der Entente deshalb auch bewußt darauf verzichtet, offiziell etwa die Abdankung des deutschen Kaisers zu fordern. Die vorbereiteten Waffenstillstandsbedingungen waren brutal bis zum Exzeß, sie hielten sich aber doch noch in Übereinstimmung mit den Formeln der Wilsonschen „Vierzehn Punkte", die die deutsche Regierung als Friedensgrundlage angenommen hatte. Der Begriff, der dann die nächsten anderthalb Jahrzehnte die europäische Lage völlig verwirrte, fehlte noch völlig: „Reparationen" wurden erst gefordert, als nicht nur die deutsche militärische Niederlage, sondern auch die politische „Revolution" Tatsache geworden war.

---

* Vgl. dazu Sündermann a.a.O. Seite 40f.

Man muß das Wort „Revolution“ ernstlich in Anführungszeichen setzen, wenn man vor Augen hat, was wirklich geschah:

Eine Geheimkonferenz des „Spartakusbundes“ – einer linken Gruppe der USP, die schon 1916 bei der Kienthaler Zusammenkunft vertreten war und deshalb besonders gute Beziehungen zur russischen Botschaft unterhielt – beschloß im Oktober 1918 (vgl. Stampfer a.a.O. Seite 51) die Vorbereitung eines Aufrufes, der die „Arbeiter und Soldaten“ aufforderte, sich mit der Parlamentarisierung nicht zufrieden zu geben, sondern die „sozialistische Revolution“ durchzuführen. Als Organe der „Revolution“ sollten – genau nach Petrograder Rezept – „Arbeiter- und Soldaten-Räte die Gewalt übernehmen“. Diese Forderungen hatten in der damaligen Lage des Reiches – eine Welt von Feinden stand der schwach gewordenen Front gegenüber – nicht das geringste mit den Interessen der deutschen Arbeiterschaft zu tun; ihre Verwirklichung konnte nur die Besetzung Deutschlands durch die alliierten Armeen herausfordern und den Friedensschluß verhindern. Das war es, worauf es offenbar Lenin ankam – am Beispiel der ungarischen Räterepublik werden wir diese Erklärung bestätigt finden.

„Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten“ – in Tagen, in denen es um die Entsendung der bevollmächtigten Waffenstillstands-Abordnung in das Hauptquartier des Marschalls Foch ging! Die Theorie des Karl Marx am Gipfelpunkt – allerdings nur angewandt, weil es offenbar im Moskauer Interesse lag, den Konflikt im europäischen Raum nicht zu beenden, sondern in neuen Formen wieder aufleben zu lassen.

Gleichzeitig mit diesen politischen Machenschaften im Dunstkreis der Berliner Sowjetbotschaft braute sich im Bereich der deutschen Hochseeflotte ein anders gearteter Konflikt zusammen. Als seit dem deutschen Waffenstillstands-Ersuchen (5. Oktober 1918) über zwei Wochen vergangen waren, ohne daß von der Gegenseite ein Zeitpunkt für die Verhandlungen genannt wurde, entstand bei der deutschen Seekriegsleitung der kühne, allzu kühne Plan, die britische Flotte noch einmal herauszufordern und mit starken deutschen Seestreitkräften im Kanal zu erscheinen. Rein operativ soll nach Ansicht von Fachleuten die beabsichtigte Demonstration nicht so sinnlos gewesen sein, wie es auf den ersten Blick scheinen möchte. Die zum Schutz gegen

die deutschen U-Boote gelegten großen Minenfelder mußten die weit entfernt stationierte britische Hochseeflotte in ihrer Gegenaktion hindern, die Gefahr eigener schwerer Verluste war deshalb nicht groß, der mögliche Eindruck um so bedeutender. Es ist freilich schwer zu beurteilen, welche ernstliche Wirkung sich die Seekriegsleitung von diesem Plan versprach; sogar wenn es etwa gelungen wäre, britische Küstenorte zu beschießen oder einige feindliche Schiffseinheiten zu vernichten – in diesem Stadium des Krieges konnte dadurch eine mehr als optische Wirkung kaum erzielt werden, und es ist angesichts der Propagandaüberlegenheit des damaligen Gegners gewiß, daß diese „Optik" nicht zugunsten Deutschlands zum Tragen gekommen wäre.

Obwohl die Befehle zur Versammlung der Flotte am 22. Oktober 1918 noch formell und ernstlich erteilt wurden, kam es nicht mehr zu diesem Unternehmen. Ein leichteres Spiel konnte den in der Flotte seit längerer Zeit verteilten Agitatoren der USP natürlich nicht geboten werden, als mit einem Operationsplan, der den beteiligten Marinesoldaten fast wie ein beabsichtigter Selbstmord erscheinen mußte.

Der Befehl der Seekriegsleitung lautete knapp: „Hochseestreitkräfte sollen zum Angriff und Schlagen gegen englische Flotte eingesetzt werden" – in dieser Lage war das eine zu nüchterne Sprache, und so kam es zum Widerstand vieler Mannschaften; die Gehorsamsverweigerungen auf zahlreichen großen Schiffen zwangen die Seekriegsleitung, auf ihren Plan zu verzichten. Es standen Kräfte bereit, die diesen Vorgang politisch auszunützen verstanden; so gab es in den ersten Novembertagen auf einmal einen „Arbeiter- und Soldatenrat", der in Kiel genauso regierte, wie Lenin es sich in seinen schönsten Träumen nicht vorteilhafter denken konnte.

Um die entscheidenden Dinge ging es freilich nicht dort, sondern in der Reichshauptstadt.

Hier hatte sich – wiederum nach Petrograder Muster – ein sogenannter „Vollzugsausschuß revolutionärer Betriebsobleute" zusammengetan. Niemand vermag uns zu berichten, mit welcher Legitimation diese Körperschaft zusammentrat – es waren, soviel wissen wir, ihrer einundvierzig und es gehörten zu ihnen der aus dem Zuchthaus soeben entlassene Liebknecht und noch eine weitere politische Größe, die uns von nun an bis heute begegnet:

Wilhelm Pieck, bis dahin als Deserteur in Holland lebend, aber am 27. Oktober – offenbar mit falschen Papieren – nach Berlin zurückgekehrt! Immerhin gelang es den beiden nicht einmal in diesem höchst merkwürdigen Kreis, sich durchzusetzen. Ein Rest von Überlegung bewog den „Vollzugsausschuß“ noch am 2. November einen Plan zum Aufstand mit 22 gegen 19 Stimmen abzulehnen. Liebknecht und Pieck erhielten für ihre Losungen „Sofortiger Friede! Aufhebung des Belagerungszustandes! Deutschland eine sozialistische Republik“ nur fünf Stimmen (Fischer a.a.O. Seite 69). Alle anderen Konferenzteilnehmer hatten ihren Verstand soweit bewahrt, daß sie sich der schwebenden Waffenstillstandsfrage erinnerten und es für rätlich hielten, wenigstens die Klärung dieser Angelegenheit abzuwarten. Genau das zu verhindern, war das Anliegen der Sowjet-Botschaft.

Wie es schließlich weiterging und warum die „Revolution“ am 9. November 1918 stattfand, darüber berichtet Ruth Fischer recht aufschlußreich:

„Als die Nachrichten über den Kieler Aufstand Berlin erreichten, berief Liebknecht wieder eine Versammlung des Vollzugs-Ausschusses ein und schlug den Aufstand für den 8. oder 9. November vor. Die Organisatoren widersetzten sich dem festgesetzten Datum, weil dies Zahltage waren, an denen die Arbeiter nicht bereit sein würden, die Fabriken zu verlassen.

Zu Beginn des Monats hatte ein Oberleutnant Walz sich und sein Regiment zur Verfügung der Betriebsobleute gestellt. Er wurde am 8. November verhaftet, und diese Nachricht veranlaßte den Vollzugs-Auschuß, seine Sitzung in das Reichstagsgebäude zu verlegen, das unter dem Schutz der Immunität stand. Auf dem Wege zum Reichstag wurde einer der Führer des geplanten Aufstandes, Ernst Däumig, verhaftet. In seiner Aktentasche fand die Polizei detailliierte Pläne des Aufstandes und eine Liste der Verschwörer. Däumig, früherer Redakteur am ‚Vorwärts‘, war zum Leiter der militärischen Operationen gewählt worden; wegen langjährigen Dienstes in der französischen Fremdenlegion galt er als Fachmann für Militärfragen. Louise Zietz, wie dieser Mitglied der USP-Fraktion des Reichstags, die mit Däumig zusammengewesen war, gelang es zu entkommen. Ihr Eintreffen im Reichstag brachte die erregte Spannung zum Reißen; die Verschwörer wurden sich klar, daß die Regierung alle Ein-

zelheiten des Komplotts kenne und sie jeden Augenblick verhaften konnte. Das gab den Ausschlag dafür, daß als Tag des Aufstandes der 9. November festgesetzt wurde.“

Man sieht: So gut beraten die Berliner Behörden waren, als sie die Kiste des Herrn Joffé platzen ließen, so war es doch polizeilich falsch, einen der Hauptverschwörer zu früh zu verhaften.

Soviel zur Vorgeschichte des 9. November 1918.

Wenn man das Verhalten der Mehrheitssozialdemokraten in diesen spannungsgeladenen Tagen beurteilt, kann man an drei Tatsachen nicht vorübergehen:

Erstens, daß diese Partei seit fast einem halben Jahrhundert in Opposition zu dem nun wankenden politischen Regierungssystem des Reiches gestanden und sich vom Kriegsverlauf von vornherein eine innenpolitische Wendung erwartet hatte.*

Zweitens, daß sie gründlicher und genauer als irgendwer sonst in Deutschland die Methode Lenins kannte und

drittens, daß sie in ihrem eigenen Glauben an die marxistischen Formeln die Wirkung der bolschewistischen Propaganda auf die deutsche Arbeiterschaft beträchtlich überschätzte.

Hermann Müller – damals Vorstandsmitglied der SPD – berichtet dazu überzeugend:

> „Die Anhänger der Unabhängigen glaubten aufrichtig, daß die Tage der Mehrheitssozialdemokratischen Partei gezählt waren, wenn die Feldgrauen erst zurückgekehrt sein würden und Abrechnung mit den ‚Regierungssozialisten‘ gehalten hätten. Eine Rechnung die sich nachher als gänzlich falsch erwies.“

In den November-Tagen 1918 glaubten aber nicht nur die Anhänger der Unabhängigen, sondern auch die führenden Leute der SPD selbst an diese falsche Rechnung und so – nur so – läßt es sich erklären, daß die Sozialdemokraten zweifellos wider besseres Wissen der Putschbewegung ebenso wenig offen ent-

---

* Darüber kam es im deutschen Reichstag bereits am 5. Dezember 1904 zu einer Diskussion zwischen dem damaligen sozialdemokratischen Parteiführer August Bebel und dem Reichskanzler Fürst von Bülow. Dieser erklärte in seiner Erwiderung (zitiert bei Müller a. a. O. Seite 73):

„Der Herr Abgeordnete Bebel hat weiter gemeint, die Früchte eines großen europäischen Krieges würde in erster Linie die Sozialdemokratie davontragen. Diese Auffassung halte ich für richtig, und das ist ein Grund mehr, warum die Regierungen aller großen Länder, wie ich hoffe, festhalten werden an ihrer jetzigen ruhigen und besonnenen Friedenspolitik“.

gegentraten wie im Januar dem Munitionsarbeiterstreik, sondern ihre Politik darauf beschränkten, den Kurs durch Mitwirkung schließlich zu bestimmen. Die Alternative: als nationale Arbeiterpartei die Machenschaften der USP zu entlarven und die Entwicklung kühn allein in die Hand zu nehmen, hätte gewiß die Abkehr von Marx bedeutet, aber sie hätte auch verhindert, daß dem neuentstehenden deutschen Staatswesen bereits in seiner Geburtsstunde ein Todeskeim eingepflanzt wurde, wie es in der Wirklichkeit des 9. November 1918 dann der Fall gewesen ist. Es mag überspitzt klingen und doch ist es so: Das Fiasko des Weimarer Staates gehört *auch* zu den Erbschaften des Mannes, den wir in diesem Buch den falschen Propheten nennen.

Den Führern der Mehrheitssozialdemokraten waren die Berliner Putschvorbereitungen der USP natürlich nicht unbekannt geblieben. In der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 7. November abends berichtete Ebert, daß die Dinge „mit rasender Schnelligkeit" weitergingen. Die Küstenorte seien bereits im Besitz der Matrosen. Die Bewegung werde sicher auf Berlin übergreifen. Scheidemann und er hätten die Überzeugung gewonnen, daß die ganze Sachlage keinen Tag länger Aufschub dulde „wenn schlimmstes Unheil für das ganze Land nicht daraus entspringen soll". Man habe dem Reichskanzler gesagt, „daß es möglich scheine, die gesamte Situation zu retten und den Ausbruch von Unruhen in Berlin zu verhüten", wenn fünf neue Bedingungen, die für das Verbleiben der SPD in der Regierung aufgestellt wurden, „sofort bewilligt würden". Hauptpunkt dieser Forderungen war – neben der Parlamentarisierung Preußens – die Abdankung des Kaisers.*

Ebert berichtete seinen Parteifreunden:

„Der Kanzler war über unser Ultimatum sehr bewegt. Über alle Punkte könne man sich sofort verständigen. Da gäbe es gar kein Hindernis. Aber die Form des Ultimatums in der Kaiserfrage sei außerordentlich bedenklich. Noch kurz vor dieser Sitzung war ein Geheimrat des Reichskanzlers bei mir, um das zu wiederholen. Wir halten aber am Ultimatum fest, nicht aus ostentativen Gründen, sondern um die Berliner Arbeiter zu beruhigen."

---

* Ausführliche Wiedergabe des Protokolls nach dem „Sozialdemokratischen Pressedienst" bei Müller a.a.O. Seite 42.

Das Protokoll der Fraktionssitzung fährt fort:

„In der Aussprache kam der Gedanke zum Ausdruck, man müsse doch mit den letzten Schritten warten, bis die Waffenstillstandsbedingungen vorliegen."

Das war in der Tat der entscheidende Punkt – am gleichen Tag hatte nämlich die deutsche Waffenstillstandsdelegation die französische Frontlinie überschritten. Es war ein primitives Gebot politischer Klugheit, jedenfalls das Waffenstillstandsabkommen noch durch die bisherige kaiserliche Regierung abschließen zu lassen – welch anderen Sinn hätte der staatspolitische Umsturz erhalten, wäre er der Welt als eine Folge der Bedingungen von Compiègne, als Protest dagegen sichtbar geworden! Statt dessen kam es zu dem seltsamen Schauspiel, daß die Vollmacht zur Entgegennahme der Bedingungen noch vom Kaiser, die Vollmacht zur verpflichtenden Unterschrift aber von der ersten republikanischen Regierung erteilt worden ist.*

Gewiß haben Ebert und Scheidemann nicht unüberlegt und leichtfertig gehandelt – das „Ultimatum" an den Reichskanzler wurde am 7. November sogar noch um 24 Stunden verlängert, aber sie haben sich dabei doch offenkundig das Gesetz des Handelns von jener Gruppe diktieren lassen, die da im Reichstagsgebäude versammelt war und nach Verschwörerart ein eiliges Datum festlegte, weil sie polizeiliche Aushebung befürchtete.

Als am 8. November abends die Abdankungserklärung des Kaisers noch nicht vorlag – die zwar gewiß durch den Verlauf der Dinge unvermeidlich, aber in der Zwischenzeit der Waffenstillstandsverhandlungen gefährlicher Unsinn war – erklärten die sozialdemokratischen Staatssekretäre bzw. Unterstaatssekretäre Scheidemann, Bauer, David, Müller und Schmidt ihren Austritt aus der Regierung des Prinzen Max von Baden; für den Abend wurden die Betriebsvertrauensleute in den Sitzungssaal

* Hermann Müller erzählt vom 10. November 1918 (a.a.O. Seite 63): „Inzwischen amtierte Ebert um die Mittagszeit in der Reichskanzlei als Kanzler. Er mußte ohne Aufschub handeln, denn die furchtbaren Waffenstillstandsbedingungen waren eingelaufen. Sie zeigten bereits, daß dieser Krieg nicht mit einem Frieden des Rechts abgeschlossen werden würde . . . Da Conrad Haussmann und Gröber die Legitimität des Kabinetts wegen des staatsrechtlichen Zustandes anzweifelten, die Antwortnote an Lansing aber hinausgehen mußte, wurde es Ebert und Solf überlassen, die Note zu redigieren und abzusenden."

des Parteivorstandes bestellt. Hermann Müller charakterisiert diese Zusammenkunft mit zwei Sätzen, von denen der eine heroisch klingt: „Die Stunde war gekommen, in der jede Rücksicht aufhören mußte“, während der andere die tieferen Handlungsmotive erläutert: „Der Parteivorstand der Sozialdemokratie mußte ... seine Maßnahmen treffen. Er tat das und sorgte dafür, daß bei der unvermeidlich gewordenen Revolution die Partei nicht ins Hintertreffen geriet“ (a.a.O. Seite 46).

*

Man kann bei nüchterner Prüfung dem Vorstand der Mehrheitssozialdemokratischen Partei kaum zubilligen, daß er etwa bis dahin die Interessen des Reiches und der kämpfenden Front gegenüber den von der Sowjetbotschaft organisierten Umtriebe der USP und ihres Spartakusbundes mit aller Entschlossenheit vertreten hätte – nach all' dem, was sie wissen und sehen mußten, war ihr Verhalten gegenüber diesen offenen Feinden der deutschen Arbeiterschaft planlos und ängstlich gewesen – nun aber begann das Blatt sich zu wenden.

Im Rundenkampf um die Macht erwiesen sie sich den seit der unfreiwilligen Abreise des Sowjetbotschafters führungslos gewordenen Handlangern Lenins entschieden überlegen.

Das zeigte sich schon in den Morgenstunden des 9. November 1918: Bereits um 8 Uhr früh waren die Betriebsobleute der SPD im Parteihaus erneut zusammengetreten; es wurde ihnen aufgetragen, die Arbeiterschaft unverzüglich auf die Straße zu rufen – damit war zunächst gewährleistet, daß die USP mit ihren Deserteurreserven nicht mehr allein das Feld beherrschte.

Um 9 Uhr tagt die Fraktion und verständigt sich mit dem Vorstand darüber, daß „die Sozialdemokratie die Regierung ergreifen will, gründlich und restlos, aber möglichst ohne Blutvergießen“ (Müller a.a.O. Seite 47).

Um 10 Uhr fährt das Vorstandsmitglied Wels in die Alexanderkaserne und ruft in einer Ansprache die dort zusammengezogenen Naumburger Jäger dazu auf, sich heute der Sozialdemokratischen Partei zur Verfügung zu stellen. Sein Ruf „Es lebe der Frieden, das freie deutsche Volk, die freie Republik“ findet Widerhall, eine Abteilung der Naumburger Jäger rückt als

Schutztruppe in das Gebäude der sozialdemokratischen Parteileitung und ihrer Zeitung, des „Vorwärts“, ein – eine Vorsichtsmaßregel, die sich bewährt. Als die USP-Putschisten nach Petrograder Methode in den Mittagsstunden das Haus besetzen wollen, finden sie dort schußbereite Maschinengewehre auf sich gerichtet und ziehen sich zurück.

Zur gleichen Zeit hat sich Ebert in die Reichskanzlei begeben, wo noch Prinz Max von Baden sitzt, durch einen Unterstaatssekretär vom Hauptquartier Spa die Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen immer wieder telefonisch anfordert und sie schließlich auf eigene Faust bekannt gibt, ohne dazu autorisiert zu sein. Dann vollzieht Prinz Max von Baden – zweifellos illegal (obwohl er hinzufügt „vorbehaltlich der gesetzlichen Genehmigung“) aber der Situation entsprechend – die Ernennung Eberts zum Reichskanzler.*

Bevor noch der im Reichstagsgebäude tagende „Vollzugs-Ausschuß der revolutionären Betriebsobleute“ recht weiß, was geschieht, verkündet ein Extrablatt des „Vorwärts“:

> „Der freie Volksstaat ist da! Kaiser und Kronprinz haben abgedankt! Fritz Ebert, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, ist Reichskanzler geworden und bildet im

---

* Friedrich von Payer, ein liberaler Parlamentarier, der damals Stellvertreter des Reichskanzlers Prinz Max von Baden war, berichtet in seinen Erinnerungen („Von Bethmann-Hollweg bis Ebert“, Frankfurt/a.M. 1923, Seite 163), daß Ebert und Scheidemann sich mittags um 12 Uhr beim Reichskanzler melden ließen, der die Delegation in Anwesenheit zahlreicher Staatssekretäre und Beamter der Reichskanzlei im Bibliothekszimmer empfing. „Ebert erklärte ruhig, aber sehr bestimmt ungefähr, sie seien von ihrer Partei abgesandt, um mitzuteilen, daß diese im Interesse der Ruhe und Ordnung es für notwendig halte, daß die Regierungsgewalt an Männer übergehe, die das Vertrauen des Volkes genießen, vor allem der Posten des Reichskanzlers“. Prinz Max von Baden habe sich daraufhin zunächst in sein Arbeitszimmer zurückgezogen, wohin ihm ein Teil des Kabinetts folgte, das aber zu keiner Beschlußfassung kam: „es war auch keine nötig. Die Regierungsgewalt war tatsächlich, so wie die Dinge lagen, bereits auf Ebert übergegangen.“ Nach anderen Darstellungen ist es freilich nicht zweifelhaft, daß noch eine Besprechung zwischen Prinz Max von Baden und Ebert stattgefunden hat, in der dieser die Geschäfte formell übernahm. Payer war auch Zeuge der Unterredung, die Ebert anschließend mit den Vertretern der USP, Cohn, Dittmann und Vogtherr, führte. „Der Ton war schroff. Ebert teilte, ziemlich von oben herab, den anderen mit, daß seine Partei entschlossen sei, die Regierung zu übernehmen ... Die Herren waren ziemlich kleinlaut, vielleicht kränkten sie sich auch, daß die Sozialdemokratie ihnen zuvorgekommen war.“

Reiche und in Preußen eine neue Regierung aus Männern, die das Vertrauen des werktätigen Volkes in Stadt und Land, der Arbeiter und Soldaten haben. Damit ist die öffentliche Gewalt in die Hände des Volkes übergegangen. Eine verfassunggebende Nationalversammlung tritt schnellstens zusammen.

Arbeiter, Soldaten, Bürger! Der Sieg des Volkes ist errungen, er darf nicht durch Unbesonnenheiten entehrt und gefährdet werden. Wirtschaftsleben und Verkehr müssen unbedingt aufrechterhalten werden, damit die Volksregierung unter allen Umständen gesichert ist.

Folgt allen Weisungen der neuen Volksregierung und ihrer Beauftragten. Sie handelt im engsten Einvernehmen mit den Arbeitern und Soldaten.

Hoch die Deutsche Republik!

Der Vorstand der Sozialdemokratie Deutschlands
Der Arbeiter- und Soldatenrat

Der Text dieses Aufrufes ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Da war zunächst die Unterschrift „Der Arbeiter- und Soldatenrat" eine Leistung redaktioneller Phantasie, denn ein Berliner Arbeiter- und Soldatenrat wurde erst am 10. November – in wenig kontrollierter Weise – gewählt. Die davorstehende Unterschrift „Der Vorstand der Sozialdemokratie Deutschlands" ließ in ihrer Formulierung den Schluß zu, als habe sich die Mehrheitssozialdemokratie wieder mit den Unabhängigen vereinigt. In der Tat war es zu einem Kontakt gekommen, über den Hermann Müller folgendes berichtet:

„Als Ebert mit seinen Begleitern die Reichskanzlei verließ – Scheidemann und Otto Braun waren nach dem Reichstag vorausgegangen – trafen sie Wilhelm Dittmann, Oskar Cohn und Emil Vogtherr, die zur Reichskanzlei wollten. Ebert informierte sie über das Vorgefallene und schlug ihnen vor, eine Regierung aus beiden sozialistischen Parteien paritätisch zu bilden, der Parlamentarier der bürgerlichen Linksparteien als Fachminister beigegeben werden sollten ... Auf eine Frage Oskar Cohns erklärte er ausdrücklich, daß die Bildung der Regierung von Personenfragen nicht abhängig gemacht werden dürfe. Und als Cohn direkt von Liebknecht sprach: ‚bitte bringen Sie uns Karl Liebknecht, er soll uns angenehm sein'."

Das Ergebnis war schließlich, daß Liebknecht ablehnte, aber drei andere Mitglieder des USP-Vorstandes (Haase, Dittmann

und Barth) als „gleichberechtigt“ zu den drei Vertretern der SPD (Ebert, Scheidemann und Bernstein) in den „Rat der Volksbeauftragten“ eintraten, wie sich die Reichsregierung in dieser Übergangszeit – unverkennbar nach russischem Muster – bezeichnete. Im Dezember 1918 traten die USP-Mitglieder wieder zurück.

Der wichtigste Hinweis auf die innenpolitische Hintergrundsituation des 9. November 1918 ist in dem Text des „Vorwärts“-Aufrufes durch den Satz gegeben: „Eine verfassungsmäßige Nationalversammlung tritt schnellstens zusammen“. Bekanntlich hatte Lenin mit der russischen Nationalversammlung schlechte Erfahrungen und kurzen Prozeß gemacht. Seither gehört die Ablehnung allgemeiner Wahlen zum eisernen Bestand Moskauer Weisungen. Dementsprechend agitierte Liebknecht heftig gegen den Gedanken einer Nationalversammlung. Als die USP am Nachmittag des 9. November über die Frage der Regierungsbeteiligung zu beschließen hatte, forderte Liebknecht in genau Leninscher Diktion als Bedingung „alle Exekutive, alle Legislative, alle richterliche Gewalt bei den Arbeiter- und Soldatenräten“. Als Scheidemann gastweise die Fraktionssitzung der USP besuchte, um sich nach dem Stand der Verhandlung zu erkundigen, wurde ihm Liebknechts Diktat mitgeteilt; er erwiderte, wie Müller berichtet (Seite 57) „in fast väterlichem Tone“: „Ja aber, Leute, wie denkt Ihr Euch denn das?“ Und auf eine schriftliche Anfrage der USP an die SPD wurde zu dieser Forderung erklärt: „Nein, die Diktatur einer Klasse, hinter der nicht die Mehrheit des Volkes steht, wird abgelehnt.“

„Diktatur einer Klasse“ – das war höflich ausgedrückt; beide Parteien wußten, daß es nicht um eine „Klasse“ ging, sondern um eine viel kleinere Gruppe herrschbegieriger Berufsrevolutionäre.

Vielleicht gab auch bei dieser Auseinandersetzung die Tatsache den Ausschlag, daß der russische Botschafter nicht anwesend war; die USP trat trotz des „Nein“ in der Diktaturfrage in die Regierung ein, und auch ihre „Volksbeauftragten“ unterzeichneten am 29. November das Wahlgesetz für die Nationalversammlung.

Als historischer Scherz ist zu vermerken, daß der am 19. Dezember 1918 in Berlin zusammengetretene Allgemeine Kongreß

der Arbeiter- und Soldatenräte aus dem ganzen Reich (also die Institution, der Liebknecht „alle Exekutive, alle Legislative, alle Jurisdiktion“ übertragen wollte) mit 400 gegen 50 Stimmen beschloß, die Wahlen zur Nationalversammlung nicht erst am 16. Februar 1919, wie die Regierung vorgesehen hatte, sondern bereits am 19. Januar durchzuführen. An diesem Tage klärten sich dann endlich die Verhältnisse: Die USP erhielt ganze 22 Mandate (von 421), die Mehrheitssozialdemokraten, die jahrelang so ängstlich nach links geblickt hatten, erhielten dagegen 163 Sitze.

Die Ansicht der „Roten Fahne“ vom 29. November 1918: „Die Nationalversammlung ist ein Mittel, das Proletariat um seine Macht zu prellen“ erwies sich als begründet, wenn man an die Stelle des Ausdrucks „Proletariat“ das zutreffendere Wort „Moskau“ setzt.

*

Im oben zitierten Text der Extraausgabe des „Vorwärts“ war auch das „*Hoch die deutsche Republik*“ eine politische Überraschung; wenige Stunden vorher nämlich – bei der Regierungsübernahme durch Ebert in der Reichskanzlei – war die Ausrufung der Republik noch keineswegs beschlossen. Ebert hatte zunächst daran gedacht, eine Reichsverweserschaft einzusetzen, für die der Prinz August Wilhelm, ein nachgeborener Sohn des Kaisers, in Aussicht genommen war. Im Hinblick auf die Waffenstillstandsbedingungen und alle die zu erwartenden Folgen der Niederlage war die Ebertsche Idee gewiß nicht aus Anhänglichkeit an die Monarchie entwickelt worden; der Gedanke war naheliegend, den neuen parlamentarischen Staat wenigstens nicht alles nun Kommende nur auf seine Schultern nehmen zu lassen.

Diese Pläne gingen im Sturm der Ereignisse unter.

Es ist eine merkwürdige Mischung von nebensächlichen und wichtigen Geschehnissen, die jene Berliner Mittagsstunden des 9. November 1918 bestimmen. Scheidemann, der Ebert in die Reichskanzlei begleitet hatte, war dann in das Reichstagsgebäude hinübergegangen, offenbar ohne die Beendigung der Verhandlung Eberts mit Prinz Max von Baden abzuwarten. Im Reichstagsgebäude angekommen, erfährt Scheidemann, daß Liebknecht um 4 Uhr auf dem Schloßplatz sprechen und dort

die Räterepublik ausrufen will. Das könnte, da die machtpolitischen Entscheidungen in der Reichshauptstadt schon gefallen waren, nur noch eine Demonstration ohne Wirkung sein, die Naumburger Jäger hätten gewiß die Reichskanzlei nicht weniger erfolgreich verteidigt, als das „Vorwärts"-Gebäude. Scheidemann aber sieht das Gewonnene bereits zusammenbrechen*, er stürzt an ein Fenster des Reichstagsgebäudes und hält jene Rede, in der er nicht nur die deutsche Republik ausruft, sondern auch den berühmt-berüchtigt gewordenen Satz verkündet: „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt!"

Das wurde gesagt an dem Tage, an dem der Marschall Foch in Compiègne die Waffenstillstandsbedingungen diktierte!**

Im stenographischen Text gelesen, wirken die damaligen Worte Scheidemanns nicht so empörend, wie die Auszüge, in denen sie verbreitet wurden. Es wird klar, daß es ihm vor allem darum ging, gegen Liebknecht zu sprechen. Fast beschwörend klingt es:

„Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, den vollen Sieg des Volkes nicht beschmutzen zu lassen, und deshalb bitte ich

* In seinen „Memoiren eines Sozialdemokraten" (Dresden 1928, Bd. II, Seite 309f.) gibt Scheidemann eine recht dramatische Schilderung der Vorgeschichte seiner Ansprache. Er sei „hungrig bei einer dünnen Wassersuppe" im Speisesaal des Reichstagsgebäudes gesessen: „Da stürmte ein Haufen von Arbeitern und Soldaten in den Saal, gerade auf unseren Tisch zu. Fünfzig Menschen schrieen zugleich: ‚Scheidemann kommen Sie gleich mit!' – ‚Philipp, du mußt herauskommen und reden!' Ich wehrte ab, – ach, wieviel hatte ich schon reden müssen! ‚Du mußt, Du mußt, wenn Unheil verhütet werden soll!' – ‚Draußen stehen Zehntausende, die verlangen, daß Sie reden.' – ‚Jawohl, Scheidemann, komm schnell, vom Schloßbalkon aus redet Liebknecht . . . !' – ‚Na, wenn schon!' – ‚Nein, nein, kommen Sie mit!' – ‚Du mußt reden! . . . Liebknecht will die Sowjetrepublik ausrufen – !' Nun sah ich die Situation klar vor Augen. Ich kannte seine Forderung: ‚Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!' Deutschland also eine russische Provinz, eine Sowjet-Filiale? Nein! Tausendmal nein!! Kein Zweifel: Wer jetzt die Massen vom Schloß her ‚bolschewistisch' oder vom Reichstag zum Schloß hin ‚sozialdemokratisch' in Bewegung bringt, der hat gesiegt."

** Die Sprache Eberts war angemessener. In seinem Aufruf „An alle Behörden und Beamten" heißt es: „Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte übernommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen . . . Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volke. Ein Versagen der Organisationen in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem Elend ausliefern."

Sie, sorgen Sie dafür, daß keine Störung der Sicherheit eintrete. Sorgen Sie dafür, daß die Republik, die wir errichten, von keiner Seite gestört werde. Es lebe die freie deutsche Republik!"

Inzwischen ist Ebert im Reichstagsgebäude eingetroffen, erfährt was geschehen ist und macht Scheidemann heftige Vorwürfe wegen seiner voreiligen Erklärungen: „Ebert war vor Zorn dunkelrot im Gesicht geworden, als er von meinem Verhalten hörte. Er schlug mit der Faust auf den Tisch und schrie mich an ‚Ist das wahr?'" (so berichtet Scheidemann selbst über die Szene a.a.O. Seite 310). Das Geschehene mußte geschehen bleiben. So bekam der neue Staat als bitteres Angebinde der in Wirklichkeit besiegten Leninisten jenes Kainsmal auf die Stirn: Daß Phrasen von Triumph und Freiheit in einer Stunde geredet wurden, in der angesichts der im Westen sich vollziehenden Tatsachen jeder denkende Deutsche Trauer und Erbitterung im Herzen trug.

Zwei Stunden später stand Liebknecht auf dem Balkon des Berliner Schlosses. Als habe er gesiegt, sprach er von der Stelle, an der der Kaiser 1914 bei Kriegsausbruch seine Ansprache an die Berliner gehalten hatte. „Wir rufen zur Vollendung der Weltrevolution auf! Wer von Euch die freie sozialistische Republik Deutschland und die Weltrevolution erfüllt sehen will, erhebe seine Hand zum Schwur!" Ein Deserteur schrie gellend über den Platz: „Es lebe der erste Präsident der deutschen Räterepublik, Karl Liebknecht". Liebknecht wehrte ab: „Soweit sind wir noch nicht".

Nein – soweit war er noch nicht; aber dieses Ziel wurde nicht aufgegeben. Man muß mit dem Blick auf die Gegenwart sogar sagen: Es *ist* nicht aufgegeben. Immerhin gilt auch heute, fast vier Jahrzehnte später, immer noch der gleiche Satz: „Soweit sind wir noch nicht".

*

Es lohnt sich, zum Abschluß dieses Kapitels die in Mitteleuropa durch die deutsche Niederlage 1918 entstandene neue Lage von einer anderen, der russischen Seite her zu betrachten. Vielen glaubhaften Berichten zufolge hatte Lenin den Brest Litowsker Vertrag in der Erwartung unterschrieben, daß er nicht von Dauer sein werde. Schon die alliierten Waffenstillstands-

bedingungen erfüllten seine Hoffnung. Es war darin von der Reichsregierung der sofortige Verzicht auf den russischen Vertrag gefordert worden – das geschah allerdings offenkundig nicht um Lenin, sondern um einem künftigen anderen Regime in Rußland eine Geste zu erweisen.

In der Tat war zu erwarten (und hat sich dann 1919/20 gezeigt), daß die Westmächte, von der Bindung ihrer mächtigen militärischen Kräfte plötzlich befreit, der im Omsk (Sibirien) im Sommer 1918 gebildeten weißrussischen Regierung Unterstützung gewähren würden; die Japaner waren als eine Art Vorhut schon am 30. Dezember 1917 in Wladiwostok gelandet und hatten sich in der Zwischenzeit über Sibirien bis zum Baikalsee ausgebreitet. In Murmansk und Archangelsk waren dann im Juni 1918 englische Truppen gelandet.

Mochte es im Jahre 1917 vorwiegend deutsches Interesse gewesen sein, im russischen Raum wirklich Frieden zu erhalten, nun war es umgekehrt – eine Ordnung des deutsch-russischen Verhältnisses war nun auch für Moskau geradezu das Gebot der Stunde. Es kam dazu, daß die Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland die Fortdauer der Blockade vorsahen, so daß also auf deutscher Seite auch jetzt noch eine entgegenkommende Geste aus Moskau wie ein Fingerzeig der Hoffnung gewertet worden wäre. Wiederum zeigte sich, daß deutsche und russische Interessen in der Regel übereinstimmen.

Lenins Ratschlüsse waren erneut anderer Art: Wütend über den Fehlschlag seiner Vorbereitungen für die Machtergreifung Liebknechts in Berlin*, blieb es monatelang sein Hauptanliegen die Ebert-Regierung zu stürzen und die Wahl zur Weimarer Nationalversammlung durch eine „Zweite Revolution“ zu verhindern.

Zu diesem Zwecke wurde Radek-Sobelsohn nach Berlin entsandt, wo der Spartakus-Bund im Dezember 1918 eine Tagung vorbereitete, um sich von der in die Regierung eingetretenen USP zu trennen. Nicht ohne Schwierigkeit gelang es Radek, sein Reiseziel zu erreichen – andere Moskauer Propagandasend-

* Nach David Shub (a.a.O. Seite 395) soll es sogar zu einem „Geheimvertrag“ zwischen Lenin und Liebknecht gekommen sein. „In diesem Vertrag versprach Lenin, der spartakistischen Propaganda Geld und Waffen zu liefern und Karl Liebknecht als Präsidenten der Deutschen Sowjetrepublik anzuerkennen.“

linge waren von den deutschen Behörden zurückgewiesen worden. Radek aber kam in Berlin an, er trat auf dem Spartakus-Parteitag, auf dem dann die „Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)“ gegründet wurde, „als der offizielle Vertreter der Bolschewisten zu den deutschen Kommunisten“ (Fischer a.a.O. Seite 92) in Erscheinung. Das Ergebnis seiner Tätigkeit war nicht nur der Beschluß der neugegründeten Partei, sich von den Wahlen zur Nationalversammlung fernzuhalten, sondern auch ein dramatischer Putschversuch in den ersten Januartagen 1919.

Der Parteitag sandte ein Begrüßungstelegramm an die russische Sowjetrepublik und wählte dann anschließend einen 53köpfigen Revolutionsausschuß mit Liebknecht an der Spitze. Erneut wurden die „revolutionären Betriebsobleute“ mobilisiert, nochmals auf die Deserteurorganisation zurückgegriffen, Berlin erlebte wieder aufgeregte Tage, einige Stunden lang war sogar die Reichsregierung in der Wilhelmstraße von der Außenwelt abgeschnitten. Aber Radek war kein Lenin, und Liebknecht ermangelte offenbar ausreichender Erfahrung als Berufsrevolutionär. Es wurde zwar in der Wilhelmstraße gelegentlich herumgeschossen, aber der „Sturm auf das Winterpalais“ blieb aus. Hermann Müller urteilt (a.a.O. Seite 260): „Militärisch hatte diese Bewegung den Charakter eines Guerilla-Krieges. Jede Oberleitung, überhaupt jeder militärische Plan fehlte.“ Zweifellos hatte Ebert die Geschichte der „Glorreichen Oktober-Revolution“ studiert und aus ihr gelernt; er beauftragte seinen Parteifreund Noske, der Ende Dezember 1918 Volksbeauftragter geworden war, genügend militärische Kräfte zu versammeln und durch planmäßiges Vorgehen die Affäre mit einem Minimum von Verlusten zu liquidieren. Am 15. Januar 1919 war der Spuk vorbei. Liebknecht wurde verhaftet und von empörten Soldaten – angeblich bei einem Fluchtversuch – erschossen. Radek verbarg sich und konnte erst später verhaftet werden.

Vier Tage später fanden die Wahlen zur Nationalversammlung statt.

*

Der Moskauer Versuch, eine deutsche Nationalversammlung zu verhindern war gescheitert. Aber eine andere Wirkung hatten diese Ereignisse doch: Am gleichen Tage versammelten sich

unter dem Vorsitz Wilsons in Versailles die Delegierten der Entente, um den Friedensvertrag vorzubereiten. Die Nachrichten, die ihnen am 18. Januar 1919 beim Zusammentritt dieser Konferenz aus Deutschland vorlagen, mußten auch die Zweifelnden ermutigen: Einem so chaotischen Deutschland konnte man auch ein hemmungsloses Diktat aufzwingen.

Solcher Art war der Dienst, den Lenin den Deutschen in diesen düsteren Monaten leistete.

Er selbst erhielt seine Quittung wenige Monate später, als die Armeen Judenitsch's, Koltschaks und Denikins mit alliierter Waffenhilfe konzentrisch gegen Moskau vorrückten. Um Haaresbreite hätte er Rußland verloren, nur weil er Deutschland erobern wollte ...

Zwei zu Unrecht vergessene Räterepubliken: München und Budapest 1919

In den deutschen Ereignissen des Winters 1918–1919 stellt die *bayerische* Entwicklung eine Besonderheit dar.

Bei aller sonstigen Verschiedenheit bestand zwischen dem weiten Rußland und dem begrenzteren Oberbayern – nur um diesen schmalen Landstrich handelte es sich bei den entscheidenden Vorkommnissen – *eine* Parallelle: In beiden Bereichen gab es besonders *geringe* Voraussetzungen für eine klassenkämpferisch-revolutionäre Entwicklung im Sinne der Theorien des Karl Marx! Kaum irgendwo anders in Deutschland waren auch in der liberal-kapitalistischen Periode vor dem Ersten Weltkrieg die tatsächlichen Klassengegensätze milder ausgeprägt, als etwa in München – einer Stadt, in der Unterschiede in der Teilnahme an den üblichen Lebensfreuden nicht geduldet wurden und in deren Oktoberfestzelten die Kommerzienräte mit Selbstverständlichkeit neben den Gepäckträgern sich niederließen. Manche deutschen Fürstenhäuser waren schon vor 1914 umstritten und unpopulär – die bayrischen Wittelsbacher aber, deren „Märchenkönig" Ludwig II. heute noch die Phantasie der bayrischen Bevölkerung beschäftigt, schienen über solche Probleme völlig erhaben und im Volke fester verwurzelt, als irgendeine andere Dynastie.

In den Berliner Debatten um die Abdankung des Kaisers Ende Oktober und Anfang November 1918 spielte das – wie Stampfer (a.a.O. Seite 51) sich ausdrückt – „starke Argument" eine Rolle: „Wurde der Norden republikanisch und blieb der Süden monarchisch, dann drohte Reichszerfall und innerer Krieg. Das war für viele ein Grund gewesen, mit der Forderung nach der Republik zurückzuhalten."

Wer immer beweisen will, daß „Männer die Geschichte machen", kann an der Leistung des Kurt Kosmanowsky, der sich Eisner nannte, nicht vorübergehen:

Dieser Kurt Eisner gehörte seiner Veranlagung und Entwicklung nach zu der Gruppe begabter Publizisten, wie sie sich seit

der Zeit der Emanzipation des Judentums in Deutschland Einfluß verschafft hatte; sie war mit Heine und Börne zuerst in Erscheinung getreten und brachte während der wilhelminischen Ära in Maximilian Harden-Witkowsky ihren damals modernsten Repräsentanten hervor. Eisners Laufbahn war bis Kriegsausbruch nicht bedeutend gewesen – er hatte ursprünglich im sozialdemokratischen „Vorwärts" in Berlin gearbeitet, sich aber dann den „Unabhängigen" angeschlossen, und in München niedergelassen. Dort hielt er schon 1917 sogenannte „Diskussionsabende" ab*, zu denen er einen Kreis von Linksintellektuellen um sich versammelte. Er behauptete Deutschlands Schuld am Kriege und propagierte Massenstreik und Umsturz. Am 21. Januar 1918 bei einer dieser Zusammenkünfte teilte er mit, er sei soeben aus Berlin zurückgekehrt, wo er sich vierzehn Tage aufgehalten und „wichtige Informationen" erhalten habe. Welcher Art sie waren, deutete er in der Diskussion mit einem Zweifler an: „Lieber Freund, warten Sie mal vier bis sechs Wochen; es ist bedauerlich, daß jetzt, wo die Streikbewegung in Österreich eingesetzt hat, Berlin nicht gleich die Antwort gegeben hat." Wir erinnern uns: es sind die Tage, in denen Trotzki in Brest-Litowsk die Verhandlungen abbrach. Eisner ließ keinen Zweifel über den Zusammenhang zwischen der Verhandlungstaktik der sowjetischen Delegation und dem Munitionsarbeiterstreik. Am 27. Januar 1918 sprach er in einer USP-Versammlung in den Kolosseumbierhallen über das Thema „Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und das harrende Volk". Als dann endlich am 31. Januar der Munitionsarbeiterstreik doch noch in den Münchner Krupp-Werken ausbricht, ist Eisner der Redner der USP, der den SPD-Vertreter Auer an die Wand spielt. „*Wahlrecht hin, Wahlrecht her*" ist Eisners Parole, „*es geht ums Ganze*".

Eisner fordert den Generalstreik, damit insbesondere die bevorstehende deutsche Frühjahrsoffensive an der Westfront verhindert werde. Diese Offensive findet freilich trotz Eisner statt, der wortgewaltige Redner wird endlich doch verhaftet, aber – gemütliches München – nach acht Monaten durch den Innenminister begnadigt und, ähnlich wie Liebknecht, so rechtzeitig

* Diese Angaben stützen sich auf ausführliche Berichte, die in den „Süddeutschen Monatsheften" April 1924 veröffentlicht wurden.

auf freien Fuß gesetzt, daß er seine Münchner USP Anfang November 1918 wieder fest in der Hand hat. Stampfer meint (a.a.O. Seite 50) anerkennend, der dann folgende Münchner Umsturz sei im Vergleich zum Kieler Aufstand „weit besser vorbereitet und politisch besser gezielt“ gewesen.

Zur Vervollständigung des Bildes muß aber auch die völlige Ahnungslosigkeit der Regierungskreise erwähnt werden, die in der folgenden von Rudolf Kanzler, damaligem bayerischen Landtagsabgeordneten und späterem Einwohnerwehrführer, berichteten Geschichte beleuchtet wird:

„In einer Finanzausschußsitzung, die kurz vor Ausbruch der Revolution stattfand und in der man, wenn ich nicht irre, über Förderung des Kartoffelbaues oder ähnliches sprach, ergriff der sozialistische Abgeordnete Timm das Wort und sagte etwa: ‚Meine Herren, wir reden hier des Langen und Breiten über Förderung des Kartoffelbaues, was an sich ja auch notwendig ist, jedoch wir reden nicht von etwas unendlich wichtigerem, nämlich von der Revolution. Meine Herren! Die Revolution steht vor der Tür!‘

Der damalige Ministerpräsident Dandl, der in dieser Sitzung anwesend war, antwortete: ‚Meine Herren, reden Sie doch nicht immer von der Revolution, sondern sprechen sie von den Dingen, die auf der Tagesordnung stehen.‘ Es war derselbe Minister, der, nachdem das Unglück geschehen war, seinem königlichen Herrn keinen anderen Rat zu geben hatte, als den, die Beamten, Offiziere und Soldaten ihres Eides zu entbinden. Ich war erschüttert über das Versagen der maßgebenden und verantwortlichen Männer“ (Rudolf Kanzler, Bayerns Kampf gegen den Bolschewismus, München 1931, Seite 9).

So kam es, daß am 7. November 1918 der bayerische König vor einem von Kurt Eisner angeführten Demonstrationszug aus München flüchtete und dieser redegewandte Literat sich am Tage darauf – also 24 Stunden *vor* den Berliner Ereignissen – im bayrischen Landtagsgebäude vor einer zusammengewürfelten Versammlung angeblicher Arbeiter- und Soldatenräte*

* Über den, wie er sich ausdrückt, „besonderen Charakter“ dieses angeblichen „Arbeiter- und Soldatenrates“ berichtet der an den Ereignissen unmittelbar beteiligte Erich Mühsam in seinem ausführlichen Bericht „Von Eisner bis Leviné“ (Berlin 1929, Seite 12): „Er hatte sich spontan aus den am Umsturz beteiligten Proletariern in der Stärke von etwa 50 Personen

selbst zum Ministerpräsidenten ausrief, wobei er stolz erklärte (Bericht der Münchner-Augsburger Abendzeitung vom 9. November 1918):

„Es war ein Stück *Überraschungsstrategie* mit der wir das alte Bayern aus den Angeln gehoben haben. Niemand hat vor zwei Tagen dergleichen für möglich gehalten . . . Das Äußere und damit das Präsidium übernimmt als Symbol des revolutionären Ursprungs dieser Regierung der, der vor ihnen steht und jetzt zu ihnen spricht."

In nüchterne Sprache übersetzt: in München war gelungen, was in Berlin am Tag darauf nicht geglückt ist – die USP hatte die Mehrheitssozialdemokraten überrundet. Immerhin war Eisner schlau genug, um zu wissen, daß es ein „Handstreich" war (wie Stampfer die Münchner Affäre richtig beurteilt), er nahm nicht nur Mehrheitssozialdemokraten sondern sogar parteilose Fachminister in sein Kabinett auf, um ihm einige Dauer zu sichern.

Von Eisner müßte freilich trotz seiner Versuche, in den Bereich der großen Politik vorzudringen*, in diesem Buche nicht

---

konstituiert, die sich um die damals ungeheuer populäre Person Eisners geschart hatten. Dieser ‚Revolutionäre Arbeiterrat' war und blieb die stärkste treibende Kraft der bayerischen Revolution bis zum April 1919. Er gab sich eine souveräne Verfassung mit dem Recht des Ausschlusses unzuverlässiger Mitglieder und der Kooptation von Genossen aus eigener Machtvollkommenheit." Der Schriftsteller Mühsam, der sich selbst als „Anarchist" bezeichnet, berichtet, daß auch er „kooptiert" und dadurch Mitglied dieses „Arbeiterrates" wurde – zweifellos waren die sonstigen Beteiligten dieses Gremiums genau so wenig berechtigt, sich als Vertreter der bayerischen Arbeiterschaft zu bezeichnen.

* Bei einer Konferenz der Ministerpräsidenten, die am 25. November 1918 in Berlin stattfand, machte Eisner einen aufsehenerregenden Vorstoß gegen das Auswärtige Amt. Er erfand bei dieser Gelegenheit, der Zeitenentwicklung um Jahrzehnte vorauseilend, den Begriff der „politischen Belastung" und erklärte alle höheren Beamten als nunmehr „untragbar". Ebert widersetzte sich (wie die seitherigen Berichte über die tatsächliche Einstellung der Siegermächte beweisen, mit Recht) der Theorie, durch „restlose Entfernung aller kompromittierten Persönlichkeiten" könne ein besserer Friede erzielt werden. Unter „kompromittiert" verstand Eisner alle Beamten, die während des Krieges pflichtgemäß die Interessen des Reiches vertreten hatten. Die wirkliche Absicht seiner stürmischen Forderung war natürlich (auch das hat sich nach 1945 wiederholt), ein Maximum von Desorganisation in der Staatsführung herbeizuführen. Eisner ließ es bei diesem, an Eberts Sachverstand gescheiterten Vorstoß nicht bewenden. Von der Ministerpräsidentenkonferenz in die damalige bayerische Gesandtschaft in Berlin zurückgekehrt, veranlaßte er eine eilige Veröffentlichung aus dortigen Aktenstücken, Berich-

notwendigerweise gesprochen werden, wäre nicht das Ende seiner politischen Laufbahn noch dramatischer gewesen als ihr Beginn.

Eisner war – wie wir wissen – kein Freund von Wahlen. In seinem dienstlichen Verkehr mit der Berliner Ebert-Regierung widersetzte er sich heftig dem Plan, die vorgesehenen Nationalversammlungswahlen durchführen zu lassen. Mit diesem Standpunkt konnte er sich freilich nicht einmal in seiner eigenen Regierung durchsetzen. Nachdem der Rausch des „Handstreiches" vorüber war, besannen sich Eisners Ministerkollegen, vielleicht wurden auch die Sozialdemokraten unter ihnen von ihrem Berliner Parteivorstand zur Ordnung gerufen – jedenfalls fanden im rechtsrheinischen Bayern schließlich schon eine Woche vor den Wahlen zur Nationalversammlung die Wahlen zu einem neuen bayerischen Landtag statt. Ihr Ergebnis war für den redegewaltigen Herrn Eisner-Kosmanowsky rundheraus vernichtend. Von 2948000 wurden 1071000 Stimmen für die aus der ehemaligen Zentrumspartei hervorgegangene Bayerische Volkspartei, 963000 für die Mehrheitssozialdemokraten und ganze 79000, also nicht einmal drei Prozent der Stimmen für die USP, die Partei des „Ministerpräsidenten" abgegeben.

Diese Wahl zeigte drastisch die tatsächliche Stimmung der bayerischen Bevölkerung und ihren Widerspruch gegen die Vorgänge vom 7. November 1918, aber zunächst änderte sich nichts. Eisner zögerte – nach Lenins Vorbild – die Einberufung des Landtages zunächst hinaus und veranlaßte den Zusammentritt eines Kongresses der „Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte", vor dem er gegen den noch gar nicht zusammengetretenen

---

ten der bayerischen Gesandtschaft aus den letzten Friedenstagen 1914. Durch Unterschlagung entlastender Textstellen verstand es Eisner – auch hierin seiner Zeit voraus und die Methoden der späteren Nürnberger Anklagebehörde vorwegnehmend –, den Eindruck hervorzurufen, daß der Erste Weltkrieg in Berlin planmäßig vorbereitet worden sei. Später wurden die damaligen Eisnerschen Publikationen gerichtlich als Fälschung entlarvt und die vollständigen Texte veröffentlicht. Für die historische Forschung haben diese sich als unbeachtlich erwiesen, in den Wintermonaten 1918–19 aber hat die Eisnersche Aktion beträchtliche Auswirkungen gehabt. Sie bestärkte die französischen und englischen Bevollmächtigten in Paris in ihrer Forderung nach einem Vernichtungsfrieden und sie haben für den berüchtigten Kriegsschuld-Paragraphen 231 des Versailler Diktates als Argument gedient. Über diese Zusammenhänge vgl. Dirr: Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch, München 1922.

Landtag heftig polemisierte. Dieser Landtag werde arbeitsunfähig sein, so verkündete er kühn, weil kein Sozialist neben einem Zentrumsmann sitzen könne; Parlament und Rätesystem müßten nebeneinander bestehen, dann werde sich schon zeigen, wo die stärkere Lebenskraft sei (zitiert nach Stampfer a.a.O. Seite 102).

Das waren bombastische Worte, aber es fehlte der Hintergrund; die Mehrheitssozialdemokraten, die bei der Wahl wesentlich besser abgeschnitten hatten, traten Eisners Anschauungen entgegen, und so wurde der Landtag durch den sozialdemokratischen Innenminister Auer auf den 21. Februar 1919 zu seiner ersten Sitzung einberufen.

Am Tag vorher war auch noch der „Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat" bewogen worden, das Landtagsgebäude zu räumen*, und – was noch wichtiger war – in einer Kabinettssitzung wurde Eisner klar gemacht, daß nach dem Zusammentritt des Landtags unvermeidlich die Demission der Regierung mitgeteilt werden müsse. Vieldeutig wurde in dem diesbezüglichen Erklärungsentwurf freilich bemerkt „das Ministerium sei bereit, die Geschäfte weiter zu führen, bis der Landtag eine neue Regierung gebildet hat".

Die Frage, ob es Eisner gelungen wäre, die nach den Mehrheitsverhältnissen im Landtag erforderliche Koalition zwischen SPD und Bayerischer Volkspartei zu verhindern, um dadurch selbst an der Macht zu bleiben und seinen „Arbeiter- und Soldatenrat" im politischen Spiel zu halten, ist nie entschieden worden: Als der Ministerpräsident sich am Morgen des 21. Februar aus dem Gebäude des damaligen Außenministeriums am Münchner Promenadeplatz zu Fuß in den wenige Schritte entfernten Landtag zur Eröffnungssitzung begeben wollte, näherte sich ihm ein junger Mann, zog die Pistole und streckte Eisner mit mehreren Schüssen nieder. Die Leibgarde war zu weit vorangeschritten und konnte nur noch den Attentäter zusammenschlagen. Es handelte sich um einen Angehörigen des bayerischen Hochadels, Leutnant Graf Arco-Valley. Er wurde schwer verletzt ins Gefängnis eingeliefert und später zu langjähriger Festungshaft verurteilt. Zur Eröffnung des Landtags aber traf

* Diese und weitere Einzelheiten nach Dr. F. A. Schmitt: Die Zeit der zweiten Revolution in Bayern, München 1919.

statt des Ministerpräsidenten die Todesnachricht ein. Die blutigen Ereignisse dieses Vormittags waren noch nicht beendet. Als der Landtag sich mit einstündiger Verspätung zu einer Trauersitzung versammelte, drang der Metzgergeselle Lindner, ein Mitglied des „Revolutionären Arbeiterrates“ in den Sitzungssaal ein, schoß zunächst auf den sozialdemokratischen Innenminister Auer, der schwer verletzt zusammensank, und gab dann noch weitere Schüsse ab, durch die ein Polizeioffizier und ein Abgeordneter der Bayerischen Volkspartei getötet wurden. Worauf der Attentäter sich unbehelligt entfernte und der Landtag „auseinanderstob“, wie es in einem zeitgenössischen Bericht heißt.

Es wäre richtiger gewesen, wenn das Parlament für Saalschutz gesorgt hätte und sofort wieder zusammengetreten wäre. Unter Berufung auf die „Vertagung“ des Landtags riß nun die USP, die Vertreterin von knapp drei Prozent der bayerischen Bevölkerung, unverzüglich die Macht an sich; sie verkündete einen Generalstreik, dem in der allgemeinen Verwirrung Folge geleistet wurde, und konstituierte einen „Zentralrat“ als Träger der politischen Macht in Bayern. Es folgte ein Monat des Durcheinanders, eines Tauziehens zwischen SPD, USP und – KPD; inzwischen hatte sich nämlich auch eine kommunistische Partei unter der Leitung eines gewissen Levien in München eingerichtet; von der Berliner KPD-Zentrale entsandt, waren außerdem ein junger Mann namens Leviné-Nissen, sowie ein Herr Axelrod* in München erschienen.

Der „Revolutionäre Arbeiterrat“ – jene merkwürdige Organisation, von der nur eines gewiß war: daß die bayerischen Arbeiter sie weder geschaffen noch beauftragt hatte – forderte Ausrufung der Räterepublik und Abbruch der Beziehungen zur Berliner Regierung. Erich Mühsam führte das große Wort:

> „Man vertreibe alle verantwortlichen Persönlichkeiten des alten Systems von ihren Posten, pfeife auf den Bannfluch von Weimar und verbinde sich schnellstens mit den natür-

* Sowohl Levien wie Axelrod standen bereits während der schweizer Emigrationsjahre mit Lenin in Kontakt. Über Leviné-Nissen berichtet die Ruth Fischer (a.a.O. Seite 128), er habe als Sohn eines reichen jüdischen Kaufmannes aus Petersburg bei Kriegsausbruch in Berlin studiert, sich naturalisieren lassen und dann als Dolmetscher in der deutschen Armee gedient. „Bei Kriegsende war er in einer der Kriegsagenturen in Berlin angestellt, wo er die neuen Insassen der Sowjet-Botschaft traf.“

lichen Verbündeten der sozialistischen Revolution, mit den herrlichen Vorkämpfern der Weltbefreiung in Rußland" (Mühsam a.a.O. Seite 29).

Das blieben zunächst nur Worte. Sogar der „Rätekongreß" lehnte noch am 28. Februar 1919 Mühsams Antrag auf sofortige Ausrufung der Räterepublik mit 234 gegen 70 Stimmen ab. Statt dessen versammelte sich am 17. März erneut der Landtag, wählte eine SPD-USP-Regierung unter der Ministerpräsidentschaft Hoffmann.

Erst Anfang April ließ sich der Knoten schürzen: Der Vorsitzende des „Zentralrates", der ehemalige Volksschullehrer Niekisch* hatte in Erfahrung gebracht, die Regierung beabsichtige, den Landtag zum 8. April einzuberufen, und forderte nun, gestützt auf ein angebliches Verlangen ausgerechnet der Augsburger Arbeiterschaft und unter Hinweis auf die inzwischen in Ungarn errichtete Räterepublik, die Ausrufung dieser Regierungsform auch in München.

* Dieser Ernst Niekisch, der heute als Hochschulprofessor in der deutschen Sowjetzone tätig ist, hat seither als Schriftsteller gelegentlich von sich reden gemacht. Seine Theorie ist die eines fanatischen „Nationalbolschewismus"; was er darunter versteht, ist in seinem 1930 in Berlin erschienenen bekanntesten Buch „Entscheidung" deutlich genug dargestellt. Hier konstruiert er einen abgrundtiefen Widerspruch zwischen germanischem und romanischem Wesen (während er im Russentum das „Asiatische" bewundert) und fordert von Deutschland „die Bartholomäusnacht und Sizilianische Vesper gegen alles, was an Westlichem in ihm lebt. Mit grausamer Härte muß es in sich selbst ausrotten, was in ihm dem Westen verbündet ist" (a.a.O. Seite 163). Nach Niekischs Ansicht ist es die Aufgabe der kommunistischen Bewegung „als einer jener Wirbelwinde, die das unterste nach oben werfen, über den Volkskörper dahinzustoßen". „Sie (die kommunistische Bewegung) *scheint* eine soziale Angelegenheit zu sein; die ‚List der Idee' ordnete den Lauf der Dinge aber so, daß sie, während sie sich in soziale Absichten verbeißt, eine allgemeine volkliche Funktion zu erfüllen hat. Indem sie entzivilisiert, enteuropäisiert, entromanisiert, verheidet, beseitigt sie Gestrüpp und Geröll und verschafft dem germanischen Seinskern wieder Luft und Raum ... Hinter der Bolschewistenpsychose verstecken sich die Angstinstinkte des romanisierten Menschen, der fürchtet, fortgewischt zu werden. Das Maß des antikommunistischen Eifers kann geradezu als Gradmesser dafür betrachtet werden, wieviel germanische Substanz man in sich hat" (a.a.O. Seite 167). Dieser eigenartige Versuch eine Verbindung zwischen marxistischer und rassischer Denkweise herzustellen, hat die beabsichtigte verwirrende Wirkung damals nicht erzielt; seither gibt sich Niekisch natürlich nicht mehr so betont „germanisch". Über die deutsche Entwicklung nach 1933 hat er vor wenigen Jahren in einem westdeutschen Verlag ein leidenschaftliches Buch mit dem einprägsamen Titel: „Das Reich der niederen Dämonen" veröffentlicht. Das ist eine Formulierung, mit der sich in Wirklichkeit die ganze marxistische Gedankenwelt am treffendsten bezeichnen ließe.

Es ist auch heute noch schwierig die turbulenten Vorgänge jener Tage zu durchschauen: sowohl die USP (die sich auf die Seite der Regierung stellte) wie überraschender Weise auch die KPD blieben dem Rat der „Volksbeauftragten" fern, der sich durch eine schwülstige Proklamation am Morgen des 7. April 1919 (nachdem in der vorhergehenden Nacht die Münchner Zeitungsredaktionen besetzt worden waren) der erstaunten Bevölkerung vorstellte. Die Regierung Hoffmann verlegte ihren Sitz nach Bamberg und forderte die Öffentlichkeit auf, den Münchner Usurpatoren keine Gefolgschaft zu leisten. Diese bildeten in der Tat eine höchst merkwürdige Gesellschaft: Neben Niekisch waren die leitenden Köpfe der bereits erwähnte Schriftsteller Mühsam und der 26jährige damalige Jurastudent Ernst Toller. Als Gründungsstätte der „Räterepublik" hatte man mit treffsicherem Instinkt das ehemalige Schlafzimmer der Königin im Wittelsbacher Palais erwählt. Als erste Regierungsmaßnahme proklamierte man den 7. April als „Nationalfeiertag". Zum „Außenminister" wurde ein Privatgelehrter Dr. Lipp ernannt, der während des Krieges in der Schweiz unter dem Verdacht deutschfeindlicher Spionage interniert war und offenbar deshalb besonders geeignet erschien. Dieser Dr. Lipp ist in die Kuriositäten-Geschichte eingegangen wegen des Funkspruches, den er unverzüglich nach Moskau richtete (und der vermutlich sogar im düsteren Kreml Heiterkeit erregte):

„Proletariat Oberbayerns glücklich vereint. Sozialisten plus Unabhängige plus Kommunisten fest als Hammer zusammengeschlossen; mit Bauerntum einig. Liberales Bürgertum als Preußens Agent völlig entwaffnet. Bamberg Sitz des Flüchtlings Hoffmann, welcher aus meinem Ministerium den Abtrittschlüssel mitgenommen hat. Die preußische Politik, deren Handlanger Hoffmann ist, geht dahin, uns vom Norden, Berlin, Leipzig, Nürnberg abzuschneiden, auch von Frankfurt und vom Essener Kohlengebiet, und uns gleichzeitig bei der Entente als Bluthunde und Plünderer zu verdächtigen. Dabei triefen die haarigen Gorillahände Gustav Noskes von Blut . . . Wir wollen den Frieden für immer. Immanuel Kant, ‚Vom ewigen Frieden', 1795, Thesen 2–5. Preußen will den Waffenstillstand zur Vorbereitung des Rachekrieges."

Die Kommunisten, die sich, wie erwähnt, an dem merkwürdigen Unternehmen nicht beteiligt hatten, weil sie unter „Räte-

republik“ in München wie anderswo nur eine unter ihrer unmittelbaren Kontrolle stehende Regierungsform verstanden*, verlangten und erhielten das Recht zu unkontrolliertem direktem Funkverkehr mit Moskau und Budapest.

Die Episode dauerte eine Woche, dann schlugen zwei Gruppen gleichzeitig zu: Ein Teil der Münchner Garnison verhaftete in der Nacht zum 13. April 1919 die „Volksbeauftragten“, setzte sie in einen Sonderzug und lieferte sie der Bamberger Regierung aus. Die Aktion war, wie es bei soldatischen Unternehmungen dieser Art meist geschieht, politisch mangelhaft geplant; bevor der in Bamberg residierende Ministerpräsident Hoffmann handeln konnte, hatten sich nun die drei kommunistischen Größen Levien, Leviné-Nissen und Axelrod mit einer Handvoll ihrer Gefolgsleute der Münchner Ministerien bemächtigt. Sie ließen den Hauptbahnhof solange unbelästigt, bis sie wußten, daß ihre verhafteten Vorgänger nach Nordbayern abtransportiert waren – dann begann das ernstere Zwischenspiel, das als „Münchner Rätezeit“ der bayerischen Bevölkerung bis heute in unerfreulicher Erinnerung geblieben ist und erst am 2. Mai 1919 mit der Befreiung Münchens durch die Truppen des Generals von Epp sein Ende fand.

Wichtiger als die Machenschaften dieser „Räterepublik“ wurden ihre Fernwirkungen: Die radikale Herrschaft der landfremden Clique, die sich in München niedergelassen hatte und die in der sinnlosen Erschießung angesehener Münchner Persönlichkeiten als „Geiseln“ am 30. April 1919 nach russischem Muster ihren Höhepunkt fand, hat München in den darauffolgenden Jahren zu einer Hochburg antimarxistischer und auch antisemitischer Gesinnungen gemacht.**

---

* Erich Mühsam berichtet (a.a.O. Seite 61) im Tone der Selbstanklage „Worin unser Fehler bestanden hatte, als wir die überstürzte Proklamation der Räterepublik vornahmen, erkannte ich nach einem Besuch des Genossen Axelrod bei mir. Er setzte mir auseinander, daß er der Ausrufung aus dem Grunde Widerstand entgegengesetzt habe, *weil sie ohne die genügende unterirdische Vorbereitung im Lande ins Werk gesetzt wurde.*“

** Eine bisher unveröffentlichte wissenschaftliche Untersuchung der Frühgeschichte der NSDAP von Dr. Georg Franz, die im Archiv des Münchner „Institut für Zeitgeschichte“ verwahrt ist, beleuchtet diese Zusammenhänge sehr aufschlußreich. Bezeichnend für die damalige öffentliche Meinung in Bayern war die am 9. April 1919 in Bamberg veröffentlichte „Staatsrechtliche Erklärung“ der Bayerischen Volkspartei, in der es heißt: „Die Baye-

Wer den Gesamtvorgang der „bayerischen Räterepublik" kritisch prüft, kommt zu dem Ergebnis, daß es sich, im Gegensatz zu den Berliner Vorgängen (im März 1919 war es dort nochmals zu organisierten blutigen Unruhen gekommen), an die Lenin die Hoffnung knüpfte, ganz Deutschland bolschewisieren zu können, um eine planlose Eskapade handelte, die nicht nur nichts mit marxistischer Theorie, sondern auch wenig mit Moskauer Strategie zu tun hatte. Sie wurde im Kreml dennoch mit Leidenschaft begrüßt. Der damalige sowjetische Außenkommissar Tschitscherin ließ sich hinreißen, in der regierungsamtlichen „Iswestija" zu verkünden: „Jeder Schlag gegen die Bayerische Räterepublik ist ein Schlag gegen uns" (zitiert bei Degras: The Communist International 1919–1943, Documents, Vol. I, Oxford 1956, Seite 50) – diese Drohung aus dem fernen Moskau blieb freilich in München selbst ohne jede Wirkung. Weitab von den damals noch bescheidenen Machtmitteln der Sowjetarmee, blieb das Ganze ein Abenteuer, wie seither jeder bolschewistische Machtergreifungsversuch, der nicht mit militärischen Machtmitteln gestützt wurde.

Leviné-Nissen wurde in München ergriffen, wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und am 5. Juni 1919 erschossen; Levien und Axelrod flüchteten nach Rußland. Auch sie wurden erschossen, aber erst geraume Zeit später und nicht wegen ihrer Münchner Umtriebe, sondern im Zuge einer stalinschen Parteisäuberung.

*

„Man muß die Vergangenheit zerreißen; nur so kann Neues gebaut werden, wenn man die Vergangenheit zertrümmert" – mit dieser damals beliebten Weisheit (die sich auch nach 1945 weit verbreitete, ohne dadurch vernünftiger zu werden) rief in

---

rische Volkspartei hält aus innerer Überzeugung fest an den politischen Freiheiten, deren sich das bayerische Volk erfreut. Aber sie lehnt jede Vergewaltigung des Volksganzen durch eine terroristische, von land- und rassefremden Elementen geführte Minderheit entschieden ab und verlangt, daß endlich einmal die Verhetzung weiter Kreise durch ausländische politisierende Juden ein Ende hat, deren Tätigkeit auch von ihren anständigen bayerischen Glaubensgenossen verabscheut wird." Auch der von allen Parteien unterzeichnete, aus Bamberg datierte Aufruf des Bayerischen Landtages vom 19. April spricht leidenschaftlich von einer „von machthungrigen, von land-

Ungarn ein Graf Michael Karolyi im November 1918 die Republik aus, nachdem die Habsburger Monarchie zusammengebrochen war.

Die Staatsgründung des Grafen Karolyi stützte sich im wesentlichen auf die ungarischen Sozialdemokraten, die immerhin in Budapest einen Teil der Bevölkerung hinter sich hatten. Verkündet wurde die Republik durch einen willkürlich zusammengestellten „Nationalrat"; im Gegensatz zu den deutschen Sozialdemokraten, hielten ihre ungarischen Freunde von vornherein wenig von allgemeinen Wahlen und das aus einem triftigen Grund: Sie waren bislang weit davon entfernt gewesen, in der ungarischen Arbeiterschaft eine wichtige Rolle zu spielen – bis 1917 waren knapp fünf Prozent der ungarischen Arbeiterschaft (die nach einer Bevölkerungsstatistik von 1910 44 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte) sozialdemokratisch oder gewerkschaftlich organisiert (vgl. Nyiri: Die Regierung Karolyi in Ungarn, Budapest 1925, Seite 8). Aus diesem Grunde kündigte die republikanische Regierung zwar in allgemeinen Ausdrücken Wahlen an, sie schrieb sie aber nicht aus, sondern regierte aus eigener Vollmacht.

Der Graf Karolyi war an die Spitze der Regierung gekommen nicht nur, weil er sich als „Gefühlssozialist" bezeichnete, sondern weil man glaubte, daß er als notorischer Gegner der ungarischen Kriegsanstrengungen während des Ersten Weltkrieges und auf Grund persönlicher Beziehungen bei den Entente-Mächten Ansehen genieße.* In dieser Linie bewegte sich von Anfang

---

und rassefremden Führern irregeleiteten und verhetzten Minderheit", die in der Landeshauptstadt „eine Gewaltherrschaft schlimmster Art" ausübe. In diesen Wochen wurde Adolf Hitler, damals noch Soldat der Münchner Garnison, zum ersten Male politisch tätig. Ein Haftbefehl des „Zentralrates" wurde gegen ihn erlassen, er konnte sich aber der Festnahme durch Widerstand entziehen (vgl. Hitler: „Mein Kampf", Dünndruckausgabe Seite 226).

* Diese Ansicht stützte sich auf die Tatsache, daß Graf Karolyi während des Krieges Verbindungen zu britischen Dienststellen unterhielt. So berichtet der Karolyi-Minister Oskar Jaszi in seinem Buch „Revolution and Counter-Revolution in Hungary" (London 1924) von einem Zusammentreffen Karolyis mit dem britischen Diplomaten Middleton-Edwards, das 1917 in Genf stattfand. Der britische Herausgeber des Jaszi-Buches bemerkt dazu, daß es Middleton-Edwards' Aufgabe war „die Tätigkeit der zahlreichen Emissäre aus den Feindländern, die Genf zu ihrem Hauptquartier gemacht hatten, zu überwachen". Es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß sich nur Hitler dem Problem eines solchen politisch-nachrichtendienstlichen



Besprechung im Kreml

Von links: Lenin, Bucharin, Sinowjew. Im Vordergrund: Paul Levi, damals Führer der deutschen Kommunistischen Partei

an seine Politik, und eine Hauptleistung bestand darin, daß der deutschen Mackensen-Armee der Rücktransport aus Siebenbürgen abgeschnitten und sie dadurch der Internierung preisgegeben wurde.

So starkhändig Karolyi solcher Art die Vergangenheit „zertrümmerte", so schwach war natürlich seine innerpolitische Stellung; außer der kleinen sozialdemokratischen Partei gab es keine Stütze. Und da er – von der Volksmehrheit eindeutig abgelehnt – den Fehler Kerenskis wiederholte, die Wahl einer Nationalversammlung hinauszuschieben, verdiente die Lage in Ungarn die Aufmerksamkeit, die man ihr im Kreml widmete.

Schon im November 1918 hatte Lenin den von ihm aus einem Kriegsgefangenenlager herausgeholten und zunächst in der Roten Armee verwendeten Bela Cohn, der seinen Namen dann in Khun magyarisierte, zusammen mit einem gewissen Tibor Szamuelly, beide wohlversehen mit falschen Pässen, nach Budapest in Marsch gesetzt, um dort eine kommunistische Partei zu gründen.* Bald darauf kam als „Dritter im Bunde" Josef Rabinovitsch aus Moskau an.** Mit Geldmitteln ausreichend versehen, gründeten die Moskauer Abgesandten sowohl die Partei wie eine Tageszeitung, und verschafften sich einigen Anhang in Budapest. Schließlich ging ihre Betriebsamkeit den Sozialdemokraten auf die Nerven; sie verhafteten den Bela Khun und seine

„Widerstandes" gegenübergesehen hätte. Auch das kaiserliche Deutschland und die Habsburger hatten damit zu tun. Die Erwartung Karolyis und seiner Freunde, daß diese während des Krieges gepflegten Verbindungen nach dem Zusammenbruch der kämpfenden Front zur Erlangung politischer Vorteile nützlich sein könnten, erfüllte sich nicht. Selbstverständlich beachteten die Siegermächte bei ihren Pariser Verhandlungen die kleinen Dienste keineswegs, die Karolyi im Kriege geleistet haben mochte – man liebt den Verrat, nicht den Verräter.

* Auch in Österreich wurde erst damals eine kommunistische Gruppe organisiert. Im Vorwort zu dem mehrfach herangezogenen Buch der Ruth Fischer „Stalin und der Deutsche Kommunismus" berichtet der amerikanische Historiker Sidney B. Fay: „Als Österreich-Ungarn zusammenbrach, schlug eine bolschewistische Delegation aus Moskau, die als Rote-Kreuz-Mission getarnt war, vor, sie (Ruth Fischer) und ihre radikale Gruppe von Studenten und jungen Arbeitern sollten eine kommunistische Partei in Österreich gründen und sich mit ihr der kommunistischen Dritten Internationale anschließen, die damals in Bildung war. Am 4. November 1918 wurde sie Mitglied Nr. 1 der Kommunistischen Partei Österreichs, einer der ersten kommunistischen Parteien Europas."

** Diese und weitere Einzelheiten nach Nyiri a.a.O. Seiten 112ff.

Freunde Anfang Februar und sperrten sie im Budapester Zentralgefängnis ein – freilich unter Bedingungen, die eine Fortsetzung der politischen Tätigkeit ermöglichten. Graf Karolyi kümmerte sich persönlich darum, daß die Verhafteten von der Außenwelt nicht abgeschlossen wurden, sondern sogar ihre Zeitung weiter redigieren konnten!

Der Knoten der Entwicklung schürzte sich auf besondere Weise: In Paris war inzwischen unter Wilsons Vorsitz die Friedenskonferenz der Entente zusammengetreten und hatte sich in der für diese Versammlung typischen oberflächlichen Weise mit dem Problem Ungarn befaßt. Natürlich verschwendete man nicht das mindeste Interesse auf die Person des Grafen Karolyi, seine Rolle im Kriege und seine bisherigen rednerischen Ergüsse. Clemenceau war daran interessiert, zur Fortsetzung der Einkreisung Deutschlands die sog. „Kleine Entente“ aus der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien vorzubereiten und stark zu machen. Wilson mußte über diese entfernten Gegenden erst die Landkarten zu Rate ziehen und der britische Ministerpräsident Lloyd George war an dieser Frage gänzlich uninteressiert. Die von Frankreich gewünschten Vergrößerungen seiner künftigen Bundesgenossen konnten nur auf Kosten Ungarns geschehen; dementsprechend beschloß der Alliierte Rat, der Budapester Regierung ein Ultimatum zu stellen, wonach sie zunächst einmal ihre Truppen auf eine Demarkationslinie zurückzuziehen habe, die im Norden, Osten und Süden mitten durch das bisherige Staatsgebiet verlief.

Der französische Oberstleutnant Vyx wurde beauftragt, dieses Ultimatum dem Grafen Karolyi zu überreichen. Wilhelm Böhm, sozialdemokratischer Kriegsminister der Karolyi-Regierung, den der Regierungschef zum Empfang des Oberstleutnants Vyx am 20. März 1919 zugezogen hatte, berichtet anschaulich über die Szene:

> „Ich ersuchte Vyx in französischer Sprache zu befragen, ob er sich dessen bewußt sei, welche Folgen in der gegenwärtigen verworrenen Lage die Demission der Regierung haben müsse, ob er wisse, daß der Rücktritt des Kabinetts Anarchie und Umsturz herbeiführen könne, ob es nicht zweckmäßig sei, einen letzten Aufschubversuch in Paris zu unternehmen oder aber, insofern es unmöglich sein sollte, die Last und Sorgen des

Regierens Oberstleutnant Vyx als Vertreter der Entente zu überlassen? Vyx beantwortete die Vorstellungen mit Achselzucken. Die Erwägung dieser Fragen liege nicht innerhalb seines Wirkungskreises. Ihm sei es vollkommen gleichgültig, welche Regierung bleibe und welche Folgen die Demission des Kabinetts zeitigen werde" (Böhm: Im Kreuzfeuer zweier Revolutionen, München 1924, Seite 268).

Als Kriegsminister Böhm in sein Ministerium zurückgekehrt war und die Lage mit seinem Mitarbeiter Oberst Tombor (einem Sozialdemokraten) besprach, verlieh dieser

„seiner persönlichen Auffassung Ausdruck, derzufolge jeder Pazifismus nunmehr beiseitegelegt werden müsse, da die Entente die Wilsonschen Grundsätze in den Kot gezerrt und das Land schauerlich betrogen habe. Das ganze Land müsse zu bewaffnetem Aufstand aufgefordert und statt der westlichen Orientierung eine östliche nach Rußland in unser Programm aufgenommen werden . . . Die sozialdemokratische Partei müsse sich zunächst mit der kommunistischen Partei versöhnen und einigen, um das gemeinsame Vorgehen mit den an der nördlichen Grenze des alten Österreich stehenden russischen Sowjettruppen zu ermöglichen."

Diese These hatte zwar den Nachteil, daß die Sowjettruppen keineswegs „an der nördlichen Grenze des alten Österreich" standen, sondern in der Ukraine die Offensive des Generals Denikin zu erwarten hatten, aber das änderte nichts an der Tatsache, daß die Formel des Oberst Tombor angenommen wurde und wir im damaligen Ungarn das erste Beispiel einer seither oft und in größeren Verhältnissen empfohlenen nationalpolitischen Kursänderung von West nach Ost vor uns sehen.

Die Budapester Vorgänge waren dramatisch genug: Graf Karolyi erklärte den Gesamtrücktritt der Regierung, und die Sozialdemokraten entsandten unverzüglich Unterhändler in das Zentralgefängnis, um mit dem dort einsitzenden Bela Khun die Regierungsneubildung zu verhandeln!

Der Vorgang war drastisch anders geartet, als Karl Marx sich eine aus Klassenkampf naturgesetzlich entwickelte Revolution vorstellte, er war auch mit dem Petrograder Putsch nicht entfernt vergleichbar; dennoch hat das Ereignis als das erste große „nationalbolschewistische" Experiment in der Geschichte unseres Jahrhunderts seinen Platz.

Bela Khun wußte, was er wollte; Böhm schildert (a.a.O. Seite 291) wie am 21. März unmittelbar aus dem Gefängnis kommend „um 8 Uhr abends die Kommunisten, Bela Khun voran“ im sozialdemokratischen Hauptquartier erschienen. „Die meisten waren uns völlig unbekannt, sie waren neue, nie gesehene Erscheinungen in der Arbeiterbewegung.“ Man schritt zur Regierungsbildung, und es schien, als seien die Kommunisten sehr bescheiden: nur Bela Khun wurde „Volkskommissar“ und zwar für die auswärtigen Angelegenheiten „um das Bündnis mit der russischen Räterepublik auch nach außen zu dokumentieren“. Die sonstigen Volkskommissare der Räterepublik waren Sozialdemokraten, aber jedem wurde auf Verlangen Bela Khuns nicht weniger als zwei kommunistische Stellvertreter beigegeben.* „So wurde der sozialdemokratische Charakter der Regierung auf Umwegen unwirksam gemacht“ berichtet Böhm klagend, aber zutreffend. In der Tat gab es nicht den leisesten Zweifel darüber, daß BelaKhun am Tage seiner Haftentlassung der Diktator Ungarns wurde. Der Graf Karolyi hinterließ noch eine Erklärung, in der er die politische Macht „dem Proletariat“ (worunter die ungarischen Arbeiter gewiß nicht die Khun, Szamuelly, Rakosi und Lukacz verstanden) übertrug.

Bela Khun wiederum stellte sich der ungarischen Öffentlichkeit nicht ungeschickt vor:

> „Aufreizung gegen die militärische Besetzung und die endgültige Verstümmelung der politischen Grenzen Ungarns, Ermunterung zum Kampf gegen die Besatzungstruppen der Entente: Auf diesem Grundton ist die von Bela Khun verfaßte, von der sozialistischen Partei unterzeichnete Proklamation gestimmt, nur dieser Ton konnte die ganze Arbeiterschaft, die nationalistisch gestimmte Bauernschaft, ja in den ersten Stunden selbst einen beträchtlichen Teil der im Banne des Nationalbolschewismus stehenden Bürger und Offiziere gewinnen“ (Böhm a.a.O. Seite 297).

Der französische Oberstleutnant Vyx und die Entente-Kommission verließen Budapest – die Ausrufung der Räterepublik schloß die Ablehnung des Ultimatums in sich ein.

* Solche „Stellvertreter“ waren u. a. im Handelsministerium Michael Rákosi, im Unterrichtsministerium Georg Lukács – zwei Personen, die nach 1945 erneut in Ungarn in Erscheinung traten, nachdem sie in der Zwischenzeit meist in der Sowjetunion gelebt hatten.

Während man im Kreml über die ungarische Entwicklung zwar verblüfft, aber doch hocherfreut war, versuchte man von Paris aus, die Entwicklung wieder in die Hand zu bekommen. Am 4. April 1919 traf mit einem Sonderzug aus Wien überraschend der südafrikanische Ministerpräsident und britische Feldmarschall Smuts in Budapest ein und empfing – ohne seinen Salonwagen zu verlassen – auf dem Hauptbahnhof Bela Khun zu einer Unterredung. Smuts hatte Vollmacht, eine etwas günstigere Demarkationslinie anzubieten und außerdem die Beiziehung ungarischer Delegierter vor Festlegung der endgültigen Grenzen in Aussicht zu stellen.

Die Mission Smuts bedeutete natürlich die politische Anerkennung des Bela Khun-Regimes, eine Tatsache, die dieser sehr genoß. Das vorgeschlagene „Kompromiß" war nicht gerade verlockend und entsprach wohl ziemlich präzise den Ansichten, die sich die Oberhäupter der Entente über die militärische Leistungsfähigkeit des Rätesystems gebildet hatten.* Man bot nicht

* Man war in Paris damals entschieden der Auffassung, daß das Lenin-Regime in Rußland bald beseitigt werden könne. In Anlehnung an eine bereits am 23. Dezember 1917 getroffene Abrede waren am 13. November 1918, wenige Tage nach dem Waffenstillstand mit Deutschland „Interessensphären" im russischen Raum zwischen England und Frankreich festgelegt worden: der gesamte Kaukasus und das transkaspische Gebiet sollten zum britischen, die Ukraine mit Bessarabien und der Krim zum französischen Einflußbereich gehören. Später schaltete sich Wilson ein und schlug eine „russische Konferenz" auf den Prinzeninseln im Marmarameer vor, zu der sowohl die Vertreter des Kreml, wie der russischen Gegenregierungen geladen werden sollten. Dieses Projekt scheiterte am Widerstand der „Weißen". Daraufhin kam es im Februar 1919 zu entscheidenden Beratungen in Paris über die russische Frage. Dort entwickelte der französische Marschall Foch den Gedanken eines allgemeinen „Kreuzzuges" gegen die Sowjets unter offener Beteiligung der Entente. Die Verbündeten würden den Krieg verlieren, wenn ihnen eine befriedigende Lösung der russischen Frage nicht gelinge, erklärte Foch am 19. Februar 1919 dem amerikanischen Präsidenten. Die ungarischen Nachrichten waren „Wasser auf die Mühlen Fochs", der alle antibolschewistischen Truppen in den Randstaaten, Polen, Rumänien, deutsche Kriegsgefangene, Freiwillige und alliierte Einheiten unter französischem Oberkommando „zu einem grandiosen Marsch nach Rußland" zusammenfassen wollte (vgl. Rauch: Geschichte des bolschewistischen Rußland, Wiesbaden 1955). Fochs weitreichender Plan wurde aber trotz der Bela Khun-Affäre am 27. März 1919 vom Obersten Rat der Alliierten abgelehnt. Man hielt es angesichts der offenkundigen Verwirrung in Rußland für ausreichend, die sog. weißrussischen Armeen nur noch mit Geld und Waffen zu unterstützen. Nach Rauch war die Gegnerschaft der Amerikaner gegen Fochs Plan „entscheidend": „Anfang des Jahres hatte Senator Bullitt Sowjetrußland in geheimer Mission bereist und die Überzeugung mitgebracht, daß eine weitere

die Hand, sondern einen kleinen Finger und war nicht unglücklich, als er von Bela Khun stolz abgelehnt wurde.

So hatten nun die Waffen das Wort. Der Zustand der ungarischen „Roten Armee" war nicht ermutigend, auf sie allein aber kam es jetzt an, nicht auf die hektischen „Sozialisierungs"-Maßnahmen, mit denen einige ganz Eifrige offenbar darauf ausgingen, die Sowjetunion zu übertrumpfen. Jedenfalls erklärte der Kriegsminister Böhm schon am 18. April voller Stolz:

> „Wir haben einen Vorsprung vor Rußland – wir haben in vier Wochen mehr als tausend Konzerne sozialisiert, während die Russen nicht mehr als 513 in einem ganzen Jahr sozialisierten" (zitiert nach Jaszi a.a.O. Seite 126).

Die Frage, ob es in ganz Ungarn jemals tausend Konzerne gegeben hat, können wir beiseite lassen; für die Entwicklung wichtiger war, daß nun militärisch gekämpft werden mußte. Eine der ersten Maßnahmen der Räterepublik war eine Kriegserklärung an die Tschechoslowakei mit dem ausgesprochenen Ziel, die Slowakei zurückzuerobern. Zweifellos wurde diese Stoßrichtung gewählt in der Annahme, daß die Pressemeldungen über einen erfolgreichen Vormarsch der Sowjettruppen in der Ukraine zutreffend seien. So hoffte man, die Tschechen in die Zange nehmen zu können. Dieser Gedanke scheint viele Kräfte beflügelt zu haben, denn die Erfolge der ungarischen Offensive waren zunächst befriedigend, die „Rote Armee" des Bela Khun konnte sogar bis in den Raum von Kaschau vordringen und eine „slowakische Räterepublik" ausrufen, die freilich nur wenige Tage währte. Dann allerdings formierte sich der tschechische Widerstand; gleichzeitig begannen rumänische Truppen ihren von Frankreich gestützten Angriff gegen Ungarn. Aus dieser Richtung erfolgte später schließlich der entscheidende Schlag.

Schon bevor sich die militärische Katastrophe in ihrem ganzen Ausmaß abzeichnete, hielt Bela Khun nach einer Verstär-

---

Schwächung Rußlands im Hinblick auf Japans Stellung im Pazifik und in Ostasien auch für die USA nicht opportun wäre. Davon hatte sich Wilson überzeugen lassen" (Rauch a. a. O. Seite 148). Der gleiche Senator Bullitt hat später in der Roosevelt-Ära und in der dem Zweiten Weltkrieg vorangehenden Periode eine nicht minder wichtige Rolle gespielt. Weiteres darüber im Kapitel „Der Stalin-Kurs: Geheimapparat und Weltpolitik" sowie im England-Buch des Verfassers (a. a. O. Seite 94f.).

kung seiner Position Ausschau – inzwischen war in München die dortige „Räterepublik" entstanden und der Gedanke, die Verbindung dorthin zu gewinnen, regte die Budapester Phantasie mächtig an:

„Die ungarischen Kommunisten warteten ungeduldig auf die Revolution in Österreich. Eine Gruppe von Propagandisten und Organisatoren wurde nach Wien entsandt, unter ihnen seltsame Gestalten, die sich als Anarchisten oder Anarcho-Syndikalisten deklarierten. Einer von ihnen, ein früherer Budapester Rechtsanwalt Ernst Bettelheim, machte von sich reden; er war der erste, der im Westen versuchte, durch Sabotage einen Massenaufstand herbeizuführen. Am 18. April steckte seine Gruppe das österreichische Parlamentsgebäude in Brand, und in derselben Nacht versuchten die ungarischen Kommunisten einen Staatsstreich, aber selbst die Mehrzahl der österreichischen Kommunisten widersetzte sich ihrem Vorhaben, da sie sich darüber im klaren waren, daß man die sozialdemokratischen Arbeiter durch solche Methoden nicht zur Aktion bringen konnte" (Fischer a.a.O. Seite 153).*

Schlimmer als dieser Fehlschlag waren die Nachrichten, die Szamuelly (er war vom Budapester Regierungsrat nach Rußland entsandt worden „um Meldungen zu erstatten und Informationen einzuholen") zu berichten hatte. Er entwarf nach seiner Rückkehr von der militärischen Lage „ein düsteres Bild". Von der ungarischen Grenze seien die Russen noch so weit entfernt und durch so große feindliche Armeen getrennt, daß die Hoffnung auf russische Hilfe in absehbarer Zeit „ein leeres Hirngespinst" bleiben müsse (Böhm a.a.O. Seite 387ff.).

Gewiß schrieb Lenin am 27. Mai 1919 großartige Worte „an die ungarischen Arbeiter":

„Ihr habt der Welt ein noch schöneres Beispiel gegeben, als Sowjet-Rußland, indem ihr fähig wart, alle Sozialisten auf das Programm echter proletarischer Diktatur zu einigen."

---

* Mitte Juni 1919 wurde durch kommunistische Straßendemonstrationen erneut „Putsch"-Atmosphäre in Wien erzeugt. Es wurden Gerüchte verbreitet, die ungarische „rote Garde" stehe an der Grenze zu einem Handstreich auf die österreichische Hauptstadt bereit. „Militärische Gegenmaßnahmen, die man als ausreichend erachtet, sind getroffen worden" berichtet darüber der Wiener „Times"-Vertreter nach London (20. Juni 1919).

Aber weder solche Proklamationen noch ein aufgeregter Aufruf „An Alle, an Alle“, den Moskau im Juli an das „Weltproletariat“ richtete, hielt den rumänischen Vormarsch auf; dieser gewann an Kraft, als Anfang Juni in dem von französischen Truppen besetzten Szegedin Admiral Horthy und Graf Bethlen eine Gegenregierung bildeten, der sich bald die nationalen Kräfte in Ungarn zuwandten, nachdem sie vom „Nationalbolschewismus“ Bela Khuns geheilt waren.

Am 31. Juli 1919 standen die rumänischen Truppen vor Budapest, und Bela Khun hielt seine letzte Rede vor dem „Arbeiterrat“:

> „Kalt und ruhig muß ich festellen: Die Diktatur des Proletariats ist gestürzt. Gestürzt sowohl wirtschaftlich wie politisch und militärisch.“

Dem Schwindel von der „Diktatur des Proletariats“, die nur seine eigene Diktatur gewesen war, fügte er die zynische Bemerkung hinzu:

> „Die Diktatur des Proletariats hätte ein anderes Ende nehmen müssen, wenn wir über selbstbewußte und revolutionäre Proletariermassen verfügt hätten.“

Diese Formel aus dem geistigen Bezirk des Karl Marx traf die Lage nicht: Es fehlten nicht nur die „revolutionären Proletariermassen“, sondern die erwartete militärische Hilfe Rußlands gegen die „Kleine Entente“ blieb aus. Diese Hoffnung und diese Enttäuschung umreißt die ganze Geschichte der „Räterepublik Ungarn“. In ihrer Entstehung und in ihrem Schicksal ist kein Gran Marxismus und nicht einmal ein Jota Leninismus enthalten.

Es bleibt zu berichten, daß Bela Khun, nicht ohne Grund um sein Leben besorgt, bei der sozialdemokratischen Regierung in Wien, die er vergeblich zu stürzen versucht hatte, um Asyl bat und es erhielt. Später reiste er in die Sowjet-Union weiter, widmete sich dort noch manchen wichtigen politischen Aufträgen, doch schließlich ereilte ihn sein Schicksal ebenso wie seine Münchner Kollegen – seit 1937 hat man nie mehr etwas von ihm gehört. Kenner nehmen an, daß auch Bela Khun zu den damals liquidierten Größen vergangener Tage gehört.

Im „Hauptquartier der Weltrevolution"

Noch bevor die Zwischenspiele der Räterepubliken in München und Budapest zur Festigung des nationalen Widerstandes der europäischen Völker gegen bolschewistische Experimente beitrugen, war für Lenin eine in mehrfacher Hinsicht unbefriedigende Lage entstanden.

Um der marxistischen Formeln willen hatte er darauf verzichtet, normale russische Politik zu treiben, aber der erhoffte Preis dafür: die Arbeitermassen des Westens, insbesondere Deutschlands, für sich zu gewinnen, blieb ihm versagt. Was für den Erfolg des Petrograder Staatsstreiches richtig war – die strikte Führung einer kleinen Kampftruppe fest in die Hand zu nehmen – erwies sich als geradezu abschreckende Methode gegenüber den alteingesessenen Sozialdemokraten Mitteleuropas. Wo es zufällig gelang, sie sich unterzuordnen, wie in Ungarn, war das Endergebnis für die Zuschauer erst recht nicht ermutigend.

Diese Entwicklung hatte einen tieferen Hintergrund: Da die Geschichte der Menschheit sich eben *nicht* nach den Theorien des Karl Marx vollzieht, sondern ganz anders geartete und sehr unterschiedliche Triebkräfte die Völker bewegen und auch fremdartige Doktrine – wenn sie, wie es in Rußland geschah, als Staatsprinzipien aufgezwungen werden – schließlich unvermeidlich einen „Nationalcharakter" annehmen, so hat auch schon die dem Staatsstreich folgende breitere Machtergreifung der Lenin-Leute typisch russische Merkmale aufgewiesen – und war dementsprechend in Europa unverstanden geblieben.

Die Schwäche des Kerenski-Systems war es gewesen, daß es dem russischen Volk nahm, worauf es seit Jahrhunderten eine politische Existenz gründete: den Zaren und die Diktatur. Lenins innenpolitische Stärke wurde es, daß er – mit veränderten Bezeichnungen – beides wieder in die russische Wirklichkeit einführte. Unglücklicherweise aber ließ er es bei dieser Erkenntnis der Tradition bewenden. Hätte er tiefer über die russischen Möglichkeiten und Fähigkeiten nachgedacht (Überlegungen die

freilich nur im Widerspruch zu Marx angestellt werden konnten), so würde er entdeckt haben, was ein schwedischer Diplomat sehr treffend über das zaristische Rußland ausgesprochen hat:

„So geeignet Rußland sich für asiatische Expansion gezeigt hat – in der Tat mehr als irgendein westeuropäischer Staat – so unerträglich wurde der Kontakt zwischen russischem Staatswesen und abendländischer Mentalität in den wenigen Fällen, wo er zustande kam, z. B. bei gewissen Kreisen in Finnland. Gerade die Eigenschaften des russischen Staatswesens, die es ganz geeignet für das russische Volk machten, vereitelten nämlich die innere Angleichung an die abendländische Gesellschaftsordnung und Lebensanschauung" (Rütger Essén: Zwischen der Ostsee und dem Stillen Ozean, Frankfurt/Main 1925, Seite 17).

„Der schwerste Vorwurf, den man der Politik des Zarentums während der Petersburger Zeit – wie die Zeit von 1703 bis 1917 am richtigsten genannt werden sollte – machen kann, ist daher *nicht der, daß diese Politik zu asiatisch, sondern daß sie zu europäisch war*" (a.a.O. Seite 23).

Der neue Zar Lenin – verwirrt sowohl durch die Schriften des Karl Marx, wie durch die Ratschläge seiner damaligen intimen Freunde Trotzki und Sinowjew, beide nichtrussischer Abkunft – verbrachte die ersten Jahre seiner Herrschaft mit leidenschaftlichen Versuchen, genau das fortzusetzen, was das weltpolitische Verhängnis des Zarentums gewesen war: die „europäische Politik". Lenin betrieb sie freilich anders, als die Zaren es taten – noch um einige Grade unwirklicher, indem er lange Zeit ernsthaft glaubte, zumindest Deutschland auf dem gleichen Wege des Putsches unter seine Botmäßigkeit bringen zu können, wie es ihm mit Rußland gelungen war.

Wir wissen, daß Lenin zunächst der Ansicht war, es genügten für den angestrebten Zweck einige Millionen Rubel und die Auslieferung von revolutionären Flugblättern durch die russische Botschaft in Berlin. Als dies sich als ein Irrtum herausgestellt hatte, trat nicht etwa Erkenntnis der Undurchführbarkeit einer politisch-revolutionären Eroberung Deutschlands ein, sondern nur eine schrittweise Verschärfung in der Wahl der Mittel – bis schließlich im Herbst 1923 im gleichen Botschaftsgebäude, aus dem im November 1918 der Botschafter Joffé verwiesen worden

war, ein ganzer Stab sowjetischer Offiziere versammelt wurde, um den jahrelang geplanten deutschen Bürgerkrieg nun doch noch zu dirigieren ...

*

Ein Blick weit zurück:

Der französische Kaiser Napoleon III. war sich kaum bewußt, der Taufpate einer wechselvollen, fast durch ein Jahrhundert verwirrend wirkenden Institution zu werden, als er anläßlich der Londoner Weltausstellung 1862 eine größere Gruppe französischer Arbeiter in die britische Hauptstadt London entsandte; die Absicht der Maßnahme war, daß seine Franzosen noch einiges von den damals in der Welt als erstrangig geltenden Arbeitsmethoden der englischen Industrie lernen könnten. Man lobte den schlauen Napoleon ob seiner fortschrittlichen Geste und auch aus Deutschland wurden – von privater Seite – Arbeitergruppen zur Londoner Weltausstellung entsandt. Dort wurden die französischen und deutschen Gäste von den in diesem Lande damals bereits bestehenden Gewerkschaften höflich aufgenommen, es fand ein Begrüßungsfest in der „Freemasons Taverne" („Freimaurer-Gaststätte") statt und es wurde dabei angeregt, „Arbeiterausschüsse" für den internationalen Ideenaustausch in Handelsfragen zu bilden.

Soweit, so gut: „Was nicht auf dem Programm stand, war die Anwesenheit von Karl Marx in London" (so drückt sich die „Enzyklopedia Americana" zur Vorgeschichte der sog. „Ersten Internationale" aus).

Als die Sache Hand und Fuß bekommen sollte, war der schriftgewandte Karl Marx derjenige, der „Statuten" entwarf! Zwei Jahre dauerte es noch, dann trat endgültig die „Internationale Arbeiter-Assoziation" ins Leben, die sich immerhin auf zwei Londoner Gewerkschaften und einige Pariser Arbeiterklubs stützen konnte. 1867 hatte sich die Unternehmung soweit entwickelt, daß Marx stolz an Engels schrieb: „Bei der nächsten Revolution ... haben wir (d. h. Du und ich) diese mächtige engine (Maschine) in unserer Hand." Marx unterstrich die Worte „wir" und „in unserer Hand".

Das war damals eitel Optimismus und bewahrheitete sich ebensowenig wie irgend eine andere Prophezeiung des Karl

Marx; schon wenige Jahre darauf ging die erste Internationale in einer Streiterei zwischen Marx und dem russischen Anarchisten Bakunin unter.

Auch die sogenannte „Zweite Internationale", die sich 1889 in der milderen Form einer lockeren Vereinigung der inzwischen in den europäischen Staaten entstandenen sozialdemokratischen Parteien bildete und bis zum Fiasko 1914 dauerte, später wieder erneuert wurde, bis man sie 1940 endgültig auflöste, bedarf keiner tiefschürfenden Untersuchung; sie wurde nicht wichtig im Sinne geschichtlicher Bedeutung.

Interessant wird das Thema erst mit der sogenannten „Dritten Internationale", die Lenin in Moskau ins Leben rief und die sich nicht mehr in vertraulichen Briefen und auch nicht mehr in einem Brüsseler Büro* erschöpfte, sondern die sich anschickte, aktive europäische Politik zu treiben.

Es sind nicht mehr theoretisierende Literaten, sondern die Herrscher eines großen Landes, die jetzt damit rechnen „eine mächtige engine" in *ihre* Hand zu bekommen.

*

Mit peinlicher Überraschung hatte man Mitte Januar 1919 in Moskau erlebt, daß der Berliner Putsch, zu dessen Vorbereitung Radek entsandt worden war, erneut mit einem Fehlschlag endete und daß noch dazu mit der Ermordung Liebknechts die Persönlichkeit ausschied, die man für die deutsche Entwicklung als die entscheidende Kraft bewertet hatte. Nun mußte man überdies erfahren, daß die gehaßten deutschen Sozialdemokraten sich mit Vertretern von Linksparteien einiger Entente-Mächte und neutraler Staaten in Bern Anfang Februar 1919 treffen wollten, um dort über die Wiederbegründung der „Zweiten Internationale" zu verhandeln. Der Vorgang war nicht von ernsthafter Bedeutung; es erwies sich in Bern, wie auch in späteren Kongressen dieser Art, was schon 1914 deutlich geworden war: daß nationale Interessen durch internationale Argumen-

---

* In Brüssel unterhielt die „Zweite Internationale" ein Verbandsbüro, das bis 1914 und nach der Neugründung 1923 bis zum Mai 1940 bestand.

tationen sich auch dann nicht aus der Welt schaffen lassen, wo die letzteren gutgläubig vertreten werden.*

Lenin seinerseits glaubte damals mit Inbrunst an die Formel Trotzkis von der Notwendigkeit einer „permanenten Revolution", die „von einem Lande zum anderen weitergeht" und er war besessen von der Vorstellung, auf eine baldige deutsche Räterepublik nicht verzichten zu können, wenn sein Regime sich in Rußland halten sollte. Für diesen erregten und besorgten Lenin wirkte die belanglose Berner Unternehmung wie ein Signal. Kaum hatte er von den Einladungen zu dieser Konferenz gehört, da ließ er schon in der „Prawda" vom 24. Januar 1919 eine von Trotzki entworfene Proklamation veröffentlichen, in der verkündet wurde, daß es allenthalben „die Aufgabe des Proletariats sei, die Staatsgewalt unverzüglich zu übernehmen".

Zu diesem Zweck wurde zum Gründungskongreß einer „Dritten Internationale" aufgerufen, der am 15. Februar in Moskau zusammentreten sollte. Um der Angelegenheit besonderes Gewicht zu geben, ließ Lenin diese Aufforderung durch den Außenminister der Sowjetregierung, Tschitscherin, verbreiten – noch dachte man nicht an irgend eine formale Unterscheidung zwischen bolschewistischen und sowjetstaatlichen Maßnahmen.

Bei dieser hastigen Einberufung einer Konkurrenzveranstaltung zu der Berner Konferenz der Sozialdemokraten ging es Lenin nicht etwa – wie man meinen möchte – darum, die in der Schweiz zusammentretenden Parteien auf seine Seite zu ziehen; einer solchen Auslegung beugte die öffentliche Aufforderung so-

---

* Der spätere Reichskanzler Hermann Müller, der an jenem „Sozialistenkongreß" teilnahm, berichtet darüber in seinem Buch „Die Novemberrevolution" (Seite 280): „Wir hatten in Bern keinen leichten Stand. Aus dem Lager der Entente-Sozialisten wurde zuerst die Forderung erhoben, die deutsche Mehrheitssozialdemokratie wegen der im Kriege betriebenen Politik auszuschließen oder zum Widerruf zu zwingen." Die drei deutschen Abgesandten ließen sich aber dazu nicht zwingen, was im Hinblick auf andersgeartete Erscheinungen nach 1945 festgehalten zu werden verdient. Die Vertreter der sozialdemokratischen Parteien der Entente-Staaten fügten sich schließlich, und gaben den Weg zur späteren Wiedergründung der Zweiten Internationale frei. Resigniert mußte Müller freilich feststellen: „Auf den Abschluß des (Versailler) Friedens haben die Berner Beschlüsse keinen Einfluß gehabt." Eine sehr treffende Charakterisierung des Problems hat der damals bekannte Publizist Professor Nikolaus Cossmann in dem im Mai 1920 erschienenen Sonderheft „Die Sozialdemokratie in Theorie und Praxis" der „Süddeutschen Monatshefte" formuliert: „*Dadurch, daß die deutsche Sozialdemokratie wünscht, daß die Welt international werde, ist sie es nicht geworden.*"

gar ausdrücklich vor, die sich nur an namentlich genannte Organisationen wandte und die großen sozialdemokratischen Parteien des Westens gar nicht erwähnte. Es wurde eine Liste der zum Moskauer Kongreß „zugelassenen“ Parteien aufgestellt; an ihrer Spitze figurierte der Spartakusbund (Kommunistische Partei Deutschland), der erst an zweiter Stelle – man beachte die betonte Höflichkeit – die russische kommunistische Partei folgte. Diese Formalie täuschte freilich nicht einmal Lenins persönliche Freunde; insbesondere hatte die Rosa Luxemburg, eine intelligente Führerin der deutschen Kommunisten, die zusammen mit Liebknecht ermordet wurde, den schon lange vorbereiteten Plänen einer in Moskau einzurichtenden „Internationale“ strikten Widerstand entgegengesetzt. Sie erwartete sich von einer solchen Gründung von vorneherein nur eine Art Exekutivbüro der Sowjetregierung und dieser Gedanke widersprach ihrer doktrinären „internationalen“ Einstellung.

Der Moskauer Kongreß konnte zum voreilig angekündigten Termin einfach deshalb nicht abgehalten werden, weil unter den herrschenden Verkehrsverhältnissen die erwarteten Delegierten die russische Hauptstadt nicht erreichten.

Erst am 2. März 1919 wurde die Veranstaltung eröffnet, zu der man schließlich 35 „Delegierte“ zusammengebracht hatte. Wirklich aus dem Ausland waren je ein Delegierter aus Berlin und Wien, aus Norwegen, Schweden und Holland eingetroffen. Die anderen „ausländischen Teilnehmer“ wohnten entweder in Moskau oder waren aus Kriegsgefangenenlagern entnommen (vgl. Degras a.a.O. Seite 6). Schon im Einladungsmanifest waren Parteien aufgeführt gewesen, die nur auf dem Papier existierten. So war ein Herr Reinstein unbekannter Herkunft für eine „Sozialistische Arbeiterpartei von Amerika“ aufgeführt.

Nun – die Dritte Internationale oder, wie sie sich nannte, die „Kommunistische Internationale“ wurde allen solchen Schwierigkeiten zum Trotz aus der Taufe gehoben. Der deutsche Delegierte Eberlein, der von Berlin die Weisung mitgebracht hatte, im Sinne des „Testamentes der Rosa Luxemburg“ der sofortigen Gründung zu widersprechen, enthielt sich diplomatisch der Stimme. Auf solche Schönheitsfehler kam es Lenin nicht an, die Hauptsache war, daß der verhaßten Zweiten Internationale nun ein Begriff und vor allem ein Apparat entgegengesetzt wer-

den konnte. Sinowjew wurde „Präsident“, ein bis zum nächsten Kongreß amtierendes „Exekutivkomitee“ wurde gegründet, eine Moskauer Zentrale und mehrere Auslandsbüros wurden eingerichtet – nichts wurde unterlassen, was sich unter den gegebenen Verhältnissen unter Einsatz beträchtlicher Geldmittel tun ließ, um in Europa die „Revolution“ weiterzutreiben.

*

Lenins These war es bekanntlich, daß der Kapitalismus nicht von allein zusammenbrechen werde, sondern daß er besiegt werden müsse. Die dementsprechende „Parteitheorie“, der Aufbau einer schlagkräftigen, streng disziplinierten, vor keinem Hindernis zurückschreckenden Stoßtruppe, hatte sich im Oktober 1917 in Petrograd bewährt (obwohl, wie wir sahen, einige günstige Zufälle für den Erfolg ausschlaggebend waren); nun meinte Lenin, das gleiche Prinzip lasse sich im Weltmaßstab zusammen mit der „Idee eines Appells an die unorganisierten Massen, ebenfalls im Weltmaßstab“* von Moskau aus organisieren. Durch diese politischen Kalkulationen sehen wir etwas von der typisch russischen Weltbeglückungsphantasie durchschimmern, wie die klassischen russischen Dichter sie zeichnen.

Man neigt dazu, die wortreichen Proklamationen, die das „EKKI“ (abgekürzte Bezeichnung für das „Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale“) in den der Gründung folgenden Monaten beschloß, mit einem gewissen Lächeln aufzunehmen. Natürlich wurden sie in den paar sowjetrussischen Zeitungen groß veröffentlicht, vielleicht erreichten sie auch noch die „Rote Fahne“ in Berlin, aber eine praktische Wirkung war (abgesehen davon, daß schon der bombastische Stil deutsche und westeuropäische Arbeiter kaum beeindrucken konnte) nicht zu erwarten und trat auch nicht ein.

Eines der ersten „Manifeste“ der EKKI befaßte sich schon am 28. März 1919 mit der ungarischen „Revolution“. Mitte April versicherte Sinowjew dem „Kommissar für auswärtige Angelegenheiten“ der Münchner Räterepublik allzu voreilig: „Wir sind tief überzeugt, daß die Stunde nicht fern ist, in der

* Franz Borkenau: Der europäische Kommunismus, München 1952, Seite 28.

ganz Deutschland eine Sowjetrepublik sein wird" (Degras a.a.O. Seite 50). Im gleichen Tone heißt es am 20. April 1919: „Während diese Zeilen geschrieben werden, hat die Dritte Internationale als ihre Grundlage drei Sowjetrepubliken: Rußland, Ungarn und Bayern."

Die zwei letztgenannten „Grundlagen" waren, wie wir wissen, nicht nur von seltsamer Art, sondern auch von kurzer Dauer; mächtig wurde in den Büros der Dritten Internationale in die Leier gegriffen, als diese „Sowjetrepubliken" zusammenbrachen. „Ein furchtbares Verbrechen ist im Gange im Vergleich zu dem alle Untaten während des Weltkrieges verblassen . . ." verkündete man in Moskau, als Bela Khun sich in Budapest zur Abreise nach Wien rüstete (Degras a.a.O. Seite 61).

Gewiß, es wurden auch wichtigere Proklamationen ausgearbeitet; so hat das EKKI sich am 13. Mai 1919 ausführlich mit dem Versailler Diktat befaßt – das war eine Gelegenheit, die russische Position zu dem für mehr als ein Jahrzehnt europäischer Geschichte entscheidenden politischen Ereignis zu formulieren. Das aus diesem wichtigen Anlaß produzierte literarische Produkt wirft freilich kein vorteilhaftes Licht auf seine Verfasser. Hauptinhalt des Dokumentes sind leidenschaftliche Wortkaskaden gegen die Zweite sog. „gelbe" Internationale, deren „Träume" sich als „schändlich" erwiesen hätten, gegen die deutsche Regierung („In Deutschland hat der Henker Clemenceau keinen ergebeneren Diener als die Scheidemann und Ebert") und dramatischen Ausrufen: „Arbeiter Frankreichs! Arbeiter Englands! Arbeiter Amerikas! Arbeiter Italiens! Die Kommunistische Internationale wendet sich an Euch! Ihr müßt den blutigen Händen euerer Regierungen den Mörderdolch entreißen ... Wir sind überzeugt, daß ihr Euere Pflicht tun werdet trotz der Ratschläge euerer Scheidemänner."

Solcher Art war der Kommentar der Kommunistischen Internationale zu Versailles! Unnötig zu bemerken, daß diese schwülstigen Phrasen nicht die leiseste politische Wirkung gehabt haben – die Dritte hat sich in diesen entscheidenden Tagen des europäischen Schicksals als genauso einflußlos erwiesen, wie die Zweite Internationale.

Nur *ein* Dokument des „Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale" aus jener Zeit hat sich ernsthaft mit



Karl Radek

einer politischen Frage beschäftigt und eine beachtliche Fernwirkung gezeitigt. Es ist das Rundschreiben vom 1. September 1919 über die Frage der Beteiligung kommunistischer Parteien an Parlamentswahlen (die KPD hatte im Januar 1919 die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung abgelehnt, nahm aber dann ab 1920 an den deutschen Reichstagswahlen teil). Es heißt in der von Sinowjew gezeichneten Erklärung (Degras a.a.O. Seite 69) u. a. wörtlich:

„Befürworten wir die Beibehaltung bürgerlicher demokratischer Parlamente, als die Form staatlicher Lenkung? Nein – unter keinen Umständen! Wir sind für Sowjets! Aber sind wir dafür, diese Parlamente für unsere kommunistische Arbeit zu benützen, solange wir nicht stark genug sind, sie zu stürzen? Ja, dafür sind wir, unter einer Reihe von Voraussetzungen."

Als solche Voraussetzungen werden gefordert:

1. daß der Schwerpunkt des Kampfes außerhalb des Parlamentes (Streiks, Aufstände und andere Formen des Massenkampfes) bleibt,
2. daß die Tätigkeit im Parlament mit diesem Kampf verbunden wird,
3. daß die Abgeordneten sich auch illegal betätigen,
4. daß sie nach den Weisungen des Zentralkomitees arbeiten und sich ihm unterwerfen,
5. daß sie in ihrem Wirken keine Rücksicht auf parlamentarische Formen nehmen (keine Angst vor Zusammenstößen mit der bürgerlichen Mehrheit, Reden „über ihre Köpfe hinweg" usw.).

Diese Verfahrensweise hat seither in der Tat das Verhalten aller kommunistischen Parteien in politischen Parlamenten bestimmt.

*

Während solche Ergüsse vom Schreibtisch Sinowjews flatterten, ging es vor den Toren Petrograds und Moskaus um die Entscheidung. Schon am 22. Mai 1919 hatte die baltische Landeswehr Riga zurückerobert; daraufhin stieß der General Judenitsch bis Krasnaja Gorka unmittelbar bei Petrograd vor. Der Vormarsch dieses „weißen" Generals wurde durch das Feuer der Kronstädter Artillerie zum Stehen gebracht. Als er im Ok-

tober erneut vorstieß, Zarskoje Selo und Gatschina nahm, stand der Kampf auf des Messers Schneide. Trotzki eilte nach Petrograd und organisierte den Widerstand; er begann damit, daß er das bisherige Oberkommando wegen angeblicher Pflichtververletzung absetzte und erschießen ließ.

Lenin hatte sich schon entschlossen gehabt, Petrograd aufzugeben, um mit den dadurch freiwerdenden Truppenteilen wenigstens Moskau zu halten; denn auch die Hauptstadt war inzwischen bedroht und zwar durch die Offensive des Generals Denikin, der mit französischer Unterstützung in der Ukraine antrat und am 21. September 1919 Kursk, am 13. Oktober Orel einnahm. Den Wendepunkt brachte der 21. Oktober 1919: Trotzkis Gegenoffensive im Raume Petrograd hatte Erfolg, Judenitsch wurde zurückgeschlagen. Es spielte dabei – eine merkwürdige, aber zutreffende historische Tatsache – das Verhalten britischer Flotteneinheiten eine gewisse Rolle, die sich seit dem Winter 1918–19 in der Ostsee aufhielten und den Bewegungen Judenitschs gefolgt waren. Das Eingreifen ihrer Schiffsartillerie hätte vielleicht den Kämpfen des 21. Oktober eine andere Wendung geben können – aber ihre Geschütze bekämpften nur Marineziele und der kommandierende Admiral zog die Flotte bald aus dem Kampfbereich zurück, in dem nun der sowjetische Gegenschlag wenige Monate später zum Frieden von Dorpat zwischen der Sowjet-Union und Estland führte: dieser legte für die nächsten zwanzig Jahre, bis 1940, die sowjetische Grenze bei Narwa fest.

Nachdem Judenitsch geschlagen war, konnte sich die Rote Armee dem zweitgefährlichen Gegner, Denikin, zuwenden und auch ihn, der ja von der Entente nur indirekt unterstützt wurde, entscheidend zurückschlagen.

So hatte sich im Spätherbst 1919 die Lage für Lenin beträchtlich verbessert, als nun ein neuer gefährlicher Gegner gegen ihn auftrat.

Der Alliierte Rat in Paris hatte für die polnische Ostgrenze, die sogenannte Curzon-Linie (entlang des San-Flusses) festgelegt und war dabei auf heftigen Widerspruch der Warschauer Regierung gestoßen. Dort forderte man beträchtlich mehr russische Gebietsteile, vor allem solche ukrainischen Charakters. Während der Denikin-Offensive hatten die Polen sich noch zu-

rückgehalten – sie versprachen sich nichts davon, einen zaristischen General zu unterstützen, der ihnen im Falle des Sieges die gewünschten Gebiete gewiß nicht überlassen hätte. Als Denikin aber geschlagen war, zögerten die Polen nicht mehr. Eine verhältnismäßig breit angelegte Offensive führte im Januar 1920 zur Besetzung von Dünaburg und Gomel durch polnische Truppen. Der Schwerpunkt des Vorstoßes lag im Süden: Am 7. Mai 1920 zog der spätere Marschall Pilsudski als erfolgreicher Eroberer in der ukrainischen Hauptstadt Kiew ein! Der Traum dauerte freilich nicht lange. Die Sowjets hatten inzwischen einige Erfahrung in der Bekämpfung solcher Vorstöße gesammelt. Am 11. Juni mußten die polnischen Truppen bereits wieder Kiew räumen; nun wandte sich das Blatt so gründlich, daß schon am 10. Juli 1920 ein polnisches Hilfegesuch an die Alliierten gerichtet werden mußte. Im Widerspruch zu allen damals üblichen Einschätzungen ihrer Kampfkraft waren die sowjetischen Truppen in kühnem Vorstoß nach Polen eingedrungen.

Diesem ersten strategisch-offensiven Vorgehen der Roten Armee lag ein sehr bewußter Entschluß zugrunde: Nachdem sie Kiew verloren hatten, boten die Polen Frieden an, aber Lenin lehnte ab. Nach der Darstellung Ruth Fischers habe Trotzki die Annahme des Angebotes vorgeschlagen,

> „aber alle Fraktionen in der Partei mit Lenin an der Spitze standen gegen Trotzki. Lenin zog das Zentralkomitee auf seine Seite, und selbst solche Konservativen wie Rykow schlossen sich ihm in der Forderung an, daß die Rote Armee nach Warschau und darüber hinaus vorstoßen solle. Warschau war das Tor zu Europa; der Einmarsch der roten Armee in Warschau war das Ende der Isolierung der Revolution. Zur Unterstützung Lenins riefen Bucharin und Radek ihre Theorie der revolutionären Offensive wieder ins Leben (Fischer a.a.O. Seite 165).

Trotzki selbst hat sich (wie Rosenberg a.a.O. Seite 156 berichtet) später über die Offensive nicht dahin geäußert, daß sie gegen seinen Willen erfolgt sei:

> „Die Rote Armee marschierte, wie erinnerlich, auf Warschau, und man konnte damit rechnen, daß in Anbetracht der revolutionären Lage in Deutschland, Italien und den anderen Ländern der militärische Stoß, der natürlich keine

selbständige Bedeutung haben kann, als Ergänzungskraft im Kampf der europäischen Kräfte, die Lawine der Revolution von ihrem momentanen toten Punkt vorrücken würde!"

In der Tat konzentrierte sich im Stoß auf Warschau entschieden die Hoffnung Lenins, sich nun militärisch den Weg nach Deutschland frei zu machen. Zur deutschen Kommunistin Klara Zetkin sprach er damals die stolzen Worte, er hoffe „*Europa mit den Bajonetten der Roten Armee auf die Probe zu stellen*".

Am 2. Juli 1920 erließ der sowjetische „Oberbefehlshaber der Westfront" einen Tagesbefehl, in dem es hieß: „*Das Schicksal der Weltrevolution wird an der Westfront entschieden. Der Weg des Weltenbrandes geht über die Leiche Polens*" (zitiert bei Liddell Hart: Die Rote Armee, Bonn 1956, Seite 53).

Radek ließ die deutschen Kommunisten wissen, daß „der Konflikt zwischen Sowjet-Rußland und Polen neue Perspektiven eröffnet". Paul Levi, damals Führer der KPD und Reichstagsabgeordneter forderte öffentlich ein deutsches Bündnis mit der Sowjetunion; er kündigte jeder deutschen Regierung, die diese Politik annehme, die Unterstützung der Kommunisten an (Fischer a.a.O. Seite 240).

Auch dieses Zwischenspiel endete mit einer bitteren Enttäuschung: Der Hilferuf der Warschauer Regierung fand im Westen Gehör, die Moskauer Hoffnungen auf eine „polnische Revolution"* erwiesen sich als völlige Illusion, und auch in

* Das EKKI hatte am 18. Mai 1920 das übliche „Manifest" veröffentlicht und nicht nur alle Arbeiter der Welt aufgefordert, jegliche Lieferungen an Polen zu unterbinden, sondern auch die polnische Arbeiterschaft „zum Angriff" aufgerufen. Wie Ruth Fischer berichtet, fand dieses Manifest nicht einmal bei den polnischen Kommunisten ein befriedigendes Echo. „Diese hatten die Instruktion erhalten, die einmarschierende Rote Armee mit einem Aufstand zu empfangen, aber sie hatten diesen Befehl mit lauwarmer Begeisterung aufgenommen und führten ihn nur sehr schwankend aus. Die polnischen Arbeiter und Bauern blieben passiv oder, wenn sie handelten, handelten sie häufig auf Seiten Pilsudskis." Umgekehrt kam das nationale Motiv auf russischer Seite der Offensive der Roten Armee zugute. Ruth Fischer meint (a.a.O. Seite 165): „Pilsudskis Sprung nach Kiew ging wie ein elektrischer Schlag durch Rußland; er erneuerte den aus dem Bürgerkrieg stammenden nationalen Widerstand gegen die Aufteilung. Die Russen eroberten Kiew viel schneller zurück, als Trotzki, der Führer der Roten Armee, angenommen hatte." Rosenberg geht in der „nationalistischen" Ausdeutung der Ereignisse noch weiter: „Die militärischen Siege der Jahre 1919–20 gaben den Bolschewiki im Lande eine außerordentliche Autorität. Jetzt war die Schande von Brest-Litowsk ausgelöscht" (a.a.O. Seite 119).

Deutschland regte sich nichts. Unter der Leitung des französischen Generals Weygand sammelten sich die polnischen Streitkräfte zu einer Entscheidungsschlacht. Am 19. August 1920 geschah das „Wunder an der Weichsel“, in Auflösung flutete die Rote Armee nach Osten zurück. Durch den Frieden von Riga (18. März 1921) erhielten die Polen zwar nicht, wie ursprünglich erhofft, die Ukraine, wohl aber wurde ihnen eine gegenüber der Curzon-Linie beträchtlich nach Osten verschobene Grenze eingeräumt.

*

Noch stand die Rote Armee ungeschlagen in Ostpolen, als in Moskau der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale zusammentrat (19. Juli bis 7. August 1920). Die „Politik der Worte“ des bisherigen Exekutivkomitees der Komintern hatte sich als wirkungslos erwiesen, aber die Sprache der Waffen war erstmals zugunsten Moskaus in Europa vernehmbar geworden – unter diesen Merkmalen verlief dieser Kongreß, der der einzig wirklich bedeutende der Kommunistischen Internationale geworden ist. Er hat die strengen Gesetze aufgestellt, nach denen die Organisation der Dritten Internationale zwei Jahrzehnte hindurch nicht nur Deutschland, sondern auch Europa und manche außereuropäischen Gebiete beunruhigt hat.

In einundzwanzig „Bedingungen“, von denen neunzehn von Lenin persönlich formuliert worden waren, stellte die russische kommunistische Partei die Formeln auf, denen sich jede politische Bewegung unterwerfen mußte, wenn sie in die Komintern (Abkürzung für: „Kommunistische Internationale“) aufgenommen werden wollte.

Kraß trat der schon beim Zusammentritt des ersten Kongresses sichtbare Grundsatz in den Vordergrund: Lenin forderte „Alles oder nichts“, er wünschte kein großes Gremium von Massenparteien, sondern eine straffe internationale Organisation, deren jedes Glied ihm bedingungslos gehorchte. Lenins neueste Erkenntnis über die Weltrevolution gipfelte in der Ansicht, das „die Imperialisten immer wieder einen Ausweg finden, wenn nicht die bewußt organisierte und vorbereitete Weltrevolution sie stürzt“ (vgl. Rosenberg a.a.O. Seite 73).

Die verworrenen Vorstellungen von möglichen politisch-propagandistischen Erfolgen, die noch im Frühjahr 1919 manche Köpfe der Moskauer Organisatoren beherrscht hatten, waren abgelöst worden von der Vorstellung eines weltweiten militanten Putschismus, für den es nicht so wichtig war, sich auf Massenbewegungen zu stützen, als streng disziplinierte Kader für den „Tag X" vorzubereiten. Lenin hatte inzwischen Clausewitz gelesen und in seiner Art daraus gelernt.* Man brauchte Gruppen, die Befehle ausführten ohne nach Gründen und Hintergründen zu fragen.

Noch schärfer als im März 1919 steht dementsprechend im Vordergrund dieses sommerlichen Kongresses die Erörterung darüber, wer alles *nicht* in die Komintern aufgenommen werden dürfe. In seiner Schlußansprache erklärte Sinowjew am 7. August 1920 triumphierend, als sei dies das Allerwichtigste:

> „Wie es für ein Kamel nicht leicht ist, ein Nadelöhr zu passieren, so wird es, wie ich hoffe, für Anhänger der ‚Mitte' nicht leicht sein, durch die 21 Bedingungen zu schlüpfen. Sie wurden vorgelegt, um den Arbeitern in der USPD und in der italienischen und französischen sozialistischen Partei und überhaupt allen organisierten Arbeitern klar zu machen, was der internationale Generalstab der Weltrevolution von ihnen fordert" (Degras a.a.O. Seite 167).

Die „21 Bedingungen" (Wortlaut bei Degras Seite 167ff., auszugsweise bei Fischer Seite 171ff. und bei Shub Seite 405ff.) sehen nicht nur zentrale Leitung der Propaganda** aller angeschlossenen Parteien, sondern auch Schaffung eines „parallelen illegalen Organisations-Apparates", „der im entscheidenden Moment der Partei behilflich sein wird, ihre Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen" und außerdem die Entfernung jeg-

---

* Nach Possony („Jahrhundert des Aufruhrs", München 1957, Seite 60) exzerpierte Lenin aus dem klassischen Werk von Clausewitz vor allem Stellen, aus denen hervorgeht, daß der Wille des Gegners ein sehr wichtiges Operationsziel sei: „Obwohl er überzeugter ‚Materialist' war, machte er sich viele Notizen über Moral, Führung, Kriegshaß, Mut, Klugheit, Feigheit, Zähigkeit und andere ‚geistige' Faktoren."

** Ein diesbezüglicher Punkt sah vor: „Die kommunistischen Parteien sind besonders dazu verpflichtet, eine kräftige Propaganda *in der Armee* zu treiben. In Ländern, in denen das Gesetz eine derartige Propaganda verbietet, muß sie im Geheimen betrieben werden."

licher „reformistischer Zentrumsleute"* aus „allen mehr oder weniger verantwortlichen Posten" und ihre Ersetzung durch „bewährte Kommunisten" vor. Den Mittelpunkt aller dieser umfangreichen Vorschriften bildete die Bestimmung:

„Beschlüsse des Kongresses und Exekutiv-Komitees der Komintern sind für alle der kommunistischen Internationale angehörenden Parteien *bindend*. Mitglieder, die sich den Bedingungen und den Anweisungen der Komintern widersetzen, müssen sofort aus der Partei *ausgestoßen* werden."

Bevor dieser Artikel angenommen wurde, gab es eine Diskussion: Ein Delegierter meinte treffend, eine solche Bestimmung kennzeichne nicht eine internationale, sondern eine erweiterte russische Exekutive; das möge zwar unvermeidlich sein, aber man solle es dann auch offen sagen! (Degras a.a.O. Seite 162). Solche ironischen Einwände ließ Lenin natürlich nicht gelten – es blieb dabei, die 21 Bedingungen wurden allen Zweiflern zum Trotz in Bausch und Bogen durchgesetzt. Der Kommunist Rosenberg urteilte später darüber (a.a.O. Seite146):

„Ein solcher Aufbau einer internationalen Arbeiterbewegung war wirklich nur in Zeiten des Bürgerkrieges tragbar und selbst da mußte man sich fragen, ob sich eine große Volksrevolution nach den Methoden militärischer Befehlsstellen leiten lasse."

Das freilich war es gerade, worauf es Lenin und seinen Leuten ankam. Mit erstaunlicher Befähigung zur Selbsttäuschung ausgestattet, ließen sie den Komintern-Kongreß – wenige Tage vor

* Fast jede der „21 Bedingungen" wendet sich scharf gegen „Zentristen, Reformisten und Sozialpatrioten", worunter diejenigen Gruppen verstanden werden, die auf irgendeine Weise zur praktischen Milderung sozialer Gegensätze bereit waren, anstatt, wie Lenin damals forderte, den „Klassenkampf" zur „Weltrevolution" zu steigern. Ebenso wie Marx erkannte auch Lenin hier den Schwerpunkt der marxistischen Theorie und zugleich ihre schwächste Stelle, die gerade deshalb so wütend verteidigt wurde. In der Tat hat sich – man möchte sagen: genau nach Hegel – gegenüber der These „Klassenkampf" die Antithese „Klassenausgleich" (von Moskau mit dem Schlagwort „Faschismus" belegt, mit dem auch die Sozialdemokraten beehrt werden) in den letzten Jahrzehnten entschieden durchgesetzt. Auch die machtpolitisch „antifaschistische" Entscheidung des Zweiten Weltkrieges hat daran nichts mehr geändert. „Sozialpatriotismus" ist heute, wenn man der Kritik der „linken Kommunisten" Glauben schenkt, sogar eine zutreffende Bezeichnung für die ökonomisch-politischen Verhältnisse in der Sowjetunion. Die fanatische Ruth Fischer redet sogar von einem sowjetischen „Übergang zur Konterrevolution".

der Schlacht an der Weichsel – mit der Parole auseinandergehen: *„Das Weltproletariat steht vor entscheidenden Kämpfen. Die Epoche, in der wir jetzt leben, ist die Epoche der direkten Bürgerkriege. Die entscheidende Stunde naht!“*

*

Es kam wie es kommen mußte: Den drei verhältnismäßig großen Parteien – der deutschen USP, der italienischen und französischen Sozialistischen Partei, die alle durch Beauftragte auf dem Moskauer Kongreß vertreten waren und mit dem Eintritt in die Dritte Internationale sympathisiert hatten, kamen nun doch Bedenken bei dem Ansinnen, sich mit Haut und Haaren Lenin auszuliefern. Aber immerhin gab es in jeder der drei Parteien beträchtliche Gruppen, denen der Vorschlag, unter Moskauer Leitung eine auch finanziell gesicherte neue Existenz zu begründen, nicht so unerträglich erschien. So kam es zu Spaltungen. Ein Teil der USP nahm nach einer vierstündigen Rede Sinowjews auf dem Parteitag in Halle im Oktober 1920 die „21 Bedingungen“ an und vereinigte sich mit der KPD. Der andere Teil der USP führte noch knapp zwei Jahre ein Sonderdasein, bevor er sich der Mehrheitssozialdemokratie wieder anschloß. In Frankreich sonderten sich die mit der Komintern sympathisierenden Teile der „Sozialisten“ als Kommunistische Partei ab und organisierten sich als solche, ohne damals ernstlichen Einfluß auf das innenpolitische Leben Frankreichs zu gewinnen. Auf dem Gründungskongreß der französischen KP im Dezember 1921 wurde behauptet, die Partei verfüge über 120000 Mitglieder. Drei Monate später – im März 1922 – waren es nur noch 60000 (Degras a.a.O. Seite 303).

Für die weitere europäische Entwicklung von indirekter Bedeutung waren die Vorgänge in der italienischen Linken. Die dortige Sozialistische Partei hatte sich bekanntlich 1915 gegen den Kriegseintritt erklärt (worauf Mussolini ihr den Rücken kehrte), 1917 hatte sie spontan die bolschewistische Machtübernahme in Rußland begrüßt, im März 1919 – ohne auf dem Moskauer Gründungskongreß vertreten zu sein – mit 10 gegen 3 Stimmen ihres Vorstandes beschlossen, aus der Zweiten Internationale auszutreten und sich der Dritten anzuschließen. Nach

dem Vorliegen der „21 Bedingungen“ kam es auch hier zum Bruch. Bei einem Parteikongreß in Mailand entfielen am 15. Januar 1921 auf bedingungslose Annahme der Leninschen Forderungen 59000 Stimmen, auf bedingungslose Ablehnung 15000 Stimmen, auf einen Kompromiß-Antrag des Parteivorsitzenden Serrati, der zwar die Bedingungen annehmen, aber den geforderten Parteiausschluß der Antragsgegner (Turati) nicht durchführen wollte, die Masse der Stimmen, nämlich 98000. Da es Lenin damals wie seinen Nachfolgern später vor allem darauf ankam, politische Gegner nicht nur zu bekämpfen, sondern sie zu vernichten, ließ er die beschlossene bedingte Annahme nicht zu und so folgte auch hier eine Spaltung. Ein linker Flügel der italienischen Sozialistischen Partei sonderte sich ab, bildete die italienische KP und veranlaßte den Ausschluß der Hauptpartei unter Serrati aus der Komintern.

Lenin sollte sich seines Triumphes, über eine zwar kleine, aber ganz gehorsame italienische Gruppe zu verfügen, nicht lange erfreuen. Im November 1919 hatte die Sozialistische Partei im italienischen Parlament 156 von 508 Sitzen erhalten. Mussolini kandidierte damals als „Unabhängiger“ in Mailand und fiel bei der Wahl durch. Er hatte knappe 5000 von 250000 Stimmen erhalten. Anderthalb Jahre nach dem von Moskau erzwungenen Spaltungsmanöver war der gleiche Mussolini der von ganz Italien als der Befreier aus dem unerträglichen innenpolitischen Hader gefeierte Ministerpräsident des Landes!

Die Erscheinung Mussolinis war inzwischen im Kreml mit Beunruhigung entdeckt worden. Wie aus dem zeitgenössischen Schrifttum ersichtlich wird, wandte Lenin der Angelegenheit seine persönliche Aufmerksamkeit zu. Er glaubte das entstandene Problem mit einer gemessenen „Generalstabsanweisung“ regeln zu können und ließ sich Radek und Sinowjew kommen; ihnen erklärte er, Mussolini sei ein „gefährlicher Bandit“: „Wie wäre es, wenn dieser Mussolini umgebracht werden würde?“ In „Pattern for World Revolution“, einem von zwei früheren Komintern-Agenten geschriebenen Buch, das 1947 im Ziff-Davis-Verlag in Chicago erschien, wird über diese Szene berichtet (Seite 57):

„Radek und Sinowjew beschlossen, die Angelegenheit mit den italienischen Kameraden zu besprechen. Lenin vergaß die

Sache nicht. Immer wieder erkundigte er sich, ob Sinowjew und Radek etwas gegen Mussolini unternommen hatten. Verschiedenes wurde versucht. Aber die Italiener nahmen sich die Sache nicht zu Herzen und abgesehen davon waren sie für solche Unternehmungen nicht ausreichend organisiert. So blieb Lenins Anregung unausgeführt."

Um es ganz genau zu sagen: Der Auftrag wurde am 26. April 1945 doch noch ausgeführt. Es war der italienische Kommunist Audisio, der an diesem Tage Mussolini niederschoß „um ihn nicht in die Hände der Westalliierten fallen zu lassen" (wie im Mai 1957 in einem Prozeß ausgesagt wurde). Es ergab sich bei jener blutigen Szene am Comer See noch eine erstaunliche Einzelheit: Unter den am gleichen Tage erschossenen faschistischen Ministern befand sich auch Nicola Bombacci. Dieser Bombacci war 1919 noch als italienischer Abgesandter in Moskau gewesen und hatte zeitweise sogar dem Exekutiv-Komitee der Komintern angehört; nach den „21 Bedingungen" aber erinnerte er sich, daß er nicht Russe, sondern Italiener sei und so wurde er ein Getreuer Mussolinis . . .

Die Mörder waren sich dieser Zusammenhänge wohl bewußt, sie ließen unmittelbar nach der Tat im Mailänder Rundfunk verkünden, Bombacci sei ein „Super-Verräter" gewesen („Times", London 30. 4. 1945).

*

Überprüfen wir knapp das historische Ergebnis der „harten Einseitigkeit" (wie Rosenberg a.a.O. Seite 143 sich ausdrückt), mit der Lenin darauf bestand „Bürgerkriegsstrategie" zu treiben:

Daß die Linksparteien in den europäischen Ländern gespalten wurden und zahlenmäßig wechselnde Stimmeinbußen erlitten, war noch die wenigst bedeutsame Folge. Nicht allzu viele Ereignisse der nun folgenden Entwicklung lassen den Schluß zu, es wäre anders gekommen, wenn etwa die sozialdemokratischen Stimmen sich um die kommunistischen vermehrt hätten. Mittelbar war – wie bereits erwähnt – die politische Auswirkung bedeutender, jedenfalls in Deutschland. Indem die deutschen Sozialdemokraten durch die KPD, diesen „Pfahl im Fleisch" (um

einen in der damaligen öffentlichen Diskussion oft gebrauchten Ausdruck zu wiederholen), sich gezwungen fühlten, stets auf die linke Konkurrenz zu achten, wurden sie gehindert, ihre Entwicklung zu einer wirklich staatstragenden, d. h. nationalen Arbeiterpartei fortzusetzen.

Der von Lenin gepredigte Putschismus mit russischen Hintergrund führte dazu, daß den marxistisch-internationalen Formeln ebenso radikal antimarxistische nationalistische Parolen entgegengesetzt wurden, die sich bald als massenwirksamer erwiesen, zuerst in Italien, später in Deutschland. Schließlich ergab sich, daß die Komintern, die sich als „Generalstab der Weltrevolution“ aufspielen wollte, im europäischen Raum in Wirklichkeit keine Geschichte gemacht hat, wohl aber taten es die Bewegungen, deren Entstehung und Aufstieg Marx und Lenin herausgefordert hatten.

Hoffnungsvolles, hoffnungsloses Zwischenspiel Rapallo

Überprüft man Lenins knapp fünfjährige Herrschaft (er starb zwar erst am 21. Januar 1924, aber er war seit einem ersten Schlaganfall im Mai 1922 fast regierungsunfähig* und schon von diesem Zeitpunkt an setzten die Nachfolgekämpfe ein), so kommt man zu dem erstaunlichen Ergebnis, daß die marxistischen Theorien geradezu die Trennungslinie zwischen Erfolg und Mißerfolg bezeichnen.

Was immer Lenins Regierungssystem begründete und befestigte – der Putsch unter der Parole „sofortiger Frieden“, die Gewinnung der Bauernmassen durch die Bodenverteilung, schließlich der Aufbau der Roten Armee als streng disziplinierte Truppe** – alles das hat mit Marx keinerlei Berührungspunkt. Es ist die Leistung eines individuellen Willens, einer kühnen, entschlossenen, machtpolitisch orientierten Persönlichkeit. Den Staatsapparat, den er sich aus seinen Anhängern organisierte, beschreibt der Kommunist Rosenberg treffend als „*die Herr-*

---

* Krankheits- und Todesursache war eine starke Verkalkung der Gehirngefäße. Der russische Professor Rosanow, der die Autopsie leitete, berichtet darüber: „Als wir ihn öffneten, fanden wir eine ausgedehnte Sklerose der Gefäße des Gehirns vor und nur Sklerose. Das erstaunlichste dabei war nicht so sehr, daß die Denkfähigkeit in einem so verkalkten Gehirn intakt geblieben war, sondern daß er mit einem solchen Gehirn überhaupt so lange leben konnte.“ Der ebenfalls beteiligte deutsche Professor Förster erklärte, als ob er marxistische Glaubensartikel am Beispiel des toten Lenin glossieren wollte: „Lenins Krankheit hatte innere Ursachen. Sie entwickelte sich *nach inneren Gesetzen, unabhängig von allen äußeren Faktoren mit unerbittlicher Konsequenz*“ (Shub a. a. O. Seite 445).

** Die militärischen Erfolge der Sowjets gegenüber den Interventionen 1919–20 waren im wesentlichen dem Umstand zu verdanken, daß beim Aufbau der Ende Februar 1918 nach Demobilisierung der alten Armee neu gegründeten „Roten Armee“ sofort wieder einigermaßen normale militärische Verhältnisse eingeführt wurden. Rosenberg berichtet (a. a. O. Seite 120) – als „linker Kommunist“ natürlich ärgerlich: „Trotzki baute das neue Heer *unter völliger Ausschaltung der Soldatenräte* auf ... Damit war die erste entscheidende Bresche in das Rätesystem gelegt ... Die örtlichen Sowjets hatten schon 1918 den Regimentern der Roten Armee, die bei ihnen in Garnison standen oder durchkamen, nichts zu sagen. Damit war ein wichtiges Stück des Zwangsstaates bürgerlicher Art rekonstruiert.“

schaft einer kleinen disziplinierten Minderheit der Berufsrevolutionäre über die große und wirre Masse" (Rosenberg a.a.O. Seite 123).

Karl Marx hat im Laufe seines langen Lebens vielerlei geschrieben, das Regiment einer „disziplinierten Minderheit über die wirre Masse" findet sich in seinen Zukunftstheorien nicht!

Umgekehrt läßt sich sagen, daß alle die Krisen, ja Katastrophen, denen Lenin zu begegnen hatte, mit den marxistischen Glaubensartikeln in mittelbarem oder unmittelbarem Zusammenhang standen. Außenpolitisch gilt das vom mißglückten Frieden von Brest-Litowsk bis zu den Interventionen und den anormalen Beziehungen zur Weimarer Republik. Innenpolitisch hatte die starre Anwendung der marxistischen Formeln den völligen Zusammenbruch der an sich schon unzureichenden industriellen Produktion Rußlands zur Folge.

Sachkundige Berichte stimmen darin überein, daß Lenin, der schon am Tag der Machtübernahme die Enteignung des Großgrundbesitzes verfügte, sich nur zögernd entschloß, ein entsprechendes Enteignungsdekret für die Industrie zu erlassen. Dieses ist in der Tat erst um Juni 1918 in Kraft gesetzt worden. Über die Folgen dieser Maßnahme berichtet Rosenberg:

> „Die Wirtschaftslage, die schon 1917 ernst gewesen war, wurde 1918/19 katastrophal und schlecht . . . Durch den Mangel an Betriebsstoff und völlige Abnutzung der Maschinen kam der größte Teil der russischen Industrie zum Erliegen. Die meisten Fabriken standen still, und die Arbeiter kehrten aufs Dorf zurück . . . In einer Art Hungerkommunismus war die menschliche Gleichheit verwirklicht. Von den Hoffnungen auf die wirtschaftliche Rettung Rußlands, wie sie in Lenins Broschüren besonders vom Herbst 1917 zu finden ist, war nichts eingetroffen" (a.a.O. Seite 115).

Für diese katastrophalen Ergebnisse war die Hoffnung auf die unmittelbar bevorstehende, generalstabsmäßig organisierbare Weltrevolution nur eine mangelhafte Entschuldigung.

Es ist für einen normalen Verstand schwierig einzusehen, daß ein kritischer Kopf wie Lenin die unwirkliche Parole einer „Weltrevolution" so leidenschaftlich verkünden konnte. Auch wer die Ansichten des Karl Marx über kapitalistische Ausbeutungsformen und klassenkämpferischen Widerstand dagegen als

historische Möglichkeiten anerkannte, mußte doch beim Blick auf die tatsächlichen Verhältnisse zu dem Ergebnis kommen, daß zumindest keine gleichzeitigen revolutionären Möglichkeiten gegeben waren. Schon die wirtschaftliche Situation bei den Siegermächten von 1918 und bei den Besiegten waren gründlich genug unterschieden, daß sich mit gleichlaufenden revolutionären Situationen nicht rechnen ließ. Gewiß, Lenin setzte solchen Einsichten, wie sie auch manche Marxisten damals hatten, ganz einfach seine Putsch-Theorie entgegen; aber er vergaß doch, daß die Kerenski-Petrograd-Situation von 1917 einen sehr einmaligen Charakter hatte. Es zeigte sich bereits am 9. November 1918 in Berlin, daß man sie nicht einfach wiederholen konnte.

Wie immer man die Frage der künstlichen Einpfropfung des Marxismus in das russische Staatssystem betrachtet – es gibt nur die bereits angedeutete Erklärung, daß Lenin alle volkswirtschaftlichen Nachteile und weltpolitischen Unwirklichkeiten in Kauf nahm, nur um dem russischen Volk eine Staatsreligion zu bieten. Wahrscheinlich hat er erwogen, daß die Lehren der orthodoxen Kirchen zu sehr mit dem Zarentum verbunden waren, als daß es mit ihr auch nur ein friedliches Nebeneinander geben konnte. Für die breiten Volksschichten aber scheint er eine Formel dringend nötig erachtet zu haben, die seinen Staat über die Niederungen des täglichen Elends hinaushob und ihm einen Erlöser-Nimbus gewährleistete.

So wurden die Schriften des Karl Marx zum Ersatz für Bibel und Koran; das war einerseits praktisch, da man sich auf Vorhandenes stützen konnte und sich nur um die jeweilige Auslegung bemühen mußte. Diese wurde und wird in Moskau „ex cathedra“ vorgenommen. Feststellung und Bestrafung von „Abirrungen“ bildeten und bilden seither die stete Begleitmusik der sowjetischen Staatspraxis. Andererseits hat das neue russische „Glaubensbekenntnis“ für die russische Politik die Problematik mit sich gebracht, daß es ein Ausgreifen in die übrige Welt fordert und insofern dem frühen Islam vergleichbar ist. Insbesondere sind die nüchternen Völker, die westlich der Sowjetunion in dichten Millionenmassen siedeln, nicht bereit gewesen, die Botschaft des Kreml freiwillig anzunehmen, ja nicht einmal mit „Feuer und Schwert“ waren und sind sie nachhaltig zu bekehren.

Was also innerhalb der russischen Grenzen für die Befestigung der neuen Herrschaft vorteilhafte weltanschauliche Vorkehrungen gewesen sein mochten, erwies sich für Rußlands Einfluß in der übrigen Welt, genauer gesagt: in den europäischen Nationen, als ernste, dauernde und unüberwindliche Schwierigkeit. In diesen Satz läßt sich vielleicht das ganze Rätsel zusammenfassen, von dem dieses Buch handelt.

*

Mitte August 1920 hatte der Zusammenbruch der Warschauer Offensive die Hoffnungen auf siegreiches Vordringen des „Revolutionsheeres" nach Deutschland jäh zunichte gemacht. Noch beunruhigender mußte es auf Lenin wirken, daß es 1921 in Rußland selbst zu kriseln begann und zwar an einem entscheidenden Punkt: in Petrograd und in der Festung Kronstadt.

Wie 1917 waren es Soldaten, die es wagten, sich aufzulehnen. Vermutlich bildete das rücksichtslose Auftreten der von Trotzki eingeführten politischen „Kommissare" das Kernanliegen, das schließlich am 1. März 1921 die ganze Kronstädter Matrosengarnison zu offener Rebellion trieb. Jedenfalls stand im Mittelpunkt des sogenannten „Kronstädter Programms" (ausführlich zitiert bei Fischer a.a.O. Seite 202) „Abberufung der Parteikommissare aus der Armee". Ferner wurde verlangt: „Abschaffung der kommunistischen Aufseher in Werkstätten und Fabriken", „volle Freiheit für die Bauern bezüglich ihres eigenen Landes", „Gleichheit der Rationen für alle Arbeitenden mit Ausnahme der in gesundheitsschädlichen Betrieben Arbeitenden", „Rede- und Pressefreiheit für Arbeiter und Bauern", „Neuwahlen mit geheimer Abstimmung" u.a. – kurz alles Forderungen, die Lenins Ansicht über die Sonderstellung der Staats-Elite strikt widersprachen und die ohne seinen Sturz nicht verwirklicht werden konnten.

Der Kronstädter Aufstand nahm ernste Formen an, fast eine Woche lang beherrschten die mehreren tausend aufständischen Matrosen die vor den Toren Petrograds gelegene Festung. Auch in Petrograd selbst sympatisierten einige Regimenter mit den Matrosen und mußten entwaffnet werden, bevor Trotzki – eiligst entsandt – eine Aktion zur Niederkämpfung des Auf-

standes beginnen konnte. Am 7. März 1921 begann dann die Beschießung Kronstadts; erst nach mehrtägigen schweren Kämpfen konnten die Aufständischen niedergezwungen werden. Natürlich gab man nicht zu, daß es sich um eine echte revolutionäre Auflehnung gehandelt hatte, sondern verkündete, ein „weißgardistischer General" stehe im Hintergrund. Daß das höchst unglaubhaft war – die Kronstädter Matrosen waren 1917 die militärische Hauptreserve Lenins gewesen – hinderte den Kreml nicht in seinen Argumenten. Es gehört seitdem zum festen Bestand der Sowjetpropagandisten, jegliche Aufstände im Sowjetbereich stets auf „Spione und Saboteure" zurückzuführen. Damals wurden sie noch „weißgardistisch" benannt, inzwischen gilt „faschistisch" als einschlägiger Fachausdruck.

Der Kronstädter Aufstand hatte, obwohl er erfolgreich niedergeschlagen wurde, beträchtliche Auswirkungen:

Sinowjew – im Vollbewußtsein seiner Aufgaben als Präsident der Komintern – entsandte in höchster Aufregung eine Agentengruppe (an deren Spitze ausgerechnet Bela Khun stand) nach Deutschland, um dort zur „Entlastung" einen eiligen Putsch zu organisieren. Wohlausgerüstet mit falschen Pässen und begleitet von seinen seinerzeitigen Ministerkollegen Pogany und Guralski (einem Mitglied der „Poale Zion", der jüdischen Kominterngruppe*), erreichte Khun Berlin, versammelte Mitte März im Reichstagsgebäude den Zentralausschuß der KPD um sich und benahm sich erfolgreich als „Feldherr am Vorabend der Schlacht". Man verkündete in dieser Sitzung kühne Parolen: „Man muß das Geschick der Revolution zwingen" – „die Partei muß wagen, die Offensive zu übernehmen" – „die mitteldeutsche Arbeiterschaft läßt sich nicht von der antiputschistischen Phrase einfangen, die in der deutschen Arbeiterschaft einen Geist der Feigheit und Passivität gezüchtet hat" (vgl. Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik, Offenbach 1948, Seite 73f.). Das mitteldeutsche Industrierevier wurde für die „Offensive" deshalb ausgewählt, weil dort bei den im Februar abgehaltenen preußischen Landtagswahlen prozentual etwas mehr kommunistische Stimmen abgegeben wor-

* Die Zusammensetzung dieser Moskauer Delegation wurde auch in kommunistischen Kreisen ironisiert; man nannte sie „die Turkestaner" (Fischer a.a.O. Seite 217).



In Rapallo 1922

Von links: Reichskanzler Dr. Wirth, Krassin, Tschitscherin, Joffé

den waren, als in anderen Wahlkreisen. Nirgends freilich hatte die KPD auch nur die Mehrheit der Links-Stimmen erhalten.

Die „Offensive" bestand zunächst in einigen aufsehenerregenden Sprengstoff-Attentaten in Mitteldeutschland; als Höhepunkt war vorgesehen, die Berliner Siegessäule in die Luft zu sprengen. Man frägt sich (ebenso wie hinsichtlich der berühmten Reichstagsbrandstiftung Ende Februar 1933), welchen politischen Sinn diese Demonstrationen haben sollten, aber es ist eine historische Tatsache, daß die Bela Khun-Gruppe sich davon einen Erfolg im Sinne ihres Auftrages versprach. Franz Borkenau, der von 1921–1929 der KPD angehörte und auch in der Moskauer Komintern-Zentrale arbeitete, berichtet und urteilt über die ganze Episode (a.a.O. Seite 43ff.):

„Mitte März 1921 rief die Partei die Arbeiter zum Aufstand. Aber der Aufstand fand außerhalb Mansfelds keinerlei Widerhall. Daraufhin beschloß die Partei, die widerstrebenden Massen in die Aktion hineinzutreiben. Vielerorts griffen Gruppen von kommunistischen Arbeitslosen die Fabriken an, um die Einstellung der Arbeit zu erzwingen. Die Partei organisierte Sprengversuche an Eisenbahnlinien zur Empörung der Eisenbahner und versuchte in Halle und Breslau ihre eigenen Parteigebäude in die Luft zu sprengen, um den Eindruck eines ‚faschistischen Anschlags' zu erzeugen. Es führte alles zu nichts. Der engbegrenzte Aufstandsherd in Mitteldeutschland wurde ohne Schwierigkeit ausgemerzt, und mehr als die Hälfte der Parteimitgliedschaft im ganzen Lande zerriß die Mitgliedsbücher. Es war eine umfassende Katastrophe."*

*

In Moskau selbst hatte der Kronstädter Aufstand eine anders geartete und bedeutendere Auswirkung: Lenin erfaßte, daß es so nicht weitergehen konnte und daß es höchste Zeit war, zu

* Im Mittelpunkt der Ereignisse im Mansfelder Bezirk wirkte der berüchtigte *Max Hölz*, der die „Revolution" im Stile eines Räuberhauptmanns mit den Mitteln des Bankraubs und der Brandstiftung leitete. Borkenau urteilt (a.a.O. Seite 44): „Es war das Hervortreten krimineller Tendenzen in der Komintern-Politik (nach dem Vorbild von Lenins und Stalins Methoden der Geldbeschaffung im zaristischen Rußland), das der Episode des Märzaufstandes ihre große Bedeutung verlieh. Die leninistische Doktrin des Amoralismus, wie auch die Notwendigkeit, die deutsche Partei dauernd mit Hilfe unkontrollierbarer russischer Gelder zu finanzieren, hatten eine demoralisierende Wirkung ausgeübt."

einer Stabilisierung der innerrussischen Verhältnisse zu gelangen. Das konnte zunächst nur dadurch geschehen, daß unter Verzicht auf marxistische Theorien die Produktion von Lebensmitteln und Waren wieder in Gang gesetzt wurde.

Da Rußland ein gesundes Land ist, war dies mit einfachen Maßnahmen zu erreichen; man gestattete den Bauern wieder, wenigstens einen Teil ihrer Erzeugnisse normal zu verkaufen und gegen industrielle Waren einzutauschen. In den Jahren des „Kriegskommunismus" hatte sich die sowjetische Wirtschaftspolitik in der wilden Beschlagnahme der landwirtschaftlichen Produkte erschöpft, was natürlich zu gewaltigen Hungersnöten und zu einem Zusammenbruch der Erzeugung führte.*

Noch wurde in den Straßen von Kronstadt gekämpft, als Lenin Mitte März 1921 die „Neue Ökonomische Politik" verkündete – mit bombastischen Worten und einer Flut von theoretischen Verlautbarungen wurde die Tatsache verdeckt, daß man die Schriften des Karl Marx zwar weiterhin als Bibel, nicht aber mehr als Lehrbuch für die Praxis verwendete, weil sonst eine Normalisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse nachgerade unmöglich gewesen wäre.

Der Vorgang führte zu einer Reihe von allgemeinen Konsequenzen. Als die innere Konsolidierung Rußlands endlich in den Vordergrund der sowjetischen Regierungspolitik trat, eröffneten sich neue Ausblicke auch im außenpolitischen Bereich. Zum ersten Male wurde in Moskau geahnt, daß marxistische Doktrine und russische Interessen zwei verschiedene Begriffe sind – voll eingesehen hat man das im Kreml bekanntlich bis heute noch nicht.

Lenin rettete sich in eine Selbsttäuschung:

„Die erste Welle der Weltrevolution ist abgeflutet" – erklärte er der Klare Zetkin im vertraulichen Gespräch (Zetkin a.a.O. Seite 31) – „die zweite hat sich noch nicht erhoben. Es wäre gefährlich, wenn wir uns darüber Illusionen machen würden. Wir sind nicht Xerxes, der das Meer mit Ketten peitschen ließ. Aber heißt Tatsachen festellen und beachten,

* Wie eine in der deutschen Sowjetzone herausgegebene Schrift (Fritz Klein: Die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion, Berlin 1953) angibt, betrug im Jahre 1920 die landwirtschaftliche Produktion Rußlands nur etwa die Hälfte der Vorkriegserzeugung; in der Industrie erreichte die Erzeugung von z. B. Roheisen nur 3 (drei) Prozent des Jahres 1913 usw.

etwa untätig sein, verzichten? Keinesfalls! Lernen, lernen, lernen! Handeln, handeln, handeln! Vorbereitet sein, gut und ganz vorbereitet sein, um bewußt mit voller Kraft die nächste heranrollende revolutionäre Welle ausnutzen zu können."

Nun – das waren zum großen Teil Redensarten; Lenin wußte selbst am allerbesten, daß die erste Welle der „Weltrevolution" nicht von allein herangerollt war, und er hatte sich jahrelang vor allem damit beschäftigt, „das Meer mit Ketten zu peitschen". Die Forderung: „lernen, lernen, lernen" aber hat Lenin, das muß für jene Periode festgestellt werden, nicht außer Acht gelassen. Gewiß drang er nicht in die Tiefe der Probleme ein, aber er erfaßte sie doch deutlich genug, um seine weiterhin theoretisierenden Parteigänger gelegentlich in Erstaunen zu setzen. Es ist hier nicht der Platz, diese Seite der letzten Entwicklungen Lenins im Einzelnen zu untersuchen. Zwei Zitate aus dem bereits mehrfach erwähnten Buch des Linksintellektuellen Arthur Rosenberg mögen als Hinweis ausreichen*:

„Es liegt etwas Tragisches darin, daß Lenin, *nachdem er dreißig Jahre lang die politische Bewegung der Volkstümler erbarmungslos bekämpft hatte, am Ende seines Lebens sich ihren Gedanken nähern mußte* ... er führte über Staatskapitalismus und bäuerliche Genossenschaft zu einem national-russischen „Sozialismus" narodnikischer Färbung. Zu einem solchen Weg war der alte Lenin bereit ..."

---

* Als erheiternde Erläuterung zu diesem Themenkreis sei auf die Bemerkungen verwiesen, die Lenin zur Klara Zetkin über Ehefragen machte, wie sie damals in marxistischen Diskussionen erörtert wurden: „Sie kennen gewiß die famose Theorie, daß in der kommunistischen Gesellschaft die Befriedigung des sexuellen Trieblebens, des Liebesbedürfnisses, so einfach und belanglos sei, wie das ‚Trinken eines Glases Wasser'. Diese Glas-Wasser-Theorie hat einen Teil unserer Jugend toll gemacht, ganz toll ... Ich danke für einen solchen Marxismus, der alle Erscheinungen und Umwandlungen im ideologischen Überbau der Gesellschaft unmittelbar und gradlinig aus deren wirtschaftlicher Basis ableitet ..." (Zetkin, Erinnerungen an Lenin, Wien 1929, Seite 62f.). In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß die sowjetische Staatspraxis in Ehe- und Familienangelegenheiten sich seit damals beträchtlich gewandelt hat. Nachdem das „Gesetzbuch betreffend Personenstandsurkunden" im Herbst 1918 orthodox-marxistisch die Ehe zur Formalität degradierte und die Familie „abzuschaffen" versuchte, gilt seit 1936 geradezu umgekehrt ein „Bundesgesetz betreffend verstärkten Schutz der Familie". Durch Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 8. Juli 1944 wurde schließlich auch die juristische Unterscheidung zwischen ehelichen und unehelichen Kindern wieder eingeführt und damit die rechtliche Sonderstellung der Ehe weiter unterstrichen.

„Wenn man die letzten Reden und Artikel Lenins aufmerksam durchsieht, erkennt man, *wie er seine Gedanken ganz auf Rußland konzentriert*, wie er das, was er Sozialismus nennt, nur noch durch die eigene Kraft Rußlands erzeugen will. Die internationalen Beziehungen sind für Rußland nur soweit wichtig, wie sie das Land vor einer gewaltsamen fremden Invasion sichern können" (Rosenberg a. a. O. Seiten 176/177).

*

Mit dem Hinweis auf die Leninsche Neuorientierung im Frühjahr 1921 befinden wir uns am Ausgangspunkt des Ereignisses, das in der europäischen Geschichte der zwanziger Jahre einen Sonderplatz einnimmt und das auch unserer Gegenwart noch die verschiedenartigsten Lehren erteilt.

General von Seeckt, der erste Chef der Heeresleitung der Weimarer Republik schrieb am 31. Januar 1920 – als Polen militärisch gegen die Sowjetunion antrat – in einem Brief:

„Ich lehne Unterstützung Polens ab, selbst auf die Gefahr hin, daß Polen aufgefressen wird. Im Gegenteil, ich rechne damit, und wenn wir zur Zeit Rußland nicht bei der Wiederherstellung seiner alten Reichsgrenzen helfen können, so sollten wir es doch dabei nicht hindern" (Rabenau: Seeckt, Aus seinem Leben 1918–1936, Leipzig 1941, Seite 252).

Diese Stellungsnahme des deutschen Generals war militärisch scharfsichtig, ihr schwacher Punkt war nur, daß er von der Annahme ausging, in Moskau werde russische Interessen-Politik getrieben. Seeckt sah voraus, daß das Abenteuer des polnischen Angriffs auf die Rote Armee umschlagen würde in einen russischen Kampf um Polen. Aber er war sich nicht bewußt, daß Lenins Grundgedanke beim Vormarsch auf Warschau nicht der „alten Reichsgrenze" Rußlands galt, sondern bereits unmittelbar auf Berlin zielte. Der deutsche General meinte im gleichen Brief zwar: „Sollte der Bolschewismus nicht auf die Weltrevolution verzichten, dann muß ihm an unseren eigenen Grenzen Widerstand entgegengesetzt werden", aber er beachtete nicht, daß es dafür nach einem Fall Warschaus damals wahrscheinlich zu spät gewesen wäre.

Aus heutiger voller Kenntnis der Tatsachen läßt sich mit Gewißheit sagen, daß im Sommer 1920, auf dem Höhepunkt der Komintern-Phantasien, ein Ansatzpunkt für die Wiederholung der Bismarck-Politik von 1863 (als Preußen dem Zaren bei der Niederschlagung des polnischen Aufstandes indirekte Hilfestellung gewährte) nicht gegeben war; so absurd es erscheinen mochte – erst nach der russischen Niederlage an der Weichsel wurde eine Normalisierung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses möglich, weil erst nach diesem Ereignis der Kreml begann, russische Politik in den Bereich seiner Erwägungen zu ziehen. Auch dann dauerte es noch lange genug, bis die seit 1917 anstehende Frage einer deutsch-russischen Verständigung diskussionsreif wurde.

Die Berliner Regierung hatte im Jahre 1919, obwohl sie in diesem Jahre immer wieder vor der Aufgabe stand, moskaudirigierte Putschversuche unterdrücken zu müssen, ihrerseits Zurückhaltung gegenüber der Sowjetunion geübt. Man ging soweit, daß man sich in Berlin trotz der ohnmächtigen Lage des Reiches einem Ansinnen der Alliierten Mächte, an der im Zeichen der weißrussischen Interventionen damals verhängten Wirtschaftsblockade gegen die Sowjets teilzunehmen, nachhaltig widersetzte und die Beteiligung in einer Note vom 31. 10. 1919 ausdrücklich verweigerte (vgl. Stampfer a.a.O. Seite 149 und „Times", London 31. 10. 1919).

Diplomatische Beziehungen zwischen Moskau und Berlin waren damals noch nicht wieder aufgenommen worden, aber eine merkwürdige indirekte Verbindung zum Kreml ergab sich aus der am 12. Februar 1919 in Berlin erfolgten Verhaftung Karl Radeks. Dieser war – wie wir wissen – Ende Dezember 1918 illegal nach Deutschland gekommen und hatte den Berliner Januar-Putsch organisiert. Als man dieses engen Mitarbeiters Lenins endlich habhaft wurde, verzichteten die Behörden darauf, ihm einen Prozeß zu machen; man verwahrte Radek als eine Art „Staatsgefangenen" in einem Berliner Gefängnis, wo er alsbald eine besonders geräumige Zelle zugewiesen erhielt, in der er Besucher empfangen durfte und sogar einen Sekretär beschäftigte. Dieser hatte die Erlaubnis, mit der Moskauer Regierung in Verbindung zu treten. Ruth Fischer berichtet (a.a.O. Seite 251), daß sie selbst zu den damaligen Besuchern Radeks

im Gefängnis zählte und für diesen Zweck vom Reichswehr-Ministerium mit einem Erlaubnisschein versehen wurde. Neben zahlreichen Kommunisten gehörten auch Offiziere und Industrielle zu Radeks regelmäßigen Besuchern.

Die Sowjet-Regierung unternahm verschiedene Schritte, um ihren „Deutschlandspezialisten" wiederzubekommen. Zunächst versuchte man es durch die Ernennung des im Gefängnis einsitzenden Radek zum „Gesandten der ukrainischen Republik" nach der Einnahme Kiews durch die Rote Armee. Als dieser Schachzug erfolglos blieb, verhaftete man im Juli 1919 einige Deutsche, die in der Ukraine zu Abwicklungsaufgaben der früheren Besatzung zurückgeblieben waren. Aber erst im Januar 1920 – wahrscheinlich unter Berücksichtigung der Gedankengänge Seeckts über die mögliche Entwicklung des polnischen Feldzugs – ließen die Berliner Behörden den wertvollen Staatsgefangenen aus seinem fidelen Gefängnis Richtung Moskau abreisen, im Austausch gegen die dort festgehaltenen deutschen Geiseln.

Es war die Zeit, in der die siegreiche „Entente" immer neue Bürden und Beleidigungen für das besiegte Deutschland ersann und man in Berlin ganz natürlicher Weise oft nach Osten blickte, ob nicht von dorther doch endlich eine Erleichterung der Lage zu erhoffen sei. Wipert von Blücher berichtet (a.a.O. Seite 97) anschaulich über die Stimmung in der Berliner Wilhelmstraße:

> „Anfang Februar 1920 überreichte die Entente die Liste der auszuliefernden sogenannten Kriegsverbrecher. Sie umfaßte nicht weniger als 895 Personen. Die größten Namen der jüngsten deutschen Geschichte waren darunter: Hindenburg, Ludendorff, Tirpitz. Die Liste löste bei den Angehörigen sämtlicher Parteien tiefe Empörung aus. Die Hoffnung, sich mit der Entente verständigen zu können, zerrann in ein Nichts und wurde abgelöst von dem Gefühl, daß jetzt als letzter Ausweg nur Anlehnung an Rußland übrig bleibe.
>
> Am 13. Februar 1920 fand eine geheime Sitzung des Kabinetts statt, in der die neue Strömung mit elementarer Gewalt durchbrach. Es wurde beschlossen, eine seit einiger Zeit in Berlin arbeitende bolschewistische Fürsorgestelle für russische Kriegsgefangene, die ein obskures Dasein fristete, nicht zu stören, sondern weiter zuzulassen und eine deutsche Rote-Kreuz-Kommission nach Rußland zu schicken."

Lenin war freilich noch viel zu befangen in seiner Vorstellung, „Europa mit den Bajonetten der Roten Armee zu prüfen“, als daß sich damals schon ein ernsthafter Kontakt hätte entwickeln können. Es bedurfte dazu erst noch der Ernüchterung von Warschau und Kronstadt ...

Ziemlich klar war, was Rußland am dringendsten nötig hatte: wirtschaftliche Gesundung und militärische Kräftigung. Beide Bedürfnisse verwiesen geradezu gebieterisch auf eine Annäherung an Deutschland. Dort waren nämlich genau die ergänzenden Notwendigkeiten entstanden: wirtschaftliches Betätigungsfeld und militärische Ausbildungsmöglichkeiten wurden gesucht; die letzteren vor allem, weil der Versailler Vertrag der neuen Reichswehr jegliche moderne Waffengattung, insbesondere Flugzeuge und Panzer verbot.

Nach dem Gesetz politischer Logik hätte diese Wechselbeziehung zwischen den russischen und deutschen Interessen längst zu Resultaten führen müssen. Dem aber war, wie wir wissen, keineswegs so und Seeckts Gedanken vom Januar 1920 waren nur theoretisch richtig, sie stimmten mit der Moskauer Wirklichkeit nicht überein. Dort fing man erst im Jahre 1921 an, die Hoffnungen auf eine „Weltrevolution“ und eine „Eroberung Berlins“ zeitweise zu Gunsten russischer Interessen in Erwägung zu ziehen.

Im Mai 1921 war man schließlich soweit, daß die beiderseitigen „Rote-Kreuz“-Missionen eine halbdiplomatische Stellung erhielten. Es dauerte dann bis zum September 1921, bis ernsthafte Verhandlungen geführt wurden, die sich zunächst mit dem Aufbau von Rüstungsfabriken in der Sowjetunion beschäftigten, an der deutsche Firmen beteiligt wurden und mit deren Panzern und Flugzeugen deutsche Offiziersgruppen militärisch geschult werden sollten.* Einige höhere deutsche Offiziere reisten nach Moskau, um die gegebenen Möglichkeiten an Ort und Stelle zu untersuchen.

---

* Zeitangaben lt. Schüddekopf: Das Heer und die Republik, Hannover 1955, Seite 148ff. Nach Lionel Kochan: Russia and the Weimar Republic, Cambridge 1954 (Seite 61) befanden sich deutsche Offiziere erst seit April 1922 in der Sowjetunion „aber nicht vor Ende des Jahres waren die Verhandlungen abgeschlossen“. Kochan unterscheidet zwei Typen der Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee: 1. Errichtung von Panzer- und Flugzeugschulen unter deutscher Beteiligung; 2. Produktion von Kriegs-

Das war der Stand der Dinge, als sich das Problem der deutsch-sowjetischen Beziehungen auf höherer Warte stellte. Im Versailler Vertrag gab es einen Artikel 116, der in seinem dritten Absatz besagte:

„Die Alliierten und Assoziierten Mächte behalten ausdrücklich die Rechte Rußlands vor, von Deutschland alle Wiederherstellungen und Wiedergutmachungen zu erhalten, die den Grundsätzen des gegenwärtigen Vertrags entsprechen."

Das war eine unbeachtliche Formel, solange es – wie in den Interventionsjahren – mehrere russische Regierungen gab. Seit Lenin seine Macht gefestigt hatte, war die Lage anders: Jetzt konnte er durch einfache politische Schritte sich in die Front der sogenannten „Reparationsgläubiger" Deutschlands einreihen.

In Berlin fiel es natürlich auf, daß Karl Radek am 27. Dezember 1921 in der „Prawda" einen Artikel veröffentlichte, in dem er „unmißverständlich andeutete, Sowjet-Rußland könne jederzeit die Bestimmungen des Versailler Vertrages annehmen und gemäß Artikel 116 einen Anteil an den Reparationszahlungen verlangen" (zitiert nach Gustav Hilger: „Wir und der Kreml, Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918–41", Frankfurt/M. 1955, Seite 181).

Am 5. Februar 1922 wurde die regierungsamtliche „Iswestija" noch deutlicher: „Sowjet-Rußland brauche nur auf der Basis des Artikels 116 zu Ungunsten Deutschlands mit der Entente zu gehen, um durch die daraus entstehende Verarmung das deutsche Proletariat in seinem Klassenkampf zu stärken!"

Wir kennen die Gründe nicht, die schließlich den Kreml zu einer überraschenden Klärung veranlaßten. Wir müssen uns mit der Schilderung begnügen, die Wipert von Blücher von jenen Tagen gibt, in denen am Rande der zur Regelung der Repara-

---

material in russischen Fabriken. Dafür wurde eine „Gesellschaft zur Förderung gewerblicher Unternehmungen" gegründet.

Die Zeitangabe Kochans für den Beginn der militärischen Zusammenarbeit erst im Jahre 1922 wird durch eine Aussage in einem der Moskauer Schauprozesse 1938 gestützt. In diesem Prozeß erklärte der angeklagte (und anschließend zum Tode verurteilte) seinerzeitige Berliner Sowjetbotschafter Krestinski auf eine Frage des Anklägers (späteren sowjetischen Außenministers) Wyschinski: „Der Plan, die Reichswehr für die verbrecherischen Pläne der Trotzkisten auszuwerten (!), kam im Frühjahr 1922 auf."

tionsfragen einberufenen Konferenz von Genua der berühmt gewordene Rapallo-Vertrag zustande kam (es war die erste internationale Konferenz, zu der die Sowjet-Regierung eingeladen war; ihre Delegation war unter dem Vorwand, Genua sei überfüllt, 30 Kilometer entfernt in Rapallo untergebracht worden). Blücher berichtet (a.a.O. Seite 160ff.) über die interessanten dortigen Vorgänge recht anschaulich:

„Der deutschen Delegation waren von verschiedenen Seiten Nachrichten zugegangen, die besagten, daß die Entente-Mächte mit den Russen verhandelten, um sie gleich zu Beginn der Konferenz in ihr Lager hinüberzuziehen. Es würde von den Russen Anerkennung des Versailler Vertrages einschließlich des Artikels 116 verlangt, und die französische Delegation spekuliere darauf, sich die russischen Forderungen aus Artikel 116 gegen Deutschland zedieren zu lassen, als teilweisen Ersatz für die der zaristischen Regierung in Paris gegebenen Anleihen. Es verlautete, daß die Russen hiergegen wenig Widerstand leisteten, und daß mit einer Verständigung zwischen Entente und Sowjet-Regierung auf dieser Basis gerechnet werden müsse.

Diese Meldungen lösten tiefen Pessimismus im Lager der deutschen Delegation aus, die voraussah, in völliger Isolierung die Konferenz bestehen zu müssen. Daher bedeutete es für Maltzan eine große und angenehme Überraschung, als Tschitscherin ihn in der Nacht vom 15. auf den 16. April 1922 telefonisch anrief und ihm vorschlug, am kommenden Tage vertraulich deutsch-russische Sonderbesprechungen in Rapallo aufzunehmen. Als alter Praktikus zeigte Maltzan zunächst kein Empressement, sondern bemerkte kühl: „Morgen ist Sonntag, und ich muß zur Kirche gehen." Aber als Tschitscherin auf seinem Vorschlag beharrte, ließ Maltzan sich herbei, seine religiösen Pflichten diesmal hinter seine politischen Aufgaben zurückzustellen. Er nahm daraufhin für die deutsche Delegation an.

Um dann Rathenau für die Idee zu gewinnen, suchte er ihn trotz der nächtlichen Stunde in seinem Hotelzimmer auf. Der Außenminister des Deutschen Reiches lag nicht im Bett, sondern ging in tiefe Gedanken versunken von einem Ende seines Zimmers zum anderen mit langen Schritten auf und ab. Als Maltzan bei ihm eindrang, fragte Rathenau: „Bringen Sie mir mein Todesurteil?" Maltzan antwortete: „Nein, eine viel bessere Nachricht. Die Russen wollen mit uns verhan-

deln.“ Als Rathenau sich langsam von seiner Überraschung erholt hatte, erwiderte er: „Ich werde zunächst mit Lloyd George darüber sprechen.“ Das war aber nicht im Sinne Maltzans. Er wandte sich gegen diese Idee und bezeichnete sie als Vertrauensmißbrauch gegenüber Tschitscherin. Mit seinem stärkeren Willen setzte er sich durch, und Rathenau gab nach. Dann mußte noch der Reichskanzler Wirth gefragt werden, aber dieser erklärte ohne weiteres sein Einverständnis.“ (Wenn Maltzan diese Szene im kleinen Kreise zum besten gab, pflegte er zu sagen: „ich habe damals Rathenau vergewaltigt“.)

Am nächsten Tage fanden dann in Rapallo im geheimen die deutsch-russischen Besprechungen statt. Sie verliefen nicht ohne Meinungsverschiedenheiten, aber nach der Lunch-Pause war man so weit, daß der Text von beiden Seiten angenommen und gezeichnet wurde.

Als kurz darauf die übrigen Delegationen informiert wurden, wirkte die Ankündigung wie eine Bombe. Die beiden Verfemten der Konferenz hatten sich zusammengefunden, ohne sich um die anderen zu kümmern, und einen Vertrag abgeschlossen, während die übrigen Delegationen noch mit leeren Händen dastanden und unschlüssig waren, wie die Lasten der kommenden Neuregelungen möglichst auf deutschen und russischen Rücken abzuladen wären.“

Der Text des Vertrages war nicht so sensationell wie die Tatsache, daß die Deutschen und die Russen überhaupt ein Abkommen geschlossen hatten. Im wesentlichen wurde nur festgelegt, daß die Sowjetunion keine Forderungen nach Artikel 116 des Versailler Vertrages gegen Deutschland geltend macht und daß Deutschland die Sowjet-Regierung de jure anerkennt. Dazu verzichtete Deutschland auf alle Ansprüche, „die sich aus der bisherigen Anwendung der Gesetze und Maßregeln der Sowjet-Republik ergeben haben“. Das war die für den Kreml wichtige deutsche Vertragsleistung: Die Franzosen wollten damals immer noch eine Anerkennung der sogenannten russischen Vorkriegsschulden erreichen. Paris hatte einst – um das zaristische Rußland fest in die Einkreisungsfront gegen das kaiserliche Deutschland einzugliedern – Milliarden-Anleihen gewährt, mit deren Hilfe besonders das strategische Eisenbahnnetz in Westrußland ausgebaut worden war. Die Sowjetregierung weigerte sich strikt, auch nur einen Rubel davon zurückzuzahlen. Und es war da-

mals für sie von Bedeutung, von Deutschland unter Verzicht auf jegliche Vor- und Nachkriegsverpflichtungen (wie sie sich z. B. aus der Beschlagnahme von deutschem Eigentum in Rußland ergeben hatten) anerkannt zu werden. Dieser Zusammenhang hat wahrscheinlich den eiligen Entschluß der Sowjets zum Rapallo-Vertrag veranlaßt.

Wie immer die Motive gewesen sein mochten – das Signal war auf „grün" gestellt, und es konnte sich nun zeigen, welchen Weg die Sowjet-Regierung in Zukunft wirklich beschreiten wollte. Ob weiter den bisherigen, der auf *Eroberung* Deutschlands zielte oder den neuen, der *Partnerschaft* bedeutete.

*

Was unmittelbar auf Rapallo folgte, war für die Berliner Reichsregierung nicht ermutigend: Die Alliierten zeigten unverhüllte Empörung – der Versailler Vertrag hatte das Deutsche Reich in eine Art politischer Kolonie der Westmächte verwandelt und ein so selbständiger Schritt galt fast als Sakrileg, obwohl am Recht der deutschen Regierung, ihre Interessen in dieser Art zu wahren, natürlich nicht zu zweifeln war.

Aber auch das Moskauer Echo war keineswegs freundlich. Die russische Presse erwähnte den Vertrag nur in kleinen Notizen. Lenin verkündete nüchtern: „Wir gingen nach Genua nicht als Kommunisten, sondern als Geschäftsleute" (Degras a.a.O. Seite 342), und Trotzki, damals Oberbefehlshaber der Roten Armee, gewährte einem amerikanischen Journalisten am 18. Mai 1922 eine Unterredung, in der er erklärte:

> „Deutschland ist von der Sowjet-Republik durch die gleichen grundsätzlichen Widersprüche in den Besitzverhältnissen getrennt, wie die Länder der Entente. Das bedeutet, daß man nicht davon sprechen kann, der Rapallo-Vertrag sei eine Art Allianz, um ein Gegengewicht gegen andere Staaten zu bilden" (Kochan a.a.O. Seite 55).

Und den Sprecher der KPD ließ man im Deutschen Reichstag erklären: „Was in diesem Vertrag enthalten ist, sind bis heute nichts anderes als schöne Sätze, die vorläufig keinen wirklichen Inhalt haben" (Fischer a.a.O. Seite 235).

Um diesen „wirklichen" Inhalt ging es in der Tat:

Als der frühere Reichsaußenminister Graf Brockdorff-Rantzau aufgefordert wurde, den Botschafter-Posten in Moskau zu übernehmen, arbeitete er – obwohl er ein starker Verfechter der sog. „Ost"-Orientierung war – eine Denkschrift aus, in der er entschiedene Bedenken äußerte hinsichtlich der wirklich verlokkenden Möglichkeit, die militärische Ohnmacht der Weimarer Republik im Kreise hochgerüsteter Nachbarn mit russischer Hilfe zu verbessern. Brockdorff-Rantzau sah die Gefahr, daß sich Deutschland durch militärische Abmachungen der, wie er sich ausdrückte, „völlig skrupellosen" Sowjet-Regierung in die Hand gebe. Er erwartete, daß diese keinen Augenblick zögern würde, unter Drohung des Verrates der militärischen Vereinbarungen eine „erpresserische Politik" gegen Deutschland zu treiben. Als General Seeckt die Brockdorff-Rantzau'sche Denkschrift las, antwortete er scharf (beide Denkschriften zitiert nach Hilger a.a.O. Seite 95 und Kochan a.a.O. Seite 61f.), Deutschland müsse eine aktive Politik mit Ziel und Willen treiben; Leute, die nur Gefahren sähen, sollten „vom Schauplatz des Handelns weit ferngehalten werden". Die Verbindung mit Rußland sei der erste und bisher einzige Machtzuwachs, den Deutschland seit dem Friedensschluß erreicht habe. Seeckt erörtert auch wieder die polnische Frage und erklärt, Polen sei für Rußland noch unerträglicher als für Deutschland, und deshalb müsse und werde es verschwinden. Wer jede aktivere Politik mit dem Schlagwort „militärisches Experiment" abtue, komme zu keiner richtigen Würdigung der Lage. Seeckt erklärte schließlich:

> „Wir wünschen zwei Dinge: Rußland wirtschaftlich, politisch und dementsprechend militärisch zu stärken. Dadurch stärken wir uns selbst, indem wir einen möglichen Verbündeten der Zukunft kräftigen."

Es sollte sich bald herausstellen, daß sowohl Brockdorff-Rantzau wie auch Seeckt am Kernproblem vorbeiredeten. Obwohl es im Zuge der weiteren Entwicklung zu „militärischen Abmachungen" kam, hat die Sowjetregierung Deutschland nicht direkt „politisch erpreßt", wie der Botschafter befürchtet hatte, aber sie wurde auch für die Reichswehr kein „Verbündeter der Zukunft", wie es Seeckts Traum gewesen ist.

In Moskau wurde nach ganz anderen Gesichtspunkten gehandelt, und es verging kein Jahr, bis das sowohl dem Botschafter wie dem General peinlich deutlich vor Augen geführt wurde.

*

Das entscheidende politische Ereignis des Jahres 1923 war die am 11. Januar begonnene Besetzung des Ruhrgebietes durch französische Truppen. Der Vorwand für diesen Gewaltakt war denkbar dürftig (angeblich war ein Rückstand deutscher Reparationslieferungen in Telegraphenstangen eingetreten), die eigentliche Absicht aber war klar erkennbar: Vier Jahre nach Versailles sollte die seinerzeitige Forderung Foch's nach Verlagerung der deutsch-französischen Grenze an den Rhein und Zerschlagung des Reiches doch noch durchgesetzt werden.

Die begrenzten Verteidigungsmittel der Reichswehr ließen militärischen Widerstand gegen das französische Vorgehen nicht zu, obwohl die Ruhraktion die Einheitsfront der Entente gesprengt hatte – die Engländer nahmen gegen sie Stellung. Die Reichsregierung proklamierte zunächst „passiven Widerstand“, aber es war klar, daß diese Form halber Gegenwirkung entweder in Kapitulation oder in militärische Maßnahmen münden mußte.

Der Rapallo-Vertrag hatte kaum ein Jahr nach seinem Abschluß höchste Aktualität gewonnen; die deutsch-russische Allianz konnte dramatisches Format erhalten, wenn Berlin und Moskau sich auf gemeinsames Vorgehen einigten. Es lag im Bereich des Möglichen, die Lage von 1919 für beide völlig zu verändern. Auf sich allein gestellt, konnte Deutschland nicht gegen Frankreich, Rußland nicht gegen Polen und die Randstaaten antreten, eine gemeinsame Aktion dagegen hätte nicht so sehr unter dem Vorzeichen des Abenteuers gestanden.

Es gab auch in Moskau Leute, die diese Möglichkeiten ins Auge faßten. Von dem uns hinreichend bekannten Karl Radek wird berichtet, er habe sich unter dem Eindruck des Ruhreinmarsches auf einer Sitzung ausgerechnet des Exekutiv-Komitees der Komintern an das Jahr 1806 erinnert und auf Gneisenau und Scharnhorst verwiesen. Clausewitz und der Reichsfreiherr von Stein hatten Zuflucht im zaristischen Rußland gefunden und

„vom russischen Boden her die Freiheitskriege geführt" (Fischer a.a.O. Seite 331). Radek hat in den darauffolgenden Monaten noch mehrfach solche Formeln gebraucht; als die Franzosen den deutschen Leutnant Albert Leo Schlageter zum Tode verurteilten und am 26. Mai 1923 erschießen ließen, hielt Radek sogar eine Gedächtnisrede auf ihn, die eine Brücke zum deutschen Nationalismus zu bauen versuchte:

> „Schlageter, der mutige Soldat der Konterrevolution, verdient es, von uns, den Soldaten der Revolution, aufrichtig verehrt zu werden."

Auf der Gegenseite blieb das Echo nicht aus; im Juli 1923 kam es sogar zu einer höchst erstaunlichen Flugschrift der KPD, in der unter dem Titel „Schlageter" nicht nur Radeks Rede, sondern auch eine Stellungnahme Moeller van den Brucks (der den Begriff „Drittes Reich" geprägt hat) und des späteren nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Graf Reventlow verzeichnet wurden.*

Es stellte sich bald heraus, daß das Ganze nichts anderes war als eine literarische Eskapade dieses mit vielerlei Wassern gewaschenen Radek. Die wirkliche Moskauer Politik wurde anders ausgerichtet: Man sah mit dem Ruhreinmarsch die schon begrabene Hoffnung auf eine innerdeutsche Revolution erneut aus dem Grabe steigen. Das von Radek betriebene Bündnis mit dem deutschen Nationalismus setzte innerdeutsche Erstarkung und

---

* Graf Ernst von Reventlow hat zu dieser Auseinandersetzung nachträglich in einer Schrift „Völkisch-kommunistische Einigung?" (Leipzig 1924) kritisch Stellung genommen. In dieser Broschüre sind auch zwei Aufsätze zitiert, die aus Reventlows Feder stammen und Anfang August 1923 in der Berliner „Roten Fahne" veröffentlicht wurden. Die Diskussion ging natürlich um die Kernfrage, ob eine deutsch-russische Verständigung trotz der marxistischen Theorien des Bolschewismus möglich sei. Im Artikel „Ein Stück Wegs?" schreibt Reventlow u. a.:

> „Ich antworte auf die Frage, ob meiner Ansicht nach der Kommunismus die nationalen Interessen Deutschlands gefährde, daß dies in der Tat bis jetzt der Fall ist. Auch war seine Stellungnahme bis zu Radeks Schlageter-Rede durchwegs ausgesprochen vehement antideutsch, antinational. Der Kommunismus kann sich nicht wundern, wenn seine neuerliche Haltung zunächst starker Skepsis begegnet ..."

In einem zweiten, ebenfalls in der „Roten Fahne" wiedergegebenen Artikel schreibt Reventlow unter der Überschrift „Trennendes":

> „Ich bestreite, daß Rußland deshalb sich hätte siegreich behaupten können, weil es das ‚Banner der Weltrevolution aufpflanzte'. Wollte man

Ordnung, die Hoffnung auf Bolschewisierung des Reiches aber ein Chaos voraus. Die beiden Richtungen widersprachen sich also grundsätzlich, und es dauerte nicht lange, bis aus dem tastenden Schwanken der Kremlmachthaber (zu denen in diesem Zeitpunkt infolge seiner Erkrankung Lenin nicht mehr zu rechnen war) sich wieder eine klare, wenn auch – wie wir sehen werden – absurd antideutsche Linie entwickelte.

Schon im Januar 1923 hatte der KPD-Sprecher im Reichstag verkündet: „In dieser Stunde des Angriffs von außen müssen wir unsere Bourgeoisie von innen angreifen." Das war genau das Lenin-Rezept von 1914, und es war klar, daß es von keinem denkenden Deutschen angenommen werden konnte. Dies war die Antithese zur Theorie des Karl Radek, aber es zeigte sich nach einigen Monaten, daß sie in einem bisher noch nicht erlebten Umfang die Richtlinie für die sowjetischen Maßnahmen auf deutschem Boden abgab.

Es begann mit Versuchen der KPD, im besetzten Ruhrgebiet politisch im Trüben zu fischen und dort eine „Arbeiterrepublik" zu gründen – wofür von Seiten der französischen Besatzungsmacht (die die politische Aufteilung des Reiches natürlich in jeder Weise förderte) Duldung erhofft wurde. Im Zuge dieser Unternehmung kam es zu mehreren Zwischenfällen; am 13. April 1923 konnten die Kommunisten sogar das Rathaus von Mülheim/Ruhr besetzen. Als die Reichsregierung mit allem Nachdruck die französische Besatzung der Duldung und Begünstigung dieser kommunistischen Umtriebe beschuldigte, besann sich der französische General Degoutte wieder eines Besseren,

---

sich vorstellen, Rußland hätte das Banner der nationalen und sozialen Revolution aufgepflanzt, so würde es die Sympathie der anderen Unterdrückten nicht minder gefunden haben, als seinerzeit die große französische Revolution, die sich trotz internationaler Anreger und Antreiber immer mehr zu einer gewaltigen nationalen Bewegung auswuchs. Die ‚Rote Fahne' bezeichnet es als Illusion oder als bewußte Dienstleistung für den Kapitalismus, wenn behauptet werde, das völkische Deutschland könne sich selbst befreien. Ich bin anderer Ansicht ... Ich kann auch nicht verstehen, warum ein sozial umgestaltetes Deutschland für seinen Kampf gegen die Unterdrückung nicht ebenfalls die volle Sympathie Rußlands finden sollte, auch dann, wenn dieses Deutschland sich nicht als Sektion der Kommunistischen Internationale bezeichnete noch eine solche wäre ... Der soziale freiheitsliebende Mensch dient der Welt am besten, wenn er für die innere und äußere Freiheit seines eigenen Volkes kämpft und dieses zunächst vor allem hochhält."

er genehmigte schließlich und endlich das Eingreifen der deutschen Polizei, die dem Spuk ein Ende setzte.

Die bis dahin vereinzelten kommunistischen Unruhestiftungen fanden Anfang August 1923 einen gewissen Höhepunkt in einem von der KPD angezettelten Streik der Berliner Reichsdruckerei – ein in jenen Monaten der dramatischen Geldentwertung geradezu lebenbedrohendes Ereignis für die Reichsregierung, die dringend auf eine tägliche Höchstproduktion an Banknoten angewiesen war. Genießerisch berichtet die Ruth Fischer (a.a.O. Seite 364f.):

„Sie (die Drucker) schlugen zu in der wohlüberlegten Absicht, die Cuno-Regierung zu Fall zu bringen und das Signal für den Aufstand im ganzen Reich zu geben. Wie die Drucker es vorausgesehen hatten, legte ihre Aktion die Staatsmaschine lahm. Die Papiergeldreserve war in wenigen Stunden verbraucht, und man konnte weder Beamtengehälter noch überhaupt irgendwelche Löhne auszahlen.

Die Aktion der Drucker löste am 10. August einen Massenstreik aus, der schnell Bürgerkriegsformen annahm. Jeder Verkehr in Berlin hörte auf; beschränkte Mengen an Gas und Elektrizität wurden nur in besonderen Ausnahmefällen abgegeben; Elektrizitätswerke wurden stillgelegt, so daß wichtige Teile der deutschen Industrie von der Elektrizität abgeschnitten waren ...

Am 10. August brachten die Kommunisten ein Mißtrauensvotum im Reichstag ein. Cuno trat am 11. zurück. Nun griff der Berliner Streik wie ein Lauffeuer um sich: Mitteldeutschland, die Wasserkante, das Rheinland, Stuttgart, Oberschlesien, Thüringen, Ostpreußen. Nur die Streiks der Jahre 1919 bis 1920 waren damit vergleichbar. In vielen Städten kam es zu Aufständen; am 11. August wurden in Hamburg, Gelsenkirchen, Krefeld, Aachen, Leipzig, Dresden und Ratibor fünfunddreißig Arbeiter getötet und ungefähr hundert verwundet. Am 12. August kam es zu Unruhen in Hannover, Rotthausen und Gelsenkirchen, wobei dreißig weitere Demonstranten getötet wurden. Am selben Tage bildete Gustav Stresemann eine neue Regierung mit vier sozialdemokratischen Ministern, darunter Rudolf Hilferding als Finanzminister.

Ausländische Beobachter stimmten darin überein, daß die soziale Revolution in Deutschland vor der Tür stehe und daß die nächsten Tage die definitive Entscheidung bringen würden."



Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau (Mitte)

Natürlich war von einer „sozialen Revolution“ im Sinne eines Wunsches des deutschen Volkes, bolschewisiert zu werden, nicht entfernt die Rede – die ganze Episode war nichts anderes als ein politisches Manöver, das nur den Franzosen nützlich sein konnte. Die neue Stresemann-Regierung stand vor der Frage, einen Ausweg zu suchen. Da von Moskau eine brauchbare Unterstützung offenkundig nicht zu erhalten war, blieb nichts anderes übrig als die Kapitulation. Der „passive Widerstand“ wurde eingestellt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Reichspräsident Ebert die schwerwiegenden Entscheidungen jener Tage nicht zuletzt deshalb getroffen hat, „um der Gefahr des Kommunismus zu begegnen“ – so jedenfalls urteilt Ruth Fischer, wobei sie deutlich macht, daß sie das bedauert.

In Moskau löste diese Wendung der Dinge lebhaftes Echo aus. Ruth Fischer weiß zu berichten (a.a.O. Seite 368f.), daß „die Führer des Politbüros ihre Ferien im Kaukasus unterbrachen und in den Kreml zurückkehrten“. Anlaß war dazu angeblich die Befürchtung, Stresemann beabsichtige ein „britisch-deutsches Bündnis“ zu schließen – in Wirklichkeit meinte das Politbüro, daß die deutsche Verwirrung nun in ihr entscheidendes Stadium eintrete, und es beschloß deshalb „den Aufstand in Deutschland zu organisieren, einen Stab von mehreren tausend militärischen Sachverständigen zur Verfügung der deutschen Partei zu stellen und ihr unbegrenzte finanzielle Hilfe zuzugestehen“.

Es bedarf keiner weiteren Erwähnung, daß Radeks „nationalbolschewistisches Experiment zu plötzlichem Stillstand kam“ – damals und später wurden solche „nationalen“ Schalmeienklänge im europäischen Raum stets nur als taktische Aushilfen erdacht und gehandhabt.

Wir finden den gefühlvollen „Schlageter“-Redner in den kommenden Wochen nur noch mit der Frage beschäftigt, welche Machtmittel aufzuwenden sind, um „im proletarischen Bezirk Mitteldeutschlands einen Wall zu bilden zwischen der Süd-Konterrevolution in Bayern und dem Nordfaschismus“ (Fischer a.a.O. Seite 453).

*

Die Einzelheiten des neuerlichen – nach 1918, 1919 und 1921 nunmehr vierten – von Moskau gesteuerten Putschversuches im

deutschen Bereich brauchen nicht allzu ausführlich erzählt zu werden. Sie unterscheiden sich von den vorausgegangenen Ereignissen nur durch die ungleich umfassenderen Vorbereitungen. Diesmal begnügte man sich nicht mit der Entsendung einzelner Komintern-Beauftragter. Man ließ sich im September 1923 die ganze Vorstandschaft der KPD nach Moskau kommen und gab ihr dort ausführliche Instruktionen. „Hinter geschlossenen Türen diskutierte das russische Politbüro mit den deutschen Delegierten die Einzelheiten des geplanten Aufstandes" (Fischer a.a.O. Seite 379). Es gehörte zum beschlossenen Plan, „einige hundert Offiziere der Roten Armee damit zu beauftragen, die geheimen militärischen Formationen der deutschen Partei anzuführen. Viele unter diesen waren keine Russen, sondern Österreicher, Ungarn, Serben, Polen oder andere nichtrussische Kommunisten" (S. 388). Der Plan des Vorgehens war gut durchdacht. Es wurde beschlossen, die gebotene Möglichkeit, Kommunisten in die sächsische und thüringische Landesregierung zu entsenden, aufzugreifen und von diesen Positionen aus bewaffnete sogenannte „rote Hundertschaften" aufzustellen; diese Truppe sollte von Sachsen aus gegen Berlin, von Thüringen aus gegen München vorgehen. Trotzki schlug einen genauen Aktionskalender für die einzelnen Schritte vor „bis zu einem Höhepunkt am 7. oder 9. November".

Weder die Moskauer Konferenz noch die Entsendung zahlreicher Agenten blieb geheim, man schätzte die Lage so zuversichtlich ein, daß man sich gar nicht allzu ernsthaft um Tarnung bemühte. Wenn die Ruth Fischer nicht übertreibt, dann wurden die KPD-Führer bei ihrem Eintreffen in Moskau sogar durch öffentliche Transparente verblüfft, auf denen zu lesen stand: „Russische Jugend lerne deutsch, der deutsche Oktober steht vor der Tür."*

Sicher ist, daß Trotzki in seiner großsprecherischen Art am 30. September 1923 – also schon Wochen vor dem vorhergesehenen Termin – dem amerikanischen Senator King eine Unterredung gewährte, die auch in der „Iswestija" veröffentlicht

* Bereits am 2. September 1923 hatte in Moskau eine große Sonntagsdemonstration stattgefunden, bei der verkündet wurde, die revolutionäre Kampffront habe sich „auf die Straßen des Ruhrgebiets und Berlins verlagert" („Times", London 5. 9. 1923).

wurde; in ihr kündigte er der „deutschen Revolution" jegliche Hilfe („short of war" – außer kriegerischem Eingreifen) an.

Diese Hinweise und die eigenen polizeilichen Beobachtungen gaben natürlich der Berliner Regierung zu denken. Der deutsche Diplomat Hilger, der damals schon an der Botschaft in Moskau tätig war, berichtet:

„Immer mehr russische Agenten fuhren nach Deutschland, so daß Berlin dringend verlangte, wir möchten einen Riegel vorschieben. Besonders Radeks Umtriebe machten der deutschen Polizei zu schaffen; schon im Mai waren wir gebeten worden, ihm kein Visum mehr zu geben" (Hilger a.a.O. Seite 124).

Als dann nach Rückkehr der KPD-Führer aus Moskau der erste Programmpunkt durchgeführt wurde und die Kommunisten am 10. Oktober 1923 als Minister und Staatssekretäre in die links-orientierten Regierungen von Sachsen und Thüringen eintraten – Vorläufer der späteren „Volksfront"-Experimente – tat die Reichsregierung das Vernünftigste, was zu machen war: Sie wartete die weitere Entwicklung des Trotzki-Programms nicht ab, sondern erklärte am 14. Oktober den Ausnahmezustand für Sachsen und Thüringen und beauftragte einen Reichswehr-General mit der vollziehenden Gewalt.

Trotzdem arbeitete der bolschewistische Putschapparat weiter, und die sächsische und thüringische Regierung „schlossen eine Art Schutz- und Trutzbündnis gegen Faschismus und Militär-Diktatur" (Stampfer a.a.O. Seite 362). Trotzki hielt noch am 20. und 22. Oktober 1923 in Moskau feurige Reden, in denen er den bevorstehenden Sieg der deutschen Revolution prophezeite („Iswestija" 20. und 22. 10. 1923).

Inzwischen war die Entscheidung in Deutschland bereits gefallen – aber anders als es in Moskau geplant war. Gleich nach den ersten Anordnungen des von der Reichsregierung in Dresden eingesetzten Generals Müller hatte die KPD – im Vollgefühl ihrer Macht* – kühne Erklärungen abgegeben:

„Wir pfeifen auf das Verbot der Hundertschaften durch den Herrn General. Wir pfeifen auf alle Verbote und Erlasse,

* „Die zahlreichen russischen Genossen in Deutschland, die unbegrenzten Fonds (meist in amerikanischen Dollars), die professionelle Art der Vorbereitung brachten das Vertrauen zuwege, daß Rußlands Hilfe dieses Mal sicher war" (Fischer a.a.O. Seite 398).

die noch kommen werden ... Wir fordern die Arbeiter auf, das Verbot der Hundertschaften mit der Bildung von Aktionsausschüssen in jedem Betrieb zu beantworten" (zitiert bei Stampfer a.a.O. Seite 363).

Das entsprach einer Weisung aus Moskau. Sinowjew hatte Radek (der sich in Sachsen befand – natürlich mit falschem Paß) folgende telegraphische Anordnung erteilt:

„Da wir die Lage so einschätzen, daß der entscheidende Moment in nicht später als in 4, 5, 6 Wochen kommt, so halten wir es für notwendig, jede Position, die unmittelbar nützen kann, sofort zu besetzen ... Sofortbewaffnung von 50000 bis 60000 wirklich durchführen, den General Müller ignorieren. Dasselbe in Thüringen" (zitiert bei Fischer a.a.O. Seite 407 ff.).

Man sieht, der „Generalstab" war in Form. Freilich, wie es den Strategen auf den Kommandohöhen nicht selten ergeht, ergab sich auch hier, daß es unten anders aussah. Von einer Bewaffnung von „50 bis 60000" konnte schon deshalb nicht die Rede sein, weil weder die erforderliche Zahl von Freiwilligen noch ausreichend Waffen vorhanden waren. Auch hunderte von Moskauer Experten konnten nicht den deutschen Arbeiter ersetzen, der ihre Befehle entgegennehmen sollte, aber es nicht tat.

Um genau zu sein: Am 21. Oktober 1923 fand in Chemnitz eine Konferenz von Betriebsräten statt – mit Radek und dem sowjetischen General Skoblewski im Hintergrund. Obwohl es sich bei diesen Betriebsräten um sehr radikale Leute handelte, waren die Kommunisten doch in der Minderzahl und ihr Verlangen, den Generalstreik auszurufen, um die Reichswehraktion zu lähmen, wurde von der Mehrheit abgelehnt! Zur eigenen Aktion aber war die KPD zu schwach, und so ging der große Plan sang- und klanglos in einem Ausschuß unter.

Es gab aber eine Panne mit beträchtlichen Folgen: In Chemnitz hatte die KPD bereits Kuriere aus allen Teilen Deutschlands zusammengezogen, die die Weisungen für den Aufstand den unteren Bezirken der Partei überbringen sollten. Einer von diesen Kurieren war verfrüht auf eigene Faust losgezogen. Ohne zu ahnen, daß inzwischen „Das Ganze Halt" geblasen worden war, alarmierte er die Hamburger Kommunisten. Die Folge war, daß am 23. Oktober 1923 morgens um 4,15 Uhr zehn Hamburger

Polizeiwachen von Kommunisten überfallen wurden, die sich dann zu mehrtägigen Straßenkämpfen verschanzten. „Die Aufständischen von Hamburg kämpften in der Illusion, daß ganz Deutschland kämpfe und daß Rußland bald eingreifen werde“ (Fischer a.a.O. Seite 415). Am zweiten Tage wurde sogar verbreitet, die Rote Armee habe Polen angegriffen, die sowjetische Flotte sei im Begriffe, in den Hamburger Hafen einzufahren.*

Die Ruth Fischer – damals an der KPD-Führung maßgeblich beteiligt – meint rückblickend:

> „Die lokalisierten Straßenkämpfe standen in scharfem Gegensatz zu den großen Worten der komplizierten Parteiresolutionen, zu den Geld- und Menschenreserven mit denen die Partei den deutschen Oktober vorbereitet hatte“ (a.a.O. Seite 417).

An anderer Stelle ihres Buches wird sie geradezu elegisch:

> „Sechs Jahre nach der russischen Revolution waren die Flammen so heruntergebrannt, daß sie nicht einmal das rote Sachsen entzünden konnten.“

Und die Darstellung in der offiziellen „Geschichte der kommunistischen Partei der Sowjet-Union“ schiebt die Schuld an die Berliner Adresse ab:

> „Die breiten Massen der Arbeiter und Kleinbürger waren in Revolutionsstimmung, aber die opportunistischen Führer der deutschen kommunistischen Partei, an deren Spitze die Luxemburgisten Brandler und Thalheimer standen, erwiesen sich als absolut unfähig, von der entstandenen Situation Gebrauch zu machen, ließen sich vielmehr von den „linken“ Sozialdemokraten ins Schlepptau nehmen und gaben so der deutschen Bourgeoisie die Möglichkeit, sich aus der akuten politischen Krise herauszuziehen.“

---

* Ganz unbegründet waren solche Gerüchte nicht. Die „Times“ (London 29. 10. 1923) berichten aus Warschau über Verhandlungen, die der Sowjetdiplomat Viktor Kopp (früher Geschäftsträger in Berlin) in der zweiten Oktoberhälfte in Riga und Kowno mit der lettischen und litauischen Regierung geführt habe. Für den Fall eines Bürgerkrieges in Deutschland habe er freien Gütertransit von Rußland nach dem Reich gefordert und dafür einen Nichtangriffspakt angeboten. Am 28. Oktober kam Kopp in Warschau an. Der „Times“-Korrespondent vermutet, der sowjetische Diplomat werde den Polen die Besetzung Ostpreußens empfehlen, und fügt hinzu: „Unglücklicherweise begünstigt die gegenwärtige politische Lage in Polen solche Pläne.“

Vom deutschen Standpunkt aus neigt man zu schärferen Urteilen über diese historische Episode; sie steht einzigartig da in den Beziehungen zwischen zwei Staaten, die anderthalb Jahre vorher einen Pakt miteinander geschlossen hatten.

*

Franz Borkenau, damals bekanntlich einer der Komintern-Beamten, schreibt ironisch über das russisch-deutsche Verhältnis im Herbst 1923:

> „So konnte es geschehen, daß Sinowjew eifrig und aufrichtig einen deutschen Aufstand vorbereitete, während gleichzeitig die Rote Armee deutsche Flieger schulte und der Reichswehr Granaten lieferte. In der Weltpolitik behandelte Rußland das Reich seit dem Rapallo-Vertrag von 1922 als einen Verbündeten; gleichzeitig behandelte die Komintern Deutschland als das ausgewählte erste Opfer der kommunistischen Weltbewegung. Aber auch die Reichsregierung verhielt sich entsprechend: sie behandelte die Kommunisten als Landesfeinde, zugleich jedoch die kommunistischen Vertreter im Außenausschuß des Reichstages als ihre besten Freunde" (a.a.O. Seite 59).

Ganz so reibungslos verlief die Angelegenheit in Wirklichkeit natürlich nicht.

Wir erinnern uns des Grafen Brockdorff-Rantzau, der seit Herbst 1922 als deutscher Botschafter in Moskau tätig und – abgesehen von seiner Abneigung gegen die militärischen Kontakte – ein überzeugter Anhänger zumindest wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Rußland war. Er hatte mit dem sowjetischen Außenminister Tschitscherin nicht nur politische sondern auch persönliche Freundschaft geschlossen und neigte dazu, seine ursprüngliche Meinung über die „völlig skrupellosen Sowjetführern" zu revidieren. Die Enttäuschung, die Brockdorff-Rantzau erlebte, war anderer Art. Botschaftsrat Hilger deutet sie in zwei Szenen an, von denen er berichtet (a.a.O. Seite 125ff.).

Die erste betrifft eine „Demarche", die Graf Brockdorff-Rantzau im November 1923 beim sowjetischen Kriegsminister Trotzki zu unternehmen hatte; die Reichsregierung forderte die

Abberufung eines Mitgliedes der sowjetischen Botschaft in Berlin, das unter dem Namen „Petrow“ figurierte:

„Dieser Mann“ berichtet Hilger „war in Wirklichkeit ein französischer Kommunist, der sich sehr erfolgreich in das Vertrauen hoher militärischer Kreise Berlins eingeschlichen hatte. Laut Polizeiberichten hatte er zur Vorbereitung revolutionärer Barrikadenkämpfe in großem Maßstab Waffen und Munition gekauft und mit auf die russische Botschaft ausgestellten Dollarwechseln bezahlt. Kochend vor Entrüstung zeigte Graf Rantzau diese Berichte Trotzki und seine Empörung kannte keine Grenzen, als dieser seelenruhig zugab, er selbst habe Petrow der Sowjetbotschaft zugeteilt, weil er mit einer unmittelbar in Deutschland bevorstehenden Revolution gerechnet habe.“

Die zweite Szene ergab sich, als Tschitscherin im Dezember 1923 – offenbar um die verfahrene Situation wieder einigermaßen in Ordnung zu bringen – den deutschen Botschafter und dessen Mitarbeiter zu einem offiziellen Frühstück einlud. Sinnigerweise nahm auch Radek teil, der inzwischen von seinem illegalen Aufenthalt in Deutschland wieder zurückgekehrt war. Er führte das Wort, redete heftig auf die Gäste ein und versicherte ihnen, es sei wirklich nur ein reiner Zufall, daß die Kommunistische Internationale ihren Sitz in Moskau habe. Es hätte doch auch niemand den belgischen König Leopold für die Zweite Internationale verantwortlich gemacht, nur weil sie ihr Hauptquartier in Brüssel gehabt habe! Tschitscherin warf ein: „Sie wissen genau, daß Mussolini unser bester Freund ist.“

Hilger bemerkt zu dieser Erinnerung trocken und treffend:

„Welch' krampfhafte Bemühung, die Risse in der deutschrussischen ‚Schicksalsgemeinschaft‘ auszuflicken! Und doch konnten die im Oktober 1923 geschlagenen Wunden nie wieder heilen.“*

Bei diesem Frühstück erwähnte Radek mit lobenden Worten auch den General Seeckt, der auf dem Standpunkt stehe: „Wir

* An anderer Stelle erzählt Hilger (a.a.O. Seite 109): „Als Tschitscherin im März 1925 auf einem Sowjetkongreß in Tiflis behauptete: ‚Wir sahen uns genötigt, der Reichsregierung nochmals zu erklären, daß unsere Regierung für die Tätigkeit der Komintern nicht verantwortlich ist und überhaupt nichts mit ihr zu tun hat‘ reagierte die Zuhörerschaft zu seiner größten Verlegenheit mit schallendem Gelächter.“

müssen die Kommunisten fest an der Gurgel packen, aber mit Sowjetrußland zusammengehen." Radek erklärte dazu mit Pathos: „Wir sind bereit mit ihm zusammenzugehen."

Wie dieses „Zusammengehen" in Wirklichkeit aussah, das mußte Seeckt im Frühjahr 1924 mit peinlicher Überraschung erfahren. In Stuttgart wurde eine Führungsgruppe der Komintern ausgehoben und bei ihr die einwandfreien Beweise dafür entdeckt, daß zum Programm des geplanten Herbstputsches 1923 auch die Ermordung des Generals Seeckt gehört hatte!

Die Ruth Fischer plaudert (a.a.O Seite 395ff.) rückblickend recht munter über diese Affäre, in die der Kommunist Heinz Neumann verwickelt war; dieser erzählte „mit jungenhaftem Stolz", „wie er viele Vormittage damit zubrachte, Seeckts regelmäßigen Spaziergang im Tiergarten zu beobachten, um die geeignetste Ecke für einen Anschlag ausfindig zu machen".

Die ganze Affäre hatte im Februar 1925 ein gerichtliches Nachspiel im sog. Tscheka-Prozeß, der vor dem Reichsgericht in Leipzig gegen einige der im Herbst 1923 in Deutschland tätigen und von der Polizei aufgegriffenen russischen Agenten durchgeführt wurde. An der Spitze der sechzehn Angeklagten stand der Russe Peter Alexander „Skoblewski"; welchen Namen dieser Mann wirklich führte, ist nie festgestellt worden. In Deutschland trat er unter den Bezeichnungen Sorew, Sorewsky, Hellmuth, Pavel, Alex und Wolf auf („Times", London 20. 2. 1925). Es war wieder eine nachsichtige Höflichkeit derReichsregierung, daß nur von einem „Tscheka-Prozeß' gesprochen wurde! In Wirklichkeit stand nicht nur eine sowjetische Institution, sondern die russische Politik vor dem Richter. *„Die meisten Beweisstücke wurden vom deutschen Bürger als ein Hintertreppen-Roman beiseitegeschoben, aber selbst manche der fantastischsten Einzelheiten waren buchstäblich wahr"* (Fischer a.a.O. Seite 396).

*

Gewiß – die Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee wurde in begrenztem Umfang und im Rahmen begründeten Mißtrauens noch jahrelang fortgesetzt*, auch die erkal-

* Wie H. Speidel in einem Aufsatz „Reichswehr und Rote Armee" (Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1953, Seite 9) berichtet, erteilte erst Hitler

teten diplomatischen Beziehungen zwischen Berlin und Moskau erwärmten sich gelegentlich wieder. Aber der Traum von Rapallo war gründlich ausgeträumt.

So hoffnungsvoll das Zwischenspiel begonnen hatte, so hoffnungslos endete es. Wieder einmal hatte der Schatten des falschen Propheten sich zwischen die Deutschen und die Russen gelegt.

---

im Sommer 1933 den Befehl, die Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee zu beenden. Im Herbst 1933 begab sich ein Bevollmächtigter des Reichswehrministeriums nach Rußland, um die dortigen deutschen Einrichtungen, insbesondere das Luftwaffenzentrum Lipezk aufzulösen. Außer den Gebäuden wurden 50 deutsche Jagdflugzeuge der Roten Luftflotte überlassen. Das sonstige bewegliche Material konnte reibungslos abgefahren bzw. abtransportiert werden. Aus den Darlegungen Speidels ergibt sich, wie begrenzt die militärische Zusammenarbeit in Wirklichkeit gewesen ist.

Der Stalinkurs: Geheimapparat und Weltpolitik

Die innerrussischen Auseinandersetzungen über die Nachfolgeschaft Lenins sind für uns heute nicht mehr sehr interessant. Daß unter den in Betracht kommenden engeren Mitarbeitern Lenins der Georgier Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili, der sich Stalin nannte, seine Konkurrenten aus dem Felde schlug, ergab sich nahezu zwangsläufig aus den Umständen. Trotzki hatte gerade die Schlacht um Deutschland verloren, die so sehr sein Werk war, daß er im Oktober 1923 den nach Deutschland abreisenden KPD-Chef Brandler mit Kuß auf beide Wangen verabschiedete (nach Fischer a.a.O. Seite 393); im Januar 1924, als Lenin starb, war die deutsche Niederlage noch zu frisch in der Erinnerung, als daß Trotzki ernstlich als roter Zar in Betracht kommen konnte.

Man hat seither die politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Trotzki und Stalin als ausschlaggebende Faktoren geschildert – vor allem von sogenannt „linkskommunistischer“ Seite; man hebt dabei Trotzkis Ansicht von der „immerwährenden (permanenten) Revolution“ bewundernd hervor und beschuldigt Stalin, sich von Lenin getrennt zu haben, indem er den „Sozialismus in einem Land“ für realisierbar erklärte. In Wirklichkeit hatte das Lenin in seiner letzten Lebenszeit auch schon getan, und Trotzki hätte sich, wäre er der Machthaber nach Lenin gewesen, ebenfalls an die Tatsachen anpassen und die bis dahin betriebene, so kläglich gescheiterte europäische Aufstandspolitik beenden müssen. Andererseits hat auch Stalin keineswegs auf die marxistische Staatsreligion und erst recht nicht auf die Komintern und die „Vorbereitung der Weltrevolution“ verzichtet. Er hat diese Bestrebung nur noch enger mit der russischen Außenpolitik verbunden und methodisch neue und, wie wir sehen werden, sehr erfolgreiche Wege beschritten.

Was sich im Zusammenhang mit Lenins Tod in Moskau abspielte, war ein Personenkampf, in dem Stalin obsiegte, nicht nur weil er der massivere, sondern vor allem auch, weil er der geeignetere für den freigewordenen Platz gewesen ist. Neuerdings gehört es sogar in Moskau zum guten Ton, ihn wegen

seiner Gewalttätigkeit zu kritisieren. Es ist richtig, daß er alle seine Widersacher abgesetzt hat und die meisten von ihnen hinrichten ließ – aber ist das ein Umstand, der ihn etwa zu Lenin oder zu Zaren früherer Jahrhunderte in Gegensatz stellt?

Als Stalin in einer längeren politischenEntwicklung, die schon 1922 begann und etwa 1925 endete, die völlige Entscheidungsfreiheit an sich gezogen hatte, konnte er sich eine Reihe von Lehren zu Nutzen machen, für die Lenin noch hatte bitter zahlen müssen. Als Realist, der er war, jagte Stalin nicht mehr dem Traum nach, in Europa ließen sich durch propagandistische Funksprüche, durch einige Kominternagenten oder auch durch sowjetische Generalstabskommissionen überraschende Eroberungen erzielen.

Die Stalinsche Politik von 1925 bis zum Zweiten Weltkrieg läßt sich in eine schlichte Formel fassen: Während Lenin bereit war seine Herrschaft in Rußland zu riskieren, in der Hoffnung, Europa gewissermaßen im Handstreich zu nehmen, stellte sich Stalin von vorneherein auf lange Fristen ein; sein Anliegen war es, die Sowjetunion gründlich zu stärken und zwar im nüchtern machtpolitischen Sinn und gleichzeitig mit Hilfe der Komintern jedes erreichbare andere Staatssystem ebenso gründlich zu schwächen. Am Ende der beiden Prozesse stand für ihn das gleiche Ziel, wie Lenin es verfolgte: die „Weltrevolution“ oder sachlicher ausgedrückt, die Moskauer Weltherrschaft; denn die Erwartung, es würden sich irgendwo Entwicklungen im Sinne des Karl Marx ohne russisches Zutun vollziehen, war zwar nicht propagandistisch, wohl aber praktisch aufgegeben.

Aus diesen Grundtendenzen der Stalinschen Politik ergaben sich eine Reihe von Entwicklungen und Verwicklungen, die schließlich im großen Rahmen der Weltpolitik stattfanden und die Geschichte des 20. Jahrhunderts noch gründlicher verwirrt haben als vorher die Putschphantasien Lenins.

*

Konnte zu Lenins Zeiten manchmal der Eindruck entstehen, daß in Moskau „die Linke nicht wußte was die Rechte tut“, so wurde unter dem neuen Regime planmäßiger und klarer gearbeitet. Auch im „Generalstab der Weltrevolution“ wußte man

bald deutlicher zu unterscheiden zwischen der Politik der wortreichen aber doch wirkungslosen Resolutionen und einer wohlabgewogen-planmäßigen Tätigkeit, die der Sowjetregierung unmittelbar nützlich war.

Schon die sog. „21 Bedingungen" (vgl. Seite 134) hatten den Aufbau einer illegalen Parteiorganisation neben den offiziellen kommunistischen Parteien vorgeschrieben, aber in den aufregenden Jahren 1920–1923 wurde diese Anordnung nicht stets mit der gewünschten Genauigkeit durchgeführt. So gab es zwar aus Moskau kommende, mit falschen Pässen und Namen gutausgestattete Agenten in ziemlicher Anzahl, aber die örtliche Organisation des Geheimapparates ließ sogar in Deutschland noch zu wünschen übrig. Das änderte sich bald nach Stalins Machtübernahme.

Schon im Jahre 1924 hatte Ruth Fischer in ihrer Eigenschaft als leitende KPD-Funktionärin mehrere Gespräche mit Stalin, der sich „aus den zahllosen Problemen der Internationale Deutschland als sein Spezialgebiet" ausgesucht hatte, und sie berichtet darüber recht interessant (a.a.O. Seite 448f.):

„Daß die kommunistische Sache eine definitive Niederlage in Deutschland erlitten hatte, wurde nicht erwähnt, auch nicht die künftige Politik unter so veränderten Verhältnissen. Statt dessen gingen wir die Neugruppierung der illegalen kommunistischen Kader durch, und Stalin zeigte seinen erstaunlichen Sinn für das organisatorische Detail der deutschen Bewegung, war es auch noch so geringfügig. Er betonte die Notwendigkeit der Koordinierung des illegalen Parteiapparates mit jeder vorhandenen legalen Querverbindung, mit den Zweigorganisationen in den Gewerkschaften und dem Stamm in den Betrieben. Er unterstrich die Bedeutung der Frauen-, Jugend- und Kinderorganisationen und zeigte ein charakteristisches Interesse für die Verknüpfung der verschiedenen Geheimapparate mit der Partei. Er kritisierte scharf die konspirative Unerfahrenheit der Partei und legte den Nachdruck auf die Notwendigkeit einer unermüdlichen Anstrengung, erstens die Technik zu verbessern und zweitens jene Teile der Organisation auszubauen, die auch, wenn die Partei wieder legal wurde, geheim bleiben würden. Die äußerste Sorgfalt müsse angewandt werden, betonte er, um den Kontakt des Geheimapparates mit der russischen Partei zu verdecken."

Dieser Stalinsche Sinn „für das organisatorische Detail“ in Angelegenheiten des Geheimapparates sollte sich in der Folgezeit, wie wir noch sehen werden, für Rußland als außerordentlich nützlich erweisen. Zunächst hatte er zur Folge, daß Berlin „ein zweites Hauptquartier für die russischen Agenten“ wurde:

„Die deutsche Partei versah die durchreisenden Sowjetagenten mit sicheren Wohnungen, Leibwachen, Stenotypisten und stellte alle anderen technischen Erleichterungen bereit. Oft brachte der GPU-Agent seine Hilfskräfte nicht aus Moskau mit, sondern suchte sie sich aus dem Kreis der vom Zentralkomitee Empfohlenen aus, und so kam es dazu, daß tausende von deutschen Kommunisten in dem Jahrzehnt vor 1933 in den Dienst einer ausländischen Macht traten und einige davon unter angenommenen Namen über die ganze Welt verstreut wurden“ (Fischer a.a.O. Seite 624).

Bei einer Gesamtmitgliederzahl der KPD von damals etwa 125000 wurden etwa 4300 bezahlte Funktionäre beschäftigt (also je auf 30 Mitglieder ein Parteibeamter!), dazu kamen noch hunderte von KPD-Mitgliedern, die Angestellte der verschiedenen sowjetrussischen Vertretungen in Deutschland waren.

Mit Stolz berichtet W. G. Krivitzky („In Stalins Secret Service“, Seite 39f.):

„Aus den Ruinen der kommunistischen Revolution errichteten wir in Deutschland *einen glänzend funktionierenden Nachrichtendienst, Neid aller anderen Nationen.*“

*

Eine wichtige Rolle in der neuen Form der Kominternarbeit (die von Stalin nach außen hin im Schlußwort des 14. Parteitags der russischen Kommunistischen Partei im Dezember 1925 mit der Formel vertreten wurde: „Wir hoffen und erwarten, daß die europäische Arbeiterklasse im Falle einer kapitalistischen Einmischung Sowjetrußland auch verteidigen wird“) spielte die wohlgezielte Unterwanderungspolitik, die sich einerseits auf die Gewerkschaften und andererseits auf die Schicht der sogenannten Intellektuellen richtete – zwei Gruppen, die im Zuge der Putschpolitik bisher vernachlässigt worden waren.

Auch Lenin hatte schon gelegentlich das Eindringen in die Gewerkschaften empfohlen, aber dieses Verfahren, wie es seine Art war, recht offen besprochen und ihm wenig Anziehungskraft verliehen. Man solle sich mit solchen Organisationen schon verbinden, aber in ihnen eine Rolle spielen „wie der Strick beim Gehängten".

Stalin meinte zwar das gleiche, aber er drückte sich höflicher aus. In einem offenen Brief (an den in einem deutschen Gefängnis inhaftierten Kommunisten Maslow) erklärte er am 28. Februar 1925:

> „Erstens, im Westen kann man nicht die Millionenmassen der Arbeiterklasse erobern, ohne die Gewerkschaft zu erobern, und zweitens kann man nicht die Gewerkschaften erobern, ohne innerhalb dieser Gewerkschaften zu arbeiten und dort unseren Einfluß zu verstärken. Deshalb muß man eine besondere Aufmerksamkeit der Arbeit unserer Genossen in den Gewerkschaften zuwenden."

Den Haupterfolg dieser neuen Taktik erntete Stalin bereits ein Jahr später zur allseitigen Überraschung in England; dort gelang es, einen gewissen A. J. Cook, der ein geheimes Mitglied der englischen kommunistischen Partei war („vielleicht der erste Krypto-Kommunist überhaupt", wie Borkenau a.a.O. Seite 55 urteilt), in die wichtige Stellung des Generalsekretärs des britischen Bergarbeiterverbandes zu manipulieren. Dieser Mann war so tüchtig, daß er es fertig brachte, nicht nur einen Bergarbeiterstreik, sondern sogar einen Generalstreik zu organisieren, wie es ihn bis dahin und seither in der englischen Geschichte nicht gegeben hat.

Marx und Lenin hätten bei einem solchen Erfolg gewiß die „englische Revolution" und den Sturz des britischen Königshauses spätestens bis übermorgen erwartet.

Stalin war bescheidener; zu seiner Zufriedenheit genügte es völlig, daß das englische Staatswesen für einige Wochen ernstlich beunruhigt wurde. „Denn (so urteilt Rosenberg) die Ereignisse in Asien hatten die Beziehungen zwischen Rußland und England äußerst verschlechtert und die englischen Konservativen bedrohten das Land mit Krieg." Die letztere Behauptung ist zwar reine Phantasie, aber daß der britische Generalstreik für

die sowjetische Außenpolitik ein vorteilhaftes Ereignis war, bleibt unbestritten. Die Rolle des Mr. Cook hatte sich bezahlt gemacht...

Ähnliche Leistungen begrenzter Art zum Vorteil der russischen Politik erwartete man sich mit Recht von einer nachhaltigen Einflußnahme auf das gesellschaftliche Nebenprodukt der westlichen Zivilisation, das man gemeinhin „die Intellektuellen“ nennt. Man darf diese Schicht nicht mit der Intelligenz eines Volkes verwechseln, es handelt sich überall nur um eine Gruppe von Leuten, die zwar höhere Lehranstalten und Universitäten besucht und absolviert, aber trotzdem einen sie befriedigenden Anschluß an echte Berufe nicht gefunden haben. Sie leiden darunter, daß ihre oft übersteigert geglaubte geistige Überlegenheit nicht die gewünschte allgemeine Anerkennung findet. Die starke Anfälligkeit solcher Gruppen für den Marxismus, der ihnen eine weltliche Priesterrolle in Aussicht stellt, wurde bereits erwähnt. Natürlich sind unter diesen „Intellektuellen“ selten brauchbare Parteimitglieder im Leninschen Sinne zu finden. Die kommunistischen Parteien lassen sich nicht dadurch verstärken, daß man solch selbstbewußten Leuten Mitgliedsbücher in die Hand drückt und Disziplin von ihnen erwartet. Erfolgversprechender ist es, ihre kritischen Fähigkeiten in den Reihen der Gegner anzusetzen. Hier können sie ihre negativen Leidenschaften voll entfalten.*

Das war damals – und ist bis heute – die wohldurchdachte und vom Moskauer Standpunkt aus wohlgeglückte Funktion all der zahllosen, über die ganze Welt verstreuten Organisationen,

* Es soll nicht übersehen werden, daß auch die arrivierte Intelligenz, insbesondere Deutschlands, dem als „neu“ empfundenen Bolschewismus ernsthaften geistigen Widerstand nicht entgegensetzte. Im Januar 1919 versandte der damals bedeutende „Bund deutscher Gelehrter und Künstler“ eine Rundfrage über „Wesen, Grundlage und Überwindungsmöglichkeiten des Bolschewismus“. Die eingelaufenen Antworten wurden in einer Schrift (Heinrich von Gleichen und Anneliese Schmidt: „Der Bolschewismus und die deutschen Intellektuellen“, Leipzig 1920) zusammengefaßt veröffentlicht. Es finden sich darin Antworten wie diese: „Der Bolschewismus ist ein Irrtum. Doch dieser Irrtum war der einzige geniale Gedanke des versumpften Zeitalters“ (Alfred Kerr); „Der Bolschewismus bezeichnet das psychologisch interessanteste Phänomen der neueren Geschichte: den radikalsten passage á la limite, der sich überhaupt denken läßt, der verkörperte Wille zum Tod einer sterbenden Welt. Was er im Letzten will (nicht sein Programm) ist ideal, doch im gleichen Verstand, wie der Wille zum Tod ideal sein kann, insoferne jener durch diesen hindurch das ewige Leben erstrebt“ (Graf Hermann Keyserling). Die mit solchen geistreichen Verbeugungen geöffnete Tür mußte die Moskauer Strategen zu planmäßigem Vorstoß geradezu einladen.

Kreise, Gruppen oder wie immer sie sich nennen, die uns als „fortschrittlich“, „avantgardistisch“ und „pazifistisch“ (nur nie als kommunistisch) „blau“ oder „grün“ (nur nie als rot) empfohlen werden. Sie predigen über Literatur, Kunst oder Philosophie, selten direkt über Politik. Ihr ganzes Treiben wäre keiner Beachtung wert, würde es nicht nach einer Regel ausgerichtet: den gesunden Instinkt der Völker zu lähmen und ihren Willen zu brechen. Da wird das Häßliche propagiert, weil das Schöne befriedigen würde, das Abartige in den Vordergrund gestellt, um das Normale in Verruf zu bringen, Feigheit bewundert, um den Mut zu unterdrücken. Kurz – im Rahmen der „öffentlichen Meinung“ wird jedem Chaos gedient und jeder Ordnung entgegengewirkt. Fürwahr, ein befriedigendes Streben für jeden, der sich – wie einst Karl Marx – rächen will an einer Gesellschaft, die ihn nicht würdigt. Das Ganze erfüllt von der verführerischen geistigen Spannung, die das Wesen des Mephisto ausmacht:

„Ich bin der Geist, der stets verneint
und das mit Recht; denn alles was entsteht,
ist wert, daß es zugrunde geht.“

Ein deutscher Kommunist namens Willi Münzenberg ist der Bahnbrecher dieser „Intellektuellen-Taktik“ gewesen, die sich so bewährt hat, daß sie bis heute unverändert zum Moskauer Programm gehört. Münzenberg lebte während des Ersten Weltkrieges in der Schweiz, trat dort mit Lenin in persönliche Berührung und arbeitete später in der Berliner KPD-Parteileitung, wo er zunächst mit Erfolg die sog. „Rote Hilfe“ organisierte. Erst nach Stalins Machtübernahme kam Münzenbergs große Zeit; er prägte damals das Schlagwort „Wir müssen die Intellektuellen organisieren“, er entdeckte „einen neuen Typus, den ‚Sympathisierenden‘ und einen Organisationsrahmen dafür, den der überparteilichen Nebenorganisation“ (Fischer a. a. O. Seite 747). Borkenau berichtet über den bemerkenswerten Vorgang: Münzenberg habe sich „spezialisiert“ auf die „Schaffung von Fassadeorganisationen für die kommunistische Bewegung, damals eine neue Erfindung der Komintern, als deren Urheber er gelten kann“. Noch in den 20er Jahren schuf Münzenberg

„einen der größten Zeitungskonzerne des Kontinents, dessen kommunistische Führung durch seine Person gesichert



Litwinow im Gespräch mit einem amerikanischen Diplomaten

war, der aber umfassenden Gebrauch von der Mitarbeit nichtkommunistischer ‚fortschrittlicher' Redakteure und Schriftsteller machte. Es war charakteristisch, daß eine recht breite Schicht von Intellektuellen, die dem Kommunismus während der Bürgerkriege in bitterer Feindschaft gegenüberstanden, jetzt mit dem stabilisierten russischen Regime sympathisierte. Münzenberg war der Erfinder des „fellow travellers", des Mannes, der der kommunistischen Bewegung dient, aber sich gleichzeitig mit seiner Nichtzugehörigkeit zur Partei deckt. Er behauptete seinen Konzern während der nächsten, solchen Methoden an sich ungünstigen Phase des Extremismus, und als nach Hitlers Sieg in der ganzen Welt die Periode der breiten antifaschistischen Bewegungen kam, war der Zeitpunkt für die Ausdehnung seiner Methoden auf alle Komintern-Parteien gekommen" (Borkenau a.a.O. Seite 57).

Stalin erfaßte, daß sowohl die nachrichtendienstliche Arbeit wie das Wirken durch ein weitverzweigtes intellektuelles Verwirrungssystem (wie sich diese ganze Methode wohl am knappsten bezeichnen läßt) nur funktionieren kann, wenn ihm ein brauchbarer Führungsapparat zur Verfügung steht. Auch hierfür war die Komintern geeignet. Bereits 1926 wurde die erste sog. „Leninschule" in Moskau gegründet, die tüchtige Nachwuchskräfte verschiedenster Nationalität in zweijährigen Kursen für diese Aufgaben schulte.

Die bisher oft zitierte Ruth Fischer – von großem Zorn auf Stalin erfüllt, der sie 1927 aus der KPD entfernte – meint über diese „Leninschule", sie sei nur „angeblich von der Komintern geleitet, tatsächlich in den Händen der Gegenspionage der Roten Armee" gewesen, „die am Rande der Stadt eine geheime Zweigstelle unterhielt, wo konspirative Methoden gelehrt wurden". Seit ein späterer Zögling dieser Schulen ein recht bemerkenswertes Buch über seine dortigen Erfahrungen, über den Lehrstoff und die Erziehungsmethoden veröffentlicht hat (Wolfgang Leonhard: „Die Revolution entläßt ihre Kinder", Berlin 1955), wissen wir etwas besser Bescheid. Unstreitig hat Stalin das bedeutendste Vorbild strikter geistiger Disziplinierung – Ignatius von Loyola – gründlich studiert und alles Übertragbare zur Einexerzierung einer internationalen Führungstruppe angewandt. Man darf dieses System gewiß nicht, wie die Ruth Fischer es tut, dadurch verharmlosen, daß man meint, hier würde

nur eine „Elite des Nachrichtendienstes" herangebildet, obwohl das letztere natürlich auch eines der angestrebten Erziehungsergebnisse ist.

Im Zweiten Weltkrieg gehörte es an einigen Frontstellen zur sowjetischen Angriffstaktik, an rückwärtigen Straßenknotenpunkten Offiziere in deutschen Uniformen abzusetzen, die den an die Durchbruchstellen marschierenden Reserven falsche Befehle erteilten, sie in verkehrte Richtungen wiesen und damit in der Verteidigung ein ausreichendes Chaos erzielten, um den sowjetischen Panzern die Straßen zu öffnen. Auf den Leninschulen wurde und wird gelehrt, gleiche Erfolge auf breiterer Basis im weltpolitischen Feld zu erzielen!

*

Die Schwächung der Gegner – und aus ihrer Sicht bewerten Sowjetführer jeden nicht von Moskau abhängigen Staat als Gegner – war die *eine* Seite des von Stalin entwickelten politischen Kurses, die Stärkung Rußlands die *andere*.

Auch hier hat Stalin klarer gesehen und nüchterner operiert als Lenin, der erst in seinem letzten Lebensabschnitt die wirklichen Existenzprobleme eines großen Reiches zu erfassen begann. Winston Churchill berichtet in seinem Buch über den Zweiten Weltkrieg von einem Gespräch mit Stalin im August 1942, das sich mit der Einführung der Kolchosen-Wirtschaft, Stalins erster innenpolitischer Aktion befaßte. Churchill fragte: „Waren die Anstrengungen dieses Krieges für Sie persönlich ebenso schwer wie die Durchführung der Kollektivierung?" Stalin antwortete: „Die Kolchosenpolitik war mit einem furchtbaren Kampf verbunden." „Das habe ich mir schon gedacht" meinte Churchill, „denn Sie hatten es ja nicht nur mit einigen tausend Aristokraten oder Großgrundbesitzern zu tun, sondern mit Millionen von Kleinbauern." „Zehn Millionen" erwiderte Stalin. „Es war furchtbar. Vier Jahre dauerte es. Aber es war für Rußland unbedingt erforderlich, mit Traktoren zu pflügen, wenn wir periodisch wiederkehrende Hungersnöte vermeiden wollten. Wir mußten unsere Landwirtschaft mechanisieren. Als wir den Bauern Traktoren gaben, waren diese in wenigen Monaten restlos ruiniert, nur die mit Reparaturwerkstätten

ausgestatteten Kolchosen konnten mit Traktoren umgehen. Wir haben uns die größte Mühe gegeben dies den Bauern klarzumachen. Aber es war nicht mit ihnen zu reden. Wenn man einen solchen Bauern mit allen Mitteln zu überzeugen versucht hat, erklärte er, er müsse nach Hause gehen und seine Frau und seinen Hirten um Rat fragen. Schließlich aber läuft die Antwort immer wieder darauf hinaus, daß er nicht in die Kolchose eintreten und daher lieber auf einen Traktor verzichten will." „Was geschah?" fragte Churchill. Stalin antwortete: „Viele schlossen sich uns an. Anderen wurde in den Provinzen Tomsk und Irkutsk oder noch weiter im Norden eigenes Land gegeben, aber der größte Teil war so unbeliebt, daß sie von ihren Arbeitern beseitigt wurden ..." (Nach Winston Churchill: The Second World War, Band 4, London 1951, Seite 447f.).

Es gibt natürlich nicht den leisesten Zweifel darüber, wer in Wirklichkeit „den größten Teil" der „Kulaken" „beseitigte" – Churchill war nicht so zartbesaitet, um sich durch diese Andeutung im Gespräch mit seinem neuen Freunde „Uncle Joe" stören zu lassen.

Wahrscheinlich war, rein volkswirtschaftlich gesehen, Stalins Ansicht berechtigt, daß eine konstante landwirtschaftliche Produktion im russischen Raum nur durch mechanisierte Großbetriebe gesichert werden konnte. Immerhin wurde durch die „Entkulakisierung" – zum ersten aber nicht zum letzten Male wurde in Moskau ein kühles Fachwort für einen planmäßigen Vernichtungsprozeß geprägt – die einzige unmittelbare Errungenschaft der Leninschen Machtübernahme, die Bauernbefreiung, wieder aufgehoben.

Für Stalin stellte sich das Problem anders dar. Er wünschte die Sowjetunion vor allem militärisch zu kräftigen, und dafür war die Sicherung der Ernährungslage nur eine von mehreren Voraussetzungen. Viel wichtiger war der Aufbau einer Rüstungsindustrie, der ab 1928 entschieden in Angriff genommen wurde. Über die sowjetischen Fünfjahres-Pläne – in Anlage und Durchführung gewiß Achtung gebietende Leistungen – gibt es halbe Bibliotheken andächtig-bewundernder Literatur.

Das wirklich interessante Zahlenmaterial findet sich nur gelegentlich in Anmerkungen. Es zeigt, daß beim „Nachhol"-Aufbau der russischen Industrie (zunächst handelte es sich nur um

den Ausgleich der Versäumnisse während der Kriegs- und Nachkriegszeit) in entschiedener Weise der zivile Bedarf gegenüber dem schwerindustriellen zurückgestellt wurde. Natürlich gibt es nirgends zuverlässige Angaben über die tatsächliche Entwicklung der sowjetischen Rüstung jener Zeit. Sie läßt sich aber indirekt an der russischen Stahlproduktion ablesen. Diese betrug:

Im Jahre 1913	4,2 Millionen Tonnen Stahl
1926	3,0
1929	4,9
1931	5,3
1933	6,9
1938	18,0

Stalin hat gelegentlich recht offenherzig von dem wirklichen Sinn seiner Fünfjahres-Pläne gesprochen. So in einer Rede am 19. November 1928, in der er die Tradition Peters des Großen beschwor, um seinem Rüstungsprogramm eine historische Drapierung zu geben:

„Als Peter der Große, der mit den entwickelteren Ländern des Westens zu tun hatte, fieberhaft Fabriken und Werke baute, *um die Armee zu versorgen* und die Verteidigungsfähigkeit des Landes zu steigern, war dies ein eigenartiger Versuch, aus dem Rahmen dieser Rückständigkeit hinauszuspringen."

Stalins Schwager Kaganowitsch sprach noch deutlicher aus, worauf es ankam, als er am 24. Dezember 1930 seinen Bericht über die Anfangserfolge des ersten Fünfjahres-Planes mit folgender Feststellung einleitete:

„Bei unserem Wirken für die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft richten wir unser *Hauptaugenmerk* auf die Aufgabe der allseitigen Verstärkung der roten Armee" (zitiert aus Isac Don Levine: Stalin, London 1936, Seite 305).

Es gab da freilich zunächst außer der Waffenversorgung noch andere Hemmnisse für die Entwicklung der Armee. Da war das Prinzip der „politischen Kommissare". Es hatte zunächst der Kontrolle zaristischer Offiziere gedient und ihre Verwendung ermöglicht; später – als dieser Gesichtspunkt nicht mehr wichtig war – hob Stalin das Kommissarsystem fast ganz auf und führte

es erst im Zweiten Weltkrieg – aus anderen Gründen – wieder ernstlich ein. Eine wichtige Neuerung war es auch, daß Stalin durch seine Verfassung von 1936 die allgemeine Wehrpflicht ohne die bisher geltenden Beschränkungen auf „Arbeiter- und Bauernsöhne" einführte. Seither gilt in der Sowjetunion die Wehrdienstpflicht von mindestens zwei Jahren für jeden jungen Staatsbürger; einzelne Waffengattungen haben Dienstzeiten von drei bis vier Jahren. Die militärische Erziehung war und ist streng und der geforderte Gehorsam absolut.* Leidenschaftliche Einwendungen gegen Tradition und Disziplin, lautstarke Kritik an der allgemeinen Wehrpflicht gehören zwar in der ganzen Welt zum Normalbestand kommunistischer Propaganda, in Rußland selbst werden solche Äußerungen natürlich nicht geduldet. Dies ist nur ein scheinbarer Widerspruch, das Verfahren entspricht in Wirklichkeit genau dem Grundsatz Stalinscher Politik: Rußland stärken, die anderen schwächen.

Daß Stalin im Jahre 1937 eine brutale „Säuberung" unter dem höheren Offizierskorps der Roten Armee durchführte, hat sich – im Gegensatz zu der damals üblichen Beurteilung – nicht als ernster Nachteil erwiesen. Durch seine scharfen Maßnahmen erreichte er nicht nur die strikte Unterordnung der inzwischen zu einem so bedeutenden Faktor emporgewachsenen Wehrmacht unter seinen Willen; bei Lidell Hart (a.a.O. Seite 78) wird von fachmännischer Seite dahin geurteilt, „daß die Beseitigung des Marschalls Tuchatschewski die Entwicklung einer modernen militärischen Doktrin" ermöglicht, und daß die „Säuberung durch schnelle Beförderung neuer Männer dieser Entwicklung Auftrieb gegeben" habe.

Das sind angesichts tausender von Erschießungen recht nüchterne Argumente – aber sie bezeichnen den Realismus, der in Moskau Einzug hielt, als Stalin das Kommando übernahm, und

---

* Im Buch des bekannten englischen Militärschriftstellers Liddell Hart „Die Rote Armee" (Deutsche Ausgabe Bonn 1957, Seite 3) wird folgende grundsätzliche Äußerung von sowjetischer Seite zitiert: „Die Sowjetkrieger werden im Geiste des widerspruchslosen Gehorsams ihren Kommandeuren gegenüber und der bedingungslosen Unterwerfung unter deren Willen erzogen. Der sowjetische Kommandeur ist ein Vorgesetzter mit unumschränkter Macht. Er ist die Person, durch die der Sowjetstaat seinen Willen in der Armee durchsetzt. Der Befehl des Vorgesetzten bedeutet Gesetz für die Untergebenen."

sie deuten an, daß er sein machtpolitisches Kräftigungsprogramm für Rußland ebenso ohne Wimperzucken durchführte wie sein Verwirrungsrezept für den außersowjetischen Weltbereich.

*

Die uralte Regel, daß militärische Macht – und genau betrachtet sie im wesentlichen – die weltpolitische Stellung eines Staates bestimmt, bestätigte sich auch für Stalins Rußland; unter den Akten des französischen Außenministeriums, die während des Feldzuges 1940 in deutsche Hand fielen, entdeckten die Experten interessante Berichte Jean Herbettes, der seit 1924 französischer Botschafter in Moskau war und die ganze planmäßige Entwicklung der russischen Machtentfaltung in nächster Nähe miterlebte. Mit wachsender Beunruhigung verfolgte Botschafter Herbette, der einst als ein mit den Sowjets sympathisierender Politiker nach Rußland entsandt worden war, was sich hier zusammenbraute. Seine Eindrücke faßte er am 14. September 1929 in einen besorgten Bericht an den damaligen französischen Außenminister Briand folgendermaßen zusammen:

„Die gegenwärtige Politik der UdSSR, soweit sie die anderen Länder unmittelbar berührt, kennzeichnet sich durch drei Hauptzüge:

Durch eine militärische Doktrin, wonach der Krieg unvermeidlich und der Angriff erlaubt ist.

Durch eine außenpolitische Wirksamkeit, die darin besteht, systematisch gegen gewisse Staaten (England, Frankreich, Polen usw.) zu Felde zu ziehen und in allen Ländern den Bürgerkrieg zu schüren.

Durch eine innenpolitische Wirksamkeit, die (seit dem Abbruch der Beziehungen zu China) großen Umfang angenommen hat und das Ziel verfolgt, unter neuer Form das zu verwirklichen, was ein deutscher Militärschriftsteller einmal ‚ein Volk in Waffen' genannt hat."

(Jean Herbette: Ein französischer Diplomat über die bolschewistische Gefahr, Berichte des Botschafters der französischen Republik in Moskau 1927–1931, Berlin 1943, Seite 125).

In Paris las man die Berichte von dem wiedererstandenen russischen „Volk in Waffen" nicht mit Erschrecken, wie Bot-

schafter Herbette meinte, sondern mit angenehmer Überraschung: Zeichnete sich da nicht wieder die Möglichkeit einer neuen „Entente“ ab, war nicht Rußland ein wesentlich bedeutenderer Faktor für die Niederhaltung Deutschlands, als das Polen, das bisher der Hauptposten in der Bilanz der französischen Ostpolitik gewesen war?

Nicht nur in Paris, sondern auch im Kreml wurden solche Gedanken erwogen. Natürlich dachte man hier – wie immer seit 1917 – hauptsächlich an Deutschland und zwar erneut im Sinne der politischen Eroberung. Die Gefahr einer neuen englisch-organisierten „Intervention“ durfte als beseitigt gelten, der Weimarer Staat war seit Rapallo nicht stärker, sondern eher schwächer geworden – insbesondere, seit eine „Weltwirtschaftskrise“ vor allem das übervölkerte, durch die Reparationspolitik wirtschaftlich geschwächte Reich heftiger traf, als alle anderen Länder.

Schon um die Jahreswende 1929–1930 kündigte sich ein neuer Kreml-Kurs gegenüber Deutschland an, und zwar zunächst in der Entlassung des bisherigen Außenministers Tschitscherin und seine Ersetzung durch Maxim Litwinow. Der deutsche Botschaftsrat Hilger urteilt über diesen Wechsel zurückhaltend, aber er deutet doch an, daß der Wind sich gedreht hatte:

> „Für Tschitscherin bildete Rapallo einen der Hauptpfeiler der sowjetischen Außenpolitik ... In Litwinows Augen dagegen war Rapallo ein Mittel der Politik wie jedes andere.“

Die Ereignisse zeigten bald, wie entschieden nach neuen Ufern Ausschau gehalten wurde: Im Sommer 1931 – Herbette war inzwischen abberufen worden – kam es zu einem Vertragsabschluß zwischen Moskau und Paris, ein Jahr darauf zwischen Moskau und Warschau!*

*

* Der polnische Marschall Pilsudski setzte freilich nicht allzuviel Vertrauen auf diese Annäherung und die neue russisch-französische Freundschaft. Aus der neuen Lage ergab sich die deutsch-polnische Verständigung in den Jahren 1933–1934; sie wurde erst nach Pilsudskis Tod wieder zunichte, als Polen im Herbst 1938 und im Frühjahr 1939 Hitlers Danzig- und Korridor-Vorschläge zurückwies.

Es verdient festgehalten zu werden, daß diese Wendung der sowjetischen Außenpolitik nichts mit den deutschen Ereignissen des Jahres 1933 zu tun hatte; sie war bereits erfolgt, als Hitler deutscher Reichskanzler wurde.

Stalin erwartete bereits seit Ende der 20er Jahre und, wie sich herausstellte nicht mit Unrecht, starke innerdeutsche Erschütterungen, und er war entschlossen, daraus Nutzen zu ziehen. Erstmals in der Geschichte der kommunistischen Partei gelang es ihr in jenen Jahren, in den Massen der deutschen Bevölkerung Fuß zu fassen. Bei den Reichstagswahlen erzielte sie Erfolg nach Erfolg:

20. Mai 1928	3,26 Millionen Stimmen für die KPD
14. September 1930	4,59
31. Juli 1932	5,28
6. November 1932	5,98

Daß zu gleicher Zeit die Nationalsozialistische Partei von 1,07 Millionen Stimmen im Mai 1928 auf 13,74 Millionen im Juli 1932 anwuchs, hat Stalin in seinen Berechnungen offenbar nicht allzu sehr gestört. Er stellte seine Planung schon frühzeitig auf die Wahrscheinlichkeit eines innerdeutschen Bürgerkrieges* ab und hatte allen Grund zur Annahme, daß die deutschen Kommunisten, gestützt auf die neue kraftvolle Rote Armee und ihre Rüstungsreserven diesen Kampf erfolgreicher bestehen würden als die Putschperiode der Jahre von 1918–1923. Die politische Annäherung an Frankreich paßte in dieses Programm.

Nur unter der Annahme einer solchen Berechnung läßt sich begreifen, daß die Kommunisten in den Jahren, in denen die

* Schon im November 1928 wurde diese neue Linie der Moskauer Deutschlandpolitik mit aller wünschenswerten Deutlichkeit in einer Resolution des sog. „Roten Frontkämpfer-Bundes“, einer militanten Organisation der KPD angekündigt: „Die neu aufsteigende Welle der revolutionären Arbeiterbewegung wird den Gang der proletarischen Revolution beschleunigen. Wir werden diese *zu einem bewaffneten Aufstand* zu steigern haben, zur siegreichen Durchführung der Revolution in Deutschland“ (zitiert bei Stampfer a.a.O. Seite 537). Kurz vorher hatte Thälmann, der von Stalin eingesetzte neue Führer der KPD, am fünften Jahrestag des Hamburger Aufstandes von 1923 die Parole ausgegeben: „Wir werden erneut *auf die Barrikaden steigen* und dann werden wir die proletarische Diktatur erkämpfen.“ Man muß diese Drohungen und ihre Hintergründe mit in Betracht ziehen, wenn man ein zutreffendes Urteil über die deutsche Entwicklung jener Jahre gewinnen will.

sogenannten Weimarer Parteien, insbesondere die SPD, jegliche Mittel anwandten, um trotz des Anwachsens der NSDAP zur größten deutschen Partei die Berufung Hitlers zum Reichskanzler zu verhindern, keine Hilfestellung zur Erhaltung der Republik leisteten. Daß die KPD von Hitler keine Duldung zu erwarten hatte, stand außer jedem Zweifel, sinnvoll wird diese Politik der Kommunisten nur durch die Erwartung einer militanten Auseinandersetzung im deutschen Raum; sie durften sich dabei dank der Unterstützung Moskaus ein Übergewicht über die nationalsozialistischen Verbände erhoffen, die ihrerseits auf Hilfe von außen nicht rechnen konnten.

Als Alterspräsidentin eröffnete die vertraute Freundin Lenins Klara Zetkin im September 1932 den neugewählten deutschen Reichstag. Mit zitternder Stimme, aber voll Leidenschaft sprach sie die Hoffnung aus, noch den Aufstieg eines „Sowjetdeutschlands“ zu erleben. Ihr Wunsch war damals so utopisch nicht...

Daß der deutsche Reichspräsident von Hindenburg – knapp dreiviertel Jahre, nachdem er mit Hilfe der Linksparteien gegen Hitler in sein Amt wiedergewählt worden war – diesen doch noch zum Reichskanzler berief und die neue Regierung gegen die KPD noch schneller und noch gründlicher vorging, als erwartet wurde, brachte den ganzen Plan zum Scheitern.

Damit hatte zwar Stalins Deutschlandpolitik einen schweren Rückschlag erlitten, aber das weltgeschichtliche Ereignis der Machtergreifung Hitlers wies den Kreml andererseits weiter auf den Weg der „großen Politik“. Sie führte im europäischen Raum zu der weiteren Verstärkung der Verbindung mit Frankreich, dann zur Durchführung der ursprünglich für Deutschland geplanten Taktik in Spanien, wo 1936–1939 ein dreijähriger Bürgerkrieg mit entschiedener Hilfeleistung Sowjetrußlands schließlich nur durch ähnlich entschiedenes Eingreifen Deutschlands und Italiens zu Gunsten General Francos beendet wurde.

Das wichtigste Ereignis dieser Periode aber war die Anknüpfung einer weltpolitischen Beziehung der Sowjetunion zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika – sie hat schließlich die Verhältnisse des Erdballes so gestaltet, wie wir sie gegenwärtig vor uns sehen.

Das Kapitel, das den „Stalin-Kurs“ beleuchtet, kann nicht abgeschlossen werden ohne den Hinweis auf den Präsidenten Roosevelt, der in jenen Jahren eine wichtige Rolle nicht nur für die Vereinigten Staaten sondern auch für die Sowjetunion übernommen hat.

*

Seit die amerikanischen Truppen nach Ende der „Interventions“-Periode aus Wladiwostok abgezogen waren, hatte es keine diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland gegeben.

Im ganzen Bereich Nord- und Südamerikas war die Sowjetregierung während der 20er Jahre nur in Mexiko und Uruguay durch Gesandte vertreten. Das war etwas wenig.

Für die Dauer fast eines vollen Jahrzehnts galten als Richtschnur für die Behandlung sowjetischer Angelegenheiten im Washingtoner Außenministerium die hochmütigen Worte des damaligen US-Staatssekretärs Hughes vom 18. Dezember 1923:

> „Falls die Sowjetautoritäten das beschlagnahmte Eigentum von USA-Bürgern wiederherstellen oder wirksame Entschädigungen gewähren, so können sie das tun. Wenn die Sowjetautoritäten ihr Dekret widerrufen wollen, mit dem sie die russischen Verpflichtungen gegenüber den USA leugnen und sie nunmehr anerkennen wollen, dann mögen sie das tun. Es bedarf keiner Konferenz oder irgendwelcher Verhandlungen, um diese Resultate zu erzielen“ (zitiert nach Beloff: The foreign policy of Soviet Russia Vol. I. Oxford 1947, Seite 119).

Auch die beiden Nachfolger von Hughes, die Außenminister Kellog und Stimson, änderten diese Haltung nicht um einen Deut; als einziges Zugeständnis räumte man einer russischen Handelsgesellschaft eine Niederlassung in New-York ein. Von diplomatischen Vorrechten für diese Gesellschaft war natürlich keine Rede; so mußte sich die „Amtorg“ auf Handelsangelegenheiten und untergeordnete Spionage beschränken (näheres darüber bei Dallin „Die Sowjetspionage“ Köln 1956 464 ff.).

Das Blatt wendete sich, als im November 1932 Franklin Delano Roosevelt zum Präsidenten der USA gewählt wurde. Schon vor seinem Amtsantritt, der fast gleichzeitig mit Hitlers Macht-

übernahme stattfand*, scheinen die ersten Absprachen zwischen dem künftigen Präsidenten und dem Kreml stattgefunden zu haben, denn bereits am 23. Januar 1933 erklärte Molotow in Moskau vor dem Zentralexekutivkomitee der kommunistischen Partei zur Frage der Anerkennung der Sowjetunion durch die USA stolz und fast herausfordernd:

> „Ich denke, man kann nicht leicht übersehen, wie sehr die Macht der Sowjetunion gewachsen ist, wie stark diese Entwicklung ist und wie sehr die internationale Bedeutung mit der Sowjetunion zugenommen hat“ (Beloff a.a.O. Seite 121).

Der Kernpunkt des Problems war, wie Hughes deutlich genug gesagt hatte, die Frage der Schuldenanerkennung und die Entschädigung amerikanischer Staatsbürger. Da es für die Vereinigten Staaten keinerlei Bedürfnis war, einen Botschafter in Moskau zu haben, hatte man die Frage der Anerkennung bisher immer von der *vorherigen* Regelung der Schuldenfrage abhängig gemacht. Eines der ersten diplomatischen Kunststücke Roosevelts – am Ende ihrer langen Reihe steht der Zweite Weltkrieg – bestand darin, die bisherige Forderung: *erst* Schuldenlösung, *dann* Anerkennung der Sowjetunion umzudrehen. Er ließ sich das Versprechen geben, daß über die Schuldenfrage verhandelt werde (diese Verhandlungen dauerten dann jahrelang und scheiterten schließlich) und zahlte auf Grund dieses wertlosen Versprechens sofort den Preis, auf den es Stalin ankam – die Anerkennung der Sowjetregierung durch die USA und den Austausch von Botschaftern zwischen Moskau und Washington.

In der Vorgeschichte dieser Ereignisse taucht erneut jener William C. Bullitt auf, der schon 1918–1919 Rußland bereist, mit Lenin und Trotzki verhandelt und in Paris einen wohlwollenden Bericht abgeliefert hatte.

Bullitt hatte inzwischen in den Vereinigten Staaten eine ganze Gruppe von „Liberalen“ zusammengebracht, die entschieden auf eine politische Verständigung der USA mit der Sowjetunion drängten. Von ihnen wurde ein gewisser Colonel Ray-

* Roosevelt und Hitler haben die Schicksale ihrer Völker nahezu auf den Tag während des gleichen Zeitraumes 1933–45 bestimmt. Roosevelt wurde am 20. Januar 1933 in sein Amt eingeführt, Hitler zehn Tage später zum deutschen Reichskanzler ernannt. Roosevelt starb am 12. April 1945, Hitler am 30. April 1945.

mond Robins in die Sowjetunion entsandt, wo er am 13. Mai 1933 von Stalin persönlich im Kreml empfangen wurde. Da Stalin nie Ausländer sah, war das ein außergewöhnliches Ereignis. W. Appleman-Williams berichtet in seinem Buch „American Russian Relations 1781–1947" von diesem erstaunlichen Vorgang und auch – einigermaßen knapp – über das Stalin-Robins-Gespräch:

„Die Erklärung für Robins Zulassung in den Kreml bietet die lange Kampagne, die er führte, um die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit Moskau durchzusetzen. ‚Ich weiß darüber schon seit dem Jahre 1918 Bescheid" bemerkte Stalin, ‚damals durch Mitteilungen Lenins, später auf Grund von Tatsachen'."

„Robins, der klarstellte, daß er ‚kein Kommunist' sei, unterstrich seinen Wunsch – als ein privater Bürger – alles, was er könne, zu tun, um ‚durch Mittel, wie die Gewährung von Krediten und die Herstellung normaler Beziehungen zwischen beiden Ländern' ‚*die beiderseitige Sicherheit der USA und Rußlands zu verstärken*'."

Da zu jenem Zeitpunkt weder für die Sowjetunion noch für die Vereinigten Staaten von Amerika irgendeine Bedrohung erkennbar war, sind diese Ausdrücke deutlich genug. In flüchtigem Umriß schimmert bereits die spätere Idee einer Teilung der Welt in zwei Einflußbereiche durch solche Formeln.*

Nach dem mehrstündigen Gespräch des „Privatmannes" Robins mit Stalin vollzog sich der formale Prozeß der Anerkennung in flottem Tempo. Die Sowjets durften mit Befriedigung bemerken, daß die ersten öffentlichen Schritte von *amerikanischer* Seite getan wurden; bei einem Aufenthalt in der englischen Hauptstadt empfing Litwinow am 23. Juni 1933 William C. Bullitt im Hause der Londoner Sowjetbotschaft; am 2. Juli erschien dann auch noch der amerikanische Unterstaatssekretär

* Der „Nationalbolschewist" Ernst Niekisch (vgl. Seite 108) hat in seinem 1930 erschienenen Buch „Entscheidung" folgende bemerkenswerte Deutung publiziert: „Amerika hat die ganzen Jahre seit 1918 insgeheim seine Hand über Rußland gehalten; es versorgt Rußland heute noch mit Krediten und Ingenieuren. Indem Rußland fortfährt, die europäischen Imperien zu unterwühlen, ist es Amerika gefällig; was Rußland gelingt, braucht Amerika nicht selbst zu vollbringen. *So besteht zwischen Amerikanismus und Bolschewismus eine noch kaum bemerkte Interessengemeinschaft: sie entspringt der gleichgerichteten Gegnerschaft gegen Europa*" (a. a. O. Seite 140). In diesen knappen Sätzen ist die spätere Roosevelt-Politik und die Problemstellung des Zweiten Weltkrieges mit beunruhigender Deutlichkeit vorhergesagt worden.

Moley bei Litwinow, und schließlich reiste Robins nochmals, diesmal von Bullitt begleitet, in die Sowjetunion, wo die beiden – wie wir vernehmen – „well received“ – „wohl aufgenommen“ wurden.

Der formale Akt der Anerkennung der Sowjetunion durch die USA wurde mit allem denkbaren offiziellen Aufwand umgeben. Diesmal ging es nicht so eilig und so unformell zu wie einst in Rapallo. Der sowjetische Außenminister reiste persönlich in die Vereinigten Staaten und hielt sich vom 7. bis 25. November in Washington auf, wo er mehrfach stundenlang mit Roosevelt konferierte.* Die Schuldenfrage wurde im Laufe dieser umfangreichen Besprechungen nicht geregelt – sie blieb, wie schon bemerkt, auch in Zukunft ungelöst. Aber der darauf gezogene Wechsel wurde von den Vereinigten Staaten sofort honoriert. Nach einem Austausch herzlicher Handschreiben wurden die direkten politischen Beziehungen zwischen Washington und Moskau aufgenommen. Der erste Schritt auf dem Wege nach Jalta war getan.

In einer Rede vom 18. November 1933 befaßte sich der amerikanische Präsident mit dem Ereignis und er betonte mit Wärme, daß *der dringende Friedenswunsch* beider Länder das Hauptmotiv der eingeleiteten Schritte sei . . .

Auch wenn es um ernste Dinge geht, kann man sich eines Lächelns manchmal nicht erwehren. Unser Lächeln freilich ist bitter, das Stalins war gewiß ganz ungezwungen.

---

* Nach den Berichten der Londoner „Times“ wurde Litwinow am 7. November 1933 sofort nach seiner Ankunft – Außenminister Hull empfing ihn am Bahnhof – in das Weiße Haus geleitet, wo Präsident Roosevelt ihn erwartete. Tags darauf erschien Litwinow zum Lunch; er war, wie er dem „Times“-Korrespondenten versicherte, „von der Herzlichkeit des Empfanges außerordentlich beeindruckt“. Am 14. November meldeten die „Times“, daß der sowjetische Außenminister vom Präsidenten erneut zu einer mehrstündigen Besprechung empfangen wurde. Mr. Bullitt, der daran teilnahm, vertraute dem Korrespondenten an, daß Roosevelt und Litwinow an die Probleme herangegangen seien, „wie zwei Bücherwürmer, die einen Band von entgegengesetzten Seiten aus zu durchbohren beginnen“ – es habe viel Zeit gekostet, durchzukommen. Als Zugeständnis Litwinows erntete Roosevelt nicht etwa die Schuldenanerkennung, wohl aber die Versicherung, daß die „religiöse Freiheit für Amerikaner, die in der Sowjetunion reisen und wohnen“ gewährleistet werde; es blieb unbekannt, ob jemals vorher die religiöse Freiheit reisender Amerikaner in der Sowjetunion beeinträchtigt worden war. Durch eine flimmernde Formel die Aufmerksamkeit des Publikums von den Dingen abzulenken, um die es wirklich ging – das war eine typische Roosevelt-Leistung.

Ribbentrop-Pakt, Rote Kapelle und die Widerlegung des Marxismus durch die Kriegsereignisse in Rußland

Es mag hier angezeigt sein, eine mehr persönlich gehaltene Darstellung einzuschalten:

Nach dem deutschen Zusammenbruch verbrachte der Autor dieses Buches längere Zeit im Gefängnis des Nürnberger Justizpalastes als einer der dort inhaftierten „Zeugen“ für die im Vordergebäude tagenden sog. Nürnberger Prozesse; in ihnen sollte die alleinige deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg festgestellt werden. Das verwirrende Ergebnis dieser seltsamen, für die Angeklagten menschlich-tragischen pseudogerichtlichen Verfahren ist zu bekannt, um einer nochmaligen Erörterung zu bedürfen.

Interessanter als die auf sowjetische Rechtsvorstellungen*

---

* Der bekannte deutsche Völkerrechtler Professor Dr. Friedrich Grimm hat in einem Zeitschriftenaufsatz („Nation Europa“, Coburg, August 1956) nachgewiesen, daß die Rechtstheorie, der deutsche Staat sei unter Hitler ein „Verbrecherstaat“ gewesen, jede aktive Teilnahme daran sei „Komplizentätigkeit“ und es komme nur darauf an, den Grad der Schuld und die Höhe der Strafe festzustellen, von dem an der Universität Moskau dozierenden Professor Traïnine bereits zu *Beginn* des Jahres 1945 in einem in Paris erschienenen Buch („La responsabilité pénale des Hitleriéns“) entwickelt worden ist. Traïnine beruft sich auf einschlägige Dekrete und Ausführungen Stalins und verweist auf das „Versagen der kapitalistisch-imperialistischen Welt“ hinsichtlich der „Kriegsverbrecher“-Verfolgung nach 1918. Dies dürfe sich nicht wiederholen, und Generalissimus Stalin werde den „Siegern von heute den Weg zeigen“. Professor Grimm weist darauf hin, daß bei Traïnine bereits das System der „Hauptkriegsverbrecher“ und der Katalogisierung aufgestellt ist, wie es sich später im sog. Londoner Protokoll vom August 1945 wiederfindet und die Grundlage sowohl der Nürnberger Prozesse wie der verschiedenen „Entnazifizierungs“-Gesetze geworden ist. Professor Grimm urteilt:

> „Alles, was später über uns verhängt wurde, die Kriegsverbrecherverfolgung, die Einstufung nach Hauptschuldigen und Schuldigen, die Nichtberufung auf deutsche Gesetze oder Befehle, die Kollektivschuld und Gruppenverantwortung ist im Traïnine-Plan vorgesehen. Jackson, der Verfasser des Londoner Statuts und spätere Hauptankläger in Nürnberg, hat auf Traïnine aufgebaut. Es scheint, als ob es den Westalliierten heute noch nicht bewußt geworden sei, daß sie, als sie die Deutschen in Nürnberg und später verfolgten, *den Traïnine-Plan und damit einen Plan Stalins zur Ausführung brachten.*“

In diesen Zusammenhang gehört der Hinweis, daß Kollektivbestrafung auch zur innerrussischen Praxis während und nach dem Zweiten Weltkrieg

gegründeten Schauprozesse waren die ungewöhnlichen Informationsmöglichkeiten, die sich im Verkehr von Gefängniszelle zu Gefängniszelle, bei gemeinsamen Spaziergängen in den engen Höfen, während der Besprechungen bei der Vorbereitung der Verteidigung einzelner Angeklagter (in meinem Fall des Reichspressechefs Dr. Dietrich, dessen junger Mitarbeiter ich von 1931 bis 1945 war) ergeben haben.

Die in der eigenen Erinnerung haftenden Kenntnisse habe ich damals mit den Mitteilungen vieler unmittelbar Beteiligter verbinden können und in der unfreiwilligen Muße zu Aufzeichnungen zusammengefaßt, aus denen ich die nachstehende – überschrieben „Der Pakt mit Stalin" – hier unverändert so einfüge, wie sie damals zu Papier gebracht wurde:

---

gehört hat. Nach Angaben der Ruth Fischer (a.a.O. Seite 790f.) wurde z.B. die deutsche Wolgarepublik auf Befehl des Obersten Sowjets am 28. 8. 1941 aufgelöst und etwa zwei Drittel ihrer 600000 Einwohner nach Sibirien verbannt. 1943 wurden die 200000 zwischen dem Don und der unteren Wolga siedelnden Kalmücken, später die Hälfte der 280000 Einwohner des Kara-Tschai-Gebietes deportiert. Das gleiche Schicksal erlitten die 700000 Einwohner der Republik Tschechen-Ingust im nördlichen Kaukasus und etwa eine Million Krim-Tataren. Es darf nicht übersehen werden, daß diese Strafumsiedlungen meist unter Umständen erfolgten, die ein Überleben nicht wahrscheinlich machten. Bisher hat man jedenfalls über den Verbleib der im Herbst und Winter 1941 über den Ural getriebenen Wolgadeutschen nichts mehr gehört.

Noch ohne pseudorechtlichen Strafcharakter nach der Traïnine-Theorie, sondern im Stile des „roten Terrors" von 1918/19 wurde die Erschießung der im September 1939 von den Sowjettruppen gefangen genommenen polnischen Offiziere durchgeführt, deren Leichen im März 1943 bei Katyn entdeckt wurden. Dieser Gräberfund, der weltweites Aufsehen erregte, ist damals unter Beiziehung einer internationalen Ärztekommission – auch ein Schweizer Universitätsprofessor befand sich darunter – mit wissenschaftlicher Genauigkeit untersucht worden. Die Leichen von 4183 polnischen Offizieren wurden exhumiert und identifiziert, die Erschießungsdaten völlig zweifelsfrei aus den aufgefundenen Briefschaften, aus dem Verwesungsgrad der Leichen und dem Alter der Baumbepflanzung auf den Massengräbern für die Monate April–Mai 1940 festgestellt. Von den zahlreichen politischen Massenmorden, die die Geschichte des 20. Jahrhunderts beflecken, ist der Katyn-Fall der einzige, der wirklich ganz aufgeklärt und auch zahlenmäßig präzise bewiesen ist. Diese Kenntnis hinderte die amerikanische, englische und französische Regierung im Jahre 1945 nicht, auch sowjetische Richter als Mitglieder des Nürnberger Gerichtshofes zuzulassen. (Ausführliche kritische Untersuchung des Katyn-Falles aus polnischer Feder bei Josef Mackiewicz: Katyn – ungesühntes Verbrechen, Zürich 1949; hier werden auch die verzweifelten sowjetischen Bemühungen, die Katyn-Schuld abzustreiten, nüchtern und schlagend widerlegt.)

„Knapp zwei Jahre umfaßt die Episode der Verständigung zwischen Berlin und Moskau, zwischen dem nationalsozialistischen und dem sowjetischen Regime – etwa vom Juni 1939 bis zum schicksalhaften Juni 1941. Vorher wurde der Kampf dieser ideologischen Antipoden politisch und propagandistisch, später dann in der blutigen Form des modernen Großkrieges gleichermaßen erbittert geführt. Wie ein seltsames Phänomen steht dazwischen die Periode des ‚Freundschafts- und Konsultativ'-Paktes.

Wie kam es zu dem Bündnis Hitlers mit Stalin und warum ist es zerrissen worden? Wen immer die Geschichte unserer Zeit beschäftigt – an diesen Fragen kann nicht vorübergegangen werden. Die Auskünfte, die ich aus meiner Erinnerung und auf Grund vieler späterer Gespräche mit Unterrichteten und Beteiligten zu geben versuche, können nicht vollständig sein. Die große Linie der Entwicklung aber, dessen bin ich gewiß, zeichnet sich in meinem Bilde richtig ab.

Die erste innere Voraussetzung der späteren Berlin-Moskau-Verhandlungen wurde schon im Jahre 1938 durch die Konferenz von München geschaffen, und zwar nicht von deutscher sondern indirekt von englisch-französischer Seite. Nicht mit Unrecht sah Stalin in diesem Ereignis, bei dem über das Schicksal der mit der Sowjetunion verbündeten Tschechoslowakei entschieden wurde, als ob es kein Moskau gäbe, eine Brüskierung seitens der Westmächte. Die Gefühle lassen sich nachempfinden, mit denen Stalin dann im Jahre 1939 die britischen Bemühungen aufnahm, ihn zu einem Bündnis gegen Deutschland zu gewinnen. Seine Revanche bestand in einer Festsetzung hoher Preise für eine Beteiligung Rußlands an einer Einkreisung Deutschlands. Er forderte nicht nur die baltischen Staaten, sondern auch ein Durchmarschrecht durch Polen. An der Weigerung Warschaus, dies zuzugestehen, scheinen die Verhandlungen schließlich gescheitert zu sein.

Die steife Haltung Stalins gegenüber dem ungestümen Drängen der Westmächte, die seit der Jahreswende 38/39 die Entente von 1914 um jeden Preis wiedererstehen lassen wollten, konnte in Berlin um so weniger unbemerkt bleiben, als dort ja eigentlich seit Jahren die Sowjetunion als sicherer Gegner gewertet worden war. Schon Anfang März 1939 hielt Stalin eine Rede, in der ein viel bemerkter Hinweis des Inhaltes zu lesen war, daß die Außenpolitik der Sowjetunion sich nicht von ideologischen Motiven sondern vor allem von den russischen Interessen leiten ließe. Gegenüber den West-



Molotow und Hitler, November 1940

Dolmetscher: Botschaftsrat Hilger. Im Hintergrund: Botschafter Hewel (links) und Generalfeldmarschall Keitel (Mitte)

mächten wurde ironisch vermerkt, daß die Sowjetunion ihnen jetzt offensichtlich die Kastanien aus dem Feuer holen solle. Als Ribbentrop im August 1939 seine erste Unterredung mit Stalin hatte, erinnerte er ihn an diese Äußerungen und fügte hinzu, daß Hitler sie seinerzeit besonders beachtet habe. Stalins Antwort war: ‚Für ihn habe ich das ja auch gesagt.‘

Nur ein Studium der Akten *beider* Seiten würde wohl ein klares Urteil darüber ermöglichen, von welcher Seite die vorbereitenden Schritte bis zum Vertragsabschluß mit mehr Initiative unternommen wurden: Von dem im Mai 1939 neu ernannten sowjetischen Außenminister Molotow oder von der deutschen Botschaft in Moskau. Botschafter Graf Schulenburg und sein Botschaftsrat Hilger haben in jener Zeit wohl mehr auf der deutschen als auf der russischen Seite für eine Änderung der beiderseitigen Mißtrauens-Atmosphäre zu werben gehabt. Nach allem, was ich seither darüber erfahren konnte, ist es Tatsache, daß Hitler sich noch bis Anfang August 1939 gegenüber der von Schulenburg vorgetragenen und von Ribbentrop vertretenen Rußlandpolitik aus ideologischen Gründen ablehnend verhielt. Erst als die Möglichkeit eines demonstrativen politischen Schlages gegen die Koalition Paris-London-Warschau offensichtlich wurde, verstand sich Hitler zur entscheidenden Wendung. Es ist nicht uninteressant, daß zu Hitlers Entschluß auch die Vorführung eines Filmstreifens beitrug, auf dem Stalin bei einer Moskauer Parade zu sehen und in seiner persönlichen Haltung zu beobachten war. Hitler meinte damals: ‚Ja, mit diesem Mann kann man doch abschließen.‘ Auch später hat Hitler – im Gegensatz zu seinen meist ironischen Äußerungen über Churchill und Roosevelt – Stalin immer ernst genommen. In der ersten Zeit des Russenpaktes und unter dem Einfluß der lebhaften Schilderungen, die Ribbentrop von seinen Besuchen in Moskau gab, erging sich Hitler sogar in Überlegungen, ob Stalin sich nicht doch ‚von den Juden trennen‘, seine internationalen Ziele aufgeben würde und sein System damit einen anderen, für das nationalsozialistische Deutschland auf die Dauer erträglichen Charakter gewänne. Später, nach Beginn des Rußlandfeldzuges, hat Hitler sich des öfteren über die möglichen oder wahrscheinlichen Entschlüsse Stalins geäußert. Die Entscheidung, die Hitler in der Zeit des Kampfes an der Wolga und im Kaukasus für möglich hielt, hat Stalin freilich nicht getroffen; nämlich eine große sowjetische Kehrtwendung in Richtung auf den indischen Ozean, in der Hitler die Möglich-

keit einer Aufrechterhaltung des Sowjetstaates auch nach Verlust des europäischen Rußland zu sehen glaubte.

Ein anderes, tatsächliches Verhalten Stalins hat Hitler tief beeindruckt und in den letzten Wochen seinen Entschluß, in Berlin zu bleiben, bestärkt: Während die Sowjetregierung im November 1941 angesichts der unmittelbaren Bedrohung Moskaus ihren Sitz nach Kuybischew verlegte, blieb Stalin im Kreml und organisierte die Verteidigung seiner Hauptstadt.

Aus den dunklen Märztagen 1945 klingen mir noch Hitlers Worte im Ohr, als er wiederholt von diesem Beispiel sprach: ‚Damals saß im Kreml ein *Mann*, der nicht nachgegeben hat, auch als alles verloren schien ...'.

In seinen entscheidenden politischen Entschlüssen, die schließlich zum Kriege mit Rußland führten, wird Hitler durch seinen Respekt vor der Persönlichkeit und der Energie Stalins wohl eher bestärkt als zurückgehalten worden sein. Der Georgier erwies sich vom ersten Tage an als ein zäher und zielbewußter Partner, bei dem für Hitler keine Aussicht bestand, ihn seinem Willen unterzuordnen. Zunächst war es allerdings nicht schwierig, den neuen Freund zu einem Angriff auf Polen vom Osten her zu bestimmen, aber schon die öffentliche Begründung für die Mitte September 1939 erfolgende Moskauer Kriegserklärung an Polen war wenig schmeichelhaft – der Kreml tat so, als ging es darum, Ukrainer und Weißrussen vor deutscher Besetzung zu beschützen. Angesichts des vorliegenden Geheimvertrages über die Einteilung der Interessengebiete war dies eine These, die Hitler nicht als Freundlichkeit gegenüber Deutschland empfinden konnte. Stalin beeilte sich allerdings diesmal noch, ein Pflaster auf die Wunde zu legen, indem er eine bedeutende Veränderung der Interessengrenze vorschlug: nicht mehr die Weichsel, sondern der Bug sollte nun die deutsch-russische Demarkationslinie werden – um den Preis der endgültigen Beseitigung des polnischen Staates, woran sich Moskau interessiert zeigte.

Von Zoppot aus, wo sich das Führerhauptquartier in der letzten Woche des polnischen Feldzuges eingerichtet hatte, wurde Ribbentrop erneut nach Moskau entsandt, um die Angelegenheit zu klären. Gegenstand der Auseinandersetzungen war nur das Problem von Lemberg, das die Russen ganz entschieden forderten. Stalin blieb hartnäckig und die deutschen Truppen, die diese Stadt bereits genommen hatten, mußten sie wieder räumen und den Russen übergeben.

Beachtlich war die Schnelligkeit, mit der Ribbentrops Verhandlungen zum Ziele kamen: Schon 48 Stunden nach dem Abflug meldete er sich wieder bei Hitler, der inzwischen nach Berlin zurückgekehrt war. Man erfuhr, daß die Verhandlungen betont herzlich gewesen seien – auch das im Kreml bei solcher Gelegenheit übliche, durch zahlreiche Trinksprüche gewürzte Gastmahl wurde den deutschen Gästen zu Ehren veranstaltet. Stalins Worte auf Hitler erregten auch in Berlin Aufsehen: ‚Ich weiß, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebt, ich möchte deshalb auf seine Gesundheit trinken.'

Diese herzliche Atmosphäre mußte, wie sich herausstellte, auch von deutscher Seite bezahlt werden. Das noch im August festgelegte deutsche Interesse an Litauen wurde aufgegeben und die Sowjetregierung ging nun hastig daran, das ganze Baltikum in ihre Botmäßigkeit zu bringen. Auch der Ausbruch des russisch-finnischen Winterkrieges war für Hitler keine gute Botschaft. Die Beendigung dieses Feldzuges, der England Anlaß zum Eingreifen im skandinavischen Raum bieten konnte, wurde in Berlin mit Aufatmen begrüßt. Die Stalinsche Friedensbereitschaft, der geringe sowjetische Kräfteeinsatz und der mäßige Erfolg der russischen Operationen im finnischen Krieg hat wohl manche falsche Vorstellungen über den zu erwartenden sowjetischen Widerstand begründet. Später wurde der finnische Feldzug oft ärgerlich als ein raffiniertes Täuschungsmanöver der Russen bezeichnet.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Abkommen und der Vereinbarungen über die Rückführung der Volksdeutschen aus den nach 1939 von den Sowjets besetzten Gebieten bestand der Eindruck, daß die ersteren betont sorgfältig und pünktlich, die letzteren zwar auch einigermaßen korrekt, aber ohne besonderen Eifer von Seiten der Sowjetregierung eingehalten wurden. Der Kontakt in den „unteren Regionen" war nicht sehr freundlich. Zu unvermeidlichen Besuchen, etwa beim deutschen Generalgouverneur in Krakau wurden sprachenunkundige, sehr zurückhaltende Delegierte entsandt.

In den Sommer 1940 ist die entscheidende Verschlechterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu datieren – und im Herbst dieses Jahres dürfte nach allem, was sich seither herausgestellt hat, der Entschluß Hitlers gefaßt worden sein, den Pakt mit Stalin durch einen Angriff auf Rußland zu zerreißen.

Die während des Frankreich-Feldzuges erfolgte vollständige Einverleibung der drei baltischen Staaten in die Sowjet-

union war für Hitler zwar ärgerlich, aber sie bedeutete immerhin keine Verschiebung der machtpolitischen Verhältnisse gegenüber der Lage, die sich nach dem zweiten Ribbentrop-Besuch in Moskau ergeben hatte. Schon beträchtlich anders verhielten sich jedoch die Dinge, als Stalin seine Aktivität auch nach dem Südosten ausdehnte und ein Ultimatum an den rumänischen König Carol II. richtete. Durch die Besetzung nicht nur Bessarabiens (das als sowjetischer Interessenbereich festgelegt war), sondern auch der Bukowina (von der bisher nicht gesprochen worden war), rückte der russische Machtbereich in die unmittelbare Nähe der ungarischen Ebene vor!

Bereits der eilige Wiener Schiedsspruch in den letzten Augusttagen 1940, durch den Ungarn befriedigt und Rumänien in den Bereich der Achse gezogen werden sollte, war eine eindeutige antirussische Aktion von deutscher Seite. Die neue rumänisch-ungarische Grenzziehung zeigte eine unverkennbare militärische Defensiv-Tendenz: Die Ungarn beherrschten den ganzen ostwärts gerichteten Karpathenkamm! Die im Anschluß an den Wiener Schiedsspruch ausgesprochene deutsche Garantie für das rumänische Staatsgebiet war zudem eine klare antisowjetische Demonstration vor dem Forum der gesamten Weltöffentlichkeit.

Es ist angesichts dieser bereits so vielfältig und so heftig aufgetretenen Schwierigkeiten eine schwer zu entscheidende Frage, ob Hitler sich bei der Einladung an den sowjetischen Außenkommissar Molotow noch eine Bereinigung des Problems versprach oder ob es ihm nur um eine letzte Klärung der Lage zu tun war. Andererseits war auch auf Molotows Seite nichts mehr von der Herzlichkeit zu bemerken, von der Ribbentrop ein Jahr vorher so lebendig berichtet hatte. Das Auftreten der Anfang November 1940 – wenige Tage nach Hitlers Rückkehr von der Fahrt an die spanische Grenze – in Berlin eintreffenden sowjetischen Delegation war von der ersten Minute an kalt und zurückhaltend. Schon beim Empfang an der Grenze hatte der deutsche Protokollchef Schwierigkeiten, die Gäste zur Annahme eines Frühstücks in dem dazu eigens mitgeführten Salonspeisewagen des Führersonderzuges zu bewegen. Ein GPU-Kommando begleitete Molotow, besorgte seinen persönlichen Schutz und wich nicht von seiner Seite. Ein unvorhergesehener Zwischenfall ereignete sich insofern, als am Abend des ersten Aufenthaltstages die britische RAF einen ihrer damaligen wenig wirkungsvollen

Angriffe gegen die Reichshauptstadt flog – keine sehr freundliche Geste gegenüber dem sowjetischen Außenminister. Molotow verbrachte die Alarmzeit, die einem Empfang in der russischen Botschaft Unter den Linden ein frühzeitiges Ende bereitete, in einem Betonbunker.

Über den Inhalt des politischen Gesprächs mit Molotow hat Hitler am 22. Juni des darauffolgenden Jahres die bekannte dramatische Schilderung gegeben, die sich in neueren Veröffentlichungen in manchen Punkten bestätigt hat. Hitler scheint keine Bedenken gehabt zu haben, die sowjetische Expansion in Richtung Persischer Golf oder Indien zu ermuntern, aber er weigerte sich abrupt – und dies soll sogar in fast verletzender Weise geschehen sein –, die Moskauer Wünsche bezüglich der Dardanellen, des Balkans und des Mittelmeeres auch nur zu diskutieren. In späteren Äußerungen ging Hitler nicht auf Einzelheiten ein, aber er sprach manches Mal von den ‚unerfüllbaren Forderungen Stalins', die Molotow vorgetragen habe.

Wenige Monate nach dem Molotow-Besuch begannen bereits die beiderseitigen Truppenaufmärsche die Weltdiskussion zu beschäftigen. Auch Stalin ließ keinen Zweifel mehr, daß er die Absicht hatte, die Wege der deutschen Politik zu kreuzen. Nur *mit* Berlin konnte er in die Ostsee vorstoßen, Ostpolen und Lemberg gewinnen, aber nur *gegen* Hitler konnte der alte russische Traum der Durchdringung des europäischen Südostens Gestalt gewinnen.

Ein entscheidender Schritt auf diesem Wege war der sog. Belgrader Putsch in den letzten Märztagen 1941. Bekanntlich wurde dort die Regierung Zwetkowitsch, die wenige Tage vorher in Wien den Beitritt zum Drei-Mächte-Pakt vollzogen hatte, von dem General Simowitsch gestürzt, Prinzregent Paul abgesetzt und der minderjährige König Peter zum sofortigen Regierungsantritt veranlaßt. Dieser dramatische Vorgang, der uns in Berlin völlig überraschte und über den wir zunächst nur ganz spärliche Nachrichten auf dem Wege über Sofia erhalten konnten, hatte ebenso interessante Hintergründe wie schwerwiegende Folgen. Hier zeichnete sich – wenigstens politisch – bereits die alliierte Front ab, wie sie dann im zweiten Abschnitt des Krieges offen in Erscheinung trat.

Kurz vor dem Putsch hatte Präsident Roosevelt den damaligen Oberst, späteren General Donovan als Sondergesandten in die Balkanländer gesandt, um dort den Widerstand gegen die deutsch-italienische Politik zu ermuntern und zu einer

Art Blockbildung anzuregen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auch die Moskauer Politik in diesem Raume eine ähnliche Tendenz, wenn auch mit anderen Fernzielen verfolgte.

Die Auswirkungen der Belgrader Ereignisse waren nicht minder bedeutsam als seine Hintergründe. Der durch den Simowitsch-Putsch veranlaßte Feldzug gegen Jugoslawien hat, wie wir heute wissen, den Beginn der deutschen Operationen gegen Rußland um mehrere bedeutungsvolle Wochen verzögert und die für dieses gewaltige Unternehmen so wichtige Sommer- und Herbstperiode um einen vielleicht entscheidenden Zeitraum verkürzt.

Eine Episode der Belgrader Putschtage verdient festgehalten zu werden: Noch am Nachmittag vor dem deutschen Angriff auf Jugoslawien verbreitete Tass (die sowjetamtliche Presseagentur) eine Meldung über den Abschluß eines Freundschafts- und Beistandspaktes der Sowjetunion mit Simowitsch. Dieser Vertrag (der die Beteiligung Moskaus an dem Belgrader Putsch offenkundig machte) hätte angesichts des deutschen Angriffes den casus belli zwischen Deutschland und der Sowjetunion bedeuten müssen, wenn sich Stalin nicht eine kleine, aber wichtige Hintertüre offen gelassen hätte: Das Inkrafttreten des Vertrages wurde – wie üblich – vom Austausch von Ratifikationsurkunden abhängig gemacht, es wurde aber bemerkenswerter Weise ausdrücklich bestimmt, daß dieser Vorgang in *Belgrad* stattfinden solle. Da die jugoslawische Hauptstadt bereits zwei Tage später in deutscher Hand war, ist der Vertrag juristisch nicht zur Realität geworden, obgleich er einen politischen Tatbestand von ernster Bedeutung bildete. Die Drohung an Hitler und der Interessenanspruch Moskaus auf den Balkanraum waren deutlich genug. Das Problem des Berliner Kongresses von 1877 und des Juli 1914 zeichnete sich erneut vor der Weltöffentlichkeit ab.

Auf Hitlers Entschließungen hat dieses Zwischenspiel wohl keinen entscheidenden Einfluß mehr gehabt, sie standen zu jener Zeit hinsichtlich der Sowjetunion wohl schon unumstößlich fest. Den alten Traum, eine Weltkoalition gegen Moskau zustande zu bringen und anzuführen, hatte Hitler freilich längst begraben müssen. Ungarn, Rumänen, Kroaten, Slowaken und Finnen waren die einzigen, mit denen er in letzter Stunde über ihre Beteiligung an dem Feldzug verhandeln konnte, der Stalin stürzen sollte.

Im Kreml dürfte man über die Absichten Hitlers besser unterrichtet gewesen sein als in der Wilhelmstraße. Man hat

dort sicher die deutschen Truppenbewegungen deutlicher überblickt, als es in Kreisen der Berliner Diplomatie und Presse der Fall war. Auch von britischer Seite wurde, wie heute bekannt ist, die Sowjetregierung informiert und gewarnt. Stalin war nicht unvorbereitet. Der sowjetische Aufmarsch, von dem Hitler am 22. Juni 1941 sprach, hat unzweifelhaft stattgefunden. Für die politische Taktik Stalins ist es bezeichnend, daß er noch wenige Tage, bevor der Sturm losbrach, durch die Tass ein scharfes Dementi gegen eine türkische Zeitung richten ließ, die sich mit der deutsch-russischen Spannung beschäftigte – es lägen keine Differenzen zwischen Deutschland und der Sowjetunion vor, so hieß es fast herausfordernd in der sowjetischen Verlautbarung.

Das einzige was Stalin nicht wußte – den Tag des deutschen Angriffs – hätte er aus jedem Geschichtsbuch erfahren können: Es ist eine merkwürdige und für abergläubische Menschen vielleicht erregende Tatsache, daß Hitlers Angriffsbefehl im Osten auf das gleiche Datum lautete, wie einst der Napoleons. Dieser überschritt am 22. Juni 1812 die russische Grenze. 129 Jahre später folgte ihm Hitler. Und er war nicht glücklicher bei seinem Unternehmen wie einst sein großer Vorgänger."

Heute, nach über zehn Jahren, finde ich an diesen damaligen Nürnberger Aufzeichnungen nicht viel auszusetzen. Die ausgesprochenen Urteile bedürfen keiner Revision. Einige tatsächliche Ergänzungen aber sind angezeigt.

Als Wichtigstes erscheint, daß damals noch zu wenig jenes russisch-amerikanische Zusammenspiel überblickt wurde, das 1933 begonnen hatte und zweifellos auch schon *vor* dem Belgrader Putsch für Stalins Entschlüsse von Bedeutung, ja vielleicht sogar maßgebend war. Wir sind inzwischen ausreichend über Roosevelts Initiative unterrichtet, die ein so wichtiges Kapitel der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges bezeichnet. Sie begann weltpolitisch im Jahre 1937 sichtbar zu werden, als der amerikanische Präsident in seiner berühmt gewordenen Rede von Chicago (5. 10. 1937) eine „Quarantäne" gegen Japan, Italien und Deutschland forderte, aber erstaunlicherweise die Sowjetunion nicht erwähnte, die jedenfalls nicht minder „autoritär" regiert wurde. Im Gegenteil – im gleichen Maße, in dem die Vereinigten Staaten sich damals gegen die Mächte festlegten, die sich später zur sogenannten „Achse" politisch verbündeten, wurde die amerikanische Politik nachsichtig gegenüber Moskau.

Man ersetzte dort – im selben Jahr 1937 – den Botschafter Bullitt (der sich wegen der leidigen Schuldenfrage mit Litwinow verzankt hatte) durch den Botschafter Davies, den man im Hinblick auf sein später erschienenes Moskau-Buch getrost einen „Kryptokommunisten“ nennen darf; außerdem löste Roosevelt bei dieser Gelegenheit die Rußlandabteilung seines Außenministeriums auf. „Sie hatte sich bei den Kommunisten, sowie bei einigen Liberalen im Hause unbeliebt gemacht, sowohl wegen ihrer skeptischen Einstellung zur Rooseveltschen Politik, als auch wegen der scharfen Gründlichkeit ihrer Analysen. Durch diese Ereignisse wurde die prosowjetische Linie der Roosevelt-Regierung nicht nur bestätigt, sondern sogar verstärkt.“ Diese Beurteilung stammt nicht von einem journalistischen Roosevelt-Kritiker, sondern von Botschafter George F. Kennan, einem langjährigen hohen US-Diplomaten (vgl. Zeitschrift „Osteuropa“, Jahrgang 1954, Seite 340 ff.). Im gleichen Artikel urteilt Kennan mit bemerkenswerter Offenheit:

> „Ich glaube, daß dem allgemeinen Verständnis für die Probleme der Gegenwart nicht gedient wird, wenn wir Amerikaner nicht offen anerkennen, daß die Fehler, die zwischen 1935 und 1945 in unserer Politik der Sowjetunion gegenüber gemacht worden sind, *zu den schwersten und verhängnisvollsten in der ganzen Geschichte unserer Außenpolitik* gerechnet werden müssen.“

Mit solchen Einsichten wird freilich die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß gerade diese amerikanische Politik der Sowjetunion gegenüber der vielleicht wichtigste Angelpunkt des Zweiten Weltkrieges war.

Die Rolle, die jener William C. Bullitt, den wir 1919 wie 1933 in Moskau begegneten, im Januar 1939 mit seinem „Koffer voll Instruktionen“ zur Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges gespielt hat, wurde an anderer Stelle geschildert. Wie Bullitts Argumente hinsichtlich der Beteiligung Rußlands an der Einkreisung Deutschlands gelautet haben mögen, können wir nur ahnen. Stalin war freilich klug genug um seinerseits die Absichten des amerikanischen Präsidenten zu durchschauen. Wahrscheinlich hatte er vor allem an Roosevelt gedacht, als er Anfang März 1939 in seine erwähnte Rede, die die zeitweise Annäherung an Deutschland einleitete, die Bemerkung einflocht, er

werde „auf keinen Fall zulassen, daß unser Land in einen Konflikt hineingerissen wird, dessen *Hintermänner* die Kastanien gewöhnlich von anderern aus dem Feuer holen lassen“. Es war zu offenkundig, daß man in Washington zwar die Engländer, Franzosen und Polen zur „Stop-Hitler“-Aktion verpflichtete, selbst aber den Lauf der Dinge abzuwarten beabsichtigte.* Das Vorbild Roosevelts mußte Stalin ermutigen, eine ähnliche Haltung einzunehmen. Für ihn hatte sich die vorteilhafte Veränderung ergeben, daß Hitler, dessen politisches Ziel angekündigter Weise ausschließlich im *Osten* lag**, in einen Kampf im *Westen* verwickelt und aller Wahrscheinlichkeit nach dort ausreichend geschwächt werden würde. Daß die letztere Erwartung sich nicht erfüllte und die deutsche Wehrmacht sich schließlich ungebrochen dem ursprünglichen Gegner zuwenden konnte, das lag 1939 jenseits aller möglichen Berechnung.

Schließlich spielte auch bei dieser Wendung wiederum die Verbindung zu den Vereinigten Staaten eine letztlich entscheidende Rolle. Kaum hatte Hitlers Rußland-Feldzug begonnen, als man in Washington unverzüglich die volle Hilfeleistung für Stalin ankündigte, die im weiteren Kriegsverlauf große militärische Bedeutung erlangte.

* Ribbentrop urteilt über die politische Situation, die zum Kriegsausbruch 1939 führte in seinen Erinnerungen (a.a.O. Seite 167): „Wenn die britische Regierung in so betonter Weise von ihrer bisherigen Politik abwich und sich entschloß, das Risiko einer Blankogarantie an Polen einzugehen, so müssen hierfür ganz besondere Sicherungen für England gegeben gewesen sein. Ich behaupte – und nicht nur die Potocki-Akten beweisen es –, daß diese besonderen Sicherungen für England in einer Zusage Roosevelts gelegen haben, daß die Vereinigten Staaten an dem kommenden Krieg teilnehmen würden, *wenn England und Frankreich zuerst losschlügen.*“

** Im Kapitel „Ostorientierung oder Ostpolitik“ des 1926 erschienenen II. Bandes seines Buches „Mein Kampf“ erklärte Hitler als sein außenpolitisches Programm: „Deutschland wird entweder Weltmacht oder es wird überhaupt nicht sein. Zur Weltmacht aber braucht es jene Größe, die ihm in der heutigen Zeit die notwendige Bedeutung und seinen Bürgern das Leben gibt. Damit ziehen wir Nationalsozialisten bewußt einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. *Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten.*“ Hitlers „Mein Kampf“ hätte „eingehendstes Studium durch die politisch und militärisch führenden Männer der alliierten Mächte verdient. Es stand alles darin“ bemerkt Churchill in seinen Erinnerungen „Der Zweite Weltkrieg“ (Band I, Seite 78) mit Recht; er bleibt freilich die Antwort schuldig, inwiefern Hitlers Ostpolitik die Interessen Englands, Frankreichs oder gar der USA beeinträchtigte.

„Nach Ansicht der Regierung der Vereinigten Staaten ist jeglicher Kampf gegen den Hitlerismus, von welcher Seite aus er immer geführt wird, von Vorteil für unsere eigene Verteidigung und Sicherheit. Hitlers Armeen sind heute die Hauptgefahr für Nord- und Südamerika."

Dies ließ Roosevelt durch den Unterstaats-Sekretär Welles bereits am 23. Juni 1941 verkünden. Natürlich waren weder Nord- noch Südamerika jemals von deutschen Armeen bedroht – aber das waren und blieben die Formeln, mit denen Roosevelt sein Volk in den Krieg an der Seite Stalins gelockt hat.*

*

Die Frage, ob Stalin seinen Pakt mit Deutschland „ehrlich" gemeint hat, beantwortete sich in den Gesprächen Hitlers mit Molotow am 12. und 13. November 1940; über sie liegen inzwischen die amtlichen Aufzeichnungen veröffentlicht vor. Stalin wußte natürlich, was Hitler unter „Ostpolitik" verstand, und er war sich klar darüber, daß die Fortdauer des Paktes den Verzicht Hitlers auf diese weitgesteckten Ziele forderte. Hitlers Kompromißformel: „Entfalten wir beide unsere Interessengebiete in südlicher Richtung" ließ Molotow bekanntlich unbeachtet. Statt dessen verlangte er Einfluß in Bulgarien, also im europäischen Südostraum – es war klar, daß die Betonung solcher Forderungen im Gespräch mit Hitler den Interessenkonflikt heraufbeschwören mußte.

Wir befinden uns mit diesem Hinweis wieder an einem entscheidenden Punkt russisch-deutscher Beziehungen. Es ist nicht gerade Marxismus, was der Molotow-Forderung zugrunde lag, sie entspricht viel mehr der zaristischen Politik des 19. Jahrhunderts. *Es ist der unselige Drang nach Westen, der für das russische Imperium weder einst noch jetzt ein ernstes Lebensbedürfnis*

---

* Es verdient in diesem Zusammenhang beachtet zu werden, daß Roosevelt nach Pearl Harbour nicht etwa – wie man nach diesem Vorgang und angesichts der Interessen der USA im Stillen Ozean hätte meinen sollen – den Schwerpunkt des amerikanischen Kriegseinsatzes nach Ostasien verlegte, sondern die Errichtung der von Stalin geforderten „zweiten Front" in Europa zur vordringlichsten Aufgabe der Vereinigten Staaten erklärte. Zweifellos wäre ohne die so leidenschaftlich gegen Deutschland ausgerichtete Strategie Roosevelts *China* in der Folgezeit *nicht* unter den Einfluß Moskaus geraten.

bezeichnet – wie groß und unerschlossen ist noch der sibirische Raum, wie verlockend das indische Ziel, das Hitler Molotow gegenüber erwähnte. Nein, nach Westen muß gedrückt, der europäische Lebensraum muß weiter bedroht werden!

Es ist durchaus wahrscheinlich, daß Stalins Bulgarien-Forderung nur als ein Anfangsverlangen gedacht war, dem weitere Erpressungen folgen sollten. Daß Hitler das von ihm „empfundene russische Drängen“ (Ribbentrop a.a.O. Seite 234) mit Großangriff beantwortete, wurde militärisch zum deutschen Verhängnis, politisch aber war die Entscheidung wohl unausweichlich. (Zum späteren Feldmarschall Paulus soll er im November 1940 gesagt haben: „Ich habe niemals einen anderen Kampf gewollt, als den gegen den Bolschewismus. Alle anderen sind mir aufgezwungen worden“, zitiert nach General A. Guilleaune: „Warum siegte die Rote Armee“, Baden-Baden 1950, Seite 35).

Das *Scheitern* dieses Kampfes sollte den *Deutschen*, der tiefere *Grund* des Angriffes vom 22. Juni 1941 aber den *Russen* eine bleibende historische Lehre bedeuten.

*

Neben der zu geringen Beachtung, die der seit 1937 nie ernstlich getrübten Verbindung Washington-Moskau beigemessen wurde, ist in der oben wiedergegebenen Aufzeichnung ein weiterer Irrtum enthalten, der durch seitherige dokumentarische Veröffentlichungen aufgeklärt ist:

Es kann nicht die Rede davon sein, daß Stalin der Termin des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion unbekannt war. Er wußte sogar – ein Umstand, der auch mir bis vor kurzem noch neu war –, daß Hitler den Angriffstermin zuerst auf den 15. Juni 1941 festgesetzt und dann nochmals verschoben hatte.

In den Kriegsjahren 1941–1945 erntete Stalin die Früchte dessen, was er seit 1925 für die kommunistische Arbeit im europäischen Bereich unermüdlich gepredigt hat; noch in den letzten Junitagen 1941 wurden die deutschen Funkabhörstellen von der Tatsache überrascht, daß sich mit einem Schlage Dutzende von Kurzwellen-Sendern, von denen man bisher nie etwas gehört hatte, im Äther meldeten und Funksprüche von sich gaben, die auch durch geschickteste Methoden nicht entziffert werden konnten. Man wußte nur, daß im Sprachgebrauch des sowjeti-

schen Spionagedienstes Kurzwellengeräte als „Spieluhren“ und Funker als „Musiker“ bezeichnet wurden. So gab man diesem ganzen, aus dem Nichts aufgetauchten geheimnisvollen Orchester den einprägsamen Namen „die Rote Kapelle“.

Der amerikanische Historiker David I. Dallin urteilt in seiner bereits erwähnten gründlichen Untersuchung über die Sowjet-Spionage (a.a.O. Seite 179) nüchtern, daß mit dem 22. Juni 1941 „für den sowjetischen Untergrund die Zeit der Bewährung gekommen“ war und daß „die Leistung des Gesamtapparates... bemerkenswert und fast einzigartig“ gewesen sei.

Das war in der Tat der Fall. Der Kreml erhielt nicht nur den Zeitpunkt des deutschen Angriffes schon Tage vorher mitgeteilt, er wurde in der Folgezeit über nahezu jede wichtige Maßnahme der deutschen Kriegführung mit einer Gründlichkeit unterrichtet, für die es in der bisherigen Geschichte der Kriegsspionage kein vergleichbares Beispiel gibt. Die Nachrichten, die in der sowjetischen Zentrale während des Krieges zusammenliefen, umfaßten nicht etwa nur alle dort gewünschten Einzelheiten über Truppenverschiebungen, Ausrüstungs- und Waffenfragen usw., sondern auch Nachrichtenstoff aus „höchster Ebene“, den Dallin (a.a.O. Seite 233) auf Grund seiner Aktenstudien über die Tätigkeit des wichtigsten Agenten wie folgt beschreibt:

> „Rößlers Leistung war in der Tat hervorragend. Kaum brach der Krieg im Osten aus, da lieferte er schon regelmäßig, manchmal gar täglich, genaue Daten von überragender Wichtigkeit: über Hitlers strategische Planungen, über das Lagebild, die Stärke und Zusammensetzungen der Einheiten des deutschen Heeres, der Marine und der Luftwaffe, über Waffen aller Art, ja sogar über Informationen, die die deutsche Abwehr über die sowjetischen Gegenbewegungen erhalten hatte.“

Die Spionageorganisation, die deutscherseits zunächst ganz allgemein als „Rote Kapelle“ bezeichnet wurde, differenzierte sich im Zuge der langwierigen Aufdeckung in mehrere „Kreise“, deren einer in Belgien, einer im besetzten Frankreich, ein weiterer in der Schweiz und einer in Deutschland selbst tätig war. Die Enthüllungen über die Einzelheiten bilden eine verwickelte und spannende Geschichte, die mehrfach bereits beschrieben ist und hier nicht wiederholt zu werden braucht.

Von Wichtigkeit für unsere Betrachtung ist allerdings die personelle Zusammensetzung dieser einzelnen Gruppen, die ganz nach Leninscher Vorschrift streng konspirativ aufgebaut waren und untereinander, wenn überhaupt, nur losen Kontakt hatten. Da finden wir in Spitzen-Positionen bewährte Komintern-Agenten, wie Alexander *Rado*, der als junger Mann schon zu den Leuten um Bela Khun während der ungarischen Räterepublik gehört hatte und nun einen wissenschaftlichen Geographen in der neutralen Schweiz spielte, eine Presse-Agentur betrieb, während er in Wirklichkeit ein ganzes Netz des sowjetischen Nachrichtendienstes kontrollierte. Da ist ferner Alexander *Foote*, der ursprünglich britischer Konservativer war, sich später dem linken Flügel der Labour-Party anschloß, dann durch den kommunistischen Organisationsleiter von Manchester gehindert wurde, offiziell der englischen kommunistischen Partei beizutreten und statt dessen illegale Missionen übernahm. Da gibt es in Frankreich einen Henry *Robinson*, Sohn eines wohlhabenden Frankfurter Kaufmanns, 1918 in Deutschland jugendliches Spartakus-Mitglied, später in Frankreich erfolgreicher Komintern-Agent; ihm gelang es sogar, seine Leute im berühmten „Deuxième Bureau“ des französischen Generalstabs unterzubringen. Da ist jener bereits erwähnte Rudolf *Rößler*, der nach 1945 in der Schweiz wegen Spionage verurteilt, aber dabei ziemlich geschont wurde, denn er arbeitete während des Krieges auch für den Schweizer Generalstab. Rößler – im sowjetischen Dienst „Lucy“ genannt – war deutscher Emigrant, figurierte in der Schweiz als „christlicher Antifaschist“, schloß sich einer „linksgerichteten katholischen Gruppe“ an, gab offiziell eine Zeitschrift heraus, „die keine kommunistische, dafür aber eine antikapitalistische Ideologie vertrat“. Nach außen der Typus des „linken Intellektuellen“ war Rößler in Wirklichkeit der Meisterspion des Zweiten Weltkrieges.

Und da waren schließlich weiß-russische Emigranten, die bei der Besetzung Frankreichs von deutschen Offizieren, die „Hitlergegner“ waren, in enge Beziehungen zu Besatzungsstellen gebracht wurden und da ist sogar auch die Spur jenes Münzenberg, des Organisators des so erfolgreichen „Kampfes um die Intellektuellen“; er hatte nach 1933 sein Arbeitsgebiet nach Paris verlegt und dort vielerlei „russische Tarnorganisationen“ gegründet,

„die aus ehemaligen ‚Weißen‘ gebildet und von der sowjetischen Botschaft gestützt und unauffällig finanziert wurden. Nach der Machtergreifung in Deutschland im Jahre 1933 entstand in Frankreich eine Anzahl solcher Organisationen: ‚Die Rückkehrer‘, die ‚Union der Verteidiger‘ und andere. Für die GPU in Paris wie auch für den militärischen Nachrichtendienst der Sowjets – überhaupt für alle dunklen und zweifelhaften Vorhaben – waren diese Organisationen ein Reservoir potentieller Agenten. In jeder blutigen Affäre dieses Jahres führten die Spuren zu diesen ‚nichtkommunistischen‘ Organisationen“ (Dallin a.a.O. Seite 190).

Die Besonderheit der „Roten Kapelle“ – in ihrer Gesamtheit betrachtet – war, daß ihr Apparat in Deutschland selbst ein verhältnismäßig kleiner war. Man hätte meinen mögen, daß von den sechs Millionen kommunistischer Wähler des Jahres 1932 immerhin ein beträchtlicher, im ganzen Volk verzweigter Geheimapparat übrig geblieben wäre. Dafür haben sich keinerlei Anhaltspunkte ergeben. In Deutschland beschränkte sich die „Rote Kapelle“ auf eine kleine, aber intelligente und aktive Gruppe, die – wiederum nach konspirativer Regel – in zwei Kreise zerfiel. Der Schriftsteller Günther Weisenborn stellt in seinem Buch „Der lautlose Aufstand“ (Hamburg 1953, Seite 204) fest, daß bei der – nach schließlicher Entdeckung des sowjetischen Geheimcode im Jahre 1942 erfolgten – Aushebung des deutschen Kreises insgesamt 118 Verhaftungen stattfanden. Zweiundzwanzig wurden wieder freigelassen, aber mit den 96 endgültig Verhafteten war, wie Weisenborn berichtet,

„sowohl der ‚innere Kreis‘, der sich mit dem Widerstand gegen das NS-Regime im Lande befaßte (‚Hochverratsgruppe‘) und dessen 42 Vertreter wegen Hochverrats angeklagt wurden, zerschlagen, als auch der ‚äußere Kreis‘, der Funk-Kontakt mit dem Ausland hatte (‚Landesverratsgruppe‘) und von dem vier Mitglieder eine Anklage wegen Landesverrats erhielten. Die anderen erhielten verschiedene Anklagen.

Es ist Tatsache, daß die meisten Mitglieder des ‚inneren Kreises‘ nicht einmal etwas von der Existenz des ‚äußeren Kreises‘ ahnten. Es ist eine weitere Tatsache, daß der ‚innere Kreis‘ der weitaus ältere war, da er sich bereits 1936 bildete, während der ‚äußere Kreis‘ etwa 1940 seine Arbeit begann. Er setzte sich nur zum Teil aus bisherigen Mitgliedern zu-

sammen, die damals von Schulze-Boysen einzeln und ohne Wissen der anderen für ihre neuen Aufgaben herangezogen wurden. Während die Flugblattarbeit etwa 1941 aufhörte, begann der ‚äußere Kreis' die Sendearbeit."

Im Mittelpunkt dieser ganzen Gruppe standen ein Oberregierungsrat *Harnack* des Reichswirtschafts-Ministeriums, der schon 1931 mit der Berliner Sowjet-Botschaft in Verbindung gestanden hatte, als diese eine „Arbeitsgemeinschaft zum Studium der Planwirtschaft" – eine typische Tarnorganisation Münzenbergscher Prägung – ins Leben rief. Harnack wurde ein eifriges Mitglied.

„Von den ungefähr 35 Mitgliedern der Vereinigung gehörten nur fünf oder sechs der KPD an, während die übrige Mitgliedschaft sich aus Personen zusammensetzte, die entweder mit der Linken sympathisierten, eine deutsche Zusammenarbeit mit Rußland befürworteten, oder aber, was bei einigen konfusen Hirnen der Fall war, Lenin gegen den ‚kosmopolitischen' Marx verteidigen wollten usw. Unter den kommunistischen Mitgliedern befanden sich verschiedene hervorragende Persönlichkeiten; da waren neben Harnack der Soziologe und Sinologe Karl August Wittfogel der Philosoph Georg Lukacz, der Wirtschaftswissenschaftler Richard Oehring und einige andere. Bei den Zusammenkünften der ‚Arplan', die ungefähr einmal monatlich stattfanden, wurden Arbeiten über sowjetische Probleme – sowjetisches Recht, die Landwirtschaft der UdSSR usw. – verlesen, deren wissenschaftliches Niveau ebenso hoch war wie das der jeweiligen Diskusionen.

Die sowjetischen Beamten steuerten die Vereinigung aus dem Hintergrund, während die deutschen Kommunisten, wenigstens nach außen hin, eine zweitrangige Rolle spielten. Präsident war Professor Friedrich Lenz, ein Nichtkommunist; Arvid Harnack war der Sekretär" (Dallin a.a.O. Seite 277).

Auf diese Weise war Harnack bereits 1932 Mitarbeiter des sowjetischen Nachrichtendienstes geworden – und er verstand es, die Verbindung ein volles Jahrzehnt aufrechtzuerhalten, ohne entdeckt zu werden.

Etwas später, aber ebenfalls bereits vor dem Kriegsausbruch, begann die nachrichtendienstliche Tätigkeit des zweiten führenden Mannes der deutschen „Roten Kapelle", des Oberleutnants

im Reichsluftfahrt-Ministerium *Schulze-Boysen*. Seine „ND-Arbeit für die Sowjets begann 1936, als er Informationen über geheime deutsche Abwehrvorgänge im Zusammenhang mit dem spanischen Bürgerkrieg weitergab“ (Dallin a.a.O. Seite 281). Ebenso wie Harnack übte Schulze-Boysen seine Spionagetätigkeit – in seinem Falle eine besonders wirksame, denn er gehörte der Abwehr-Organisation des Reichsluftfahrt-Ministeriums an – keineswegs nur gegen Geld, sondern in politischer Absicht aus: Auch er war einer der Leute, die aus intellektuellen Gründen auf Moskau setzten. Bezeichnend war, daß sein Widerstand gegen das Dritte Reich nicht etwa von Sorge, sondern von Hoffnung getragen war und daß er sich durch den Ribbentrop-Stalin-Pakt nicht im mindesten aus dem Konzept bringen ließ. Dallin zitiert (a.a.O. Seite 284) einen Teilnehmerbericht über die Zusammenkunft einer „Gruppe deutscher Intellektueller, unter ihnen Schulze-Boysen, in einem Privathaus im Berliner Grunewald“ im September 1939:

> „Schulze-Boysen hatte ganz allgemein kein allzu großes Zutrauen zu England, und Chamberlains Politik hatte ihn zum Gegner dieses Landes gemacht. Er hielt England nicht für fähig, mit Hitler fertig zu werden, und wandte seine ganze Aufmerksamkeit dem Osten zu . . . ‚Wartet doch nicht auf die englischen Bomber‘ pflegte er während der ersten Phase des Krieges zu sagen, ‚sie sind zu schwach. Die Befreiung wird von den Russen kommen, nicht von den Briten‘. Ich sagte, ich sei mit dem Hitler-Stalin-Pakt keineswegs einverstanden, aber Schulze-Boysen war anderer Meinung. Für ihn war dieser Pakt ein schlaues Manöver: *‚wenn die Zeit reif ist, werden die Russen zuschlagen und als Sieger hervorgehen‘*.“

Das waren die Leute und die Ziele der „Roten Kapelle“ in Deutschland. Noch im Mai 1941 wurden sie – gerade rechtzeitig – mit Funkgeräten und Geldmitteln* ausgestattet. Nach dem

* Es wurde schon bemerkt, daß finanzielle Leistungen der russischen Regierung für die Tätigkeit der „Roten Kapelle“ in der Regel nicht das ausschlaggebende Moment waren (und sind, denn eine „Rote Kapelle“ gibt es natürlich auch heute wieder, nur schweigen gegenwärtig ihre „Spieluhren“ und ihre „Musiker“ arbeiten friedensmäßig). Allerdings kamen auch Fälle vor, in denen handfeste Bargeld-Verbindungen nach normalen Spionage-Spielregeln allein ausschlaggebend waren. So war es dem sowjetischen Nachrichtendienst schon Anfang der 30er Jahre gelungen, den damaligen Gesandtschaftsrat an der deutschen Botschaft in Warschau, Rudolf von *Scheliha*,

22. Juni entfaltete sich ihre Tätigkeit in vollem Umfang, bis die deutschen Ermittlungen – auf dem Umweg über Brüssel – endlich dazu führten, daß Schulze-Boysen am 30. August 1942 am Eingang des Reichsluftfahrt-Ministeriums unauffällig verhaftet wurde; in den gleichen Tagen wurde auch Harnack in einer Sommerfrische festgesetzt, und dann folgten jene weiteren hundert Verhaftungen, die den deutschen Teil der „Roten Kapelle" für einige Zeit lahmlegten.

Man stellt sich verständlicherweise die Frage, ob und welche Verbindung zwischen diesen entschieden „ostorientierten" Spionage- und Widerstandsgruppen einerseits und jenen weniger nachrichtendienstlich und mehr politisch orientierten Gruppen bestanden, die seit 1945 als deutsche Widerstandsbewegung mehr verherrlicht als gründlich studiert werden. Es gibt bisher nur sehr wenige kritische Untersuchungen für das Wirken und die Zielsetzungen insbesondere derjenigen Oppositionsgruppen, die bereits vor Kriegsbeginn – also nicht etwa auf Grund des Kriegsverlaufes – einen innenpolitischen Umsturz in Deutschland erstrebten.

Der mehrfach zitierte amerikanische Historiker Dallin zieht einen Trennungsstrich zwischen der „Roten Kapelle" als einer „prosowjetischen Widerstandsbewegung mit allen charakteristischen Merkmalen einer prosowjetischen Organisation" und der „umfassenden Widerstandsbewegung, die am 20. Juli 1944 mit dem Anschlag auf Hitlers Leben ein Ende fand". Diese habe einen „Weg der Mitte" verfolgt, „hatte Angst vor der Sowjetunion und war wesentlich prowestlich und demokratisch".

---

anzuwerben. Nach Dallin (a. a. O. Seite 151 und 293) war Scheliha gleichzeitig für den britischen Intelligence Service tätig. Nach Kriegsausbruch meinte er – als Berufsdiplomat inzwischen in das Berliner Auswärtige Amt versetzt – seine Spionagetätigkeit einstellen zu können. Um ihn wieder „in Ordnung zu bringen" entsandte man von Moskau einen Fallschirmagenten, der als Druckmittel eine von Scheliha im Februar 1938 unterschriebene Quittung über 6500 Dollar mit sich führte. Als der Agent über Ostpreußen absprang, war allerdings Scheliha bereits verhaftet und der Moskauer Emissär wurde in Berlin bei seinem Eintreffen von der Polizei in Empfang genommen. Ob der in Tokio als Vertreter der „Frankfurter Zeitung" tätige Journalist Richard *Sorge*, der von 1937 bis 1941 den sowjetischen Spionagering in Japan leitete und mit Recht ebenfalls als „Meisterspion" galt (er hatte sich das volle Vertrauen des deutschen Botschafters General Ott erworben), dem Typ des Scheliha oder dem der Harnack und Schulze-Boysen zuzurechnen ist, muß dahingestellt bleiben. Sorge wurde von einem japanischen Gericht verurteilt und hingerichtet.

Diese Ansichten stehen in gewissem Widerspruch zu den Mitteilungen, die die in der Regel gut unterrichtete Ruth Fischer (a.a.O. Seite 800) zur gleichen Frage macht:

„Dr. Karl Goerdeler, der zivile Führer der Verschwörung, hatte über Stockholm und die Schweiz mit dem englischen und amerikanischen Nachrichtendienst Verbindung. Drei Grafen – Schulenburg, Stauffenberg und Helldorff –, die der Gruppe beitraten, machten den ewigen Diskussionen mit etwas mehr Draufgängertum ein Ende. Die drei nationalsozialistischen Grafen waren für enge Verbindung mit Sowjetrußland; Schulenburg war deutscher Botschafter in Moskau gewesen.

In den letzten Tagen vor dem 20. Juli 1944 war die kleine Gruppe der Verschwörer von Diskussionen über die Lebensfrage: Ost oder West, aufgewühlt. In einem Berliner Keller, ständig unterbrochen von Luftalarm, standen sich Goerdeler und Stauffenberg als Vertreter der beiden Wege, die aus Hitler-Deutschland herausführen könnten, gegenüber. ‚Ost' besagte Attentat auf Hitler, Verminderung des Drucks der deutschen Armeen an der russischen Front und Hereinlassen der Roten Armee ohne Widerstand nach Berlin."

Am späten Nachmittag des 20. Juli 1944 hat Generaloberst Beck, in der Meinung, nunmehr Oberster Befehlshaber der Wehrmacht zu sein, einen einzigen operativen Befehl erlassen: Er ordnete die sofortige Räumung Kurlands durch die deutschen Truppen an.* Der Befehl wurde natürlich, da der Putsch zusammenbrach, nicht durchgeführt. Der sog. „Kurland-Brückenkopf" wurde dann noch bis zur Kapitulation verteidigt.

Obwohl man natürlich nicht weiß, was Beck weiterhin beabsichtigte, so fällt es doch auf, daß er zunächst an eine solche

* In seinem bekannten, vielumstrittenen Buch „Bis zum bitteren Ende" (Zürich 1946) berichtet Gisevius, in diesem Punkt als Augenzeuge der Vorgänge des 20. Juli 1944 in der Berliner Bendlerstraße: „Die Telefonverbindung zur Heeresgruppe Nord war gemeldet. Dieses Gespräch liegt Beck außerordentlich am Herzen. Seit Stunden bemüht er sich um die Verbindung. Als ersten eigenen Befehl will er die Heeresgruppe Nord zum Rückzug aus dem Kurländer Kessel veranlassen ... Als das Gespräch beendet ist, tut Beck etwas, was er den ganzen Nachmittag nicht getan hat. Er ruft alle Umstehenden zu sich heran: Man könne nicht wissen, wie sich die Ereignisse der nächsten Stunden abwickeln, aber es gäbe gewisse Dinge, die noch den späteren Historiker interessieren würden. Aus diesem Grunde ordne er hiermit an, daß eine Aktennotiz aufgesetzt werde, wonach er soeben diesen wichtigen Befehl gegeben habe, durch dessen Befolgung große Teile der Nord-

Einzelheit des östlichen Kriegsschauplatzes und nicht etwa gleichzeitig an die Aufhebung der Besetzung Frankreichs oder ähnliche brennende Fragen der damaligen Lage dachte. So bleibt die Frage immerhin offen, ob Stalin – zwar nicht unmittelbar, aber durch den „Ost-West-Konflikt" in der Gruppe Goerdeler-Stauffenberg doch indirekt – auch hier im Hintergrund stand.

*

Als mit Hitlers Angriff der seit 1933 zu erwartende deutsch-sowjetische Krieg ausbrach, befand sich Stalin hinsichtlich seiner Verteidigung in vorteilhafter Lage: Seine seit 1928 systematisch gerüstete Armee hatte während des bisherigen Kriegsverlaufes „Gewehr bei Fuß" gestanden, die amerikanische Versorgung war ihm sicher, durch einen in der bisherigen Weltgeschichte einzigartig dastehenden Nachrichtendienst war er über die Absichten seines Gegners nicht nur im allgemeinen, sondern auch in allen wichtigen Einzelheiten zuverlässig und rechtzeitig informiert – so konnte er es sich leisten, den Angreifer bereits in Grenznähe zu erwarten und dort zu stellen.

Es wurde seither verschiedentlich, neuerdings sogar von sowjetischer Seite behauptet, Stalin habe die Vorbereitungen vernachlässigt. Diese Ansicht läßt sich ernsthaft nicht vertreten, man braucht nur daran zu erinnern, ein wie umfangreicher sowjetischer Truppenaufmarsch im Sommer 1941 von den vorstoßenden deutschen Armeen in Westrußland angetroffen wurde.*

armee die Chance erhielten, sich in die Heimat zurückzuschlagen und zur Verteidigung Ostpreußens bereitzustehen" (a.a.O. Seite 633). So berichtet Gisevius; daß Beck im Kreise von Generalstäblern ernstlich das Argument gebraucht haben soll, er beabsichtige durch eilige Maßnahmen ein „zweites Stalingrad" zu verhindern, ist nicht sehr wahrscheinlich. Im Gegensatz zur Stalingradarmee, die nur auf dem Luftwege völlig unzureichend versorgt werden konnte, bildete die Kurlandarmee einen „Brückenkopf", d. h. ihre Nachschubverbindung über See war nicht unterbrochen. Da dieser Brückenkopf beträchtliche sowjetische Kräfte gebunden hat, die durch seine Auflassung ebenfalls gegen Ostpreußen frei geworden wären – eine Überlegung, die den versammelten Offizieren natürlich ganz geläufig war – darf man annehmen, daß Beck diese Begründung seines eiligen Befehls nur formal vorgebracht hat, wenn der Zusatz nicht überhaupt nachträglich von Gisevius hinzugefügt wurde.

* Die Legende, Stalin sei „überrascht" worden, wird sogar durch *Veröffentlichungen* aus den Tagen vor dem Ausbruch des Rußland-Krieges widerlegt. Die in der Nürnberger Aufzeichnung erwähnte Erklärung des

Der französische General Guilleaume, langjähriger Militärattaché in Moskau, schätzt in seinem bereits erwähnten nüchtern militärischen Buch „Warum siegte die Rote Armee?“ (Seite 58) die Zahl der den angreifenden Deutschen anfänglich entgegenstehenden sowjetischen Divisionen auf „nur einhundertfünfzig“, da am 22. Juni „die sowjetische Mobilmachung und Zusammenziehung noch nicht beendet“ gewesen sei.

Guilleaume schildert in knappen Zügen, was in jenem ersten Abschnitt des Rußlandfeldzuges geschah:

„Anfang Juli kesseln die 40 Divisionen v. Bocks im Zentrum der Front die Sowjetstreitkräfte Weißrußlands ein, machen bei Minsk 323 000 Gefangene und erbeuten 1800 Geschütze und 3000 Panzer. Sie überschreiten die Beresina, gehen über die nicht verteidigte Stalin-Linie hinweg und erreichen den Dnjepr. Am 10. August melden die Deutschen 310 000 Kriegsgefangene, 3200 Geschütze und 3200 Panzer. Jedoch stoßen sie nie ins Leere. Im Norden entgehen die Sowjetstreitkräfte im Baltikum der Vernichtung durch einen raschen Rückzug. Die Zahl der Kriegsgefangenen beträgt nur 35 000, die der erbeuteten Geschütze nur 650. Bei der Annäherung an Leningrad versteift sich der Widerstand der Russen an der Luga.

Im Süden dagegen übertreffen die errungenen Erfolge alle Erwartungen. Ende Juli ist der Dnjepr ereicht. Am 12. August

---

sowjetamtlichen Tass-Büros hatte bereits am 13. Juni 1941 die „Einberufung russischer Reservisten“ zugegeben, aber als eine „übliche Maßnahme“ erklärt, die jedes Jahr durchgeführt werde (vgl. „Times“, London 14. 6. 1941).

In ihrer Ausgabe vom 21. Juni 1941 berichten die Londoner „Times“: „Gestern beschäftigte sich der Moskauer Rundfunk mit den sowjetischen militärischen Vorbereitungen (‚soviet military preparations‘). Der Sprecher erklärte, daß in vielen Teilen der Sowjetunion Manöver abgehalten werden. In ihnen werden die Lehren des Sowjet-finnischen Krieges und des deutschen Westfeldzuges berücksichtigt. Ganze Regimenter unternehmen umfangreiche Marschbewegung durch Sumpfgegenden.“ Der „Diplomatische Korrespondent“ der „Times“ erwähnt, daß Ortsbezeichnungen nicht genannt wurden, und er fügt vielsagend hinzu: „aber die berühmten Pripetsümpfe liegen im Westen“. Außerdem wird bemerkt: „Obwohl es in Moskau ruhig zu sein scheint, wächst die Spannung in allen westlichen Gebieten der Sowjetunion.“ Diese verschlüsselten Mitteilungen – in London 24 Stunden vor dem deutschen Angriff veröffentlicht – berichten deutlich genug von der voll im Gang befindlichen, wenn nicht bereits abgeschlossenen Mobilisierung.

Bereits am 8. Mai 1941 hatte der gleiche „Diplomatische Korrespondent“ der „Times“ die damals erfolgte demonstrative Übernahme der Ministerpräsidentschaft durch Stalin (der bis dahin kein offizielles Regierungsamt bekleidete) mit der treffenden Bemerkung kommentiert: „*Stalin hat damit das Deck freigemacht für schnelle Entscheidungen unter seiner direkten Verantwortlichkeit.*“

werden bei Uman 150000 Gefangene gemacht. Um den Erfolg auszunutzen, rollt die 2. Panzerarmee Guderians, die bereits vorher zur Heeresgruppe Mitte abgestellt wurde, auf dem linken Dnjepr-Ufer von Norden nach Süden. Damit ist v. Rundstedt in der Lage, am 27. September die Armeen Budjennys bei Kiew einzukesseln. Der deutsche Heeresbericht meldet 665000 Kriegsgefangene, 3718 erbeutete Geschütze und 886 Panzer. Budjenny entkommt im Flugzeug."

Was hier in nüchternen Zahlen mitgeteilt wird, war in Wirklichkeit ein dramatischer moralischer Zusammenbruch einer Riesenarmee – nicht weniger als anderthalb Millionen sowjetischer Soldaten streckten innerhalb eines Vierteljahres die Waffen, ohne daß es irgendwo zu einer formellen Kapitulation größerer Truppenkörper gekommen wäre (wie das bei Hitlers „Blitzkriegen" 1939–40 vielfach der Fall gewesen ist). In dieser Hinsicht steht der deutsche militärische Angriffserfolg des Sommers 1941 in der Kriegsgeschichte zweifellos einzig da.

Alle Funksprüche über Hitlers operative Geheimnisse nützten dem sowjetischen Oberkommando damals nicht das geringste – das Problem bestand einfach darin, daß der russische Soldat in diesen Wochen (sehr im Gegensatz zu später) nicht willens war, sich rückhaltlos für das Regime, dem er zu dienen hatte, einzusetzen.

Das war nach einem Vierteljahrhundert „Arbeiter- und Bauernrepublik", nach einer jahrzehntelangen Propagandaschlacht für die „Heimat aller Werktätigen" ein wahrlich beschämender Tatbestand.

Der von Lenin verkündete neue Glaube versagte völlig, die große Krise des Marxismus hatte eingesetzt: in den riesigen Kesselschlachten von Minsk, Uman, Kiew, Wjasma und Briansk zerstob die Botschaft „Proletarier aller Länder vereinigt Euch" – als es um Leben und Sterben ging, zerfiel die Fassade des marxistischen „Islam" zu Staub.

Auf deutscher Seite hatte sich der Beweis der Nichtigkeit der Theorien des Karl Marx schon vorher vollzogen: Es läßt sich nicht in genauen Zahlen berechnen, wieviele der etwa drei Millionen deutschen Soldaten, die im Morgengrauen des 22. Juni 1941 von Ostpreußen bis Bessarabien gegen die Sowjetunion antraten, noch wenige Jahre vorher fanatische Gefolgsleute des Bolsche-

wismus gewesen sein mögen. Da die KPD in ihrem letzten Erfolgsstadium sich vor allem auf Erwerbslose* und damit – da die Arbeitslosigkeit natürlich die jungen Jahrgänge stärker als die älteren erfaßte – vor allem auf Jugendliche stützte, darf man die Zahl der deutschen Soldaten, die einstmals Kommunisten waren, ohne Übertreibung auf mehrere Hunderttausend ansetzen – und doch gab es weder 1939 noch 1941, noch irgendwann später für die deutsche Wehrmacht (sehr im Gegensatz zu den Verhältnissen des Ersten Weltkrieges) ein irgendwie ernsthaftes Überläuferproblem. Karl Marx hatte nicht einmal mehr Wirkung, als Hitler den Angriff auf das einst von so vielen deutschen Arbeitern angebetete „Sowjet-Paradies" befahl!** Auf beiden Seiten der Fronten hatte der Prophet sein Spiel ausgespielt . . .

Es wurde Stalins Rettung, daß er unverzüglich erkannte, was zu tun war. Er warf eilig alle marxistische Theorie in die Ecke und gab sich Rechenschaft darüber, daß er sich nur behaupten konnte, wenn er der Moral seiner Truppen eine neue Stütze schuf.

Die Grundlage jeglichen Heroismus ist der Blick des einzelnen auf ein größeres Ganzes. *Daß dieses größere Ganze nicht das Schema einer internationalen Klassenorganisation sein kann, sondern nur die natürliche, unmittelbar empfundene Wirklichkeit einer Nation* – das war und ist die geschichtliche Lehre des russischen Zusammenbruchs von 1941 und der russischen Rettung von 1942–43.

Als die deutsche Armee vor den Toren Moskaus stand, da sprach Stalin nicht mehr von „Bourgeois" und „Proletariern", sondern er rief am 7. November 1941 auf dem Roten Platz vor dem Kreml seinen Truppen zu:

> „Möge Euch in diesem Krieg *das glorreiche Beispiel unserer großen Vorfahren begeistern*, die da sind Alexander Neski, Dimitri Donskoi, Kuzma, Minin, Dimitri Pojarski, Alexander Suworow, Michail Kutusow!"

---

* Untersuchungen und Zahlenmaterial darüber bei Flechtheim a. a. O. Seite 208 ff.

** „Fast bis Kriegsende desertierten mehr russische Soldaten zu den Deutschen, als deutsche Soldaten zu den Russen. Sogar in Stalingrad gab es mehr russische als deutsche Deserteure" (Possony „Jahrhundert des Aufruhrs", München 1956, Seite 306).

Drei Monate später, am 23. Februar 1942 verkündete er erneut zum „Tag der Roten Armee“:

„Jeder Soldat der Roten Armee kann mit Stolz von sich behaupten, einen gerechten Krieg zu führen, einen Befreiungskrieg, *einen Krieg für die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes*. Die Rote Armee verfolgt in diesem Krieg ein erhabenes Ziel, das sie Heldentaten vollbringen läßt. Deshalb erzeugt *der Krieg zum Wohle des Vaterlandes* bei uns Millionen von Helden und Heldinnen, die bereit sind, für die Freiheit ihres Vaterlandes zu sterben.“

Das war der Tenor der sowjetischen Propaganda, als der Kampf um Sein oder Nichtsein entbrannt war.

Rußland, nicht mehr das Erbe des Karl Marx, wird verteidigt, nur Rußland *kann* verteidigt werden.

*

Welche Wirkung die neue Propagandalinie auf die in der Sowjetunion lebenden deutschen Kommunisten ausübte, war Stalin damals natürlich völlig gleichgültig. Wolfgang Leonhard – damals Zögling der Komintern-Schule Kuschnarenkowo – berichtet (a.a.O. Seite 196f.) von einer Szene, die er 1942 dort erlebte:

„Eines Tages hatte ich einen „Prawda“-Artikel zu übersetzen, der von dem gemeinsamen ewigen Kampf der Russen, Polen und anderer slawischer Völker gegen die Deutschen handelte.

Unbeirrt übersetze ich: ‚Es handelt sich um eine ewige Waffenbrüderschaft im Kampfe gegen die Deutschen, die ruchlosen Erbfeinde der slawischen Völker!‘

Bernhard Koenen (ehemaliger KPD-Reichstagsabgeordneter) schaute mich erschreckt an. ‚Halt, halt, da hast Du was falsch übersetzt! Das kann doch nicht stimmen! Übersetz das noch mal!‘ Wieder las ich denselben Satz. Bernhard Koenen war unruhig. ‚Steht da nichts vom deutschen Imperialismus oder von den herrschenden Klassen Deutschlands?‘ ‚Nein, Bernhard, hier ist einfach von den Deutschen die Rede.‘ ‚Das ist doch unmöglich.‘ Wortlos zeigte ich ihm die betreffende Stelle der ‚Prawda‘ und gleichzeitig noch einige andere Sätze in denen genauso von ‚den Deutschen‘ als ewigen Erbfeinden der Slawen die Rede war.“

Im weiteren Verlauf des Krieges gelang es der Sowjetpropaganda, sich auch im großen Wettbewerb der Haßgesänge – trotz erstaunlichster Leistungen sowohl der Engländer wie der Amerikaner auf diesem Gebiete – an die Spitze zu setzen. Berühmt-berüchtigt wurden die sadistischen Sätze des Moskauer Schriftstellers Ilja Ehrenburg, die den russischen Soldaten zum Vormarsch in Deutschland mit auf den Weg gegeben wurden:

„Tötet!
Es gibt nichts, was in den Deutschen unschuldig ist!
Die Lebenden nicht und die Ungeborenen nicht!
Folgt der Weisung des Genossen Stalin!
Zerstampft für immer das faschistische Tier in seiner Höhle!
Brecht mit Gewalt den Rassenhochmut der germanischen Frauen!
Nehmt sie als Beute!
Tötet, ihr tapfer vorwärts stürmenden Rotarmisten!"

Das blieben nicht nur Worte. In den düsteren Wochen des Frühjahrs 1945 gab es für die russischen Soldaten keinen Unterschied der Klassen – *alle* deutschen Männer und vor allem alle deutschen *Frauen* waren damals ihr Freiwild. Nicht das Banner einer Revolution wurde entfaltet; Rassenhaß in seiner tierischen Form war die Parole.

*

Noch in der Stunde des Sieges – obwohl er nun bald wieder beginnen wird, die Scherben des Marxismus zusammenzusuchen – spricht Stalin die Sprache des russischen Nationalisten, allerdings stolz verstärkt durch die panslawistische Zielsetzung der Zarenpolitik, die er nun vollstreckt. Nur wenige Deutsche haben damals in den Tagen des Zusammenbruchs unseres Reiches jene Ansprache Stalins vom 9. Mai 1945 gehört oder gelesen. Die Worte seien deshalb hierher gesetzt:

„Die großen Opfer, die wir für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes gebracht haben, die unermeßlichen Leiden unseres Volkes während des Krieges, die harte Arbeit in der Heimat und an der Front des Vaterlandes waren nicht umsonst; sie wurden mit dem vollen Sieg gekrönt. *Der uralte Kampf der slawischen Völker* um ihre Existenz und Un-

abhängigkeit hat mit dem Triumph über die deutschen Eindringlinge und mit dem Sieg in Deutschland geendet. *Von nun an wird die große Fahne der Volksfreiheit und des Friedens unter den Völkern über Europa wehen.*“

Wer dies heute liest, kann nur sagen: Soviel Worte – soviel Täuschungen. Auch die wildesten Deutschenhasser haben sich den „Sieg der slawischen Völker“ und seine seitherigen Ergebnisse wohl anders vorgestellt...

Die Konferenz von Jalta und die letzte Leistung des falschen Propheten

Erste Vollversammlung 4. Februar 1945, 16 Uhr Livadia-Palast (Aus: Die Offiziellen Jaltadokumente des US State-Deppartments, Vollständige deutsche Ausgabe, Wien 1955, Seite 55).

Der Präsident (Roosevelt) sagte, ihm sei besonders das Ausmaß der Zerstörung durch die Deutschen in der Krim aufgefallen, und er sei daher blutdürstiger hinsichtlich der Deutschen als noch vor Jahresfrist. Und so hoffe er, daß Marschall Stalin wiederum einen Trinkspruch auf die Hinrichtung von 50000 Offizieren der deutschen Armee ausbringen werde.

Marschall Stalin entgegnete, daß jedermann gerade um des ehrlichen Blutes willen, das im Kampfe gegen die Deutschen vergossen werde, nun noch blutdürstiger sei als im Vorjahr.

Zweite Vollversammlung 5. Februar 1945, 16–20 Uhr, Livadia-Palast (a.a.O. Seite 89).

Marschall Stalin fragte, ob die drei Alliierten bei Übergabe der bedingungslosen Kapitulation eine Zergliederung Deutschlands erwähnen sollten. Wäre es nicht vielleicht sogar gut, diesen Bedingungen eine Klausel hinzuzufügen, die besagt, daß Deutschland zergliedert werden würde, ohne auf Details einzugehen?

Der Premierminister (Churchill) sagte, er glaube nicht, daß eine Notwendigkeit bestehe, mit irgend einem Deutschen irgend eine ihre Zukunft betreffende Frage zu erörtern.

Dieselbe Sitzung (a.a.O. Seite 93).

Der Präsident (Roosevelt) sagte, daß in Bezug auf Reparationen zuerst die Frage der Wünsche und Bedürfnisse der Haupt-Alliierten, dann erst jene der kleinen Länder wie Belgien, Holland, Norwegen usw. erörtert werden müsse. Er sagte, er möchte die Frage der russischen Wünsche in Bezug auf die Ausnützung der deutschen Arbeitskraft aufwerfen.

Marschall Stalin erwiderte, daß ein Plan für Reparationen in Waren ausgearbeitet worden sei, daß sie jedoch noch keinen Plan in Bezug auf die deutsche Arbeitskraft vorlegen könnten . . .

Dritte Vollversammlung 6. Februar 1945, 16 Uhr Livadia-Palast (a.a.O. Seiten 133 und 142).

Marschall Stalin gab dann den folgenden Überblick über seine Ansichten betreffend die polnische Frage. Herr Churchill habe gesagt, daß die polnische Frage für Großbritannien eine Frage der Ehre sei, und das könne er verstehen, aber für den Russen sei es sowohl eine Frage der Ehre als auch eine der Sicherheit ... Als Herr Mikolajczyk (damals Ministerpräsident der polnischen Exilregierung) in Moskau war, war er erfreut zu hören, daß Polens Grenze sich bis zum Neißefluß erstrecken werde ... Ich muß sagen, daß ich diese Linie aufrechterhalten werde. Und ich bitte diese Konferenz, sie zu unterstützen. Es gibt zwei Neißeflüsse, den östlichen und den westlichen. Ich bin für den westlichen ...

Vierte Vollversammlung 7. Februar 1945, 16 Uhr Livadia-Palast (a.a.O. Seite 164).

Marschall Stalin bemerkte, daß die meisten Deutschen in diesen Gebieten (östlich der Oder) bereits vor der Roten Armee davongelaufen seien.

Der Premierminister (Churchill) sagte, dies vereinfache natürlich das Problem und in Bezug auf die Frage des Raumes glaube er, daß die Tatsache, daß Deutschland im Kriege sechs bis sieben Millionen Menschen verloren habe und voraussichtlich noch eine Million mehr verlieren werde, dieses Problem vereinfachen werde.

Marschall Stalin sagte, daß die Deutschen wohl eine oder zwei Millionen mehr Menschen verlieren würden.

Die gleiche Diskussion nach einem anderen Protokoll (a.a.O. Seite 166).

Premierminister: Da ist dann noch das Problem, wie sie in Deutschland zu behandeln sind. Wir haben sechs oder sieben Millionen getötet und werden wahrscheinlich noch eine Million töten, bevor der Krieg aus ist.

Stalin: Eine oder zwei?

Premierminister: Oh, ich habe nicht die Absicht, dies irgendwie zu begrenzen.

Dinner am 8. Februar 1945, 21 Uhr Jossupowsky-Palast (a.a.O. Seite 224).

Die Atmosphäre des Dinners war äußerst herzlich und im ganzen wurden 45 Toaste ausgebracht. Marschall Stalin war in ausgezeichneter Stimmung und sogar in bester Laune. Die meisten der Trinksprüche erfolgten routinemäßig – auf die Streit-

kräfte der repräsentativen Länder, auf die militärischen Führer und auf die fortgesetzte Freundschaft der drei Großmächte.

Marschall Stalin brachte einen Toast auf die Gesundheit des Premierministers aus, den er als den mutigsten Regierenden der Welt charakterisierte. Es sagte, es sei weitgehend auf Herrn Churchills Mut und Standhaftigkeit zurückzuführen, daß England, als es allein stand, die Macht Hitlerdeutschlands zu einer Zeit gespalten habe, als das übrige Europa vor Hitler flach auf den Bauch fiel. Er sagte, Großbritannien habe unter Mr. Churchills Führung den Kampf allein, ohne Hinsicht auf existierende oder mögliche Alliierte, weitergeführt. Der Marschall führte abschließend aus, er kenne nur wenige Beispiele in der Geschichte, wo der Mut eines einzelnen Mannes für die zukünftige Geschichte der Welt von solcher Bedeutung gewesen sei ...

Marschall Stalin trank hierauf auf die Gesundheit des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Er sagte, er und Mr. Churchill hätten jeder in seinem Land verhältnismäßig einfache Entscheidungen zu treffen gehabt. Sie hätten gegen Hitlerdeutschland um ihre nackte Existenz gekämpft; doch sei da noch ein dritter Mann, dessen Land nicht ernstlich durch eine Invasion bedroht gewesen sei, der aber vielleicht eine umfassendere Auffassung des nationalen Interesses gehabt habe und der, obwohl sein Land nicht unmittelbar gefährdet gewesen sei, der hauptsächlichste Schmied der Werkzeuge gewesen sei, die zur Mobilisierung der Welt gegen Hitler geführt hätten. Er erwähnte in diesem Zusammenhang das Pacht- und Leihabkommen als eine der bemerkenswertesten und ausschlaggebenden Leistungen des Präsidenten zur Bildung der gemeinsamen Front gegen Hitler und zur Erhaltung der Alliierten im Felde gegen Hitler.

Der Präsident sagte in seiner Antwort auf diesen Trinkspruch, er empfinde die Atmosphäre dieses Dinners wie die innerhalb einer Familie und mit diesen Worten wolle er die zwischen unseren drei Ländern bestehenden Beziehungen charakterisieren ...

In einem darauffolgenden Toast auf die Allianz zwischen den drei Großmächten bemerkte Marschall Stalin, es sei nicht so schwer in Krisenzeiten die Einheit zu erhalten, da ja ein gemeinsames, für jeden klares Ziel bestehe, den gemeinsamen Feind zu besiegen. Er sagte, die schwierige Aufgabe komme erst nach dem Krieg, wenn verschiedenartige Interessen die Alliierten zu trennen trachten. Er sagte, er sei überzeugt, die

gegenwärtige Allianz werde auch diese Probe bestehen und es sei unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß dieser Fall eintrete; und unsere Beziehungen sollten in Friedenszeiten ebenso stark sein, wie sie im Krieg gewesen seien.

Der Premierminister (Churchill) sagte hierauf, er finde, daß wir alle auf dem Kamm eines Berges stehen, während sich die Herrlichkeiten zukünftiger Möglichkeiten vor unseren Füßen erstrecken.

Sechste Vollversammlung 9. Februar 1945, 16 Uhr Livadia-Palast (a.a.O. Seite 258).

Auf Herrn Churchills Ansuchen wurde beschlossen, die polnische Frage zu besprechen.

Herr Molotow sagte, die Sowjetdelegation nehme den heute vormittag von Herrn Stettinius (damals US-Außenminister) in der Sitzung vorgebrachten Vorschlag als Grundlage der Diskussion an. Er sagte, der Sowjetdelegation liege sehr viel daran, ein Übereinkommen zu erzielen, und er glaube, daß dies durch einige Änderungen des Vorschlages von Herrn Stettinius erreicht werden könne. Zuerst schlage er eine Änderung vor, die den ersten Satz der Formel betreffe. Er schlug vor, an Stelle des Satzes in Herrn Stettinius' Entwurf den folgenden Satz einzusetzen: „Die gegenwärtige provisorische Regierung Polens ist auf einer breiteren demokratischen Basis unter Einschluß demokratischer Führer aus Polen selbst und aus den Reihen der im Ausland lebenden Polen neu zu organisieren und diese Regierung würde in diesem Zusammenhang als nationale provisorische Regierung Polens bezeichnet werden."

Molotow fügte hinzu, daß die nächsten zwei Sätze unverändert bleiben, aber er möchte den letzten Satz geringfügig ändern, nämlich die Worte „nicht faschistische und antifaschistische" vor den Worten „demokratische Parteien" einzusetzen. Dann sagte er, er glaube, der letzte Satz, der die Verantwortung der Botschafter in drei Regierungen in Warschau betreffe, die Durchführung freier Wahlen zu beobachten und darüber zu berichten, solle gestrichen werden, da er sicher annehme, daß dies die Polen verletzen und unnützerweise zu Komplikationen der Diskussion führen werde. Er sagte, es sei ohnehin die erste Pflicht der Botschafter, zu beobachten und Bericht zu erstatten, und daher keine solche Feststellung nötig. Er schloß mit der Bemerkung, daß der Vorschlag von Herrn Stettinius, den er heute vormittag vorbrachte, mit diesen geringfügigen Änderungen annehmbar sei.

Dieselbe Sitzung (a.a.O. Seite 263).

Der Premierminister (Churchill) sagte, daß er persönlich die Deklaration über deutsche Greueltaten entworfen habe, die von der Moskauer Konferenz über die Hauptverbrecher, deren Verbrechen keinen geographischen Ort habe, ausgegeben wurde. Er sagte, es sei ein von ihm selbst gelegtes Ei und er glaube, daß eine Liste der Hauptkriegsverbrecher dieser Kategorie hier aufgestellt werden solle. Er sagte, er glaube, sie sollten nach Feststellung ihrer Identität erschossen werden.

Marschall Stalin erkundigte sich über Heß.

Der Premierminister sagte, er glaube, daß die Ereignisse Heß einholen würden. Er glaube, diese Männer sollten gerichtlich verfolgt werden.

Marschall Stalin pflichtete ihm bei. Dann fragte er, ob sich die Frage der Kriegsverbrecher auf die Kriegsgefangenen beziehe.

Der Premierminister sagte, dies treffe zu, wenn sie die Gesetze des Krieges verletzt hätten. Er sagte, wir sollten hier nur einen Meinungsaustausch haben und die Angelegenheit nicht publik machen.

Siebente Vollversammlung 10. Februar 1945, 16 Uhr Livadia-Palast (a.a.O. Seite 306).

Es folgte eine langwierige und bisweilen etwas hitzige Diskussion zwischen Marschall Stalin und Churchill über die Frage der Reparationen. Es war das das einzige Mal während der Konferenz, daß Stalin Ärger zeigte. Er hegte offenbar den Verdacht, das Auftreten der Briten gegen die russischen Reparationen bilde einen Teil eines Programms zur Errichtung eines starken Deutschlands.

An einem Punkt der Diskussion sagte er geradeheraus, wenn die Briten nicht wollten, daß die Russen Reparationen bekommen sollten, sollten sie dies offen sagen. Das verneinte Mr. Churchill natürlich nachdrücklich.

Dieselbe Sitzung (a.a.O. Seite 319).

Marschall Stalin sagte, das jüdische Problem sei sehr schwer, daß sie versucht hätten, für Juden eine nationale Heimat in Birobidschan zu errichten, aber daß sie dort nur zwei oder drei Jahre geblieben seien und sich dann in die Städte verstreut hätten. Er sagte, die Juden seien von Natur aus Händler, aber daß man viel erreicht habe, indem man kleine Gruppen in manchen agrarischen Gebieten angesiedelt habe.

Der Präsident sagte, er sei ein Zionist und fragte, ob Marschall Stalin einer sei.

Marschall Stalin sagte, er sei im Prinzip einer, aber er erkenne die Schwierigkeit. Während des Verlaufs der Konversation bemerkte Marschall Stalin, daß die Sowjetregierung niemals einen Vertrag mit den Deutschen im Jahre 1939 unterzeichnet hätte, wenn es nicht München und den Polnisch-Deutschen Vertrag von 1934 gegeben hätte.

Achte Vollversammlung 11. Februar 1945, mittags, Livadia-Palast (a.a.O. Seite 322).

(Besprechung der Presseverlautbarung)

Molotow: Wird dieses Kommuniqué von den Regierungschefs unterzeichnet werden?

Präsident (Roosevelt): Es sollte zuerst von Stalin unterschrieben werden, weil er ein so wunderbarer Gastgeber war.

Stalin: Ich bin dagegen ... Wenn Stalin die erste Unterschrift ist, wird es heißen, er führt (Stalin besteht darauf, an letzter Stelle zu unterzeichnen und so geschah es. Ein gleichzeitig abgeschlossenes Geheimabkommen über den Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen Japan wurde dagegen in umgekehrter Reihenfolge signiert: Hier steht Stalins Unterschrift an erster Stelle; vgl. a.a.O. Seite 359).

Diese knappen, aber für das Niveau der Jalta-Konferenz bezeichnenden Zitate aus den umfangreichen amtlichen Dokumenten, die die amerikanische Regierung im Jahre 1954 veröffentlichte, zeigen einen weltpolitischen Einfluß an, wie ihn weder jemals vorher, noch seither wieder ein russischer Regierungschef auszuüben in der Lage war. Mit wenigen, aber bestimmenden Worten lenkte Stalin diese Konferenz – welch' ein Gegensatz zu Versailles, wo eine solche zentrale Figur fehlte und deshalb monatelang gestritten wurde!

Sachlich hat die Konferenz von Jalta nicht viel Neues mehr erbracht. Die eindeutige russische Führung war schon in der Organisation der Konferenz festgelegt und anerkannt worden. Seit Juli 1944 bemühte sich der amerikanische Präsident – nahezu in der Rolle eines Bittstellers – um ein neuerliches Zusammentreffen mit Stalin. Im Oktober 1943 hatte sich dieser immerhin bereitgefunden, nach Teheran zu kommen. Diesmal lehnte er es strikt ab, dem amerikanischen Präsidenten auch nur einen Kilo-

meter außerhalb Rußlands entgegenzureisen. Eine monatelange Korrespondenz zwischen Washington und Moskau fand statt; Schottland wurde als Treffpunkt vorgeschlagen, Alaska, Rom, sogar Jerusalem (dieser Ort, um Stalin eine Eisenbahnreise zu ermöglichen). Jeder Vorschlag wurde bestimmt, und meist nicht einmal höflich, abgelehnt. Roosevelt war bekanntlich körperlich schwer behindert; es konnte kaum mehr ein Geheimnis sein, daß er an der Schwelle des Todes stand – in den telegraphischen Diskussionen ist aber stets nur von Stalins Ärzten die Rede, von einer Grippe, die ihn vor einiger Zeit befallen, von einer Ohrenentzündung, die er sich angeblich auf dem Rückflug von Teheran zugezogen habe. Es half kein Bitten, kein Verhandeln: Wenn Roosevelt „Uncle Joe", wie der Präsident den sowjetischen Generalissimus sogar in amtlichen Papieren nannte, sehen wollte, dann mußte er erneut den Atlantik überqueren und anschließend einen stundenlangen Flug riskieren.

Stalin diktierte, Roosevelt fügte sich ... ein langer, ereignisreicher Weg von den Tagen der Anerkennung der Sowjetunion und des Besuches Litwinows im November 1933 bis zu den Szenen im Livadia-Palast auf der Krim!

Sachlich wichtiger als die formelle Seite der Angelegenheit war es, daß der amerikanische Präsident sich im Hauptpunkt „Deutschland" bereits eindeutig festgelegt hatte; zur Frage der Behandlung des Besiegten blieben nur noch Einzelheiten zu besprechen. Bereits im September 1944 war durch eine dramatische Indiskretion des „Wallstreet Journal" der sog. „Morgenthau-Plan" bekannt geworden, den sowohl Roosevelt wie Churchill während ihrer Konferenz in Quebec (10.–16. September 1944) als Richtlinie der Behandlung Deutschlands vereinbart hatten. Dieser Plan, der – trotz aller Ableugnungen – nach 1945 jahrelang die tatsächliche Grundlage der amerikanischen Besatzungspolitik gewesen ist, sah drei Hauptpunkte vor: „Entmilitarisierung", „Entnazifizierung" und „Entindustrialisierung" Deutschlands, worunter die Rückverwandlung in einen Agrarstaat der „Bauern und Hirten" verstanden wurde. Dieser Plan mag mit heutigen Augen betrachtet als Ausgeburt krankhafter Gehirne erscheinen, damals hatte er die große politische Bedeutung, daß gegenüber solchen proklamierten Zielen einer totalen Auflösung und Versklavung des bisher größten europäi-



Die Konferenz von Jalța

Links Stalin, ganz rechts Roosevelt, im Vordergrund Churchill

schen Industriestaates territoriale Forderungen, wie etwa die von Stalin durchgesetzte Oder-Neiße-Linie als geradezu noch normal und gemäßigt erscheinen konnten!

*

Die Vorgeschichte des sog. Morgenthau-Planes ist nicht ganz geklärt. Es gibt Hinweise dafür, daß nicht der offizielle Verfasser, der damalige amerikanische Finanzminister Henry Morgenthau jun., sondern sein Unterstaatssekretär Dexter White der eigentliche geistige Urheber war. Die Gestalt dieses White ist in einige Nebel gehüllt, seit dieser hohe Beamte im Zusammenhang mit der Affaire Hiss (von der unten noch zu sprechen sein wird) im August 1948 von einem Untersuchungsausschuß des US-Senates zu der Beschuldigung vernommen wurde, als Agent der Sowjetunion politische Dienste geleistet zu haben. Bei jener Vernehmung, die der derzeitige amerikanische Vizepräsident Nixon als Vorsitzender durchführte, stand Aussage gegen Aussage. Der Journalist Whittacker Chambers, der selbst seine frühere Agententätigkeit zugab, erklärte mit Bestimmtheit, Dexter White habe bereits in den 30er Jahren zu einem sowjetisch beeinflußten Kreis hoher amerikanischer Beamter gehört – allerdings zu einer Gruppe, die nicht einfach zur Beschaffung von Informationen, also zu Spionage, verwendet, sondern nur angesetzt wurde, um gewisse Moskauer Wünsche in Regierungskreisen wirksam zu vertreten. Dexter White bestritt jegliche Verbindung dieser Art und behauptete, den Kontaktmann, den Zeugen Chambers, überhaupt nicht zu kennen. Der Widerspruch der einander entgegenstehenden Aussagen konnte nicht aufgeklärt werden, denn Dexter White starb überraschend wenige Tage nach jener Vernehmung. Wir werden also nie erfahren, ob etwa auch der Morgenthau-Plan ein Klang aus dem Orchester der „Roten Kapelle“ gewesen ist . . .

Untersucht und offengelegt wurde jedoch ein anderer Fall, der in noch engerem Zusammenhang mit der Jalta-Konferenz steht. Ebenso wie Dexter White bestritt der Beamte des US-Außenministeriums Alger Hiss vor jenem Untersuchungsausschuß, den Zeugen Whittacker Chambers jemals gesehen zu haben. Hier aber gelang es einen klaren Beweis zu führen: Hiss

war nicht nur mit Chambers in langjährigem vertrautem Verkehr gestanden, sondern hatte auch nachgewiesenermaßen Informationen an die Russen geliefert. Bereits im September 1939 war Hiss von Chambers dem amerikanischen Unterstaatssekretär Berle als sowjetischer Agent bezeichnet worden – es dauerte aber dann fast noch neun Jahre, bis die Angelegenheit endlich untersucht und noch ein weiteres, bis Hiss von einem ordentlichen amerikanischen Gericht zu hoher Gefängnisstrafe verurteilt wurde.*

Aus den veröffentlichten Jalta-Dokumenten wird ersichtlich, daß Präsident Roosevelt am 6. Januar 1945 den US-Botschafter in Moskau verständigte, die US-Delegation werde gegenüber den bisherigen Plänen um zehn Personen erweitert werden (a.a.O. Seite 31). Der US-Außenminister Stettinius teilte dazu am 15. Januar 1945 nach Moskau mit, einer der zusätzlichen Delegierten werde Alger Hiss „für Angelegenheiten Dumbarton Oaks“ sein. Aus den Anwesenheitsprotokollen wird ersichtlich, daß Hiss keineswegs nur in untergeordneter Rolle in Jalta tätig war. Von der dritten Sitzung an nahm er als einer von neun USA-Delegierten an jeder Vollversammlung der Konferenz teil. Selbstverständlich hatte er auch volle Kenntnis aller vorbereitenden Besprechungen der USA-Delegation. Mehr konnten sich die Russen wirklich nicht wünschen – die Teilnahme des Hiss an der Jalta-Konferenz steht würdig an der Seite der größten sowjetischen Spionageleistungen während des Zweiten Weltkrieges und stellt sie noch in den Schatten!

Bei den Verhandlungen des amerikanischen Untersuchungsausschusses im Jahre 1948 wurde bekannt, daß Präsident Roosevelt durch den oben erwähnten Unterstaatssekretär Berle im Herbst 1939 über die Sowjetinfiltration in hohen US-Behörden unterrichtet wurde. Der Präsident lächelte dazu sein berühmtes Lächeln und schob die Angelegenheit als belanglos beiseite.

Man soll nicht unter die Phantasten gehen – und so lassen wir die Kombinationen, die sich angesichts solcher Tatsachen leicht einstellen könnten, hier unerörtert...

*

* Einzelheiten siehe u. a. bei Toledano-Lasky: „Seeds of Treason. The true story of the Hiss-Chambers Tragedy“ New York 1950.

Es verdient erwähnt zu werden, daß Stalin sich am 16. Mai 1943 zu einem aufsehenerregenden Schritt entschlossen hatte; er löste an diesem Tag in aller Form die „Kommunistische Internationale“ auf!

Der bereits erwähnte junge Emigrant Wolfgang Leonhard, der an jenem Tage noch Schüler einer Komintern-Schule war, schildert in seinem Buch (a.a.O. Seite 247ff.) anschaulich, wie völlig überraschend diese Nachricht für sie alle kam und berichtet auch, daß die Schule tatsächlich aufgelöst wurde. Die Schüler – Gruppen von Deutschen, Italienern, Slowaken, Polen u. a. – wurden aber nicht etwa in zivile Berufe entlassen, sondern für Sonderaufträge in ihren Heimatländern weiterhin bereitgestellt.

Dem Vertreter der englischen Nachrichtenagentur Reuter gab Stalin am 30. Mai 1943 eine Erklärung zur Kominternauflösung ab:

„Die Auflösung der kommunistischen Internationale ist richtig, denn sie entlarvt die Lüge der Hitler-Leute, wonach angeblich ‚Moskau‘ bestrebt ist, sich in das Leben anderer Staaten einzumischen und diese zu ‚bolschewisieren‘. Dieser Lüge wird jetzt ein Ende bereitet.“

Zur Frage, wer in diesem Falle gelogen hat, bedarf es heute keines Kommentars mehr. Es handelte sich bei der „Auflösung“ natürlich um nichts anderes, als um die in der leninistischen Theorie und Praxis längst vorgesehene und oft bewährte Umstellung von der „Legalität“ zur „Illegalität“, von der Schaubühne zum Untergrund; wobei noch zu sagen ist, daß für die sowjetische Außenpolitik die „Internationale“ in der Tat stets ein lästiger und hemmender Faktor war und daß deren Deklamationen viel weniger praktischen Nutzen brachten als schon die bisherige Tätigkeit des Geheimapparates.

Wie wenig hatten während des polnischen Feldzuges im Jahre 1920 die wortreichen Aufrufe des „EKKI“ an das „Weltproletariat“ bedeutet, im Vergleich zu den stillen Diensten des „Lucy“ und des Alger Hiss?!

In dem erwähnten Stalin-Interview vom 30. Mai 1943 wird als Grund für die Auflösung der Komintern noch angeführt:

„Sie erleichtert die Tätigkeit der Patrioten der freiheitsliebenden Länder in der Vereinigung der fortschrittlichen Kräfte jedes Landes, unabhängig von Parteizugehörigkeit

und religiösen Überzeugungen, in einem einheitlichen Lager der nationalen Befreiung zur Entfaltung des Kampfes gegen den Faschismus."

In diesen verschnörkelten Worten, deren wirklicher Sinn inzwischen durch die Ereignisse erläutert wurde, ist die sowjetische Planung für das Nachkriegseuropa bereits deutlich umrissen worden. Stalin, der die Kraftreserve des Patriotismus im eigenen Lande deutlich genug kennengelernt hatte, plante zweifellos, nicht nur durch einen Schwall von Worten, sondern durch eine zielbewußte praktische Politik, die europäischen Nationalismen in das Netz der Sowjetunion zu ziehen. Radek schien wieder auferstanden zu sein, nur daß es diesmal nicht um die „Völkischen", sondern um die „Vereinigung der fortschrittlichen Kräfte jedes Landes" und um den „Kampf gegen den Faschismus" ging.

Stalin bemühte sich damals, die verschiedenen europäischen „Widerstandsbewegungen" fest in die Hand zu bekommen, und er hat mit dieser Politik in der Tat während und unmittelbar nach dem Kriege zunächst beträchtliche Erfolge erzielt. Das Problem bestand hauptsächlich darin, die Moskauer Direktion zu tarnen. So wurden „Patriotismus", „Freiheit" und „Demokratie" die Hauptparolen, mit denen es den Kommunisten gelang, in zahlreiche, bis dahin kaum formierte Geheimorganisationen einzudringen.

„Ohne allzu große Schwierigkeiten traf die kommunistische Partei eine Abmachung mit General de Gaulle und gliederte sich seiner Untergrundbewegung an." So berichtet der amerikanische Professor Dr. Stefan Possony in seiner Untersuchung „Das Jahrhundert des Aufruhrs" (a.a.O. Seite 310ff.) über die Entwicklung im Frankreich von 1944:

„Da die Kommunisten viele Leute in ihren Reihen hatten, die in der irregulären Kriegführung gut ausgebildet waren, errangen sie sich schnell Schlüsselpositionen im Maquis und nützten diese zur systematischen Durchsetzung dieses weitmaschigen Organisationsgewirrs aus. Bei Kriegsende hatten die Kommunisten eine sehr beträchtliche Macht errungen."

Später wurde diese Grundlage noch bedeutend erweitert:

„Kommunistische Mitglieder des Maquis wurden in die französische Armee eingeschleust, während man diese gleich-

zeitig von ihren konservativen Elementen säuberte ... Unter dem Vorwand einer Säuberung von angeblichen Kolaborateuren wurden antikommunistische Elemente aus dem französischen Verwaltungssystem, Gerichten, Schulen und Universitäten entfernt. Als die Sondergerichtshöfe ihre Tätigkeit am 31. Dezember 1951, d. h. gute sieben Jahre nach der Befreiung von Paris einstellten, waren mindestens 320000 Franzosen getötet, entlassen, oder auf andere Weise aus dem öffentlichen Leben entfernt worden. Eine weitere große Anzahl mußte den Verlust ihres Eigentums, wirtschaftliche Härten und Terrorakte hinnehmen ... Was sich hinter Terror und ‚legalen' Säuberungsprozessen, die das Leben von schätzungsweise 112000 Menschen kostete, verbarg, läßt sich beinahe schon als Bürgerkrieg bezeichnen. In *Italien* nahmen die Ereignisse einen ähnlichen Verlauf, nur daß hier der indirekte Bürgerkrieg nach vorliegenden Berichten das Leben von wenigstens 360000 Menschen kostete" (Possony a.a.O. Seite 316).

Der amerikanische Professor bezeichnet die Vorgänge in Frankreich und Italien als eine „kommunistische Halbrevolution" und urteilt nüchtern über ihren politischen Zweck: „Viele Kommunistenfeinde waren getötet worden. Die zur Gesundung nötigen Kräfte waren zerstreut, die Widerstandskräfte des Landes gefährlich geschwächt." Man hätte hinzufügen können, daß die gleiche Leistung auch in Deutschland vollbracht wurde und daß sie hier jahrelang der Hauptgegenstand auch der amerikanischen Besatzungspolitik gewesen ist.* Ihre destruktiven Auswirkungen sind ebenso wie in Frankreich und Italien auch bei uns heute noch nicht überwunden.

* Der damalige langjährige amerikanische Militärgouverneur in Deutschland, General Lucius D. Clay erklärte noch im November 1946 vor dem sog. „Länderrat", einer Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten in der US-Zone, die „Entnazifizierung" sei überhaupt die wichtigste staatspolitische Aufgabe in Deutschland! Im März 1948 widersetzte sich Clay mit Nachdruck den Bestrebungen einsichtiger amerikanischer Politiker, die eine sofortige Beendigung sowohl der Nürnberger Prozesse wie der zu grotesken Formen entwickelten Entnazifizierung forderten. Nach Clays eigener Mitteilung würden in jenen Jahren allein in der US-Zone 930000 „Verfahren" durchgeführt. Clays erfolgreiche Bemühungen, diese pseudojuristische politische Massenverfolgung fortzusetzen, wurden – wie der amerikanische General behauptet – von einigen deutschen Politikern nachdrücklich unterstützt, eine Haltung, die auf amerikanischer Seite in wachsendem Maße auf Unverständnis stieß. So berichtet Clay vom Besuch eines US-Kongreßabgeordneten, der sich strikt weigerte, mit deutschen „Spruchkammer"-Be-

Trotz der so günstigen Voraussetzungen, trotz der gegenüber dem Getöse der „Dritten Internationale" so viel wirksameren Stalin-Taktik, trotz seines politischen Triumphes in Jalta hat sich freilich ergeben – und das ist das geschichtlich Bemerkenswerte – *daß der tatsächliche Enderfolg der versuchten Russifizierung Europas nicht über den Bereich hinausreichte, den die sowjetischen Armeen bei Kriegsende 1945 besetzt hatten.*

Nur im Balkanraum gelang es, die „Partisanenpolitik" zu endgültigen Erfolgen zu führen. In Jugoslawien war Tito, ein in Moskau geschulter, zweifellos sehr fähiger Mann, an die Spitze einer in ihrem Kampf vom Gelände begünstigten Partisanenorganisation getreten. Tito führte den Guerillakrieg in den Balkangebirgen so wirksam, daß er es nicht nötig hatte, mit „nationalen" Gruppen zusammenzuarbeiten, sondern es sich leisten konnte, auch gegen diese zu kämpfen. Schließlich besiegte er die von England unterstützten Partisanen des General Mihailowic, konnte dieses Gegners auch habhaft werden und ihn im Juli 1946 in Belgrad hinrichten lassen.

Über ähnliche, nicht minder dramatische Auseinandersetzungen in Albanien, hat ein junger Engländer, Julian Amery, ein lebhaftes Buch geschrieben („Sons of the Eagle, A study in guerilla war", London 1948) – dort wurde ein vollentwickelter Bürgerkrieg bereits in den letzten Wochen der deutschen Besatzungszeit zwischen sog. „Zogisten" (Anhängern des Königs Zogu) und den Partisanen des Kommunisten Enver Hodja ausgefochten. Von den National-Albanern suchten die einen Hilfe bei den Deutschen, die anderen bei den Engländern – beides vergeblich. Ideologien spielten dabei keine Rolle; Amery bemerkt (a.a.O. Seite 221): „Liberalismus, Faschismus oder Kommunismus konnten von den albanischen Stämmen nicht ernstlich begriffen werden." Sieger blieb, wer den wirksamsten Kampf

---

amten zusammenzutreffen, da er sie als „Verräter an ihren Landsleuten" betrachtete (L. D. Clay „Decision in Germany", New York 1950, Seite 259). Das maßgebliche Gesetz „zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" wurde von dem offiziell der Kommunistischen Partei angehörenden bayerischen „Sonderminister" Schmitt zusammen mit der damaligen amerikanischen Militärregierung ausgearbeitet. Diese mit rechtsstaatlichem Denken natürlich unvereinbare „Gesetzgebung", die als Besatzungsmaßnahme überdies völkerrechtswidrig war, wird erstaunlicher Weise heute noch durch eine Sondervorschrift des Bonner Grundgesetzes (Artikel 139) formal gedeckt.

führte, d. h. wer über die meisten Waffen und ausreichende Munition verfügte. Es machte sich hier bemerkbar, daß das bei ihrer Kapitulation im September 1943 von den italienischen Truppen abgegebene Kriegsmaterial hauptsächlich den kommunistischen Partisanen zugute gekommen war (Possony a.a.O. Seite 309). Das war wohl die entscheidende Ursache dafür, daß im Balkan die Kommunisten die Oberhand gewannen, obwohl die sowjetischen Armeen in diesen Raum zunächst nicht vorgedrungen sind.*

Andererseits gelang es den Sowjets – entgegen allen damaligen Erwartungen – keineswegs, sich in *Finnland* voll durchzusetzen, obwohl hier die machtpolitischen Voraussetzungen in hohem Maße gegeben waren. Nach Ablauf der Übergangsfrist, während deren man in Moskau Finnland als Paradebeispiel für politische Großzügigkeit benötigte, wandte sich Stalins Interesse im Jahre 1948 erneut Helsinki zu, er stellte weitreichende Forderung und ernannte einen sowjetischen General zum Gesandten. Die Aktion wurde bis zur Ausrufung eines Generalstreikes im Juli 1948 gesteigert und trotzdem scheiterte das ganze Unternehmen daran, daß die finnischen Arbeiter die Lage durchschauten und sich weigerten, die Arbeit niederzulegen. Eilig hielt man Wahlen ab und es zeigte sich, daß die Kommunisten nur über 19 Prozent

* Als Stalin nachträglich die Kontrolle der jugoslawischen Wehrmacht beanspruchte, gab es 1948 die bekannte, heute noch nicht ganz beigelegte Kontroverse zwischen Belgrad und Moskau. Possony berichtet (a.a.O. Seite 305) eine interessante damalige Stellungnahme des inzwischen verstorbenen jugoslawischen Außenministers Mosche Pijade; dieser „wetterte gegen die Übertreibung der Rolle der Roten Armee und die Schmälerung der Rolle der Partisanen. Ihm zufolge behaupteten die Stalinisten, daß der Kommunismus in der Lage gewesen sei, die Macht in Jugoslawien zu erringen, weil die Roten Truppen die notwendigen Voraussetzungen dazu geschaffen hätten, während er ‚unglücklicherweise' in Frankreich und Italien mangels ähnlicher militärischer Unterstützung nicht an die Macht gelangen konnte. Pijade versicherte, daß, wenn man diese Behauptung annähme, es bedeuten würde, daß es ‚für den Sieg einer proletarischen Revolution keine Möglichkeit gäbe außer mit der Waffenhilfe der Sowjetarmee'." Zweifellos hat Pijade damit den Kern des Problems scharf beleuchtet und ebenso gewiß ist, daß es auch in Jugoslawien keine „proletarische Revolution" gegeben hat, sondern ein Kriegsgeschehen, in dem Tito aus militärischen Gründen obsiegte. Der Streitfall reduziert sich auf die sachliche Frage, ob es nur die eigenen Truppen und die italienischen Waffen waren, die Titos Erfolge ermöglichten, oder ob die Russen nicht doch mit einem gewissen Recht die operative Rolle betonen, die ihre damals immerhin bereits nach Rumänien und Bulgarien vorgedrungene Armee dabei übernommen hat.

der Stimmen verfügten. Angesichts dieser Gegenzüge blieb nur ein neuer Krieg gegen Finnland als Aushilfsmittel übrig – und vor dieser Alternative scheute auch Stalin zurück. So kam es, daß dieser kleine Staat im Norden – obwohl er machtpolitisch zweifellos zum Sowjetbereich gehört, doch eine Sonderstellung genießt. Possony widmet dieser lehrreichen Tatsache berechtigterweise einige Aufmerksamkeit (a.a.O. Seite 322):

„Da die Finnen seit langem den Kommunismus kannten, verstanden sie das sowjetische Spiel und waren mit der sowjetischen Technik vertraut. Sie waren keineswegs bereit, ihr Land aufzugeben und machten sich nicht die geringsten Illusionen über die sowjetischen Absichten. Sie identifizierten ohne Schwierigkeit die meisten Kommunisten und Sowjetanhänger, die in ihrer Mitte lebten. Sie trafen ihre Vorsichtsmaßnahmen rechtzeitig und in einem Umfang, der zur Gefahr im richtigen Verhältnis stand."

*

Wirklich wichtig waren natürlich weder Albanien noch Finnland – es ging in jenen Jahren um den sowjetischen Einfluß in Gesamteuropa und darum wieder einmal um Deutschland. Hier hatte Stalin, wie sich herausstellen sollte, vier Anliegen:

Erstens: er wünschte den ostpreußischen Hafen Königsberg unmittelbar für die Sowjetunion zu annektieren;

Zweitens: er wollte für das im Osten erneut auf die sog. Curzon-Linie verwiesene Polen im Westen die Oder-Neiße-Grenze;

Drittens: er war entschlossen, aus Restdeutschland Reparationen im Werte von etwa zehn Milliarden Dollar, das sind rund vierzig Milliarden Mark, herauszuholen (vgl. Jalta-Dokumente a.a.O. Seite 94ff.);

Viertens: er hoffte auf politischem Wege ganz Deutschland dauernd dem Einfluß Moskaus zu unterstellen.

Um es vorweg zu sagen: die zwei ersten Anliegen wurden ganz, das dritte fast* und das vierte bisher nicht durchgesetzt.

* Nach einer Untersuchung des englischen Wissenschaftlers J. P. Nettl („The Eastern Zone and Soviet Policy in Germany 1945–50", Deutsche Ausgabe, Frankfurt 1953, Seite 241) erreichten die russischen Reparationsentnahmen allein aus der Sowjetzone zwischen Mai 1945 und Juli 1948 den

Es bedarf keiner Erwähnung, daß Glaubenssätze des Karl Marx kaum herangezogen werden konnten, um den in Ostpreußen betätigten Imperialismus der Sowjetunion und den Kolonialismus Polens im Raume von Pommern bis Schlesien zu decken. Auch über Reparationen findet sich nichts in Marx' Schriften. Nur zum vierten Punkt des Programms wurden sie wieder hervorgeholt ...

*

Bereits geraume Zeit vor dem Beginn des deutsch-russischen Krieges und zwar, wie Leonhard (a.a.O. Seite 98) berichtet, im November 1940, „wenige Wochen nach dem Besuch Molotows in Berlin erinnerte man sich in Moskau plötzlich wieder *der deutschen Emigranten*".

Selbstverständlich waren es ausschließlich Mitglieder der früheren KPD, die damals zu „Konferenzen" und „Schulungen" zusammengeholt wurden; bei diesen Gelegenheiten deutete der seither hinreichend bekanntgewordene Walter Ulbricht bereits die Möglichkeit an, daß sich „der Charakter des Krieges in seinem Verlauf ändern könne"!

Wert von 11,47 Milliarden Mark (nach dem Index von 1936). Die einzelnen Posten gliedern sich in:

Demontage von Investitionsgütern	4,10 Milliarden
Reparationen aus Produktion und Lagerbeständen .	4,39 „ „
Nahrungsmittel	0,97 „ „
Wert der Produktion der sog. Sowjet-Aktiengesellschaften	2,01 „ „

In diesen Zahlen sind die umfangreichen Demontagen, die in jenen Jahren in den *west*deutschen Besatzungszonen zugunsten der Sowjetunion durchgeführt wurden ebensowenig berücksichtigt, wie die nach dem Juli 1948 erfolgten Entnahmen und Lieferungen. Am 16. Mai 1950 erklärte Stalin, er sei bereit, die in Jalta festgelegte Reparationssumme auf 6,8 Milliarden Dollar (d. s. etwa 28,5 Milliarden D-Mark) herabzusetzen und die bisher erhaltenen Reparationen mit 3,6 Milliarden Dollar (d. s. etwa 15,1 Milliarden D-Mark) anzurechnen. Für den verbleibenden Rest wurde eine Leistungsfrist von fünfzehn Jahren bewilligt. Von seinem britischen Standpunkt aus stellt Nettl neiderfüllt fest, daß die Reparationspolitik der Sowjets „zweifellos die erste erfolgreiche Reparationspolitik der beiden Weltkriege ist". Auch in die deutsche Ausgabe des Nettl-Buches wurde der erstaunliche Satz übernommen: „Man kann daraus folgern, daß es auch der westdeutschen Wirtschaft durchaus möglich gewesen wäre, eine höhere Reparationslast zu tragen. Genau wie nach dem Ersten Weltkrieg ist auch diesmal das Gezeter über die in Westdeutschland demontierten Werke allzu ernst genommen worden" (Nettl a.a.O. Seite 229).

Die für diesen Fall getroffenen Vorbereitungen der deutschen Emigranten erwiesen sich freilich als beträchtlich verfrüht; nach dem Ausbruch des Konfliktes sahen sich die KPD-Funktionäre zunächst in den sibirischen Raum versetzt. Erst mit der Wendung der Kriegslage 1942–1943 wurden sie wieder herangeholt; erneut stellte man Personengruppen zusammen und bereitete sie auf ihre Tätigkeit in Deutschland vor. Leonhard, einer der wenigen unmittelbaren Zeugen dieser Vorgänge, berichtet (Seite 277):

„Als ich im Juli 1943 in das ‚Lux' kam, waren die meisten führenden Funktionäre bereits wieder aus der Evakuierung zurückgekehrt. Häufiger sah ich nun Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Anton Ackermann."

Die in dem bekannten Moskauer Hotel wohnenden Funktionäre wurden zunächst dazu verwendet, unter den deutschen Kriegsgefangenen nach brauchbaren Agenten Umschau zu halten und das berühmt-berüchtigte „Nationalkomitee Freies Deutschland" zu organisieren. Sehr bedeutend waren die erzielten Erfolge nicht, und obwohl es gelang, einer nicht unbeträchtlichen Anzahl von deutschen Generalen Unterschriften unter Moskauer Proklamationen abzugewinnen, hat dieses „Nationalkomitee" 1945 keine ernsthafte Rolle mehr gespielt. Der Sender dieser Institution verkündete zwar bis zur Kapitulation eifrig: „Wir sprechen im Namen des deutschen Volkes! Wir rufen zur Rettung des Reiches!" – dann aber, als es wirklich darum ging, schwieg er . . .

„Als am 12. Februar 1945 die Beschlüsse der Jalta-Konferenz bekanntgegeben wurden, blieb dem Nationalkomitee nichts mehr übrig, als zu erklären: ‚Es bleibt uns die Hoffnung, daß die im Zug befindliche, maßlose, verdiente (!) Niederlage Hitler-Deutschlands im deutschen Volk die Kräfte wecken wird, die ihm durch mitleidslose Säuberung des eigenen Hauses und leidenschaftliche Wiedergutmachung eine würdige Existenz und seinen Platz in der Gemeinschaft der Nationen erkämpfen.' Es war offensichtlich, daß das Nationalkomitee sein Ziel nicht erreicht hatte. Nach dem Aufruf der 50 Generale gab es keine wichtigen politischen Erklärungen mehr. Ich konnte deutlich spüren, daß die Arbeit in der Zeitung und im Sender nur noch routinemäßig weiter-

geführt wurde, während die wichtigen politischen Entscheidungen nunmehr auf einer anderen Ebene getroffen wurden" (Leonhard a.a.O. Seite 323).

Die „andere Ebene" war wieder der Kreis um Ulbricht und Wilhelm Pieck. Leonhard, der dazu gehörte, berichtet von etwa 150 deutschen Emigranten, „die im Gebäude des Moskauer Komitees der Partei" versammelt wurden, um von Pieck und Ulbricht ihre Weisungen zu erhalten. Ende April 1945 schlug dann die Stunde – nach einem gemütlichen Abschiedsabend bei Pieck, der sich inzwischen bereits auf „mehrere Zimmer" im Hotel „Lux" verbessert hatte.

Von dem folgenden Tag berichtet Leonhard, der zur ersten nach Berlin bestimmten Gruppe eingeteilt war, etwas weitschweifig, aber für den deutschen Leser doch recht wissenswert:

„Am Morgen des 30. April 1945, um 6 Uhr früh, hielt ein Autobus in einer kleinen Seitengasse der Gorkistraße vor dem Nebeneingang des Hotels ‚Lux'. Er sollte uns, die zehn Mitglieder der ‚Gruppe Ulbricht', zum Flughafen bringen. Schweigend stiegen wir ein. Die kleine Abschiedsfeier bei Pieck ausgenommen, hatte es keine Feierlichkeiten gegeben, weil kaum jemand von unserer Abreise wußte. Wir hatten natürlich auch nichts gesagt – eine Angewohnheit, die uns schon in Fleisch und Blut übergegangen war . . .

Die Straßen waren noch leer. Wir fuhren die Uliza Gorkowo über den Puschkinplatz hinaus in Richtung Flugplatz. Es war ein schöner Frühlingsmorgen. Die ganze Stadt war schon für den 1. Mai mit Losungen, Transparenten und Blumen geschmückt. Bei aller Freude über die Fahrt nach Deutschland stimmte es mich doch ein wenig traurig, Moskau zu verlassen . . .

In unserem Autobus hatte ein Gespräch begonnen. ‚Ich habe die gestrige Prawda bei mir mit den ausführlichen Angaben über die Entwicklung der sowjetischen Volkswirtschaft. Das kann sehr wichtig sein für unsere Propaganda in Deutschland', sagte einer und Ulbricht nickte zustimmend. ‚Die Menschen in Deutschland werden bestimmt andere Sorgen haben!', dachte ich.

Eine Viertelstunde später stand unser Autobus vor dem Gebäude des Moskauer Flughafens ‚Aeroport'.

Wie üblich mußten wir vor einem Tor anhalten. ‚Propusk', ertönte die scharfe Stimme des Postens. Ulbricht reichte ein Papier, höflich wurden wir zu einem etwas abseits stehenden

Transportflugzeug begleitet, es war eine amerikanische ‚Douglas', und wir machten es uns so bequem wie möglich. Wenige Minuten später startete die Maschine.

Mit Ausnahme von Ulbricht wußte niemand genau, wo wir landen würden. Wir wußten nur, der Flug geht in Richtung Deutschland und wird in einem Gebiet enden, das dem Oberbefehl Marschall Shukows untersteht.

Auch die Einzelheiten unserer Arbeit waren uns nicht klar. Nur soviel war uns bekannt: Gemäß unserer Direktiven hatten wir eine politische Arbeit zu leisten, die sich gegen den Faschismus und seine Überreste richten und im Interesse einer demokratischen Umgestaltung Deutschlands liegen sollte" (a.a.O. Seite 334).

Die „Umerziehung Deutschlands" war die große Phrase jener Jahre – alles wurde damit gedeckt. Von den Massenvergewaltigungen deutscher Frauen zu den Austreibungen aus den Ostgebieten, von den Demontagen bis zu den Nürnberger Henkerszenen ...

Natürlich wußte Ulbricht genauer Bescheid. Ihm ging es nicht um die verschwommenen Ideologien, sondern um feste und klare Ziele. Was 1918, 1919, 1921, 1923, 1932 nicht gelungen war – diesmal konnte es nun wirklich erreicht werden; bis zur Elbe standen die sowjetischen Truppen, und es ging nur noch darum, den westlichen Teil Deutschlands dazu zu gewinnen.

Es sollte sich freilich bald herausstellen, daß es sogar in der eigenen sowjetischen Besatzungszone nicht unbeträchtliche Schwierigkeiten gab. Da die russische Militärregierung aus dem Lande Reparationen herausholen wollte, war ihr an Experimenten im Stile des „Kriegskommunismus" nicht gelegen. Das hinderte Ulbricht natürlich nicht, trotzdem die alten verwaschenen Parolen des Karl Marx wieder aus der Schublade hervorzuholen, aber in der Praxis mußte er sich mit einer lärmenden Enteignung angeblicher „Faschisten" und einer Bodenreform begnügen, die vor landwirtschaftlichem Durchschnittsbesitz Halt machte. Mit Rücksicht auf die sowjetischen Reparationsbedürfnisse konnte man nur einen gemilderten Marx unmittelbar anwenden, für die Propaganda freilich wurde er mit voller Lautstärke wieder zum Leben erweckt.

Mit allen Geld- und Machtmitteln der Besatzungsmacht ausgerüstet, wurde schon im Juni 1945 die kommunistische Partei

in Berlin neu gegründet. Der Einfachheit halber hatte man den Gründungsaufruf gleich aus Moskau mitgebracht (Leonhard a.a.O. Seite 394). Von den sechzehn Unterzeichnern waren dreizehn aus Moskau zurückgekehrte Emigranten!

Es zeigte sich sofort, daß es so wirklich nicht ging. Nicht einmal die Arbeiterschaft der Sowjetzone wurde beeindruckt, von der im übrigen Deutschland ganz zu schweigen. Der Zulauf zur KPD war kläglich, während sich herausstellte, daß unter den neuzugelassenen anderen Parteien die SPD verhältnismäßig viele ihrer früheren Anhänger wieder an sich ziehen konnte. So steuerten die Pieck-Ulbricht auf eine Verschmelzung ihrer mißratenen eigenen Partei mit den Sozialdemokraten hin. Der bisher verachtete August Bebel wurde nun bei der Abfassung von Leitartikeln und Spruchbändern den „Klassikern" Marx und Engels beigefügt, um die Sache schmackhafter zu machen.

Auch diese Bemühungen endeten insofern recht kläglich, weil aller Erfolg nicht nur an den *Zonen*grenzen, sondern in Berlin sogar an der *Sektoren*grenze scheiterte.

> „Das Ziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung. Dieses Ziel, die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes, kann nur durch den Sozialismus erreicht werden."

Dieser tönende Aufruf der am 21. April 1946 in Berlin, unter Mithilfe des bisherigen SPD-Funktionärs Grothewohl, aus der KPD und SPD der Sowjetzone fusionierten „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED)" vermochte die Berliner Arbeiterschaft nicht mehr zu täuschen. Vielleicht hätte im Jahre 1918–1919 diese Sprache noch gezündet, aber damals war ja das Hauptanliegen, die „Scheidemänner" zu bekämpfen.

> „Es geht heute nicht nur um eine Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten, es geht um die Neugeburt der deutschen Arbeiterbewegung."

So deklamierte Ulbricht an jenem Apriltag 1946 auf dem „Vereinigungsparteitag". Aber jeder im Saal und jeder, der die Botschaft sonst noch erfuhr, war sich keine Sekunde darüber im

Zweifel, daß es sich keineswegs um die deutsche Arbeiterbewegung handelte, sondern daß in Wirklichkeit von einer politischen Agentur Moskaus die Rede war.

Ein knappes halbes Jahr nach dieser Szene im Berliner Admiralspalast gab es – unter Aufsicht der vier alliierten Stadtkommandanten in Berlin – noch einmal eine Wahl, die zwar gewiß nicht „frei und unbeeinflußt" war, aber doch zum letztenmal zeigen konnte, was die Bevölkerung von den vier zugelassenen Parteien hielt. Die „Neugeburt der deutschen Arbeiterbewegung" schaffte dabei nicht einmal 20 Prozent der gesamten Berliner Stimmen und wurde sogar von der früheren Zentrumspartei überflügelt.

Dabei blieb es – es war kein Gedanke daran, mit den verstaubten Formeln des Marxismus den deutschen Arbeitern erneut den Blick für die allzu russische Wirklichkeit zu trüben. Natürlich konnte die SED sich in Ost-Berlin und in der Sowjetzone als Staatspartei etablieren, aber das hätte die sowjetische Militäradministration auch für die KPD anordnen können; dazu bedurfte es nicht der feierlichen Anstrengungen von 1946.

Was die Berliner in Wirklichkeit vom Sowjetregime hielten, kam im Jahre 1948 noch drastischer als bei den Wahlen 1946 zum Ausdruck. Damals – es war das Jahr seiner entschiedenen politischen Vorstöße – unternahm Stalin den Versuch, durch die Blockade West-Berlins die ganze Stadt wieder in seine Kontrolle zu bringen. Man lobt – mit Recht – die organisatorische Leistung der Amerikaner, die damals entschlossen die „Luftbrücke" in Gang setzten, um die zwei Millionen West-Berliner mit den notwendigsten Lebensmitteln und Rohstoffen zu versorgen. Bei aller Großzügigkeit der monatelangen Lufttransporte war freilich die Versorgung doch so unzureichend, daß letztlich eine erstaunliche Standfestigkeit der Berliner die Entscheidung brachte. Sie waren buchstäblich bereit, zu hungern und zu frieren – nur um den am Brandenburger Tor auf ihren Zusammenbruch lauernden Ulbricht und Grothewohl ein „Nein" entgegenzusetzen.

Später – in den Tagen des 17. Juni 1953 – sah es einen kurzen Augenblick so aus, als würden die Sowjets sich neutral verhalten in dem Aufstand, der damals in den Ostberliner Straßen gegen die Emigrantenherrschaft begann. Natürlich war das

eine Täuschung. Vielleicht aber hat man damals im russischen Hauptquartier nicht ohne Absicht die Ulbricht-Gruppe einen Tag lang zittern lassen, bevor die Panzer anrollten, um sie wieder in den Sattel zu setzen.

Da sitzen sie nun seither wieder als die Marionetten einer sowjetischen Deutschlandpolitik, die auch vom Standpunkt der russischen Interessen höchst fragwürdig erscheint.

*

Die parteipolitische Entwicklung der SED ist kaum einer Bemerkung wert. Sie entsprach natürlich den gegebenen Verhältnissen, unter denen keine politische Partei zu den für die Deutschen wirklich wichtigen Problemen eine andere Ansicht vertreten konnte, als die jeweils zuständige Militärregierung es zuließ; aber die diesbezüglichen Leistungen der SED gingen doch besonders weit. So landete sie gar bei einer Verherrlichung der Oder-Neiße-Linie als einer „Friedensgrenze“!

Oft wechselte seither die Außenpolitik des Kremls. Die politische Leistung der SED erschöpft sich darin, für jeden aus dieser Richtung vernehmbaren Ton, sei er noch so schrill, ein eifriges Echo zu produzieren.

Der Karl Marx steht dabei hoch im Kurs und seine Schriften werden jeweils eifrig durchwühlt, wenn es gilt, irgendeine Moskauer Wendung „ideologisch“ zu begründen. Die „Linien“-Gewandtheit der SED hat sich in zehnjähriger Erfahrung geübt und bewährt. Es gab nur wenig „Säuberungen“, und die „Gruppe Ulbricht“ hat noch ungefähr die gleiche Zusammensetzung wie einst im „Hotel Lux“.

Ihr besonderer Stolz besteht darin, daß bereits Hunderttausende von biederen Ostzonendeutschen die großen „Schulungskurse“ durchlaufen haben, die durch Sonderverpflegung schmackhaft gemacht werden und bei denen die Lehren des Karl Marx so ernsthaft durchgenommen werden, als sei die Zeit seit hundert Jahren stillgestanden.

Man besitzt sogar eine Parteihochschule, die den Namen des Propheten trägt und mit Promotionsrecht ausgestattet ist. Wie uns Leonhard (der als knapp Dreißigjähriger dort „Dozent“ war) berichtet, wird auf dieser „Hochschule“ das „Kapital“

Abschnitt für Abschnitt und mit aller Andacht behandelt. Die Vorlesungen über „Grundfragen des Marxismus und Leninismus“ sind denen in der Komintern-Schule ähnlich. Auch sonst werden im wesentlichen diesselben Themen geboten „wie sie in allen östlichen Parteischulen von Eisenach bis Peking üblich sind“: „Klasse und Klassenkampf“ – „Formale und reale Demokratie“ – „Die Lehre von der Partei“ – „Kampf gegen Opportunismus, Reformismus und Revisionismus“ usw. Als einzig nicht so veraltetes Thema wird die „Legende“ von Friedrich dem Großen „entkräftet“ (a.a.O. Seite 477) – hoffentlich gelingt es den Dozenten, den toten Preußenkönig mit den Mitteln des Marxismus und Leninismus wirklich zu töten, während sie im gleichen Atemzug Peter den Großen wieder zum Leben erwecken, weil es im russischen Lehrplan so vorgesehen ist.

Man frägt sich unwillkürlich: Wozu das alles? Auch wer die europäische Geschichte nur oberflächlich kennt, weiß, daß Beherrschungsansprüche und Unterdrückungsversuche gegenüber weißen Völkern sinnlos sind und mit mathematischer Gewißheit zu Explosionen führen, wenn sie nicht rechtzeitig friedlich beendet werden.

Auch falls einmal alle Bewohner der Sowjetzone, vom Schulkind bis zum Greis, das „Kapital“ von Marx auswendig aufsagen können, wie einst das uns verwandtere „Lied von der Glocke“, dann werden sie trotzdem im Stillen auf den Tag hoffen, an dem das russische Regiment im deutschen Land ein Ende hat.

*

Nichts von dem, was Marx für die Zukunft verkündet hat, ist eingetroffen, seine „Gesetze“ haben sich als falsch, seine Theorien als blutleer und wesenlos erwiesen.

Nun muß er noch fremder Herrschaft im widerspenstigen Berlin als Attrappe dienen.

Ist das nicht eine ironische Abschiedsvorstellung?!

Berlin zwölf Jahre danach

„Bahnhof Friedrichstraße“ – zum ersten Male wieder nach zwölf Jahren stehe ich am Spätnachmittag eines Julitages 1957 mitten in Berlin. Als wäre die Zeit spurlos vorübergegangen, schließt der Zug der S-Bahn, der mich aus dem Westteil der Stadt hierher gebracht hat, mit dem altvertrautem Schlag automatisch die Türen und rauscht aus der großen Halle.

Der prüfende Blick eines Polizisten, der an der Treppe steht, ruft mich in die Gegenwart zurück. „Friedrichstraße“ ist die erste S-Bahnstation des heutigen sog. „Ostsektors“ der alten Reichshauptstadt. Es ist ein „Volkspolizist“, der die Ankömmlinge mustert; aber er greift sich nur eine Frau heraus, die eine Handtasche trägt, sie verschwindet in einem Wachlokal, um darauf geprüft zu werden, ob sie „Konterbande“ mit sich führt – „Westgeld“ oder gar Zeitungen.

Vor fast zwanzig Jahren schrieb ich – nach dem Anschluß Österreichs – ein Buch „Die Grenzen fallen“; manchmal hält das menschliche Gedächtnis merkwürdige Einzelheiten fest, und so weiß ich noch, daß dieses Schlagwort mir in den Sinn kam, als mein kleiner Wagen mitten im Verkehrsgewühl am Brandenburger Tor vor der roten Signallampe halten mußte, um gleich darauf bei „grün“ im Strom der Fahrzeuge hinausgeflutet zu werden auf die Charlottenburger Chaussee, dem Großen Stern zu ... „Die Grenzen fallen“ – das war ein großer Irrtum: Heute ist sogar „Friedrichstraße“ ein Grenzbahnhof. Allerdings nicht zwischen den Deutschen; die mit mir ausgestiegen sind und jetzt die breiten Treppen hinuntergehen, sind die gleichen Berliner wie damals. Aber das tut nichts zur Sache. Der Polizist, der die Frau in das Wachlokal führt, macht das nicht als Deutscher, sondern „im Dienst“. Und die Vorschriften dieses merkwürdigen Dienstes sind ihm nicht von einer deutschen Regierung vorgeschrieben, sondern von Beauftragten Moskaus. Zwischen der S-Bahnstation „Lehrter Bahnhof“ und der S-Bahnstation „Friedrichstraße“ befindet sich nämlich – man möchte es nicht glauben und doch ist es so – seit zwölf Jahren eine weltpolitische Scheidelinie: zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Nordamerika!

Wieder sieht es so aus, als sei die Zeit stillgestanden: Die alte belebte Schalterhalle, die man einst so oft durcheilt hat, um irgend einen Zug in den Westen oder Osten in letzter Minute noch zu erreichen, scheint unverändert. Diesmal freilich stehen erstaunlich lange Menschenschlangen an den Schaltern. Es sind Ost-Berliner, die jetzt – die Ferienzeit hat begonnen – aus der Stadt aufs Land fahren wollen, und dazu nicht nur Fahrkarten kaufen, sondern auch „Papiere" vorweisen müssen. Was – um Gottes willen – geht es eigentlich die Russen an, ob der Herr Schulze vom Spittelmarkt mit seiner Familie in die sächsische Schweiz oder nach Helgoland oder an den Starnberger See fahren will?

Der alte, vertraute Durchgang führt unter der Eisenbahnbrücke direkt auf die Friedrichstraße. Gleich rechter Hand – dort wo einst der bekannte „Heidelberger" gestanden haben mag – ist jetzt ein großes Plakatgerüst errichtet, von dem ein weltbekanntes Bild den Blick des Ankömmlings auf sich zieht: Hitler beim ersten Spatenstich zu den Reichsautobahnen! Nein – es ist nicht die Reichspropagandaleitung der NSDAP, die diese Vorkehrung getroffen hat; der Text belehrt, daß dieser Mann der Mörder von 45 Millionen Menschen sei. Ich trete näher heran, kein einschränkendes Komma ist in die Propagandazahl eingefügt, um sie der im westlichen Sektor üblichen anzugleichen. Es bleibt dabei: 45 Millionen Menschen hat Hitler umgebracht ... Ich muß weitergehen, denn ich habe nicht die Absicht, Aufmerksamkeit auf mich zu lenken, und da niemand das Plakat beachtet, kann auch ich nicht länger davor verweilen.

Ein großes Restaurant, das einen vertrauenerweckenden Eindruck macht, obwohl es zu der vorzeitigen Stunde ziemlich überfüllt erscheint. Die Speisekarte ist reichhaltig, die Preise normal; ich entdecke, daß D-Mark-Ost berechnet wird, und überschlage, daß ich gut und gerne für eineinhalb D-Mark-West zu Abend essen könnte, wenn ich mich „drüben" in einer Wechselstube mit den hier gültigen Zahlungsmitteln versorgt hätte. Für eine D-Mark-West bekommt man vier D-Mark-Ost! Ich habe freilich keine Absicht, Nutznießer einer währungspolitischen Narretei zu sein, die es jedenfalls den Berlinern des Ostsektors fast unmöglich macht, „drüben" auch nur eine Tasse Kaffee zu trinken. Vielleicht fordert der Kellner auch die Per-

sonalpapiere, bevor er die Suppe bringt – „Die Grenzen fallen". Die alten Lateiner sagten „difficile est, satiram non scribere", zu deutsch: es ist schwierig, keine Satire zu schreiben ...

„Unter den Linden" besagt das Straßenschild. Vorsicht ist nicht nötig, um zum großen Mittelstreifen hinüberzugehen – ein Radfahrer kommt vorbei, weit hinten sieht man ein Auto älteren Datums seines Weges ziehen.

Und doch, es sind die „Linden" – dort das Brandenburger Tor, dahinter die Siegessäule, fast der gewohnte Eindruck. Nach der anderen Seite merkwürdige Leere, dahinter aber – wieder vertraut – der rote Rathaus-Turm.

Seit der frühere Oberbürgermeister von Berlin die liebenswürdige Geschichte von den jungen Linden erzählt hat*, die 1936, gerade zur Olympia, anstelle der dem unterirdischen S-Bahnbau zum Opfer gefallenen alten, großen Bäume, gepflanzt und von den boshaften Berlinern „Besenstielallee" benannt wurden, bin ich gespannt darauf, die Bäume wiederzusehen. Sie haben sich in der Tat um nichts gekümmert, was seither geschehen ist, nicht um die Bombennächte ringsum und nicht um den Russeneinmarsch; sie sind keine „Besenstiele" mehr, sondern schön und gerade gewachsen und haben ansehnliche, bereits schattenspendende Laubkronen.

Läge es nur daran, dann hätten wir wieder unsere „Unter den Linden". Stalin interessierte sich aber nicht für eine Prachtstraße der preußischen Könige und so ragen auf beiden Straßenseiten neben wenigen übriggebliebenen und notdürftig wieder instandgesetzten Gebäuden nur kahle Ruinen in die Luft, grün überwucherte Schuttplätze dazwischen. Mehr als zwölf Jahre sind seit dem letzten Granat- und Bombeneinschlag vergangen; waren nicht die Düsseldorfer Königsallee, die Münchner Ludwigsstraße 1945 ähnlich zerstört, haben sie nicht inzwischen ihren alten Platz in der Reihe der schönsten europäischen Straßen längst wiedererlangt, durchflutet von einem machtvollen Verkehr?! Hier unter den einsam gewordenen Linden, deren frisches Grün sich als Symbol des Lebens abhebt von den Todeszeichen rundherum, wird schmerzhaft deutlich, was es be-

---

* Vgl. Dr. Julius Lippert: „Lächle ... und verbirg die Tränen, Erlebnisse und Bemerkungen eines deutschen ‚Kriegsverbrechers' ", Druffel-Verlag, Leoni am Starnberger See 1955, Seite 141 ff.

deutet, wenn ein tätiges Volk von einer Zwangsjacke behindert und zum Dulden gezwungen wird. „Unter den Linden" von 1957 sagen mehr über Marxismus aus als ein ganzes gelehrtes Werk.

Eine Berichtigung: *Ein* großer Neubau zieht den Blick des stillen Wanderers auf sich; dort, wo früher das ruhig-vornehme Gebäude der alten russischen Botschaft stand – einst an diesem bevorzugten Platz ein Symbol russisch-deutscher Verbundenheit, später das weniger erfreuliche Hauptquartier des Botschafters Joffé und seiner unterschiedlichen Nachfolger – ragt nun, durch einen mit hohen, eisernen Gittern abgeschlossenen Vorhof von der Straße abgesetzt, ein mächtiges Gebäude empor: die neue Sowjetbotschaft, von den Berlinern frei nach Schiller „Zwing Uri" genannt. Vermutlich hat man in Moskau all den Unsinn, der von der britischen Propaganda über das deutsche Volk während zweier Weltkriege verbreitet worden ist, wörtlich geglaubt: daß die Deutschen eine barbarische Horde seien, die die Gewalt anbeten und nur durch sie beeindruckt werden. Offenbar wollte man durch dieses bombastische Gebäude weithin sichtbar kund tun, wer nun Herr sei in Berlin. Deshalb weht wohl auch heute noch die sowjetische Siegesfahne auf dem Brandenburger Tor. Wie ein Geßler-Hut.

*

Auf weiter Rasenfläche ein Straßenschild: „Wilhelmstraße". Wie „Downingstreet", wie „Quai d'Orsay" war sie ein Begriff der Weltpolitik während des Jahrhunderts europäischer Stärke, das in den beiden Weltkriegen unterging. In den Adelspalais' an der Wilhelmstraße war schon der alte Friedrich Wilhelm I., der Vater des Alten Fritz, gewohnter Gast, bevor sie später die preußischen Ministerien und schließlich die obersten Reichsbehörden aufnahmen. Hier zog Ebert ein, und Hindenburg und Hitler. Von der englischen Botschaft, die hier ihren Sitz hatte, ging der letzte Botschafter Henderson die wenigen Schritte zu Fuß, um im Auswärtigen Amt vorzusprechen, hier fuhr im November 1940 Molotows offener Wagen, von den Berlinern etwas mißtrauisch, aber nicht unfreundlich bestaunt. Und hier, so wird berichtet, führte Stalin im Juli 1945 im Stile des Gastgebers den britischen Premierminister Churchill und den ameri-

kanischen Präsidenten Truman herum und tischte ihnen die Mär auf, er glaube, daß Hitler im Flugzeug oder mit einem Unterseeboot geflüchtet sei; obwohl er, Stalin, als einziger der drei ganz zweifelsfrei wußte, daß Hitler tot war; erst zehn Jahre später kamen die Zeugen aus Rußland zurück, denen sogar Überreste von Hitlers Leichnam gezeigt worden waren.

Das also ist die altvertraute Wilhelmstraße. Wie ein Fremdling gehe ich zögernd weiter – der Blick dehnt sich ins Offene, als sei der Rand der Stadt erreicht. Das Hotel Adlon ist verschwunden, von der britischen Botschaft keine Spur mehr. Das frühere Reichsernährungsministerium steht immerhin noch als Ruine, ebenso das Palais des Reichspräsidenten. Dazwischen Trümmerplätze halb aufgeräumt, wucherndes Unkraut. Zur Linken hat sich einsam das Haus Wilhelmstraße 64 erhalten, in dem Rudolf Heß bis zu seinem Englandflug 1941 seinen Dienstsitz hatte. Jetzt beherbergt das Gebäude irgendein Staatssekretariat der „Deutschen Demokratischen Republik".

Nun aber müßte das Kernstück der alten Wilhelmstraße kommen: die langen schlichten Gebäude des Auswärtigen Amts, dann das „Palais Radziwill", in dem die Liebesromanze des jungen Wilhelm I. spielte und das später Bismarck für das Reich erworben hat, um darin seine Reichskanzlei einzurichten – noch im April 1945 stand ihr hoher Giebel wie ein Wahrzeichen. Daneben der sog. „Brüningbau", ein schmuckloses Bürogebäude, aber doch eines der wenigen Baudenkmäler der Weimarer Republik. Dann muß der Wilhelmplatz kommen mit dem „Kaiserhof", der nach dem britischen Nachtangriff vom November 1943 auch noch als Ruine den Platz beherrschte, und mit den Standbildern der Generale Friedrichs des Großen.

Um es gleich zu sagen: Von all dem ist kein Stein, kein Hauch mehr vorhanden. Eine Unkrautfläche ist alles, was von den historischen Gebäuden der preußisch-deutschen Geschichte übrigblieb. Was den Wilhelmplatz betrifft, so hat man Kosten und Mühen nicht gescheut, um sogar die schweren Steinplatten, mit denen er bedeckt war, zu beseitigen. Nun befinden wir uns in einer Weidelandschaft, in der nur noch die Ziegen fehlen, um das Bild zu vervollständigen.

Kein Stein blieb vom Auswärtigen Amt Bismarcks, kein Stein von der Alten, keiner von der Neuen Reichskanzlei, die 1937–

1938 in massivster Bauweise erbaut war und deren Abtragung manche Anstrengung erfordert haben mag.

Weit dehnt sich nun der Blick hinüber in den Tiergarten, dessen Bäume wieder zu wachsen und zu grünen beginnen; dahinter in der Ferne die Siegessäule, die man zu zerstören vergaß.

Im Vordergrund hat sich an der Stacheldrahtabsperrung (an der ein ironisch-witziges Schild „Baustelle“ befestigt ist) eine Reisegesellschaft versammelt, deren Begleiter offenbar erklärt, was es hier einst zu sehen gab. Schon öffnet sich gegenüber ein Garagentor, das zum Rückgebäude des einstigen Propagandaministeriums gehört hat (dieses ist natürlich auch verschwunden), durch den Torspalt richtet sich ein mißtrauischer Blick auf die Ansammlung jenseits der Straße . . . als ob sich verhindern ließe, daß sogar noch die verstreuten Trümmer *reden* von einer Geschichte, die nicht erst mit 1933 begann und die auch mit 1945 nicht endet.

In ihrem emsigen Bildersturm haben die Sowjets und ihre deutschen Handlanger nicht nur die Reichskanzlei und den Wilhelmplatz zerstört, sondern auch über das Schloß der preußischen Könige und deutschen Kaiser ein geistloses Todesurteil verhängt; nach langer Trümmerwanderung über den Gendarmenmarkt und durch die Französische Straße weiß ich, warum der Blick von den Linden her so kahl und ausdruckslos erschien. Auch hier wurde der letzte Stein des jahrhundertealten Riesenbaues weggeschafft. Und an der Stelle, an der Rauchs berühmtes Reiterstandbild Friedrichs des Großen stand, hat man einen Parkplatz angelegt.

So ist hier ein richtiges Stück „Umwelt-Theorie“ praktiziert worden, als ob die Erinnerung an die großen Epochen der deutschen Geschichte von Mauerresten und Erzstandbildern bestimmt würde.

Mit Recht hat man die Stätte dieses albernen Vandalismus nun „Marx-Engels-Platz“ benannt.

Auch das, was vom Wilhelmplatz übrigblieb, wurde umgetauft: „Thälmann-Platz“ steht jetzt dort auf den Schildern. Ob die Schatten Bismarcks dadurch ernstlich beunruhigt werden?!

*

Die Erinnerung an die deutsche Geschichte, deren Verlauf mit den Vorschriften des Karl Marx nicht in Übereinstimmung zu bringen ist, bereitet den neuen Herren Ost-Berlins vielerlei Kopfzerbrechen. Um sie in ihrem Sinne umzudeuten, haben sie sogar ein historisches „Museum“ gegründet, in dem als Direktor ein Herr Meusel wirkt, unterstützt von den Damen Eichelbaum, Herzfeld und Freund, von einem Rolf Klau und Alfred Smolny sowie weiteren unbekannten und doch durchschaubaren Größen.

Da als einziges Ereignis der zweitausendjährigen deutschen Vergangenheit der Bauernkrieg der Reformationszeit mit marxistischen Formeln meßbar ist und darüber einige Bemerkungen von Engels vorliegen, hat dieses „Museum der deutschen Geschichte“ als bisherige Hauptleistung eine Ausstellung darüber zusammengestellt. Sie wird in den Räumen des Zeughauses gezeigt, das erhalten ist und erstaunlicherweise nicht abgebrochen wurde, obwohl es noch lebhafter als Schloß und Reichskanzlei von preußischer Geschichte berichtet.

Natürlich trete ich ein und besuche auch die Ausstellung, die vieles zusammenträgt, was über jene historische Episode greifbar ist. Unvermeidlich wird versucht, das Ereignis des Bauernkrieges „materialistisch“ auszulegen, aber die ausgestellten Schriftstücke selbst zwingen dazu, den Engels zu ergänzen, und auch die zweite Komponente des Bauernkrieges, den Hutten-Traum vom einheitlichen Reich der Deutschen wenigstens am Rande zu erwähnen. Das paßt allerdings nicht recht zur Formel, die Reformation Luthers und der Bauernkrieg seien insgesamt eine „frühbürgerliche Revolution“ gewesen. An anderer Stelle der nur einen Raum umfassenden Ausstellung wird eine Verkündung von Marx hervorgehoben, der am 16. April 1858 an Engels schrieb: „Die ganze Sache in Deutschland wird abhängen von der Möglichkeit, die proletarische Revolution durch eine Art zweite Auflage des Bauernkrieges zu unterstützen.“ Nun – hundert Jahre später hat es bei uns weder eine „proletarische Revolution“ noch eine „zweite Auflage des Bauernkrieges“ gegeben, und das ganze andachtsvolle Zitat beweist nur erneut, daß Marx das deutsche Existenzproblem weder für seine Zeit zutreffend beurteilt, noch für heute richtig vorausgesehen hat.

Schließlich wird der Besucher im Katalog noch darüber belehrt, daß in „einem Teil Deutschlands, der Demokratischen Republik, dem ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden die Forderung der Bauern erfüllt worden“ seien – eine Propagandabemerkung, die man nur in die Rubrik des unfreiwilligen Humors einordnen kann.

So scheitert die marxistische Bemühung des „Museums für deutsche Geschichte“ schon am einzigen Ereignis, das es sich zur Darstellung ausgesucht hat.

Beim Verlassen der Ausstellung wird mir vom Pförtner gewissermaßen als Trost versichert, daß in Kürze wieder die alten Waffensammlungen des Zeughauses gezeigt werden – man darf mit einiger Spannung darauf warten, durch welche Marx-Zitate diese Zeugnisse deutschen Soldatentums aus vielen Jahrhunderten mit dem „historischen Materialismus“ in Verbindung gebracht werden. Lassen wir uns überraschen!

*

Das Ereignis, das die Schlagzeilen der Zeitungen in diesen Tagen beherrscht, ist der kürzlich vollzogene Ausschluß der „parteifeindlichen Gruppe“ aus dem Zentralkomitee der russischen bolschewistischen Partei. Mit der Vertreibung der Molotow, Kaganowitsch und Malenkow aus dem Kreml scheint die Nachfolgeschaft an der sowjetischen Staatsspitze für die nächste Zeit geklärt zu sein.

Wie in den früheren Jahrhunderten und den letzten Jahrzehnten wird das Verhalten Rußlands der Welt und uns Deutschen gegenüber von den persönlichen Fähigkeiten und Neigungen des neuen Mannes an der Spitze bestimmt sein. Zum ersten Male seit 1917 ist, wie es den Anschein hat, nunmehr ein Ukrainer an die erste Stelle gerückt. Lenin war ein Viertels-Deutscher mit wahrscheinlich auch tatarischem Einschlag, Stalin ein Georgier, Chruschtschows Kopf dagegen weist alle Züge eines reinen Slawen auf.

Daß Molotow entfernt wurde, braucht den deutschen Beobachter nicht zu beunruhigen. Wie Stalin hat auch er meist nach Westen Ausschau gehalten und in dieser Richtung die Ausbreitung des russischen Einflusses betrieben. Beide haben

Alte Reichskanzlei

Neue Reichskanzlei



Berliner Regierungsviertel — heutiger Zustand

Im Vordergrund: Sowjetbotschaft Unter den Linden

Rechts oben: Wilhelmstraße und Wilhelmplatz, ehemaliger Standort der Alten und Neuen Reichskanzlei; dahinter Ruinen des Reichsfinanz- und Reichsverkehrsministeriums

dabei das Glück gehabt, die Unterstützung der Vereinigten Staaten zu genießen – und das Pech, daß in Europa überall Millionenvölker siedeln, die sich nun einmal slawischer Herrschaft nicht unterordnen wollen und werden.

Geschäftig hat sich das „Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ versammelt, um seine Zustimmung zu den Moskauer Vorgängen zu bekunden – genau so eifrig, wie sie früher das sparsame Lächeln Molotows mit ergebenen Bücklingen beantwortet haben. Ihre einzige Entschuldigung ist, daß der gekrümmte Rücken, nur in anderer Richtung, lange Jahre hindurch – vielleicht unvermeidlich – auch ein politisches Symbol Westdeutschlands gewesen ist.

Nein – diese Garnitur von Leuten ist nicht ernst zu nehmen, weder diesseits noch jenseits des Potsdamer Platzes, der in seinem heutigen Zustand das vielleicht einprägsamste Erlebnis der Berliner Gegenwart bietet. Noch steht in seiner Mitte der hohe Verkehrsturm, von dem aus einst der Weltstadtverkehr pausenlos geregelt wurde – nicht mit der Hast, wie es in Paris geschieht, auch nicht mit der majestätischen Ruhe der Londoner Bobbies, sondern im richtigen Stile Berlins: nicht gerade geräuschlos, aber fließend, immer lebhaft, ohne unnötige Stockung, in dichter Folge dazwischen die Straßenbahnen aus vier Richtungen ...

Heute wächst Gras auf den Schienen. Die „westliche“ Straßenbahn endet in der Potsdamer Straße, die „östliche“ am Leipziger Platz. Wer hier ankommt und dort weiterfahren will, muß aussteigen und unter den prüfenden Augen von einen halben Dutzend feldstecher-bewaffneter Polizisten beider Seiten über den weiten Platz wandern; dann kann er die Anschlußbahn besteigen, sobald sie ihren dörflichen Rangierbetrieb beendet hat.

Hier trifft sich zwar die „westliche“ und die „östliche“ Welt unmittelbar wie sonst nirgends, aber es ist ein dürftiges Treffen – von Ruinen und Bretterbuden gekennzeichnet, von rostigen Schienen, Stille und Traurigkeit. Hier sieht es aus wie im Hofe des Dornröschenschlosses.

Die Berliner haben sich zurückgezogen – die einen gehen im Westen, die anderen im Osten ihrer Arbeit nach; den Kopf hängen zu lassen, ist ihre Sache nie gewesen, und doch sitzt in jedem der Stachel: Wann endlich werden wir uns am Potsdamer Platz wieder treffen?

Es fehlt nicht an Kuriositäten: Ein großes Gerüst ragt an der westlichen Seite empor, auf dem die „freie Presse" Berlins dem Ostsektor „wahre Nachrichten" verspricht. Das Leuchtgestell mit den „wahren Nachrichten" bleibt freilich unbetätigt und es fehlt auch das Publikum; soweit man in die Leipziger Straße hineinsieht – vielleicht zwei oder drei einsame Fußgänger sind unterwegs. Das Ohr der Berliner ist längst kritisch geworden, es hört die falschen Töne heraus – auf beiden Seiten. Noch so bombastische Erklärungen zur „Wiedervereinigung", ob sie aus Bonn oder Pankow, aus Washington oder Moskau kommen, werden schal, wenn man sie am verödeten Potsdamer Platz vernimmt.

Noch eine Kuriosität: Man betritt auf der westlichen Seite den unterirdischen S-Bahnhof Potsdamer Platz (der vor 21 Jahren gerade rechtzeitig zur Olympia fertiggestellt wurde) – und befindet sich bereits im Ostsektor; Westgeld wird, wenigstens dienstlich, nicht angenommen. Dafür aber tönt es, wenn der Zug nach Wannsee die Türen schließt, geschäftsmäßig aus dem Lautsprecher: „Sie verlassen den demokratischen Sektor Berlins", womit der von Ulbricht kontrollierte Stadtteil gemeint ist. Ich muß lächeln – die Arbeiterfrau, die mir gegenübersitzt, bemerkt es und sie erwidert das Lächeln mit einem vielsagenden Blick.

*

Natürlich muß der heutige Besucher Ostberlins das einzig Neue besichtigen, was in den zwölf Jahren seit 1945 außer der Sowjetbotschaft Unter den Linden entstanden ist: die repräsentative Prunkstraße „Stalin-Allee", die im Bereich der früheren Frankfurter Allee in mehrjähriger Bauzeit errichtet wurde. Die Gründe, die die Ulbricht und Genossen veranlaßt haben, diesen Aufwand zu betreiben, lassen sich nur ahnen. Vom praktischen Gesichtspunkt des Ersatzes fehlender Wohnungen ist die vor allem aufs Äußere bedachte Architektur wohl nicht sehr vorteilhaft; andererseits gemessen an den bekannten einstigen Berliner Neugestaltungsplänen Hitlers erscheint die Stalin-Allee als ein verhältnismäßig bescheidenes Beginnen, obwohl auch sie – wie Hitlers Plan – ein „Volkshaus" aufweist. Hitlers Architekten freilich wollten es zu einem Wahrzeichen Berlins in Wolkenkratzerhöhe machen. Dagegen ist das jetzt erbaute fast dürftig.

Als architektonischer Stil wurde allerdings auch hier jene neue Klassizistik versucht, die dem Professor Troost in München gelungen, seinen Moskauer Nachahmern aber ins Protzige entglitten ist.

Wer am Bahnhof „Stalin-Allee" aus der U-Bahn heraufsteigt, fühlt sich in die Fremde versetzt, nicht mehr in Deutschland, sondern irgendwo im weiten Osten – vielleicht in Smolensk, vielleicht in Kiew, vielleicht in Charkow. Jener merkwürdige Zug ins allzu Breite, der die russischen Straßen kennzeichnet, ist hier zu Stein geworden. Auch die „Linden", die „Ost-Westachse" wirkten breit und flächig – aber, solange sie noch durch Gebäude und Bäume umschlossen waren, doch begrenzt, man möchte sagen „preußisch". Hier in der Stalin-Allee herrscht rein der Osten – gewiß nicht erregend, nicht tatarisch, nicht mongolisch, sondern nur plump-neureich. Die Pracht überzeugt nicht, sie erinnert an die Potemkinschen Dörfer – und wer die Hinterseite der Häuser betrachtet und einen Blick in die bereits abgenutzten Treppenaufgänge wirft, der weiß, daß der ganze hier betriebene Bauaufwand dereinst nur als ein architektonisches Kuriosum gelten wird.

Heute schon von der Zeit überholt ist das Stalin-Denkmal, das gegenüber der „Volkshalle" aufgestellt worden ist. Im Hintergrund sind Tannenbäume gepflanzt, die den Blick auf eine Holzbaracke verwehren sollen. Ich kann mir nicht helfen: Diese halbgewachsenen dünnen Fichten erinnern an den Baumbestand, der auf den Gräbern von Katyn Wurzeln gefaßt hatte, als man sie entdeckte . . .

*

In der löblichen Absicht der sowjetischen „Stalin-Allee" baulichen Widerpart zu bieten, haben die Westberliner Behörden ebenfalls eine Großplanung entwickelt und an die hundert Millionen D-Mark in die „Hansa AG", eine Aktiengesellschaft für den Aufbau des Hansaviertels, hineingepumpt; dieses durch einen britischen „Bombenteppich" im Jahre 1943 fast völlig zerstörte Wohnviertel am Rande des Tiergartens war in der Tat zu einer architektonischen Demonstration gut geeignet. Die meisten Bauten sind inzwischen einigermaßen fertiggestellt und

werden nun in diesen Sommertagen als „Internationale Bau-Ausstellung“ dem staunenden Berliner Publikum vor Augen geführt.

Wer in der Stalin-Allee steht, weiß wenigstens, wohin sie gehört – in die Ukraine oder nach Sibirien. Hier aber läuft und fährt der Besucher zwischen Problemen herum. Diese überdimensionalen Bienenkörbe, diese hoch- und quergestellten steinernen Formularkästen haben nirgends eine Heimat. Bis aus Brasilien hat man sich die Architekten verschrieben, und auch einer, der die faden New Yorker UN-Gebäude auf dem Gewissen hat, steuerte eine architektonische Leistung bei.

Gewissermaßen als vorgeschobener Posten ist in der Gegend der früheren Krolloper – wenige hundert Meter Luftlinie von der Sowjetbotschaft jenseits des Brandenburger Tores entfernt – eine „Kongreßhalle“ entstanden, die den Beitrag und ein Geschenk der Vereinigten Staaten repräsentiert. Sie hat die Form einer riesigen Kaulquappe und mag als Messepavillion einer Waschmittelfirma angehen, dank ihrer verworrenen Linien auch für eine große Achterbahn praktisch sein, wie sie zur Hamburger Reeperbahn und zum Münchner Oktoberfest gehören. Kein Uneingeweihter kann auf den Einfall kommen, es handle sich um ein öffentliches Gebäude oder gar um eine architektonische Antwort an den Osten.

Einer meiner Bekannten faßt den Eindruck in den bitteren Satz zusammen: „Die Russen trumpfen slawisch auf und die Amerikaner setzen nur internationales Kauderwelsch dagegen.“

Der Durchschnittsberliner denkt nicht so tief darüber nach, er sieht sich das an, sucht nach einem Witzwort und geht seiner Arbeit wieder nach.

Aber es geschah kürzlich doch einmal, daß die abgehärtete und geduldige Berliner Volksseele ins Kochen geriet. Auch dabei ging es um ein städtebauliches Problem, aber nicht um eine russische Prachtstraße, auch nicht um amerikanische Betonexperimente, sondern nur um die alte Ruine der „Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche“, die den Beginn des Kurfürstendammes bezeichnet und die fallen sollte, um einem „modernen“ Kirchenbau Platz zu machen. Sie war gewiß nicht schön, diese Gedächtniskirche, die den höchst zweifelhaften baulichen Geschmack der Jahrhundertwende ausdrückt, und seit sie ausgebrannt ist sind ihre mißglückten Konturen eher noch deutlicher hervor-

getreten. Aber sie ist das, was weder die Stalin-Allee, noch die „internationalen" Hansabauten, noch die „amerikanische" Kongreßhalle je werden können: ein Stück *Berlins*, eine steingewordene Erinnerung sowohl an große Zeiten wie an böse Tage und an Erlebnisse, die weder die Ulbricht noch die Le Corbusier mit den Berlinern geteilt haben.

Die Empörung war so heftig und wurde so laut verkündet, daß die Senatoren, die in West-Berlin regieren, trotz aller „Fortschritts"-Entschlossenheit erschrocken die Köpfe zusammensteckten. So steht nun heute noch die ausgebrannte Gedächtniskirche an der Straßenkreuzung von Tauentzien und Kurfürstendamm als ein bescheidenes Erinnerungsmal dessen, was die Weltstadt Berlin war, bevor die Russen und die Amerikaner sich ihrer bemächtigten.

*

Das große Tempelhofer Flughafengebäude ist neben dem Olympiastadion, der italienischen Botschaft und dem Reichsluftfahrtministerium in Berlin fast das einzige öffentliche Bauwerk aus der Zeit des Dritten Reiches, das nicht zerstört wurde. Was die Bomben nicht besorgt hatten, das holte nicht nur im Ostsektor, sondern auch diesseits des Brandenburger Tores unverständiger Siegerfanatismus nach: So haben die Engländer in wochenlangen, zunächst vergeblichen Sprengungen die großen sog. Zoo-Bunker beseitigt, offenbar aus „Rache" dafür, daß darin während des Krieges zehntausende von Berliner Frauen und Kindern Schutz vor britischen Bombenangriffen gefunden hatten. Heute ist es bereits wieder so weit, daß man neue Bunker planen muß.

Angesichts dieser Zerstörungswut, die sich in Berlin ausgetobt hat wie nirgends sonst, ist es erstaunlich und erfreulich zugleich, daß der Flughafen Tempelhof gerettet wurde, obwohl seine riesigen Dimensionen und gewaltigen Bauwerke unvermeidlich die Erinnerung an Hermann Göring wachrufen, der es durchgesetzt hat, daß dieser Flugplatz – fast mitten in der Stadt gelegen – zu einer Fläche von vier Millionen Quadratmetern ausgeweitet und mit Anlagen ausgestattet wurde, die ihn heute noch zum gebäudemäßig größten Flughafen der ganzen Welt machen. Statt diese Bauten, wie es an so vielen anderen Stellen

Berlins der Fall gewesen ist, nachträglich noch mit Dynamit zu bearbeiten, hat man hier die verhältnismäßig geringen Schäden aus der Kriegszeit beseitigt; schließlich haben sich dann die fast zweihundert Millionen Mark, die der einstige Reichsluftfahrtminister für den Ausbau dieses Flugplatzes aufwenden ließ, in den Monaten der Berliner Blockade und der „Luftbrücke" bezahlt gemacht – diese wäre, wie Fachleute versichern, ohne den Großflughafen und seine überdimensionalen Anlagen flugtechnisch nicht durchführbar gewesen.

In früher Vormittagsstunde eines schönen Sommermorgens biegt der Omnibus in den „Platz der Luftbrücke" ein, wie man die blühenden Grünanlagen genannt hat, die zu den weithingestreckten hohen Flugplatzgebäuden führen. Aus den großen Empfangshallen, die die Passagiere erwarten, sieht man hinunter auf den „Flugbahnsteig" – auch die größten Maschinen rollen unter das fast fünfzig Meter weit vorspringende und 380 Meter lange Dach, dessen Ausmaße so gewaltig sind, daß auf ihm rund 40000 Zuschauer Platz finden, wenn es einmal wieder einen „Tempelhofer Flugtag" geben wird. Davon ist natürlich derzeit keine Rede. Wenn man schon davon abgesehen hat, den Flughafen als „militaristisches Bauwerk" in die Luft zu jagen, so hat man ihn doch nicht etwa zum deutschen Gebrauch freigegeben. Der größte Teil der Anlagen wird noch von den westlichen Besatzungstruppen genutzt, der dem zivilen Verkehr dienende Bauteil steht zwar den „Pan American Airways", den „British European Airways" und der „Air France", nicht aber der Deutschen Lufthansa zur Verfügung, für die der Flughafen seinerzeit gebaut worden ist. Auch diese Groteske ist eine Folge von Jalta und Potsdam – Berlin gilt formell auch heute noch nicht als eine deutsche, sondern als eine „Vier-Mächte-Stadt".*

* Die Vier-Mächte-Verwaltung ist allerdings seit langem beendet; um genau zu sein: sie ist nur noch in *einer* Einrichtung erhalten, im Spandauer Gefängnis, in dem seit 1947 die vom Nürnberger Gerichtshof zu Freiheitsstrafen verurteilten Gefangenen unter der Aufsicht von vier alliierten Gefängnisdirektoren festgehalten werden. Gegenwärtig bewachen diese vier Direktoren drei Gefangene, an ihrer Spitze Rudolf Heß, der bekanntlich in Nürnberg von der Anklage, Kriegsverbrechen begangen zu haben, ausdrücklich freigesprochen, aber ausgerechnet wegen „Verbrechen gegen den Frieden" zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde. Seit seinem vergeblichen Friedensflug nach England befindet sich Hess nunmehr bereits über 16 Jahre in Haft – ein mittelalterlicher Tatbestand und auch ein Symbol der gespenstischen Berliner Wirklichkeit von heute.

Unten in der Bahnsteighalle herrscht flotter Betrieb, Ankunft und Abflug von Maschinen in dichter Folge. Als zum 10-Uhr-Flug nach Hannover abgerufen wird, ergibt sich, daß auch die deutschen Passagiere sich einer Paßkontrolle unterziehen müssen – mein unbedachtes Wort von 1938 verfolgt mich nochmals mit spöttischer Ironie: „Die Grenzen fallen". So war der Traum; ein „passport" zum Flug von Berlin nach Hannover ist die nüchterne Wirklichkeit. Dabei hat der Luftverkehr zwischen diesen beiden Städten schon fast S-Bahn-Charakter angenommen. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend kann man mit einer der zugelassenen ausländischen Fluggesellschaften nahezu stündlich von Hannover nach Berlin und wieder zurück fliegen. Trotz dieser Verkehrsdichte ist die 10-Uhr-Maschine der PAA mit etwa 70 Passagieren fast voll besetzt.

Neben mir sitzt ein gesprächiger Berliner Geschäftsmann, der seinen Wagen über die Autobahn nach Hannover vorausgeschickt hat und sich dort am Flugplatz abholen läßt. Er meint: „Sicher ist sicher; im Augenblick geht der Verkehr durch die Zone zwar reibungslos und ohne allzulange Wartezeiten an der Übergangsstelle. Aber man weiß nie, ob nicht über Nacht irgendein neuer Ukas aus Moskau kommt, der dann so stur durchgeführt wird, wie die Russen das nun einmal haben wollen."

Die Maschine rollt, auf die Minute pünktlich, aufs weite Feld hinaus, erwartet dann mit gedrosselten Motoren den Startbefehl. In einer großen Schleife steigen wir in die blaue Höhe, das Berliner Häusermeer scheint sich in die Kabine zu stürzen. Für Sekunden taucht nochmals die Stalin-Allee auf, nochmals die Wüste Wilhelmplatz, der kahl gewordene, aber wieder ergrünende Tiergarten, Funkturm, Reichssportfeld, Wannsee, in der Ferne Potsdam – heute den Westberlinern bereits ein verschlossenes Paradies; ihre Ausflüge müssen bei Nikolskoe und an der Pfaueninsel enden, darüber hinaus brauchen sie eine „Aufenthaltsgenehmigung".

Unsere Maschine geht auf Höhe; tief unten zieht die bekannte brandenburgische Landschaft vorüber, einst „des Reiches Streusandbüchse" genannt, aber gerade in ihrer Armut die Heimat zäher Geschlechter.

Nun regiert hier die Prominenz des Moskauer „Lux"-Hotels. Wie lange noch? Das ist das unvermeidliche Gesprächsthema bei solchem Flug.

Mein Nachbar, der nun seit einigen Jahren wieder in Berlin lebt, war Gefangener in Rußland. Vielleicht ist auch das ein Grund seiner Vorsicht. Trotz allem, was er in ukrainischen und sibirischen Lagern erlebt hat, spricht er mit Sympathie vom russischen Volk, von seiner Gesundheit, seinen Stärken und Schwächen, auch von der Willigkeit, mit der es sich regieren läßt. Die Russen haben als Volk, so meint er, mit all dem imperialistischen Drängen nach Europa wenig oder nichts zu tun. Was da früher in politischen Zirkeln Petersburgs, später hinter den verschlossenen Türen des Kreml an Plänen ausgeheckt wurde, hat nach seiner Ansicht keinen echten Rückhalt bei den russischen Massen selbst. Nicht Volksleidenschaften sondern Regierungspolitik haben den russischen Soldaten an die Elbe geführt, wo er ebensowenig hingehört, wie der amerikanische GI, der ihm gegenüberliegt. Ich schließe daraus: Was am Konferenztisch beschlossen wurde, könnte auch am Konferenztisch wieder umgestoßen werden. Man möchte meinen, daß die Zeit dazu reif sei. Es hilft nämlich nichts, gegen Völkerhaß bewegte Propagandareden zu halten, wenn er gleichzeitig durch Beherrschungsansprüche neu entflammt wird. Solange die Kreml-Leute an ihrer „Deutschland-kaputt"-Formel von 1945 festhalten und uns nur als ein wehrloses Sklavenvolk anerkennen wollen, dürfen sie sich nicht wundern, wenn ihnen Mißtrauen und Abwehrfeindschaft antwortet. Wirkungen lassen sich nur beseitigen, wenn man an die Ursachen herangeht.

Schon neigt sich, nach knapp einstündigem Flug, die Maschine dem Flugplatz Hannover zu. Wir werden zum Anschnallen der Sitzgürtel aufgefordert; mein Berliner Platznachbar hält angestrengt nach seinem Wagen Ausschau, der ihn unten vor dem Flughafengebäude erwarten soll; nun schwebt die Maschine aus, er wendet sich mir nochmals zu und schließt unser Gespräch ab mit der treffendsten Bemerkung, die ich in den Berliner Tagen gehört habe: *„Sie müßten Deutschland aufgeben, dann würden sie Deutschland gewinnen."*

Das hört sich an wie ein Motto zu fast jedem Kapitel dieses Buches.

„– und morgen?"
Einige Anmerkungen zum Schluß

Unvermeidlich tritt in einem kritischen Buch deutlicher hervor, was der Autor ablehnt, als das, was er vertritt. Mit einigen Bemerkungen soll versucht werden, diesen Mangel auszugleichen.

*

Es wäre gewiß eine verfehlte Bemühung, mit dem Verstand in Bezirke des Glaubens vordringen und darüber befinden zu wollen, *warum* die Menschen und ihre natürlichen Gruppierungen so sind und sich so verhalten, wie es in erstaunlicher Wiederholung und Regelmäßigkeit der Fall ist. Jedoch die Frage des „*wie*" zu beantworten, die nationalen Fähigkeiten, Triebkräfte und die aus ihnen erwachsenden Bedürfnisse zu erkennen und in einer dementsprechenden natürlichen Ordnung der Verhältnisse ein *Ziel* zu erstreben – diese Aufgabe tritt nach den beiden Weltkatastrophen des 20. Jahrhunderts und nach der marxistischen Geistesverwirrung gebieterisch in den Vordergrund.

*

Die für eine neue Zukunftsschau vielleicht wichtigste Vergangenheitstatsache ist die dynamische Bewegung abendländischen Forschungsgeistes, die in den Jahrhunderten der „Renaissance" – der „Wiedergeburt" – begann und heute noch nicht abgeschlossen ist. Was in diesem knappen Jahrtausend geschah, läßt sich als eine Art Naturereignis begreifen, in dessen Verlauf ein steter Kampf zwischen bestehenden Kräften und vorauseilenden Erkenntnissen sich oft turbulent vollzog und noch vollzieht.

Wo das Wissen eine Bresche geschlagen hatte, mußte der Strom der Entwicklung folgen, sogar wenn zunächst ein Chaos entstand. So waren, als James Watt die Dampfmaschine erfand, Industrialisierung und Verkehrsentwicklung unausweichlich und damit auch Sturzfluten wirtschaftlicher Entwicklung, die viele

Kräfte aufgewühlt haben – auch die dämonische des Karl Marx, der sich sogar die Zerschlagung der Völker davon erhoffte. Aber schließlich waren die Dämme stärker als der gewünschte und von beiden Seiten vergeblich organisierte Zusammenprall zwischen der „kosmopolitischen Verschwörung des Kapitals" und der „internationalen Organisation des Proletariats". Weder eine Weltbörse noch eine Weltrevolution konnten die Aufgabe lösen, die in Wirklichkeit durch ihr eigenes Schwergewicht den starken Nationalstaat fordert und in ihm den echten Sozialismus, d. h. das gemeinschaftsorientierte Staatsprinzip, wie es sich allen Widerständen zum Trotz und in unterschiedlichsten Formen heute bereits in jedem Industriestaat angemeldet, wenn nicht schon durchgesetzt hat. Längst ist klar geworden, daß angewandter Marxismus nur eine Ausbeutungsform durch eine andere ersetzt und daß die wirkliche ökonomische Reform nicht in der *Enteignung aller* sondern in der *Beteiligung aller an der nationalen Leistung und in ihrem maximalen Ertrag* gipfelt.

*

Die durch die Erforschung und Ausnützung mechanischer Naturkräfte ausgelöste Bewegung hat nach anderthalb Jahrhunderten ihre treibende Kraft verloren und nähert sich wahrscheinlich bereits dem Abschluß. Die nicht minder tiefgreifende Veränderung, die sich aus der noch im Gange befindlichen Erforschung der menschlichen Erbströme ebenfalls zwangsläufig ergibt, steht dagegen noch am Anfang. Die Tatsache, daß die Lebens- und Leistungskraft von Völkern ebenso faßbar ist und gesichert werden muß, wie die von Einzelmenschen, fordert mit unausweichlicher Logik eine weltpolitische Ordnung, die die biologische Existenz der Nationen zum Maßstab hat. Wie so oft, wenn große Fragen erstmals erkannt werden, führte das biologische Reformstreben – in einigen europäischen Völkern instinktiv und mit gefährlicher Heftigkeit erfaßt – zunächst zu ungezügelten Explosionen und zu Verwirrungen, die das Ziel wieder in die Ferne rückten, statt es näher zu bringen. Die Kräfte, die leidenschaftlich angetreten waren, um im ersten Anlauf alles zu erreichen, wurden geschlagen, das Problem aber blieb: Die Zukunft der Welt von heute wird bestimmt von der blutmäßigen

Existenz der Völker, die sie schufen. Keines von ihnen könnte erlöschen, ohne daß die Welt als Ganzes ärmer würde. Jedem von ihnen einen „Platz an der Sonne“, d. h. die Sicherheit der Dauerexistenz zu verschaffen, muß die wahrscheinlich für einen langen Zeitraum abschließende Leistung jener großen Weltreform sein, die damit aus ihren wissenschaftlichen und ökonomischen Vorstadien in das politische Entscheidungsfeld übertritt.

*

Unter solchen Blickpunkten gewinnen die Hegemoniebestrebungen, wie sie derzeit noch im europäischen Raum konkurrieren, das ihnen zukommende Format: Es ist hoffnungsloser Anachronismus, wenn Tagespolitiker glauben, irgendeine der hier lebenden, tätigen und für die Entwicklung der Menschheit so bestimmenden Nationen ließe sich auf die Dauer direkt oder indirekt amerikanisch oder russisch regieren. Über diese Periode, die die Propagandaverirrung zweier Weltkriege in eine schattenhafte Wirklichkeit übertrug, wird man später mit der gleichen Uninteressiertheit hinweggehen, wie man heute die Metternich-Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts überschlägt. Schon jetzt haben die Jahre seit 1945 den Beweis erneuert, wie wenig eine „debellatio“ historisch bedeutet. Da nicht der Staat das Volk, sondern umgekehrt das Volk den Staat bildet, sinken „bedingungslose Kapitulationen“ trotz aller ihrer verwirrenden unmittelbaren Folgen zu anmaßenden, aber inhaltslosen Formeln herab, die nur die Oberfläche, nicht die Grundlagen unserer Welt verändern konnten. Die Deutschen, die Italiener, in Ostasien die Japaner, wurden zwar sinnlos gedemütigt und mißhandelt, aber ihr Lebenswille konnte doch nicht zerbrochen werden.

Im europäischen Raum ist die Kernfrage des Ersten wie des Zweiten Weltkrieges ungelöst geblieben: *Wohin mit der deutschen Energie?* Neu ist nur die nach Versailles von einigen wenigen begriffene, heute aber allgemein erfaßbare Erkenntnis, daß dieses Problem durch Kontrolle und zwangsweise Niederhaltung auf die Dauer nicht lösbar ist. Andererseits ist den Deutschen klar geworden, daß sie angesichts einer mißtrauischen Welt keine Chance haben, das Tor zur Zukunft im Alleingang gewaltsam aufzustoßen.

Auch Hitlers Plan, den „Lebensraum“ für die Deutschen im Osten zu suchen, ist gescheitert und muß aus der Zukunftsrechnung gestrichen werden. Was noch 1914 für die Engländer, 1919 für die Franzosen und 1939 für die Deutschen zweifelhaft gewesen sein mag, ist heute völlig klar: *Der weiße Mann kann sich nicht auf Kosten des weißen Mannes bereichern; die neue Ordnung muß anders entstehen.*

*

Diese Überlegungen besagen – angewandt auf das Thema dieses Buches –, daß die Lenin-Stalin-Richtung der russischen Politik, die immer und immer wieder auf Deutschland zielte (wobei Lenin im Rapallo-, Stalin beim Ribbentrop-Pakt Momente der Einsicht in eine umgekehrte Tendenz leider nur kurzfristig zeigten) den gleichen engstirnigen Charakter hat wie die Zielsetzungen der Clemenceau, Churchill und Roosevelt. Sie alle waren Reaktionäre in des Wortes unmittelbarer Bedeutung, weil sie sich an ein Weltbild klammerten, das mit unserer Einsicht in die wirklichen Verhältnisse der Menschen und Völker nicht mehr zu vereinbaren ist.

Mögen sich die jetzigen Machthaber des Kreml noch einige Zeit dem Vorbild jener wenigen Zaren vor und nach 1917 verschreiben, die an die Donau und nach Königsberg drängten, obwohl Rußland in beiden Richtungen keine echten Dauerziele finden konnte und auf Abwehrfeindschaft stoßen muß. Die Frage, die Graf Witte im September 1914 dem französischen Botschafter in Petersburg entgegenhielt: „Herrgott, ist denn das Reich Seiner Majestät nicht ausgedehnt genug?“, läßt sich mit der gleichen Berechtigung auch den heutigen russischen Herrschern stellen. Es fehlt zwar nicht an einigen Anzeichen für eine grundsätzlich neue Blickrichtung der nunmehrigen Moskauer Regenten. Ob ihr aber eine wirkliche Wendung folgt, kann nur die Zeit lehren.

Soviel ist sicher: Es kann keinen ideologischen „Kreuzzug“ gegen den „Bolschewismus“ mehr geben, das wäre ein Kampf gegen leere und tote Schatten – nicht die Moskauer Ideen sind heute eine Gefahr, nur noch die Moskauer Methoden. Aber es könnte ein Befreiungskampf gegen die imperialistische Russenherrschaft unvermeidlich werden, die seit 1945 nicht nur die

Deutschen bedrückt. Solche Explosionen reifen langsam, wie man am Beispiel des alten Habsburger-Reiches erlebt hat, aber in günstiger Stunde sind sie unaufhaltsam. Sowohl für das russische wie für das deutsche Volk wäre es eine glückhafte Fügung, wenn die düsteren Wolken zerstreut würden, bevor das Gewitter sich bildet. Nach Lage der Verhältnisse fordert dieser Wunsch vom Kreml große, aber für eine Weltmacht nicht unmögliche Entschlüsse. Es war noch immer klüger und lohnender, dem Strom der Entwicklung weitschauend die Bahn zu öffnen, als sich ihm borniert entgegenzustellen.

Man kann nicht das „Ende des Kolonialismus" predigen und dieses Prinzip ausgerechnet im europäischen Raum einrichten und aufrecht erhalten wollen. Und man kann nicht auf die Dauer darüber hinwegsehen, daß für alle großen Nationen in Zukunft die Verfügung über *leere* Räume in unserer immer noch nicht zu kleinen Welt viel wichtiger sein wird als der überlebte Imperialismus alter Prägung.

Welches Kleinformat muß gerade für einen russischen Staatsmann die „Oder-Neiße-Linie", die Königsberg-Affäre annehmen, wenn ernsthaft an die gewaltigen, in die Jahrhunderte greifenden Möglichkeiten einer Aufsiedelung der sibirischen Weite gedacht wird. Wie billig wäre der russische Verzicht im Westen gegenüber dem Gewinn zuverlässiger deutscher Freundschaft, die unter den Vorzeichen von Jalta und Potsdam und angesichts der „Gruppe Ulbricht" nicht zu erreichen ist?!

*

„Sie müssen Deutschland aufgeben, wenn sie Deutschland gewinnen wollen" – nochmals fließt dieser Satz in die Feder.

Wie anders wird es um die Russen und um die Deutschen bestellt sein, wenn die germanische und die slawische Kraft sich nicht mehr in sinnlosem Beherrschungsversuch gegenseitig abstoßen, sondern im rechtzeitigen Bewußtsein der heranreifenden letzten Phase einer in ihrem tieferen Sinn vielleicht doch großartigen Weltreform erneut miteinander verbinden.

Namenverzeichnis